



Nr. 109, März 2017

1917 – 2017

Deppe – **Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution**/Bollinger – **Krieg und Revolution**/Hedeler – **Russische sozialistische Parteien 1917**/Tosel – **Gramsci und die Revolution**/Plener – **Luxemburg und Lenin über die nationale Frage**/Engel – **Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung**

Postkapitalismus

Goldschmidt – **„Autonome Marxisten“**. Zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth (**Varianten des Postkapitalismus III**)/Roesler – **Ulbrichts Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft**

Kapitalismustheorie

Belina – **Wohnungsbauboom und globale Kapitalverhältnisse**/Bell – **Die SMK-Theorie wieder aufgreifen...**

Weitere Beiträge

Peter – **Eribons „Rückkehr nach Reims“ und die Arbeiterklasse**/Förster – **Überlegungen zu Friedrich Engels' „Varia über Deutschland“**

Sowie: Zuschriften zu Z 108; Berichte; Buchbesprechungen

EINE FREUNDSCHAFT, DIE DIE WELT VERÄNDERTE.



VICKY
KRIEPS


AUGUST
DIEHL

STEFAN
KONARSKE

DER JUNGE KARL MARX

EIN FILM VON RAOUL PECK

AB 02. MÄRZ IM KINO

 /derjungeKarlMarx

www.der-junge-karl-marx.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
28. Jahrgang
Heft 109 (März 2017)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris,
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt,
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler,
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:

Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

5 Editorial

1917 – 2017

- Frank Deppe*
8 Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution
- Stefan Bollinger*
32 Krieg und Revolution
Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922
- Wladislaw Hedeler*
45 Russische sozialistische Parteien 1917 im programmatischen Wett- und Widerstreit
- André Tosel*
59 Gramsci und die Revolution
- Ulla Plener*
71 Die Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Lenin über die nationale Frage 1903 - 1918
- Gerhard Engel*
89 Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung
Vom November 1918 bis zum Ende der Bremer Räterepublik im Februar 1919
-

Postkapitalismus

- Werner Goldschmidt*
98 „Autonome Marxisten“ – Anmerkungen zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth
Varianten des ‚Postkapitalismus‘ – Ein Literaturbericht (Teil III)
- Jörg Roesler*
113 Ulbrichts Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft
Ein Blick zurück aus postkapitalistischer Sicht
-

Kapitalismustheorie

Bernd Belina

- 127 **Wohnungsbauboom und globale Kapitalverhältnisse**

Hans Günter Bell

- 137 **Die SMK-Theorie wieder aufgreifen ...**

Weitere Beiträge

Lothar Peter

- 142 **Eribons „Rückkehr nach Reims“ und die Arbeiterklasse**

Wolfgang Förster

- 153 **Überlegungen zu Friedrich Engels' „Varia über Deutschland“**

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Klaus Müller

- 162 **Über die Zweckmäßigkeit der Begriffe – noch einmal zur „abstrakten Arbeit“. Zu Helmut Dunkhase, Z 107**

Berichte

Babak Amini

- 166 **Marxistische Debatten in China**
Internationale Tagungen in China, Mai/Juni 2016

Johannes Altenfeld

- 171 **„Alter Summit“ 2016**
Brüssel, 25./26. November 2016

Wulf Skaun

- 173 **Ein Diskursprojekt wird zum Selbstläufer**
Leipzig, 2015 - 2016

Renate Bastian

- 175 **Staatstheorie für Linke: Prozess Gingold ./. „Verfassungsschutz“**
Wiesbaden, 12. Januar 2017

- 178 **Buchbesprechungen**

Diversität des Kapitalismus und formelle Subsumtion (Jörg Goldberg zu H. Harootunian)
Akteure der 48er Revolution (Lars Lambrecht zu Walter Schmidt u.a.)

Menschenrechte und Eigentum (Tobias Weissert zu Rainer Roth)
 Demokratietheorie (Sebastian Klauke zu Alex Demirović)
 Systemkritische Intellektuelle in der DDR (Siegfried Kuntsche zu Andreas Heyer u a.)
 Geschichte und Gegenwart des Front National (Lothar Peter zu Sebastian Chwala)
 Wurzeln des „Islamischen Staates“ (Karin Kulow zu Werner Ruf)
 Regressive Modernisierung (Felix Syrovatka zu Oliver Nachtwey)
 Weltwirtschaftliche Ungleichheitsmuster (Dieter Boris zu Stephan Lessenich)
 Kabinettstücke aus der Welt des Geldes (Jürgen Leibiger zu Ulrich Busch)
 Geld im interdisziplinären Kontext (Ulrich Busch zu Brodbeck/Graupe und J. Kremer)
 Alternativen zum Kapitalismus (Jörg Roesler zu Stephan Krüger)

4 Impressum

221 Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 31.01.2017

Beilagenhinweis: Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des Mangroven-Verlags, Kassel

Editorial

Der hundertste Jahrestag der russischen Doppelrevolution vom Februar und Oktober 1917 wirft die Frage nach deren geschichtlicher Bedeutung auf und danach, inwieweit dieses historische Ereignis von Bedeutung ist für die sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. *Eric Hobsbawm* charakterisierte sie als ein für das 20. Jahrhundert „ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war.“ Die genannten Fragen werden im Laufe des Jahres noch vielfach Diskussionsgegenstand der Linken sein, zahlreiche Buchpublikationen und Veranstaltungen sind angekündigt. Wir beginnen in diesem Heft mit Beiträgen zu Ursachen und Verlauf der russischen Revolution und zur Dialektik von Revolution und Gegenrevolution. Es geht dabei zugleich um das Denken und Handeln insbesondere von Lenin, Luxemburg und Gramsci.

In einem Überblicksbeitrag erinnert *Frank Deppe* an entscheidende Eckdaten der Ereignisse im Russland des Jahres 1917 und diskutiert vor diesem Hintergrund revolutionstheoretische Aspekte, darunter Probleme von Räteherrschaft und Parlamentarismus. Er verweist darauf, dass die Oktoberrevolution den Verlauf des 20. Jahrhunderts geprägt hat und somit grundlegend ist für die Herausbildung der globalen Kräfteverhältnisse am Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Aufstieg Chinas, die Entkolonialisierung und heute wieder zur Disposition stehende Elemente von Demokratie und Sozialstaatlichkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern seien somit nur im Licht der Folgen der Oktoberrevolution zu verstehen. Deppe interpretiert Entwicklung und Zusammenbruch des durch die Oktoberrevolution entstandenen Staates im Kontext der globalen Gegenrevolution. *Stefan Bollinger* betrachtet die Gesamtentwicklung von der Februarrevolution bis zur Wende zur neuen Ökonomischen Politik 1921 und Gründung der UdSSR 1922 als Abfolge mehrerer revolutionärer Schritte. Er hebt insbesondere hervor, dass und wie die Oktoberrevolution aus den sich sukzessive radikalisierenden massenhaften Protestbewegungen gegen das Elend des imperialistischen Krieges und zunehmend auch gegen die ihn tragenden politischen Strukturen in Russland hervorging. Die Bolschewiki konnten zum entscheidenden Organisator der Revolution werden, weil sie es verstanden, diese elementaren Massenforderungen nach Frieden, Brot und Land aufzunehmen und zu aktivem Handeln gegen Regierung, Krieg, kapitalistische Ordnung und für eine Macht der Sowjets zu mobilisieren. *Wladislaw Hedeler* geht der Geschichte des kurzlebigen russischen Mehrparteiensystems nach, das mit der Februarrevolution begann und dessen Ende mit dem bewaffneten Aufstand im Oktober 1917 eingeläutet wurde. Er gibt einen Überblick über Wirken und Programmatik der verschiedenen linken, liberalen und konservativen Parteien in den schnell wechselnden politischen Konstellationen und erläutert den inzwischen sehr umfangreichen Stand der Quellenedition und -forschung.

André Tosel beschäftigt sich mit den Reaktionen von Antonio Gramsci auf die Oktoberrevolution in den Jahren 1917-1926, also der Zeit vor seiner Einkerkelung, als er aktiv politische Funktionen in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung Italiens und der Kommunistischen Internationale wahrnehmen konnte. In

einem berühmten Artikel bezeichnete Gramsci die Oktoberrevolution 1917 als „Revolution gegen das (Marx'sche) Kapital“, womit er auf die revolutionstheoretisch entscheidende Rolle von politischen Konstellationen und Konjunkturen aufmerksam machte. In gewissem Sinne kehrte er damit das oft schematisch interpretierte Verhältnis zwischen ökonomischer ‚Basis‘ und politischem ‚Überbau‘ insofern um, als er auf die bestimmende Rolle der „Überbauten“ bei der Herausbildung subjektiver kollektiver Handlungsmuster hinwies. In den Auseinandersetzungen nach der Oktoberrevolution und dem Scheitern des „deutschen Oktober“ 1923 plädierte er gegen sektiererische Verengungen nach dem Muster „Klasse gegen Klasse“ und für den Kampf um die Einheitsfront aller Subalternen.

Nation und nationale Frage sind für die (marxistische) Linke bis heute strittige Themen. Sie waren es während und nach der Oktoberrevolution, sie spielten in den antikolonialen Bewegungen und Revolutionen eine Schlüsselrolle und hatten diese auch beim Zusammenbruch der Sowjetunion. *Ulla Plener* zeichnet in ihrem Beitrag die für die marxistische Debatte zentrale Auseinandersetzung zwischen Rosa Luxemburg und Lenin nach, die diese zwischen 1903 und 1918 führten. „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Lenin) versus „national-kulturelle Autonomie“ (Luxemburg) sind laut Plener tatsächlich marginale Unterscheidungen, die an der Frage des Rechts auf nationale Abtrennung (Lenin) jedoch zugespitzt wurden. Letztlich machte Lenins Unterscheidung des Nationalismus unterdrückter und unterdrückender Nationen die größere Realitätstauglichkeit der Leninschen Position aus, wie Plener auch an der Rezeption der Debatte zeigt.

Die Ausstrahlungskraft der Oktoberrevolution auf die Anti-Kriegs-Bewegungen in den kriegführenden Ländern war unübersehbar. „Fare come in Russia“ hieß es in Italien; Luxemburg erklärte 1918: „...wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte.“ Die revolutionäre Arbeiter- und Matrosenbewegung Bremens an der Jahreswende 1918/1919 dient *Gerhard Engel* als Mikrokosmos der allgemeinen Bewegung. Protagonisten und Strömungen dieses revolutionären Aufbruchs werden von ihm vorgestellt, verbunden mit dem Versuch, die besondere Rolle der Matrosen in der Revolution mit Blick auf ihre Arbeiterherkunft zu ergründen. Engel verweist zugleich auf Illusionen der Bremer Linksradikalen bei ihrem Versuch, die Revolution bis zu einer sozialistischen Revolution voranzutreiben.

Postkapitalismus: Im dritten Teil seines Literaturberichts zu Varianten des „Postkapitalismus“ bespricht *Werner Goldschmidt* Arbeiten der – gegensätzlichen – „autonomen Marxisten“ Robert Kurz und Karl-Heinz Roth. Kurz' Analysen zu einem angeblich bevorstehenden „Tod des Kapitalismus“ sind laut Goldschmidt vor allem belastet durch die „fixe oder metaphysische Idee einer ‚absoluten Schranke‘ des Kapitalismus“. Karl-Heinz Roth untersucht dagegen die Arbeiter- und andere Protest-Bewegungen empirisch. Allerdings liege die Crux seiner auf die globale Ebene ausgerichteten emanzipatorischen Strategie darin, dass sie sich „nicht mehr auf ein (wenigstens tendenziell) homogenes Subjekt des Widerstands, sondern auf ein äußerst vielfältiges ‚Multiversum‘ (...) stützen muss, das seiner

ganzen Natur nach aber eben nicht einer einheitlichen Strategie folgen kann und dennoch der globalen Koordination bedarf“.

Kapitalismustheorie: Trotz des anhaltenden Baubooms entstehen in urbanen Räumen keine für Normalverdiener bezahlbaren Wohnungen. *Bernd Belina* untersucht die Ursachen. Er rekonstruiert die Marktmechanismen, die das Bauen im Luxussegment ertragreich machen und zeigt, wie politische Entscheidungen diese Prozesse erst ermöglichen. Die Wohnungsfrage – so Belina – ist mithin eine politische Frage, deren Lösung nur gegen die Interessen von Investoren und die private Bauwirtschaft durchgesetzt werden kann. Angesichts solcher Verschränkung von ökonomischen und politischen Prozessen erinnert *Günter Bell* an die lebhaften Debatten um eben solche Zusammenhänge im Rahmen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und plädiert dafür, deren Einsichten für Gegenwartsanalysen zu aktivieren.

Weitere Beiträge: *Lothar Peter* unterzieht die derzeit vieldiskutierte Autobiografie des französischen Soziologen Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“ einer ausführlichen und differenzierten Kritik. Seine Einwände gelten vor allem den Überverallgemeinerungen in der Darstellung der französischen Arbeiterklasse. Diese und andere Einseitigkeiten führten Eribon zu der problematischen Einschätzung, „die Linke“ und insbesondere der PCF hätten „die Arbeiterklasse“ verraten. Das 500jährige Jubiläum der Reformation nimmt *Wolfgang Förster* zum Anlass einer Relektüre der diesbezüglichen Passagen aus Friedrich Engels‘ „Varia über Deutschland“. Er rekonstruiert die bei Engels ähnlich wie bei Heinrich Heine diagnostizierte Ambivalenz der historischen Entwicklung in den deutschen Fürstentümern, in denen politisch-ökonomische Rückständigkeit geradezu zum Ausgangspunkt eines politisch-philosophischen Denkens von Weltgeltung geworden sei. Dass an diesem Denken gerade der Protestantismus einen bedeutenden Anteil hatte, spricht nach Förster dagegen, in ihm lediglich eine Spielart jenes deutschen Sonderwegs zu sehen, der schließlich zur deutschen Misere geführt habe.

Unter *Zuschriften* wird die Debatte zu „abstrakte Arbeit“ fortgesetzt; die *Berichte* informieren über internationale Tagungen und politische Bildungsveranstaltungen diverser Art; die *Buchbesprechungen* kommentieren neuere marxistische oder für die marxistische Diskussion interessante Literatur.

Neues aus der Redaktion: Die redaktionsinterne Bilanzierung des letzten Jahres ergab, wie schon in den Vorjahren, eine erfreuliche Aufwärtsbewegung der Abo-Zahlen, ein Trend, auf dessen weitere Unterstützung wir seitens unserer Leser und Leserinnen sehr hoffen. *Alan Ruben van Keeken* bat darum, angesichts anderer Belastungen zumindest zeitweilig von der Redaktionsarbeit befreit zu werden; *Michael Zander* ist neu in die Redaktion eingetreten. Beiden sei herzlich gedankt.

Z 110 (Juni 2017) wird als Schwerpunktthema Fragen der sozialen Lage und Kämpfe von Frauen behandeln. Das Thema „1917-2017“ wird fortgesetzt.

Frank Deppe

Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution*

1. Vorgeschichte¹

Im April 1885 wandte sich die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch² an Friedrich Engels in London. Sie lebte nach einem Attentat auf einen Repräsentanten des Zarismus im Genfer Exil. Dort hatte sie mit Georgi Plechanow u.a. die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gegründet. Jetzt übersandte sie Engels eine neue Schrift von Plechanow und bat um einen Kommentar. Engels freute sich darüber, dass es „unter der russischen Jugend (jetzt) eine Partei gibt, die sich offen und ohne Umschweife zu den großen ökonomischen und historischen Theorien von Marx bekennt und entschieden mit allen anarchistischen und den ... slawophilen Traditionen ... gebrochen hat“ Danach ging er auf die „Lage in Russland“ ein, wo man sich „seinem 1789 nähert. Die Revolution *muß* zu gegebener Zeit ausbrechen; sie *kann* jeden Tag ausbrechen. Unter diesen Umständen ist das Land wie eine geladene Mine, an die man nur noch die Lunte zu legen braucht ... Dies ist einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu *machen*, d.h. durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen, dessen Gleichgewicht mehr als labil ist...und durch einen an sich unbedeutenden Akt Explosivkräfte freizu-

* Der folgende Beitrag enthält Auszüge aus meinem Mitte 2017 im VSA-Verlag Hamburg erscheinenden Buch mit dem Titel „1917 – 2017. Revolution und Gegenrevolution“.

¹ Die ersten Abschnitte stützen sich u.a. auf den Band 1 der – in Italien (1966/1978) erschienenen – 4-bändigen „Geschichte der Revolutionen des 20. Jahrhunderts“, der von Guiseppe Boffa (1978) über die Oktoberrevolution verfasst wurde, mit einem Vorwort von Eric Hobsbawm. Der Verlag „Riuniti“ war der Verlag der Italienischen Kommunistischen Partei. Die Bände erschienen offensichtlich in Vorbereitung auf den 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution. Die positive Würdigung der epochalen Bedeutung der Oktoberrevolution in diesem Werk kontrastiert mit dem negativen Urteil des italienischen Historikers Silvio Pons (The Global Revolution. A History of International Communism 1917 – 1991, Oxford 2014), der immer wieder betont, dass die Oktoberrevolution a) aufgrund ihrer unrealistischen Ziele, und b) aufgrund der kriminellen Methoden der Bolschewiki scheitern musste. Silvio Pons ist Direktor des Gramsci-Institutes in Rom. Gramsci selbst hätte dieses Urteil niemals akzeptiert. Der Kontrast beider Werke vermittelt auch Erkenntnisse über den Niedergang und das Scheitern des PCI. Allerdings veröffentlichte Guiseppe Boffa (Jg. 1923) 1976ff. eine vierbändige „Geschichte der Sowjetunion“, die von der KPdSU als „sowjetfeindlich“ eingestuft wurde. Gorbatschow bezeichnete später dieses Buch als wichtige Quelle für seine Reformpolitik. Boffa hielt bis zu seinem Tode (1998) an der Überzeugung fest, dass der Kommunismus demokratisch reformierbar sei.

² Vera Sassulitsch hatte 1882 das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels ins Russische übersetzt. Im März 1881 hatte sie mit Marx über die Frage korrespondiert, welche Bedeutung der russische Dorfgemeinde („Mir“) für die „soziale Wiedergeburt Russlands“ (MEW 19: 243) zukomme.

setzen, die dann nicht mehr zu zähmen sind.“ (MEW 36: 304)³ In seiner Schrift über den „Deutschen Bauernkrieg“ (1850) hatte Engels allerdings davor gewarnt, dass eine „verfrühte Revolution“ deren Führer mit unlösbaren Widersprüchen konfrontieren würde: „Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun *kann*, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht ... Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun *kann*, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun *soll*, ist nicht durchzuführen. ...“ (MEW 7: 400/401)

Am Vorabend einer politischen Revolution

Engels sagte für Russland eine politische, keine soziale Revolution voraus.⁴ Sein Urteil über die „Lage in Russland“ wurde von vielen seiner Zeitgenossen – vor allem aber unter den russischen Intellektuellen, viele davon aristokratischer Herkunft – geteilt. Das riesige Zarenreich galt ihnen als ein reaktionärer und rückständiger Koloss – mit Preußen und dem Habsburger Reich Führungsmacht in der „Heiligen Allianz“, also jener antirevolutionären Koalition, die beim Wiener Kongress nach 1812 die Machtverhältnisse in Europa zugunsten der spätfudalen, absolutistischen Monarchien (Russland, Habsburg, Preußen) festgelegt hatte

Politisch hatte sich die Herrschaft des Zaren von Mitteleuropa bis zum pazifischen Ozean ausgeweitet. 80 bis 85 Prozent der Einwohner des Reiches waren Bauern; die Mehrzahl von ihnen war erst 1861 aus der Leibeigenschaft entlassen worden. Ihre ökonomische Lage hatte sich jedoch verschlechtert. Sie fristeten nach wie vor ein Leben in Armut, Unwissenheit und Unterdrückung durch die Aristokratie ebenso wie durch den staatlichen Polizei- und Militärapparat. Missernten und Hungersnöte Anfang der 1890er Jahre verschärften die Armut auf dem Lande. Allerdings bestand in den Dörfern ein System der kommunalen

³ 1875 schrieb Friedrich Engels (MEW 18: 567): „Kein Zweifel, Russland steht am Vorabend einer Revolution... Hier sind alle Bedingungen einer Revolution vereinigt, einer Revolution, die von der Regierung selbst eingeleitet, durch die Bauern weiter und über die erste konstitutionelle Phase rasch hinaus getrieben werden muss; einer Revolution, die für ganz Europa schon deswegen von der höchsten Wichtigkeit sein wird, weil sie die letzte, bisher intakte Reserve der gesamteuropäischen Reaktion mit einem Schlage vernichtet. Diese Revolution ist im sichern Anzug.“

⁴ Marx und Engels unterschieden im 19. Jahrhundert zwischen der *politischen* Revolution (Sturz des Ancien Regimes) der Bourgeoisie und der *sozialen* Revolution des Proletariats.

Selbstverwaltung (Mir), das unter der Aufsicht der Beamten des Zaren stand. Die Mängel der Subsistenzwirtschaft zwangen viele Bauern, sich saisonal als Landarbeiter oder als Arbeiter in den Bergwerken und Fabriken zu verdingen, obwohl ihre Bewegungsfreiheit immer noch stark eingeschränkt war. Das Niveau der Unzufriedenheit auf dem Lande war sehr hoch und damit eine wesentliche Determinante der revolutionären Unruhen, die dem Land mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert bevorstanden. Die Industrialisierung des Landes auf niedrigerem Niveau begann nach 1890 – jetzt wurde auch zusammen mit dem Eisenbahnbau⁵ die Schwerindustrie und der Maschinenbau entwickelt – vielfach finanziert durch fremdländisches Kapital. Bis 1917 blieb die industrielle Arbeiterklasse allerdings eine kleine Minderheit, obwohl sich die Bauern nach den Reformen von 1906 entscheiden konnten, als Industriearbeiter dauerhaft in die Städte zu ziehen. Im alten Industrierayon um Moskau waren 1900 nur 4 Prozent der Bevölkerung als Fabrikarbeiter beschäftigt (Anderson 2010: 55).

Die Aristokratie der Gutsbesitzer war nicht in der Lage, gegenüber dem Zaren Reformen im politischen System durchzusetzen. Der „Kleinadel war gesellschaftlich parasitär... Fast alle Gutsbesitzer lebten über ihre Verhältnisse: die Güter waren verschuldet, ein Gutteil der Leibeigenen an die Adelsbank verpfändet, der Markt für Güter limitiert, sodass der Stand als solcher ständig verarmte, vor allem seitdem die Bauern nicht mehr über den freien Markt ohne ihren Landanteil verkauft werden konnten“ (Scheibert 1973: 221). Militär und Staatsdienst boten Aufstiegsmöglichkeiten. Gleichzeitig kamen aus dem absteigenden Adel viele der Revolutionäre des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Für die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Russland sahen sie keinen anderen Weg als den der Gewalt gegen die Obrigkeit. Angesichts der Stabilität der Zarenherrschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verfielen viele von ihnen allerdings in Pessimismus und Zynismus.

Entwicklung des Kapitalismus in Russland

In den Gefängnissen des Zarismus, in der sibirischen Verbannung und im westeuropäischen Exil – vor allem in der Schweiz – formten sich die Führungsgruppen der nachfolgenden Revolutionen. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vollzog sich – vor allem in Westeuropa – der Aufstieg der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und Kulturorganisationen, die sich auf die Lehren von Marx und Engels bezogen. Bei der Gründung der II. Internationale – 1889 in Paris – nahm die deutsche Sozialdemokratie unter August Bebel, die sich den Verfolgungen durch das Sozialistengesetz unter Bismarck erfolgreich widersetzte, eine Führungs- und Orientierungsrolle ein. Die russischen Revolutionäre entfernten sich vom Anarchismus, vom Panslawismus (Bakunin) sowie von der Orientierung auf das Land und die Bauernschaft. Sie gingen jetzt davon aus, dass mit der „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (Lenin, 1899) zugleich die Auseinan-

⁵ So wurde nach 1890 der Bau der transsibirischen Eisenbahn durch den Staat vorangetrieben.

dersetzung zwischen Kapital und Arbeit sowie die Entwicklung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur entscheidenden Achse künftiger politischer und sozialer Auseinandersetzungen würde, in denen zugleich – gleichsam als erste Etappe – die Zerstörung des zaristischen Herrschaftssystems und der Machtpositionen der Aristokratie – im Mittelpunkt stehen werde.

Bis zur Revolution von 1905 waren auch die am Marxismus orientierten Revolutionäre der Auffassung, dass in Russland zunächst eine bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung stand, durch die die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt wird. Allerdings nahm nach der Revolution von 1905 die Erkenntnis zu, dass der Sturz der alten Ordnung und die Perspektive des Sozialismus in hohem Maße von einem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den armen Bauern abhängen. 1883 wurde in Genf die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ um Georgi Plechanow gegründet, der auch die eingangs erwähnte Vera Sassulitsch angehörte. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) wurde 1898 von 9 Personen, die verschiedene illegale Organisationen vertraten, in Minsk gegründet und schloss sich der II. Sozialistischen Internationale an. Zu dieser Zeit befand sich W. I. Lenin in der sibirischen Verbannung. In London erfolgte 1903 die Spaltung in Bolschewiki (Mehrheitsfraktion) mit Lenin und Menschewiki (zu denen zunächst Leo Trotzki gehörte). Die Spaltung wurde erst im Jahre 1912 auch organisatorisch vollzogen. Die Bolschewiki nannten sich fortan SDAPR (B). Aus dieser Partei ging 1918 – nach der Oktoberrevolution – die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) hervor, die sich erst 1952 in KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) umbenannte.

Lenin: „Was tun?“

In Russland selbst operierte die Partei – mit Ausnahme der kurzen Revolutionsperiode von 1905 – in strengster Illegalität, ihre Mitglieder und Anhänger wurden verfolgt und inhaftiert. In der westeuropäischen Emigration nahmen ihre Wortführer an den Debatten in der II. Internationale (und in der deutschen Sozialdemokratie) teil. Lenin vertrat in seiner Schrift „Was tun?“ (1903) für die Partei der Bolschewiki das Konzept einer illegal operierenden Kader- und Avantgardepartei von „Berufsrevolutionären“. Sie sollte nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ geführt werden. Rosa Luxemburg, die selbst aus dem von Russland beherrschten Polen stammte, kritisierte diese Position scharf. Sie misstraute dem Konzept der straffen Führung der Partei von oben ebenso wie dem Lenin'schen Begriff des „Klassenbewusstseins“ (im Unterschied zum „tradeunionistischen Bewusstsein“ der Arbeiter), das sich die „Berufsrevolutionäre“ durch marxistische Parteischulung theoretisch aneignen sollten. Dagegen vertrat sie das Konzept einer demokratischen Massenpartei, die in der Lage sein muss, die Klassenbewegungen selbst zum Ziel der revolutionären Veränderung zu führen.⁶

⁶ In der Schrift „Was tun?“ hatte Lenin allerdings ausdrücklich hervorgehoben, dass seine Orga-

„Die Russen“ waren meist Emigranten, oftmals abenteuerliche Gestalten, die aus den Kerkern des Zarenregimes oder aus Sibirien entwichen waren und gelegentlich in den dunklen Ecken der Wiener Kaffeehäuser zu finden waren. In Deutschland und der Schweiz gründeten sie Verlage und Zeitschriften. Zumal den deutschen, sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten oder den „Gewerkschaftsbeamten“ (so wurde die hauptamtlichen Funktionäre genannt) mussten sie eher als abenteuerliche Figuren erscheinen, die untereinander ständig zerstritten waren und „die Deutschen“ als Moderatoren anforderten, wenn sich z. B. Menschewiki und Bolschewiki um die Parteikasse stritten.

Beim Kongress der Internationale in Stuttgart im Jahre 1907, der sich mit der heraufziehenden Kriegsgefahr befasste, wirkten allerdings Rosa Luxemburg und Lenin – zusammen mit dem Menschewik Martow – bei der Abfassung einer Erklärung zusammen, die für die folgenden Jahre – genauer: für die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung im Ersten Weltkrieg – von außerordentlicher Bedeutung sein sollte. Sie wurde einstimmig beschlossen und hatte den folgenden Wortlaut: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung der Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ (Zit. n. Braunthal, Bd. 1: 344)

Kriege als Auslöser der Revolutionen

Der Ausbruch der Revolutionen in Russland wurde schließlich durch Kriege bestimmt (Halliday 1999: 234 ff.). Damit standen diese stets im Kontext internationaler Konflikte und Kräfteverhältnisse. Die Revolution von 1905 folgte auf die Niederlage im Krieg mit Japan, wurde allerdings durch den so genannten „Blutsonntag“ ausgelöst, als 200.000 Arbeiter – unter der Führung eines Popen – sich zum Zarenpalast begaben, um eine Petition zu überreichen. Dort wurden sie von der Armee unter Beschuss genommen.

Die beiden Revolutionen im Februar und im Oktober des Jahres 1917 explodierten in der Endphase des Ersten Weltkrieges, als sich mit der militärischen Niederlage der Zerfall staatlicher Autorität und Macht beschleunigte. Die

nisationsvorstellung für die Arbeit der Partei in der russischen Illegalität gelten sollte. Für die legale Arbeit einer Massenpartei bezog er sich auf der Vorbild der deutschen Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg hatte 1904 in der „Neuen Zeit“ einen Artikel über „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ veröffentlicht, in dem sie den „Zentralismus“ in Lenins Parteikonzept scharf kritisierte.

Truppen, die im Februar 1917 nach St. Petersburg verlegt wurden, um die Revolution niederzuschlagen, weigerten sich, das Feuer auf streikende Arbeiter zu eröffnen. Viele der Soldaten liefen zu den Aufständischen über. Gleichzeitig nahm die Unruhe – in Form von Bauernaufständen – auf dem Lande zu. In den Städten – Petersburg und Moskau waren die Zentren – übernahmen freilich die Arbeiter die Initiative. Die Bildung von Arbeiterräten – im Jahre 1917 von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten – folgte aus Massenstreiks in den Betrieben sowie aus den politischen Massenbewegungen, die den Sturz des Zaren forderten. Der Petrograder Sowjet des Jahres 1905, dessen Sprecher der junge Leo Trotzki gewesen war (Deutscher 1962: 128 ff.) inspirierte am Ende des ersten Weltkrieges die Rätebewegungen nicht nur in Russland, sondern auch in vielen europäischen Ländern.⁷ In Turin/Italien streikten im Februar 1917 die Fiat-Arbeiter unter der Losung: „Fare come in Russia!“ („Machen wir es wie in Russland!“).

Theda Skópcol (1979: 99). stellt beim Vergleich der Ursachen der drei großen Revolutionen seit 1789 fest, dass – in allen Fällen – die revolutionäre Krise heranreife, weil die agrarischen Strukturen auf eine autokratische und protobürokratische Staatsorganisation prallten. Dabei wurden staatliche Reformpolitiken blockiert, die notwendig gewesen wären, um mit dem zunehmenden militärischen Wettbewerb in einer Welt fertig zu werden, die durch den Kapitalismus gerade einer ungleichen Transformation unterworfen wurde. „In Russland war eine schwache ländliche Aristokratie nicht in der Lage, Reformen von oben zu blockieren. Aber die Landwirtschaft und die Klassenstruktur auf dem Lande wirkten als Bremsen gegenüber der vom Staat angestoßenen Industrialisierung. Auf diese Weise wurde es für das zaristische Russland unmöglich, wirtschaftlich und militärisch gegenüber dem Deutschen Reich, dem wichtigsten potenziellen Feind im europäischen Staatensystem, aufzuholen... Die schließliche Wirkung dieser Blockaden von staatsgeleiteten Reformen war der Niedergang der monarchischen Autokratie und die Auflösung der zentralisierten Verwaltungs- und Militärorganisation des Staates ... Aufstände von unten konnten sich so ausbreiten, ohne dass die herrschenden Klassen auf die gewohnten Maßnahmen zur Stützung des autoritär-imperialen Staates zurückgreifen konnten. Die soziale Revolution setzte ein.“

Spezifische Widerspruchskonstellationen

Wenn die Vorgeschichte der Revolution durch die je spezifischen Widerspruchskonstellationen bestimmt wird, die sowohl durch die ökonomischen Strukturen, die Klassenverhältnisse und die Staatsorganisation bestimmt wer-

⁷ In ihrer Schrift über die russische Revolution von 1905 („Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906), in der allerdings der Petrograder Sowjet nicht erwähnt wird, betonte Rosa Luxemburg (1966: 203) diese Ausstrahlungskraft der russischen Massenstreikbewegungen: „Das zurückgebliebenste Land weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weiteren Klassenkampfes dem Proletariat Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder.“

den, dann reichen die einfachen Erklärungen, die auf die Krise der alten Welt (Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) und den Klassenkonflikt rekurrieren, nicht aus. Die großen Revolutionen der Moderne fanden in Staaten statt, in denen (im Frankreich des 18. Jahrhunderts, aber auch in Russland und China im 20. Jahrhundert) der Agrarsektor und die Bauernschaft dominierten.⁸ Gleichzeitig spielten der Staat und seine Stellung im internationalen Staatensystem sowohl für die Ursachen wie den Ablauf der Revolution eine außerordentlich wichtige Rolle (Halliday 1999). Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts standen immer im Zusammenhang von Kriegen, der beiden Weltkriege und nationaler Bürgerkriege. Für die russische Revolution von 1917 ist der Zusammenhang zwischen Krieg, Niederlage und Staatskrise ebenso entscheidend wie die Unruhen und Revolten auf dem Lande, die mit der Erwartung verbunden waren, dass die Revolution den Bauern nicht nur Frieden, sondern auch Land und Freiheit bringt. Die politische Dynamik der Revolution wurde durch die Massenaktionen der Arbeiter in den Städten, durch die Macht der Sowjets und schließlich durch die Politik der Bolschewiki bestimmt.

Dennoch war von Anfang an klar, dass der Übergang zur sozialen Revolution immer auch mit der Lösung der „Agrarfrage“ verbunden sein muss.⁹ Der Aufbau des Sozialismus – vor allem aber die Industrialisierung seit dem Ende der 20er Jahre, die dann mit der Kollektivierung der Landwirtschaft einher-

⁸ Theda Skocpol (1979: 6) bezieht sich u.a. auf die einflussreiche Studie von Barrington Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, New York 1966.

⁹ Die Agrarfrage spielte bei Marx und Engels eher eine ungeordnete Rolle. Marx hatte im 24. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“ die „sog. ursprüngliche Akkumulation“, d.h. die Vertreibung der Bauern vom Land durch die „Enclosures“ und die Kapitalisierung der Landwirtschaft (Produktion für den Markt) als die Vorgeschichte der Kapitalbildung auf der einen und der Herausbildung der modernen eigentumslosen Lohnarbeiterklasse auf der anderen Seite analysiert. Friedrich Engels schrieb kurz vor seinem Tode im Jahre 1894 einen Text über die „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ (MEW 22: 483 – 507). Karl Kautsky, der marxistische Cheftheoretiker der II. Internationale, veröffentlichte 1899 ein umfangreiches Werk über die „Agrarfrage“ und die Haltung der Sozialdemokratie. Der bäuerliche Kleinbesitz werde im entwickelten Kapitalismus durch die Mechanisierung und Industrialisierung, im Sozialismus durch die Bildung von Genossenschaften sowie durch Staatsgüter aufgehoben. Die Theoretiker des Sozialismus waren sich freilich bewusst, dass die Kleinbauern („Parzellbauern“ in Frankreich) und das Landproletariat, die einerseits gegen die Großgrundbesitzer eingestellt sind, andererseits – sofern sie auf dem Lande dem Einfluss der Religion ausgesetzt sind – als Träger konservativer und gegenrevolutionärer Politik und Ideologie mobilisierbar sind. Die berühmte Formulierung in einem Brief von Marx an Engels aus dem Jahre 1856 (MEW 29: 47): „The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian Revolution by some second edition of the Peasants“ war“ verweist auf das später bei Lenin in extenso behandelte Problem eines Bündnisses Arbeiterklasse – arme Bauernschaft und die damit verbundene Hegemonie-Frage. Antonio Gramsci hat 1926 in einem Text über „Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens“, die Spaltung des Landes in den (industrialisierten) Norden und den (agrarischen) Süden als zentrale strategische Herausforderung für die Bündnispolitik der Kommunistischen Partei bezeichnet. Gleichzeitig zeigte er, wie die Bauernjungen aus dem Süden in der Armee eingesetzt werden, um Streiks der Arbeiter in Turin (August 1917) niederzuschlagen. Das Ressentiment gegen die Großstadt und ihre Einwohner wird dabei von den Vorgesetzten geschürt (Gramsci 1980: 196/197).

ging – wurde daher durch den Grundwiderspruch bestimmt, dass mit der Kollektivierung die „Befreiung“ der Bauern gleichzeitig mit einer erneuten „Ausbeutung“ und gewaltsamen Disziplinierung der Bauernschaft einhergehen musste.¹⁰ Infolge massiver Repressionsmaßnahmen zeichnete sich das neue System durch objektive (institutionelle) und subjektive Widersprüche aus (z. B. die Vorgaben durch die zentralen Planungsbehörden, die geringe Produktivität in der Landwirtschaft oder die Gleichgültigkeit vieler in der Landwirtschaft Tätigen, auch Alkoholismus), die die Sowjetunion bis zu ihrem Ende begleiteten und ihre Entwicklung behinderten.

1917 und 1949 im Vergleich

Beim Vergleich der beiden großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts macht Perry Anderson (2010: 55) zuerst darauf aufmerksam, dass die „Oktoberrevolution ein schneller großstädtischer Aufstand“ war, dessen „soziale Basis ... die junge russische Arbeiterklasse“ bildete. Diese machte „weniger als 3 Prozent der Bevölkerung aus“. Die chinesische Revolution hingegen entwickelte sich nach dem Rückzug der Kommunisten aus den großen Städten (1927) auf das Land, in die so genannten „befreiten Gebieten“ unter der Bauernschaft. Die Rote Armee war eine Bauernarmee. Auch die Entwicklung des Sozialismus in China nach 1949 wurde in hohem Maße „vom Lande“ getragen. Selbst die Reformen von Deng Xiao Ping nach 1978 begannen auf dem Lande. Der Wahlspruch des Maoismus, der in den 60er Jahren auch auf die Weltpolitik übertragen werden sollte¹¹, lautete: „Die Dörfer erobern die Städte“. In der offiziellen Programmatik der KP Chinas wird allerdings bis in die Gegenwart die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ betont.

Die Agrarfrage im Wechsel der Zeiten

Nach 1945 spielte die Agrarfrage für die sozialistischen Staaten Mittel- und Südosteuropas wiederum eine wichtige Rolle. In Polen z.B. blieb der bäuerliche Kleinbesitz wesentlich erhalten und bildete die soziale Basis nicht nur des Katholizismus, sondern auch der antikommunistischen Bewegungen, die sich – dann aber auch in der Arbeiterschaft (vgl. die Streiks auf der „Leninwerft“ im August 1980) – seit den 1970er Jahren verstärkten.

In der DDR löste die Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der 1950er Jahre Fluchtwellen in die BRD aus. Später jedoch galten die LPGs als relativ stabile Säulen des ökonomischen und politischen Systems der DDR. Für die Revolutionen in der „Dritten Welt“ war die „Agrarfrage“ ohnehin zentral; denn es ging nicht nur darum, sich von der Abhängigkeit von den Metropolen

¹⁰ Schon vor dem Beschluss über die Kollektivierung der Landwirtschaft (1928) musste die Versorgung der Stadtbevölkerungen, also auch der Arbeiter, mit Produkten der Landwirtschaft immer wieder durch Zwangsmaßnahmen gesichert werden.

¹¹ Vgl. Lin Biao, *Es lebe der Sieg im Volkskrieg*, Peking 1965; Kurt Steinhaus, *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt/Main 1967.

bzw. vom Weltmarkt zu lösen, sondern auch Strukturen von Monokulturen (z. B. dem Anbau von Zuckerrohr in Kuba) zu überwinden. Die anhaltenden Probleme der Landwirtschaft in Kuba weisen jedoch darauf hin, dass dieses Problem niemals wirklich gelöst wurde.

Das Elend der Subsistenzwirtschaft für die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande war in der Regel Ausgangspunkt von Migrationswellen, aber auch von Protestbewegungen. Hobsbawm (1998: 365 ff.) bezeichnet den „Untergang des Bauerntums“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – nicht nur in den Kapitalmetropolen, sondern auch in weiten Teilen der so genannten „Dritten Welt“, vor allem aber in den sich neu industrialisierenden Ländern Ost- und Südostasiens (wie China)¹² – als einen „dramatischen und weitreichenden Wandel..., der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat“.

Mit anderen Worten: Für die progressiven antikapitalistischen Bewegungen des 21. Jahrhunderts kann die Bauernschaft keineswegs die gleiche Rolle spielen wie in den Revolutionen an der Peripherie im 20. Jahrhundert. Der Betrieb der Landwirtschaft mit moderner Technologie und Chemie ebenso wie die Konsumgewohnheiten der Menschen in den reichen Gesellschaften werden dabei zu Problemen, die durch Umweltpolitik, gesunde Ernährung, Beschränkung des globalen Handels mit Agrarprodukten usw. gelöst werden müssen. Allerdings zeichnen sich die Flüchtlingswellen seit dem späten 20. Jahrhundert – von Mittel- und Süd- nach Nordamerika sowie von Afrika und vom Nahen Osten nach Europa – dadurch aus, dass die Krise der Landwirtschaft und der Subsistenzökonomien in den armen Ländern des Südens keine Bauernbewegungen mehr auslösen, die zusammen mit der Arbeiterschaft in den Städten für eine radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse, der Entmachtung der transnationalen Konzerne und für eine Emanzipation von der Weltmarktabhängigkeit eintreten. Zuletzt haben progressive Koalitionen im Kampf um die Überwindung der kolonialen Abhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle gespielt. Inzwischen richten sich die Überlebensinteressen vieler auf die Auswanderung nach Europa. Wo sich im eigenen Lande Industrie und Dienstleistungen entwickeln oder Nischenexistenzen möglich erscheinen, wandert die „Überschussbevölkerung“ vom Lande in die städtischen Regionen, wo sich die Elendsbezirke der Groß- und Megastädte ausbreiten (Davis 2006).

2. Der Sieg der Bolschewiki: die Oktoberrevolution

Die Revolution vom Februar 1917 leitete nicht nur den Sturz des Zarenregimes, sondern auch die völlige Auflösung der alten Ordnung ein. Polizei und Armee lösten sich auf; die Bürokratie hielt sich zurück. Auf der örtlichen Ebene entstanden Selbstverwaltungsorgane (Räte/Sowjets). Die Provisorische Regierung, der ab Mai 1917 auch die Menschewiki sowie die Partei der Sozialrevolutionäre angehörten, wurde ab Juli 1917 von Alexander Kerenski (Sozialrevolutionär) geführt. Sie beseitigte Formen der zaristischen Tyrannei und ge-

¹² Auch in Brasilien lebten 2003 83 Prozent der Bevölkerung in den Städten.

währte demokratische Rechte und Freiheiten. Allerdings kam sie nicht dem Wunsch der Massen entgegen, den Krieg zu beenden und eine Agrarreform einzuleiten. So etablierte sich ein System der „Doppelherrschaft“ – auf der einen Seite die Provisorische Regierung, auf der anderen Seite die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), deren wichtigster und politisch einflussreichster der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten war. Im März 1917 verabschiedete er ein Manifest „An die Völker der ganzen Welt“, das der Eroberungspolitik den Kampf ansagte und das europäische Proletariat zum Kampf gegen den Krieg aufrief. Die provisorische Regierung setzte – auch unter dem Druck der Westmächte, die mit Russland im Krieg gegen das Deutsche Reich standen – den Krieg fort. Die USA waren am 7. April 1917 in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. „Im Juli scheiterte eine russische Offensive nach Österreich; der Druck der Bauernrevolution in den Heimatdörfern der Soldaten nahm zu und die Offiziere gerieten mehr und mehr in den Verdacht der Konterrevolution, was bald durch den Putschversuch des General Kornilow bestätigt wurde.“ (Skocpol 1979: 210)

„Alle Macht den Räten“

Nach seiner Rückkehr nach Russland im April 1917 drängte Lenin die Bolschewiki, in einer zweiten Etappe der Revolution den Kampf für eine Arbeiterregierung unter der Losung „Alle Macht den Räten“ in den Mittelpunkt zu stellen¹³. Der Druck der Massenbewegungen von unten – bei denen die Forderungen nach Beendigung des Krieges eine zentrale Rolle spielte – sollte im System der „Doppelherrschaft“ die Sowjets stärken und damit den Kampf für ein Rätssystem – eine Staatsmacht nach dem Vorbild der Pariser Kommune – vorantreiben¹⁴. „Die Bolschewiki forderten die sofortige Beendigung des Krieges, die Aufteilung der Adelsgüter unter die Bauernschaft, die Kontrolle der Arbeiter über die Industrieproduktion sowie das Selbstbestimmungsrecht

¹³ Die zweite der so genannten „Aprilthesen“ lautete: „Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur *zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.“ (LAW II 1964: 40)

¹⁴ Im August/September 1917 verfasste Lenin die Schrift „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats“ (LAW II 1964: 315 – 420), in der das Konzept der Räterepublik und der „Diktatur des Proletariats“ entwickelt wird. Darin vertrat er die Auffassung, dass die „Diktatur des Proletariats“ – im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie auf der Basis des Kapitalismus – „zum ersten Mal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen wird, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, die wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, umso schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben“ (ebd. 392). Lenin konnte sich am Vorabend der Revolution nicht vorstellen, welche Wege die Revolution unter dem Druck der inneren Widersprüche und Herausforderungen sowie des externen gegenrevolutionären Drucks einschlagen würde. Auf jeden Fall hatte er eher naive Vorstellungen über die künftige Staats- und Wirtschaftsordnung im Gefolge einer erfolgreichen politischen Revolution.

für alle nichtrussischen Nationalitäten. Da ihre einfach und zündend formulierten Losungen: Frieden, Land, Brot, Freiheit genau die Wünsche und Interessen der Bevölkerung widerspiegeln, gewannen sie immer größeren Anhang.“ (Lorenz 1972: 273/3) Die Forderungen Lenins waren freilich unter den führenden Bolschewiki höchst umstritten; ihre Kritik wurde aber durch den Gang der Ereignisse selbst korrigiert.¹⁵

Drei große soziale Bewegungen

Im Frühsommer 1917 hatten sich drei große soziale Bewegungen formiert, die die provisorische Regierung unter Handlungsdruck setzten und den Einfluss der Bolschewiki erweiterten. Die Kriegsmüdigkeit erzeugte Meutereien in der Armee, die zur Bildung von Soldatenräten, aber auch zu massiver Desertion führten. Auf dem Lande breitete sich eine Bauernrebellion aus, die eine Aufteilung der Adelsgüter und einen allgemeinen Landausgleich forderten. Da die Soldaten in ihrer Mehrzahl Bauern waren, bestand ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Bewegungen. „Als die provisorische Regierung im Juni 1917 versuchte, die Armee in eine neue Militäroffensive zu treiben, da hatten die Bauernsoldaten endgültig genug. Sie kehrten zurück in ihre Dörfer, um gemeinsam mit ihren Familien an der Verteilung des Landes teilzuhaben.“ (Hobsbawm 1998: 86)

Schon im Mai 1917 hatte in Petrograd der erste Gesamtrussische Kongress der Bauerndeputierten stattgefunden, der die Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden sowie die entschädigungslose Enteignung des großen Grundbesitzes forderte. Es entwickelte sich – schon bevor die Bolschewiki die Macht ergriffen – ein regelrechter Bauernkrieg mit einer radikalen Umwälzung der Agrarverhältnisse (Lorenz 1972: 278/9).

Gleichzeitig radikalisierte sich die Arbeiterschaft. In den Betrieben selbst wurde um die Macht gekämpft. Dabei ging es einerseits um klassische gewerkschaftliche Forderungen (Lohnerhöhungen, Acht-Stunden-Tag), andererseits um Formen der Arbeiterkontrolle. Neben den Arbeiterdeputiertenräten hatten sich Gewerkschaften und vor allem Betriebskomitees etabliert, die direkt von den Belegschaften gewählt wurden. Diese übernahmen zugleich Funktionen bei der Fortführung der Produktion – auch gegen den Willen der Unternehmer – und bei der Verhinderung von Massenentlassungen. „Die Industriearbeiter waren zum Überleben darauf angewiesen, dass die Fabriken weiter produzierten – und dass – wenigsten zu minimaler Sicherheit – der Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten, sowie zwischen Stadt und Land weiter ging. Als sich das Chaos ausweitete, hatten sie ein gesteigertes Interesse an der Zusammenarbeit mit irgendeiner organisierten revolutionären Kraft, die daran gehen würde, diese Probleme zu lösen.“ (Skocpol 1979: 211) Bis zum Sommer 1917 hatte sich die Mitgliederzahl der bolschewisti-

¹⁵ „Bodganow charakterisierte die ‚Aprilthesen‘ als das ‚Delirium eines Wahnsinnigen‘ und Nadezda Krupskaja selbst kam zu dem Schluss: ‚Ich fürchte, es sieht so aus, als sei Lenin verrückt geworden‘“ (Zizek 2002: 10).

schen Partei auf eine Viertelmillion erhöht. Die Leistung von Lenin und den Bolschewiki bestand im Wesentlichen darin, dass sie „zu erkennen in der Lage“ waren, was die Massen wollten. Führung bestand eben auch darin, „den Massen folgen zu können“ (Hobsbawm 1998: 86).

Chaos und Verfall der provisorischen Regierung

Angesichts dieser Dynamik in der zweiten Etappe der Revolution geriet die provisorische Regierung immer mehr in die Defensive, zumal sie sich nicht zur Beendigung des Krieges durch einen Separatfrieden entscheiden konnte. Nach Massendemonstrationen im Juli, die den Losungen der Bolschewiki folgten, kam es zu Verhaftungen und Verfolgungen der Linken – Lenin verbarg sich im finnischen Exil, wo er „Staat und Revolution“ schrieb. Im September unternahm der zaristische General Kornilow einen Militärputsch gegen die provisorische Regierung und die Sowjets. Damit kündigte sich zum ersten Mal das Potenzial einer gewaltigen Konterrevolution an, die von den Trägern der Macht des alten Regimes – hier der Führung der alten Armee – ausging. Die Kraft der revolutionären Basisbewegungen zeigte sich freilich auch darin, dass der Putsch vor allem deshalb schnell zusammenbrach, weil er auf massiven Widerstand von Seiten der Roten Garden und von Soldaten traf, die sich den Sowjets angeschlossen hatten. So bewaffnete z. B. die Eisenbahnergewerkschaft ihre Mitglieder und ließ Schienen und Brücken bewachen.

Bis zum Oktober nahmen das Chaos sowie der Verfall der Autorität der provisorischen Regierung zu. Nachdem die Bolschewiki die Mehrheit im Petrograder Sowjet erobert hatten, übernahmen sie die Initiative und bestimmten den weiteren Gang der Entwicklung. Lenin forcierte nunmehr die Vorbereitung auf die Übernahme der Macht durch einen bewaffneten Aufstand.¹⁶ „In Artikeln und Briefen an das Zentralkomitee analysiert Lenin die Lage, wobei er jedesmal die internationalen Bedingungen voran stellt. Symptome und Tatsachen des Erwachens des europäischen Proletariats sind ihm auf dem Hintergrund der Kriegsergebnisse unbestreitbare Beweise dafür, dass die unmittelbare Bedrohung der russischen Revolution seitens des ausländischen Imperialismus immer mehr abnehmen wird. Verhaftungen der Sozialisten in Italien und besonders der Aufstand der deutschen Flotte¹⁷ veranlassen ihn, einen ungeheuren Umschwung in der gesamten Weltlage zu proklamieren: ‚Wir stehen am Beginn einer proletarischen Weltrevolution‘.“ (Trotzki 1960: 587) Der Aufstand sollte vom Militärischen Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets, das von Leo Trotzki geleitet wurde, vorbereitet und durchgeführt werden (vgl. Trotzki 1960: 568 ff.).

¹⁶ In diesen Wochen – seit September – verfasste er u.a. die Schriften: „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“, „Marxismus und Aufstand“, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, „Die Krise ist herangereift“ (LAW II: 421 – 485).

¹⁷ Dieser Hinweis bezieht sich auf Unruhen unter den Matrosen in Wilhelmshaven im August/September 1917; im September 1917 wurden die beiden Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch als Führer der Meuterei exekutiert. Der Matrosenaufstand von Kiel, der die Novemberrevolution 1918 mit einleitete, folgte ein Jahr später.

Der Sturm auf das Winterpalais und die Folgen

Am 25. Oktober (d.h. am 7. November nach dem gregorianischen Kalender) wurde der Regierungssitz im Winterpalais von Roten Truppen umstellt, die am Abend ein Ultimatum an die im Gebäude versammelten Regierungsmitglieder richteten. Gleichzeitig begann der 2. Allrussische Sowjetkongress seine Tagung im Smolny. Die 649 Delegierten – von denen 390 sich als Bolschewiki bezeichneten – kamen aus 400 Sowjets – überwiegend aus den großen Industriegebieten und den politischen Zentren des Landes. In den Morgenstunden des 8. November wurden die Regierungsmitglieder (bis auf Kerenski, dem die Flucht gelang) verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht; wenig später verkündeten die Bolschewiki ihre Machtübernahme. Der Sowjetkongress bildete als revolutionäre Regierung einen Rat der Volkskommissare, dessen Vorsitzender W. I. Lenin wurde. Der Rat verabschiedete drei Dekrete, die den Beginn der neuen Ära verkündeten:

- Das Dekret über den Frieden versprach, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzustreben, und verkündete die Bereitschaft der neuen Macht, den Krieg durch einen einseitigen Friedensschluss mit dem Deutschen Reich zu beenden.
- Das „Dekret über den Grund und Boden“ machte die Forderungen der Bauern nach einer Sozialisierung des Bodens, die schon der Allrussländische Sowjet der Bauerndeputierten im August 1917 erhoben hatte, zum Gesetz.
- Schließlich folgte das Dekret über die Rechte der Völker Russlands, das der Rat der Volkskommissare als seine Nationalitätenpolitik übernahm. Darin war u.a. festgehalten: 1. Gleichheit und Souveränität der Völker Russlands; 2. Recht der Völker Russlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staats, 3. Aufhebung nationaler und nationalreligiöser Privilegien und 4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Russlands bewohnen. Für den Rat der Volkskommissare unterzeichneten W. I. Lenin (als Vorsitzender) und Joseph Dschugaschwili-Stalin (als Volkskommissar für nationale Angelegenheiten).

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Der US-amerikanische Schriftsteller John Reed¹⁸ – Teilnehmer der revolutionären

¹⁸ Der Amerikaner John Reed (1887 – 1920) hatte an der Eliten-Universität Harvard studiert und dort gemeinsam mit seinem Jugendfreund Walter Lippmann einen sozialistischen Klub gegründet (vgl. Deppe 2003: 411 ff.). Als Journalist begleitete er Streikbewegungen in den USA und die mexikanische Revolution. Als er 1918 von Russland nach New York zurückkam, wurde sein Buchmanuskript immer wieder von der US-Justiz in Beschlag genommen. Bald nahm er an der Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei teil und wurde Redakteur der Zeitung „The Voice of Labor“. Mehrfach wurde er verhaftet. 1919 wurde er gebeten, nach Moskau zu kommen, um in der Kommunistischen Internationale zu arbeiten. Er starb – am Typhus erkrankt – am 17. Oktober 1920 und wurde an der Kremliumauer beigesetzt.

nären Ereignisse in Petrograd – publizierte 1919 ein Buch mit dem Titel „10 Tage, die die Welt erschütterten“. Darin rekonstruiert der Sozialist Reed, der schon 1920 starb, die 10 Tage nach dem 7. November als ein „Stück geballter Geschichte“. Er spricht von einer „großen Revolution, in der hundertsechzig Millionen der am schwersten unterdrückten Menschen in der Welt plötzlich ihre Freiheit erringen“. Gegenüber den Kritikern vertritt er die Auffassung, „dass die russische Revolution eine der größten Taten in der Geschichte der Menschheit ist“. Der „Aufstieg der Bolschewiki“ ist ihm ein „Ereignis von weltweiter Bedeutung“. Im Vorwort vom 1. Januar 1919 erwähnt er, dass er an einem neuen Buch unter dem Titel „Von Kornilow bis Brest-Litowsk“ arbeite (Reed 1957: 8ff.). Damit deutet er an, dass für die weitere Entwicklung der Revolution, für das Überleben des Sowjetregimes die Auseinandersetzung mit der Konterrevolution schnell zur entscheidenden Herausforderung wurde und das Handeln der Akteure in der konkret geschichtlichen Konstellation bestimmte.¹⁹

Auch das Schicksal der konstituierenden, d.h. verfassungsgebenden Versammlung, die am 25. November gewählt wurde und am 18. Januar 1918 zusammentrat, wurde im Zusammenhang der heftiger werdenden Kämpfe um das Überleben der Sowjetregierung entschieden. Die Bolschewiki verfügten – mit ihren Verbündeten – nur über zirka 25 Prozent der Sitze, hatten allerdings in den großen Städten sowie unter den Soldaten der Westfront eine deutliche Mehrheit erreicht. Die Partei der Sozialrevolutionäre verfügte über eine Mehrheit, die sie vor allem auf dem Lande errungen hatte. Eine Gruppe von linken Sozialrevolutionären kooperierte allerdings mit den Bolschewiki. Die bolschewistische Fraktion brachte einen Resolutionsentwurf ein, die ‚Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes‘. Die Deklaration bezeichnete Russland als die ‚Republik der Sowjets‘, als ‚freie Nation freier Nationen‘ und forderte die Anerkennung der ‚Errungenschaften‘ der Oktoberrevolution: Annullierung der Auslandsanleihen, Nationalisierung des Bodens, Verstaatlichung der Banken und Arbeiterkontrolle über die Fabriken und Betriebe als Vorstufe zur Sozialisierung. Die nichtbolschewistische Mehrheit lehnte die Behandlung dieses Antrages ab, worauf die Bolschewiki die Versammlung verließen. Noch am gleichen Tag löste sie sich auf (Boffa 1978: 492 ff.). Am 25. Januar 1918 ließen sich die Bolschewiki die Deklaration vom 3. Sowjetkongress bestätigen. Die im Juli 1918 erlassene erste Verfassung übernahm den Text der Deklaration in ihrem ersten Abschnitt. Die Gegner der Bolschewiki formierten sich nunmehr schon in Orten und Bündnissen, die in die Fronten des Bürgerkrieges eingespannt waren. Für die Anhänger des Ver-

¹⁹ Das Buch von John Reed gehörte zu den im 20. Jahrhundert am meisten gelesenen Büchern. Allerdings wurde nach dem Tod Lenins 1923 unter der Federführung von Stalin, der in den 20er Jahren die engsten Gefährten aus der Revolution ausschaltete (Kamenew, Sinowjew, Bucharin und schließlich Trotzki), auf „Fehler“ hin gewiesen, die sich insbesondere auf die Würdigung von Trotzki bezogen (Reed 1957: 499 ff.). Auch darin reflektierte sich der grundlegende Widerspruch der russischen Revolution: Das Festhalten am Anspruch der Revolution war immer mehr mit Formen der Gewalt und Repression – auch mit der Manipulation der historischen Wahrheit – verbunden.

fassungsgedankens, vor allem aber für die Gegner der Revolution war (und ist) damit der „Sündenfall“ der Sowjetmacht bereits vollzogen.

Die Gesetze der Revolution

Die „Gesetze der Revolution“ (Crane Brinton) werden freilich im Übergang von der ersten Phase der politischen Revolution, dem Sturz des Ancien Regimes, in die zweite Phase der Revolution, in der die Revolution gegen die Konterrevolution verteidigt werden muss und der „revolutionäre Block“ zerfällt (in „Radikale“ und „Konstitutionalisten“, „Jakobiner und Girondisten“), niemals durch die Ergebnisse von Wahlen bestimmt. Diese konnten im besten Fall eine Momentaufnahme von Stimmungen vermitteln, aber keineswegs die schnelle Entwicklung und Veränderung von realen Machtverhältnissen in dem riesigen Land zwischen Wladiwostok und Minsk widerspiegeln. Revolutionen sind durch den Zusammenbruch der alten Ordnung und durch den Kampf um die Errichtung einer neuen Ordnung charakterisiert – der Kampf um die Erhaltung der revolutionären Macht folgt dem Muster des Krieges, in dem die Schlachten in letzter Instanz durch die Verfügung über Ressourcen a) der Legitimation („Zustimmung von unten“) und b) der materiellen Macht („Geld, Gewehre und Menschen“), schließlich auch c) durch die Qualität politisch-strategischer Führung entschieden werden. Ein weiteres Merkmal von revolutionären Situationen ist – für kurze Zeiträume – die Unübersichtlichkeit bzw. das Chaos, das aus dem Zusammenbruch der alten Ordnung – vor allem am Ende eines Krieges und im Zusammenhang der Niederlage und Auflösung der Armeen des alten Regimes – resultiert. Die Verschiebung der Fronten, der Wechsel von Siegen und Niederlagen, der Verfall von Allianzen und der Eintritt neuer Gegner, die Lösung der Versorgungsfragen der Bevölkerung wie der Armee, Transportprobleme usw. konfrontieren die Führung der Revolution im schnellen Wechsel mit unvorhersehbaren Herausforderungen, die schnelle Entscheidungen erfordern.

Rosa Luxemburg (1968: 113) hatte Anfang 1918 in ihrem – im Gefängnis verfassten – Manuskript über die „Russische Revolution“ darauf hingewiesen, dass sich jede Revolution „nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats“, als „objektive Lage“, befindet. „... die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: entweder muss sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.“

3. Revolution im Widerspruch

Im Juli 1918 verabschiedete der V. Sowjetkongress die erste Verfassung der „Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“. Sie enthielt im zweiten Abschnitt Teile der Deklaration, die der III. Sowjetkongress im Januar 1918 gebilligt hatte. Darin werden als Ziele der Oktoberrevo-

lution festgehalten: „Die Hauptaufgabe der für den gegenwärtigen Augenblick des Übergangs bestimmten Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Form der mächtigen gesamt-russischen Sowjetmacht zur völligen Niederhaltung der Bourgeoisie, zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und zur Errichtung des Sozialismus, unter dem es weder eine Teilung in Klassen noch eine Staatsmacht geben wird“. (Art. 9)

Die Ziele der Revolution

„Zur Verwirklichung der Sozialisierung des Bodens wird das Privateigentum am Boden aufgehoben. Der gesamte Boden wird zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den Werktätigen ohne jede Ablösung auf der Grundlage einer ausgleichenden Bodennutzung übergeben. Alle Wälder, Bodenschätze und Gewässer von gesamtstaatlicher Bedeutung sowie das gesamte lebende und tote Inventar, die Mustergüter und die landwirtschaftlichen Musterbetriebe werden zum Nationaleigentum erklärt.

Als erster Schritt zum vollständigen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Transportmittel in das Eigentum der sowjetischen Arbeiter- und Bauernrepublik werden die von den Sowjets erlassenen Gesetze über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt, mit dem Ziel, die Macht des werktätigen Volkes über die Ausbeuter zu sichern.

Das ... Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der Anleihen, die von den Regierungen des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen wurden, (ist ein) erster Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital ...

Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals wird bestätigt.

Zur Beseitigung der parasitären Schichten der Gesellschaft und zur Organisation der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

Zur Sicherung der unumschränkten Macht der werktätigen Massen und zur Beseitigung der Möglichkeit, die Macht der Ausbeuter wieder herzustellen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.“

Das 3. Kapitel der Verfassung begann mit dem folgenden Artikel 4: „Der III. Gesamtrussische Sowjetkongress drückt seine unerschütterliche Entschlossenheit aus, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut überschwemmt haben, er erklärt sein Einverständnis mit der von der Sowjetmacht durchgeführten Politik der Zerreißung der Geheim-

verträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig miteinander kriegführenden Armeen und billigt das Streben, unter allen Umständen mit revolutionären Maßnahmen einen demokratischen Frieden der Werktätigen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen herbeizuführen“. Artikel 5: „Zu eben diesem Zweck besteht der III. Gesamtrussische Sowjetkongress auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter einiger weniger auserwählter Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen zählenden werktätigen Bevölkerung Asiens, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern gründete.“

Der Staatsaufbau wurde nach dem Konzept einer „Räterepublik“²⁰ festgelegt. W.I. Lenin hatte in seiner Schrift „Staat und Revolution“ vom Juli 1917 die politischen Schriften von Marx und Engels über die französischen Revolutionen von 1948 und 1871 interpretiert. Die erste – politische – Aufgabe der Revolution sei die „Zerschlagung des alten Staatsapparates“, sodann die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“, die als Übergangsregierung begriffen wurde. Diese Diktatur sei notwendig, um den Widerstand der Konterrevolution abzuwehren und die ersten Maßnahmen der revolutionären Regierung durchzusetzen.

Das Rätesystem

Die Bolschewiki stützten sich auch auf die Erfahrungen der Sowjets in der Revolution von 1905 und nach der Februarrevolution von 1917. Mit dem Sieg der Revolution und der Niederlage der Provisorischen Regierung sollten die Räte nunmehr das innere Gerüst des sozialistischen Staates bilden. Das Rätesystem bricht mit der repräsentativen Demokratie, nach der durch Wahlen (in der Regel alle vier Jahre) eine Volksvertretung (Parlament) gewählt wird, die die Regierung bildet und kontrolliert sowie als gesetzgebende Körperschaft (Legislative) im Zentrum des politischen Systems steht. Schon Marx hatte die Trennung von Wählern und Gewählten kritisiert und drauf hingewiesen, dass die subalternen Klassen in der Regel nicht in den Parlamenten repräsentiert sind.²¹

²⁰ Das russische Wort für „Rat“ heißt „Sowjet“.

²¹ Das lag auch daran, dass zu Lebzeiten von Marx das allgemeine Wahlrecht noch längst nicht durchgesetzt war. Erst am Ende des Ersten Weltkriegs – also nach der russischen Oktoberrevolution – setzte sich in den demokratisch verfassten Staaten das allgemeine Wahlrecht auf breiter Front durch. Allerdings verlief der politische Liberalismus, der die Konzeption der repräsentativen Demokratie vertritt, gleichzeitig in eine tiefe Krise. Autoritäre Regime von rechts etablierten Diktaturen, die das Wahlrecht und die Parlamente ausschalteten (Barth 2016). Lenin blickte 1917 auf eine Periode seit Anfang des Jahrhunderts zurück, in der sozialistische Parteien der II. Internationale – allen voran die deutsche Sozialdemokratie – Wahlerfolge errangen und mit starken Fraktionen in den Parlamenten vertreten waren. Allerdings waren die Parlamentsfraktionen der Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit auf die Politik der Kriegsunterstützung seit 1914 eingeschwenkt. Sie waren daher am Niedergang und der Spaltung der Internationale beteiligt, die

Lenin schrieb in „Staat und Revolution“: „Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus“. Er wies auf Beschränkungen des Wahlrechts sowie auf die „rein kapitalistische Organisation der Tagespresse“ hin (LAW II: 390). Lenin war davon überzeugt, dass mit der „Diktatur des Proletariats ... zum ersten Mal eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit“ verwirklicht wird, die „notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten“ wird (ebd.: 392). Im „Kommunismus“ würde dann der Staat wohl – so argumentierte er im Anschluss an Marx und Engels – „von selbst absterben“ (ebd.: 392). Lenin hat sich allerdings in „Staat und Revolution“ nicht über die Rolle der Parteien bzw. der Partei im Rätssystem geäußert. In den so genannten Frankreich-Schriften von Marx kam die proletarische Partei, wie sie sich seit den Ende des 19. Jahrhundert erst etabliert hatte, überhaupt nicht vor. Vielleicht teilte er die Auffassung von anderen Theoretikern des Rätensystems, nach der sich mit der Etablierung der Räteverfassung die Aufgaben der Partei gleichsam erschöpft hätten und diese überflüssig geworden sind. Die Räteordnung würde den Parlamentarismus, damit auch die Parteien, überflüssig machen – zumal die bürgerlichen Parteien mit der Aufhebung der Ordnung des Privateigentums ohnehin verschwinden würden.

Auf jeden Fall widersprach der Verlauf der Oktoberrevolution diesen Vorstellungen radikal; denn schließlich wurde mit der „Diktatur des Proletariats“ ein Einparteiensystem durchgesetzt, das mit dem Staatsapparat verschmolzen und den Räten übergeordnet war. „Die Partei“ (zeitweilig ihr Führer) wurden schließlich zum „neuen Gott“ der sozialistischen Ordnung. Schon 1921 hatte der X. Parteitag ein „Verbot der Fraktionsbildung“ in der Partei beschlossen. So entstand mit der Oktoberrevolution und den anschließenden Kämpfen das Phänomen des „kommunistischen Revolutionärs – geschult im politischen Handeln und erfahren in der notwendigen Anwendung politischer Gewalt, der einen neuen Staat aufbaute, der auf die Partei gegründet war“ (Gerwarth/Horne 2012: 9). Die Partei wählte die „Kader“ einer Staatsklasse aus – im Staat, in der Armee und in der verstaatlichten Wirtschaft – und belohnte sie nach ihren Verdiensten und nach ihrem Status in der politischen Hierarchie („Nomenklatura“). Allerdings war diese „Klasse“ stets auf die Verwirklichung der Ziele festgelegt, die von der Partei als Aufbau, Weiterentwicklung bzw. Vollendung des Sozialismus vorgegeben worden waren.

Lenin wurde nach seinem Tod im Januar 1924 von Stalin in die Reihe der „Klassiker“ gestellt.²² Damit würdigte Stalin nicht nur Lenins Rolle in der Oktoberrevolution, sondern kanonisierte insbesondere auch seine Parteitheorie, die Lenin schon Anfang des Jahrhunderts in „Was tun?“ formuliert hatte. Die straff zentralistisch geführte Avantgardepartei von Berufsrevolutionären wurde fortan als Garant für die erfolgreiche Durchführung der Revolution an-

schließlich im Gefolge der Oktoberrevolution die folgenden Jahrzehnte in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bestimmen sollte.

²² Vgl. J. W. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, 1926.

gesehen. Die Spaltung der SDAPR wurde damit zum Vorbild für die Politik der Linken in den sozialistischen Parteien der II. Internationale. Für Lenin war allerdings klar gewesen, dass diese Avantgarde niemals den Bezug zur Arbeiterklasse sowie zu den Volksbewegungen auf dem Lande verlieren dürfe. Er war sich selbst wohl auch bewusst, dass er in "Was tun?" keine Theorie einer sozialistischen Massenpartei entwickelt hatte, die unter legalen Bedingungen in einem hoch entwickelten kapitalistischen Land agiert.²³

Die Räte Demokratie war als Modell einer „direkten“ (im Unterschied zur repräsentativen) Demokratie konzipiert, in der die Trennung von Wählern und Gewählten, aber auch die Trennung von Legislative und Exekutive aufgehoben werden soll. Die Wähler sind in Basiseinheiten organisiert (in Betrieben, Gemeinden, Stadtteilen, Armee-Einheiten usw.). Sie wählen Räte, die die Funktionen von Gesetzgebung, Ausführung und Gericht als Einheit wahrnehmen. Auf diese Basisorganisation baut ein System von Räten auf den höheren Ebenen (Gemeinde, Regionen, Wirtschaftszweig, Bezirks- und Zentralräte) auf.

Solche „Räte“ hatten in allen Revolutionen der Neuzeit als spontan gebildete Organe der revolutionären Volksmassen eine Rolle gespielt. Gleichwohl gab es am Ende des Ersten Weltkrieges, als sich die Bewegungen für die Räte Demokratie ausbreiteten (in Deutschland, Italien usw.), keine Erfahrungen mit einer halbwegs funktionierenden Räteverfassung. In den Räten spiegelten sich zugleich die widersprüchlichen Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen (Berufsgruppen, ideologische Strömungen). Gleichzeitig wurde immer wieder der Konflikt zwischen der basisdemokratischen Organisation und der Notwendigkeit zentraler Entscheidungen im revolutionären Prozess selbst zum Problem. Komplexe Räte Modelle (z. B. in der deutschen Novemberrevolution) konnten sich gegen die Parteien nicht durchsetzen; lediglich Restbestände erhielten sich in Formen der Wirtschaftsdemokratie (Betriebsrätegesetz im Deutschen Reich von 1921).

Rätegedanke und die Realität

In der jungen Sowjetunion hingegen glaubten die Bolschewiki daran, mit der Räterepublik die angemessene politische Form der Diktatur des Proletariats gefunden zu haben. Das sollte sich unter dem Druck der inneren und äußeren Herausforderungen schnell ändern. Nunmehr wurde über die Vorherrschaft der Partei, aber auch der repressiven Staatsorgane sowie durch die zentralistische Wirtschaftspolitik ein System der Diktatur errichtet, das allerdings formell die Räte als Basisorganisationen der Politik beibehielt. Die Partei definierte sich fortan als Instrument, um die „führende Rolle der Arbeiterklasse“

²³ Jupp Schleifstein betont, „wie unsinnig und gegen den ganzen Geist Lenins gerichtet es war, eine ewig gültige parteipolitische Organisationsform, mit absolut gesetzten organisatorischen Prinzipien anzunehmen.“ „Seine Auffassung der Parteiorganisation war die aus den damaligen Bedingungen und Aufgaben erwachsene; sie war geschichtlich bedingt und geschichtlich begrenzt.“ J. Schleifstein, „Lenins Auffassung der Parteiorganisation“ (1990/1991), in: Schleifstein 2015: 226, 248.

in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu gewährleisten. Immerhin nannte sich der Staat, der sich 1991 auflöste, seit 1922 „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR). Die „Kader“ der Partei waren freilich entscheidend für die Durchsetzung der zentralen Parteibeschlüsse „an der Basis“ – in den Gemeinden und Regionen, in den Betrieben und anderen gesellschaftlichen Institutionen, in der Armee.²⁴ Diese Bedeutung wurde stets bei den „Großen Initiativen“ – Aufbau der roten Armee, Elektrifizierung, Kampf gegen Hunger, Industrialisierung ab Ende der 1920er Jahre, Kollektivierung der Landwirtschaft, Kampf gegen den Faschismus usw. – propagandistisch in den Vordergrund gestellt.

Hoffnungen auf die proletarische Weltrevolution

In der ersten Sowjetverfassung von 1918 wurde „der gegenwärtige Augenblick“ als Zeit des „Übergangs“ bezeichnet. Die Bolschewiki waren davon überzeugt, die Revolution in Russland könne nur als Vorläufer bzw. als Auslöser revolutionärer Veränderungen im Westen, d.h. in Europa, insbesondere in Deutschland, eine Chance des Überlebens und des Erfolges haben. Der „rote Oktober“ sollte Teil der „proletarischen Weltrevolution“ sein – aber auch dann würde sich der Weg der Sowjetunion aufgrund der Verwüstungen in der Folge des Krieges und der Revolution, der Rückständigkeit des Landes sowie der Bedeutung der Bauernschaft und der Landwirtschaft niemals an den hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens mit einer eigenen demokratischen Tradition orientieren können.

Die Verselbständigung des Terrors

Die Bolschewiki akzeptierten im Dezember 1917 – wie die Jakobiner im Jahre 1793 – das Instrument des „Terrors“ gegen die Konterrevolution und damit die Schaffung einer Geheimpolizei, die für die „Staatssicherheit“ zuständig sein sollte. Sie glaubten am Anfang daran, dass sich die Aufgaben dieser Organe in dem Maße verringern und aufheben würden, wie die Revolution gesiegt und ihre Ergebnisse sich gefestigt hätten. Die dann tatsächlich folgende Verselbständigung dieser Organe und ihrer Praktiken wurde immer wieder mit dem anhaltenden Druck der Konterrevolution – von innen und außen – gerechtfertigt. Sie deformierte aber zugleich den Charakter des gesamten Systems.

Im Westen gingen die Marxisten davon aus, dass im Sozialismus der vom Industrieproletariat geschaffene Reichtum – aufgrund der Aufhebung der privaten

²⁴ Stalin sagte 1935 in einer Rede vor den Absolventen der Akademie der Roten Armee: „Und deshalb, Genossen, wenn wir die Armut der Menschen erfolgreich überwinden wollen und wenn wir unser Land mit genügend Kadern ausstatten, die in der Lage sind, die Technik voranzubringen und in Gang zu setzen, dann müssen wir zuallererst lernen, die Menschen zu schätzen, die Kader zu schätzen, jeden Arbeiter zu schätzen, der in der Lage ist, unsere gemeinsame Sache voranzubringen. Es ist an der Zeit zu realisieren, dass von dem wertvollen Kapital, das die Welt besitzt, die Menschen und die Kader das wertvollste Kapital bilden. Wir müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen erreichen, dass die ‚Kader alles entscheiden‘.“ (Stalin 1947: 595)

Aneignung der Produktionsergebnisse durch die Kapitalisten – nach einem gesellschaftlichen Plan, der von einer Arbeiterregierung erstellt würde, zugunsten gesellschaftlicher Aufgaben, zugunsten der Sicherheit und zur Finanzierung eines Staates sowie schließlich auch zugunsten des individuellen Konsums neu verteilt würde. In Sowjetrußland musste es hingegen erst einmal darum gehen, die Produktion des gesellschaftliche Reichtums auf ein Niveau zu heben, das das Verhungern weiter Teile der Bevölkerung – in den Städten wie auf dem Lande – unmöglich machte. Da die Wirtschaft nicht länger durch Wettbewerb und Profit angetrieben wurde, bedurfte es eines großen moralischen und physischen Heroismus, um an die Bewältigung dieser Aufgaben heranzugehen. Ähnliches war in allen früheren Revolutionen der Fall gewesen – wenn sie denn zeitweilig gesiegt hatten und die Frage nach dem Aufbau der neuen Ordnung und der Bewältigung der Alltagsprobleme der Bevölkerung in den Vordergrund trat.

Den führenden Köpfen der Bolschewiki waren diese Widersprüche natürlich bewusst. Allerdings blieb ihnen kaum Zeit, um sich gründlich mit der Möglichkeit von Lösungen und Alternativen auseinanderzusetzen; denn der Zwang der Ereignisse – insbesondere die Auseinandersetzung mit der Gegenrevolution – verhinderte zunächst einmal „Atempausen“ und damit auch das Experimentieren mit Alternativen. Bis zum Ende der 1920er Jahre hatte sich die Diktatur Stalins in der Partei etabliert; sie ging aus innerparteilichen Auseinandersetzungen hervor, bei denen führende Köpfe der Bolschewiki (vor allem Bucharin und Trotzki) immer wieder – vergeblich – andere Wege der Revolution vorgeschlagen hatten. Die – zunehmend gewaltsame – Niederschlagung dieser alternativen Konzepte, schließlich die Vernichtung der „alten Garde“ der Bolschewiki musste zur Folge haben, dass das politische System (aber auch der Parteiapparat selbst) von den repressiven Organen der Staatsmacht dominiert wurde.

Erstarrung und Niedergang

Die Unterdrückung von Ansätzen zur Reform des Systems bzw. für alternative Entwicklungspfade im System erzeugte schließlich jene Erstarrung, die – zusammen mit den ökonomischen Missständen des Systems der Planwirtschaft – zunehmend die Legitimation des Regimes im Volke untergruben. Die meisten Kommunisten und Anhänger der Sowjetunion waren – oft bis kurz vor ihrem Zusammenbruch – der Überzeugung, dass die Machtexzesse und Gewalttaten des Stalinismus, aber auch andere Formen der Gewaltherrschaft in dem Maße zurückgenommen werden können, wie sich die Sowjetunion von den Fesseln der Rückständigkeit auf der einen und von dem gegenrevolutionären Druck von außen auf der anderen Seite befreien kann. Nach dem Tod von Stalin, vor allem nach dem XX. Parteitag der KPdSU, haben viele Analytiker vom Ende der Stalin'schen Gewaltherrschaft gesprochen (z. B. Hofmann 1967). Dabei wurde immer wieder unterschätzt, welche objektiven Machtverhältnisse in das politische und gesellschaftliche System der staatssozialistischen Systeme eingebaut waren, die deren Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen und Herausforderungen durch Reformen im System immer wieder blockieren mussten. Im Prozess der Modernisierung (durch die industrielle und

technische Entwicklung, durch die Anhebung des kulturellen Niveaus, des Bildungsstandes der Bevölkerung usw.) entstehen immer wieder „Bewährungsproben“, die oftmals durch innere Krisen, Kritik aus den eigenen Reihen, Formen des Widerstandes (z. B. Streiks), aber auch durch Druck von außen (nicht nur politisch-militärisch, sondern auch durch grenzüberschreitende Systeme der Massenkommunikation) herausgefordert werden. Die französischen Soziologen Boltanski und Chiapello (2003: 74) vertreten dabei die These, dass „eine Gesellschaft (oder ein Gesellschaftszustand) durch die Natur der von ihr begründeten Bewährungsproben definiert werden kann, durch die die soziale Auslese der Personen erfolgt, sowie durch die Konflikte, die sich am Gerechtigkeitsgehalt dieser Bewährungsproben entzünden“. Die Krisen, die immer wieder in sozialen und politischen Systemen – in ihrer Entwicklung – auftauchen, können eine „Reinigungsfunktion“ haben. In diesem Sinne hatte z.B. Marx im „Kapital“ die periodischen Wirtschaftskrisen, die mit der „Überakkumulation von Kapital“ verbunden sind, als Reinigungskrisen bezeichnet. die dem Kapitalismus neue Wachstums- und Prosperitätspotenziale erschlossen.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung der Sowjetunion war bis zu ihrem Ende immer wieder mit solchen Bewährungsproben (ganz unterschiedlichen Charakters) konfrontiert. Bis 1945 haben die „Bewährungskrisen“ in Zeiten des Überlebenskampfes durch Masseninitiativen und Konsens von unten und durch massive Gewaltanwendung von oben – bis hin zu den Machtexzessen der 30er Jahre – das Überleben eines Regimes (und seiner Errungenschaften) gesichert. Bis zum Schluss beriefen sich die Regierenden auf Lenin, auf die Ziele der Oktoberrevolution und auf wesentliche Errungenschaften des Systems (ökonomisch, kulturell, politisch). Gleichzeitig wurden in den Perioden des Überlebenskampfes innere Machtverhältnisse, soziale Differenzierungen, Apparate der Kontrolle der Gesellschaft, Verhaltensformen der Anpassung, Passivität und Subalternität festgeschrieben, die in späteren Entwicklungsphasen, als der inneren Druck nachgelassen und die Gesellschaft insgesamt ein höheres Entwicklungsniveau der Zivilisation erreicht hatte, als Barrieren für die Bewältigung von „Bewährungsproben“ wirken mussten.

Dazu kamen die jeweiligen Rahmenbedingungen des Systems der globalen Gegenrevolution. Im Kalten Krieg dienten diese den politischen Machtapparaten immer wieder als Legitimation, um gegenüber solchen „Bewährungsproben“ misstrauisch zu sein bzw. diese im eigenen Herrschaftsbereich mit Gewalt zu unterdrücken. Bei genauerer Analyse zeigt sich allerdings, dass innerhalb der kommunistischen Bewegung – auch in der KPdSU – immer wieder Perioden entstanden, in denen – auch in der Form offener Krisen und Auseinandersetzungen – die Notwendigkeit solcher Bewährungsproben, damit auch von Veränderungen und Reformen im System, anerkannt wurde. Dass es dabei nicht gelang, z. B. Strukturschwächen der „sozialistischen Wirtschaft“ und des Planungssystems, die Verselbständigung der „Staatssicherheit“ sowie jene Formen der politischen Gewalt und Willkür zu überwinden, die die individuelle Freiheit beschränkten und im Volk Unterwürfigkeit, Apathie und Zynismus erzeugten, war doppelt bestimmt: Auf der einen Seite hielt der gegenre-

volutionäre Druck von außen bis zum Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion an; auf der anderen Seite wirkten die autoritären Strukturen des politischen Machtapparates sowie der politisch-ideologischen Monokultur darauf hin, das Risiko von Bewährungsproben und Reformen möglichst klein zu halten. Sofern die Bewährungsproben (z.B. in den offenen Krisenperioden späterer Jahre: 1953, 1956, 1968, 1980) mit Gewalt unterdrückt wurden, festigten sie jene negative Dialektik, bei der jene Elemente der sozialistischen Herrschaft gestärkt wurden, die letztendlich zum Scheitern führen mussten. Die „Überdehnung“ staatlicher Macht in der Innen- und vor allem der Außenpolitik wurde mehr und mehr zu einem Faktor, der a) die inneren ökonomischen Wachstums- und Innovationskräfte hemmte, b) das Konsumniveau der Bevölkerung einschränkte und c) dem Militärsektor – auch in der Wirtschaft – ein gewaltiges Übergewicht sicherte. Die „Rücknahme des Staates“ in die Gesellschaft, die Marx und Engels als notwendiges Resultat der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der „Diktatur des Proletariats“ (auch derjenigen Form, die Lenin in „Staat und Revolution“ im Jahre 1917 beschrieben hatte) angesehen hatten, war gescheitert!

Dennoch – das kurze 20. Jahrhundert stand – wie Eric Hobsbawm betonte – im Zeichen der russischen Oktoberrevolution. Diese behauptete sich nicht nur gegen mächtigen gegenrevolutionären Druck, sondern hatte sich nach dem Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg als Führungsmacht eines Systems sozialistischer Staaten etabliert. Sie war Ausgangs- und Bezugspunkt nicht nur der Revolution in China seit den 20er Jahren, sondern auch der antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Erfolge, die die sozialdemokratischen Parteien im Westen nach 1945 bei der Durchsetzung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit errangen, waren durch die Existenz und Politik der Sowjetunion „überdeterminiert“: durch den Sieg der „Anti-Hitler-Koalition“ im Jahre 1945 und danach durch die Konkurrenz zwischen den beiden Systemen, die sich nicht nur auf die militärischen und geopolitischen Machtverhältnisse, sondern auch auf den Wettstreit um die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung bezog.

Literatur

- Anderson, Perry (2010), Zwei Revolution. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion, in: *Lette International*, 89, Sommer 2010, S. 54- 65.
- Barth, Boris (2016), Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie zwischen 1918 und 1938, Frankfurt/New York.
- Biao, Lin (1965), Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking.
- Boffa, Guiseppa (1978), La Rivoluzione Russa, Roma (1966), Band 1 von: Bonchio, Roberto (1978), Hrsg., *Storia delle Rivoluzioni del XX Secolo*, Introduzione die Eric Hobsbawm (1966), 4 Bände, Roma
- Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2003), *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Braunthal, Julius (1974/1978), *Geschichte der Internationale*, 2 Bände, Berlin/Bonn.
- Brinton, Crane (1959), *Die Revolution und ihre Gesetze (1938)*, Frankfurt/Main.

- Davis, Mike (2006), *Planet of Slums*, London – New York.
- Deppe, Frank (2003), *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*, Hamburg.
- Deutscher, Isaac (1962), *Trotzki I: Der bewaffnete Prophet 1879 bis 1921*, Stuttgart.
- Gerwarth, Robert / Horne, John (2012), Eds., *War in Peace. Paramilitary Violence in Europa after the Great War*, Oxford.
- Gramsci, Antonio (1980), *Einige Gesichtspunkt der Frage des Südens (1926)*, in: ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/Main, S. 188 – 208.
- Halliday, Fred (1999), *Revolution and World Politics. The Rise and Fall of the Sixth Great Power*, London.
- Hobsbawm, Eric (1998), *Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Hofmann, Werner (1967), *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt/Main.
- Lenin, W. I. (1964), *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Berlin.
- Lorenz, Richard (1972), *Die Sowjetunion (1917 – 1941)*, in: *Russland. Fischer Weltgeschichte Band 31*, Frankfurt/Main 1972, S. 271 – 353.
- Luxemburg, Rosa (1966); *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906)*, in: Dies., *Politische Schriften I*, hrsgg. von O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien, S. 135-228.
- Luxemburg, Rosa (1968), *Die Russische Revolution*, in: Dies., *Politische Schriften, Band III*, hrsgg. von O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien, S. 106 – 141.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, *Werke (MEW)*, Berlin (DDR) 1957 ff.
- Meyer, Gert (Hrsg.), (1980), *Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband*, Köln.
- Moore, Barrington (1966), *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, New York.
- Pons, Silvio (2014), *The Global Revolution. A History of International Communism, 1917 – 1991*, Oxford.
- Reed, John (1957), *Zehn Tage, die die Welt erschütterten (1919/1927)*, Berlin.
- Scheibert, Peter (1972), *Das petrinische Kaiserreich*, in: *Russland. Fischer Weltgeschichte, Band 31*, Frankfurt/Main, S. 175 – 270.
- Skocpol, Theda (1979), *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge.
- Schleifstein, Josef (2015), *Reale Geschichte als Lehrmeister*, Essen.
- Stalin, J. W. (1947), *Fragen des Leninismus*, Berlin.
- Steinhaus, Kurt (1967), *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt/M.
- Trotzki, Leo (1957), *Die verratene Revolution (1936)*, Zürich.
- Trotzki, Leo (1960), *Geschichte der russischen Revolution (1931)*, Frankfurt/Main.
- Zizek, Slavoj (2002), *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*, Frankfurt/Main.

Stefan Bollinger

Krieg und Revolution Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922*

Prüfstein Krieg oder Frieden

„Die Revolution erwuchs unmittelbar aus dem Krieg und der Krieg wurde allen Parteien und revolutionären Kräften zum Prüfstein“,¹ so brachte es der Bolschewik Lew Trotzki auf den Punkt. Heer und Land lagen in der Agonie, ein Ausweg war nötig und die Februarrevolution brachte ihn nicht. Im Gegenteil, es entfaltete sich ein erbärmliches Schauspiel. Noch einmal in den Worten Trotzki: „Die intellektuellen Führer waren ‚gegen den Krieg‘. Viele von ihnen hatten sich unter dem Zarismus für Anhänger des linken Flügels der Internationale gehalten und sich zu Zimmerwald² bekannt. Doch änderte sich alles sofort, als sie sich in ‚verantwortlichen‘ Stellungen befanden. In ihrer Lage bedeutete ein Festhalten am revolutionären Sozialismus auch einen Bruch mit der Bourgeoisie ihres eigenen und der alliierten Länder.“³

Ein verhängnisvoller Irrtum, gleich dem, der 1914 die staatstragenden Linken auf allen Seiten, bei der Entente wie den Mittelmächten, in das Lager, teilweise in die Regierungen ihrer bisherigen politischen Feinde brachte – unter der Parole: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Verhängnisvoll im Jahre 17 auch deshalb, weil die „neuen“ politischen Akteure nicht verstanden, warum es zu den Unruhen kam, in deren Ergebnis eine „Palastrevolution“ der bürgerlichen Duma-Parteien (im Einklang mit den Entente-Verbündeten) möglich wurde, eine Bewegung, die von den Massen mit riesigen demokratischen und Anti-Kriegs-Erwartungen aufgeladen wurde. Wer konnte sich den Erfolg des Umsturzes ans Revers heften? Für Lenin war klar: „Die Arbeiter und Soldaten haben die Revolution gemacht. Aber die Macht hat zunächst, wie das auch in anderen Revolutionen der Fall war, die Bourgeoisie an sich gerissen ... Nicht die Reichsduma – die Duma der Gutsbesitzer und der Reichen –, sondern die *aufständischen Arbeiter und Soldaten haben den Zaren gestürzt*. Aber die neue, die Provisorische Regierung wurde von der Reichsduma ernannt.“⁴

Das konnte beide Seiten mit Illusionen erfüllen und war die Grundlage für ei-

* Vom Autor erscheint im Frühjahr 2017: „1917 – Revolution gegen den Krieg. Skizzen zu Geschichte und Aktualität der Russischen Revolutionen 1917-1922“ (Arbeitstitel). Eulenspiegel-Verlagsgruppe, Berlin.

¹ Leon Trotzki: Von Oktober bis nach Brest-Litovsk. Die Geschichte der bolschewistischen November-Revolution. Chicago 1919, S. 7/8.

² In Zimmerwald tagte 1915 eine internationale Konferenz sozialistischer Kriegsgegner.

³ Leon Trotzki: Von Oktober bis nach Brest-Litovsk. A.a.O., S. 8.

⁴ Wladimir Iljitsch Lenin: An die Kameraden, die in der Kriegsgefangenschaft schmachten. In: ders.: Werke. Bd. 23. Berlin 1966 (im Weiteren: LW), S. 359.

ne Entwicklung, die zwei Machtzentren gleichzeitig in Russland regieren ließ: Die Provisorische Regierung aus meist bürgerlichen, seit Mai auch aus linken, nichtbolschewistischen Politikern einerseits und die spontan, aber schließlich systematisch in allen Teilen der Gesellschaft von der Basis gewählten Räte, die Sowjets der Arbeiter, Soldaten, Matrosen und Bauern mit vorherrschend linker, zunächst aber nur bedingt bolschewistischer Ausrichtung. In dieser Doppelherrschaft formierte sich eine nichtparlamentarische, sehr dynamische Macht von unten her. Mindestens 200.000 Deputierte, gewählte Vertreter, arbeiteten in zunächst über 700, im Herbst fast 1.500 Räten, berieten, fassten Beschlüsse, setzten sie als arbeitende Körperschaften selbst um.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass es konservativ-reaktionäre Kreise waren, die in der Revolution zunächst die Macht an sich rissen, den Zaren zur Abdankung drängten und dem Volk nicht einhaltbare Versprechungen machten. Der ihnen sicher nicht abgeneigte, aber trotzdem realistisch denkende britische Kriegspremier David Lloyd George charakterisierte in seinen Memoiren diese Regierung wenig wohlwollend – eine Charakterisierung, die wohl auch von den Bolschewiki hätte stammen können: „Die Männer, die der russischen Revolution anfangs die Richtung gaben, waren nicht die Bolschewiken, sondern missvergnügte Aristokraten und Bourgeois – Fürsten, Kaufleute und Advokaten. Dann folgten die Unruhen der halb verhungerten Arbeiter und die Meutereien der Soldaten und Matrosen. Aber sie hatten jahrelang ohne Murren ihr Elend ertragen. [Michail] Rodsianko, Präsident der Duma, Chef und Aushängeschild der Bewegung, war Kammerherr des Zaren. Er war Aristokrat und ein ziemlich bedeutender Großgrundbesitzer. Er war ferner Offizier bei den Gardekosaken. Fürst [Georgi] Lwow gehörte der gleichen Klasse an. [Pawel] Miljukow war ein konservativer Rechtsanwalt und [Alexander] Gutschkow war Fabrikant. Sie alle gehörten den besitzenden Klassen an. Sie waren der Monarchie treu ergeben, aber sie entstammten jener russischen Intelligenz, die seit den Tagen Alexanders I. für eine konstitutionelle Monarchie an Stelle einer absoluten eingetreten war. In ihrer grundlegenden Haltung gegenüber sozialen und ökonomischen Fragen waren sie konservativer als meine Kollegen im Kriegskabinett, die Führer der ... Tories.“⁵

Entscheidend war: Russland wurde durch eine breite Bewegung der Massen umgewälzt, die im Februar und März an der sozialen Lage verzweifelten und sich spontan gegen Zar, Polizei, Ochrana (d.h. die Geheimpolizei), gegen die etablierten politischen Strukturen erhoben. Ende Februar berichteten Korrespondenten aus Petrograd: „Vor den unzureichend gefüllten Bäckerläden rotete sich der im höchsten Grade aufgebrachte Pöbel zusammen. Aber, daran erinnere ich mich sehr gut, unter diesen Störenfrieden befanden sich Leute, die sich mit einer solchen, aus der keineswegs verzweifelten Lage nicht erklärbaren Heftigkeit aufführten, als ob es ihre Parole sei, sich einen bequemen

⁵ David Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren. Bd. 2. Berlin 1934, S. 303. Lenins Charakteristik findet sich in Wladimir Iljitsch Lenin: An die Kameraden, die in der Kriegsgefangenschaft schmachten. In: LW Bd. 23, S. 359.

Vorwand zunutze zu machen. Geschäfte wurden geplündert, Scharen von Menschen, die rote Fahnen schwenkten, waren plötzlich auf der Straße zu sehen. Sie manövrierten überall in gleicher Weise, befolgten überall dieselbe Taktik, die darin bestand, den ihnen entgegengeschickten Hundertschaften der Kosaken zuzujauchzen. Die Kavalleristen, die ganz stolz waren, sich zu rehabilitieren und ihren Ruf als Henker des Volkes zu verlieren, den sie immer gehabt hatten, antworteten lächelnd: ‚Nein, wir werden nicht auf unsere Brüder schießen.‘ Sie bewiesen übrigens eine Woche später die Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungsänderung, als sie sich auf die Polizisten und Gendarmen stürzten ... Dann schwoll alles an, als ob ein unsichtbarer Regisseur geschickt die Intensität dieser Unruhen eingerichtet und gesteigert hätte. Am 25. Februar wurde der Generalstreik ausgerufen. Lange, düstere Kolonnen zogen vorbei und schrien: ‚Brot!‘⁶

Mit der hier unterstellten Organisation war es wohl nicht weit her. Arbeiterfrauen waren diejenigen, die am lautesten nach Brot riefen; sie hätten auch Hunger skandieren können – und meinten doch alle nur eines: „Frieden“! Überhaupt spielten in der russischen revolutionären Bewegung die Frauen, die ihre Männer unterstützten, die im Kriegsverlauf mehr und mehr deren Stellen in den Fabriken einnahmen, aber auch viele Intellektuelle, in Gewerkschaften und linken Parteien Organisierte eine entscheidende Rolle. So war es nicht ganz zufällig, dass die Aktionen zum Internationalen Frauentag in einen Aufbruch, eine Revolution umschlugen. Nicht zu vergessen ist, dass auch diese Revolution ihre hunderte Opfer forderte, zusammengeschossen von noch zaren-treuen Einheiten. Aber der Triumph war da, wirkte befreiend.

Diese Massenbewegungen bestimmten das ganze Jahr 1917⁷. Sie radikalisierten sich und konnten mehr und mehr von den Bolschewiki zu aktivem Handeln gegen Regierung, Krieg, kapitalistische Ordnung und für eine Macht der Sowjets mobilisiert werden. Aus dieser Massenbewegung erwachsen die Bolschewiki als handlungs- und kampffähige Massenpartei, formierten sich die Roten Garden, die im Oktober diese Massenbewegung wohlorganisiert zum Sieg führten.

Warum und wie es begann – eine Vorgeschichte

Vehemente Revolutions- und Sozialismuskritiker suchten seit Jahrzehnten Lenin und seine Genossen, die schließlich erfolgreich die Revolution weitertrieben und für ihre Partei im Namen der Arbeiterklasse die Macht eroberten, zu diskreditieren. „Vabanquespieler“, „deutsche Agenten“, „Putschisten“ sind die gängigen Etiketten. Lenin und seine Genossen waren aber eben keine Vabanquespieler, sondern Revolutionäre. Sie wollten Schluss machen mit dem

⁶ Ludovic Naudeau, Korrespondent der französischen „Le Temps“. In: Richard Kohn (Hrsg.): Die Russische Revolution in Augenzeugenberichten. Berlin-Darmstadt-Wien 1967, S. 170/171.

⁷ Anschaulich dargestellt bei Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917. Essen 2012; ders.: Die Sowjetmacht. Das Erste Jahr. Essen 2010.

Krieg, Schluss mit der Ausbeuterordnung und sie wussten mehr oder weniger genau, dass sie in Russland eine Revolution in Richtung Sozialismus beginnen wollten und mussten. Sie wussten um die Stärke und Entschlossenheit der zahlmäßig zwar überschaubaren, aber hochkonzentrierten und kampftschlossenen russischen Arbeiterklasse; ihnen war bewusst, dass sie die Bauernschaft für sich zu gewinnen hatten. Dabei hatten sie keinen Zweifel daran, dass Russland das schwächste Kettenglied im imperialistischen System war und dass der Krieg die sozialen Widersprüche bis zur Unerträglichkeit zugespitzt hatte. Sie kannten zugleich die Härte und Unerbittlichkeit, mit der bislang der Staat des Zaren jeden Widerstand zu brechen verstand.⁸

Vor allem aber wussten sie um die wirtschaftliche Schwäche Russlands und die Rückständigkeit seiner Gesellschaft, den Inselcharakter seiner Industrie und damit auch der dort Arbeitenden. Ein Bauernland umzukrempeln, das musste schwierig sein, konnte ohne Hilfe von außen nicht erfolgreich werden. Russland war ein zwar starkes, aber im Vergleich zu anderen Großmächten und vor allem in Bezug auf seine geografischen wie demografischen Dimensionen schwaches Land.⁹

Im Wissen um diese komplizierte Lage für jede russische Revolution hatte Lenin sein ganzes politisches Leben und seine wissenschaftlichen Anstrengungen darauf gerichtet, den Charakter einer revolutionären Entwicklung zu prognostizieren. Mit den anderen linken politischen Kräften, auch vielen Marxisten herrschte Übereinstimmung, dass zunächst – so 1905, nun auch im Februar 1917 – eine bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung stand. Russland musste Republik werden, demokratische Freiheiten einführen, demokratische Mechanismen entwickeln und Unterschiede in Stand (die Duma wurde ähnlich dem preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht nach dem Be-

⁸ Zu linken Diskussionen u.a.: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse*. Berlin 1997; Ernstgert Kalbe/Wolfgang Geier/Holger Politt (Hrsg.): *Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. Osteuropa in Tradition und Wandel*. Leipziger Jahrbücher. Bd. 6. Leipzig 2004; Helmut Bock: *Die Russische Revolution 1917-1921. Sieg oder Tragödie?* Pankower Vorträge. H. 71. Berlin 2005; Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner (Hrsg.): *"Die Wache ist müde"*. Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen. Berlin 2008.

⁹ Nutzbringende Übersichten liefern u.a.: Edward Acton (Ed.): *Critical companion to the Russian Revolution, 1914-1921*. London 2007; Riccardo Altieri/Frank Jacob (Hg.): *Die Geschichte der Russischen Revolutionen. Erhoffte Veränderung, erfahrene Enttäuschung, gewaltsame Anpassung*. Bonn 2015; Dietrich Beyrau: *Petrograd, 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus*. München 2001; Bernd Bonwetsch: *Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz*. Darmstadt 1991; Manfred Hildermeier: *Die Russische Revolution 1905-1921*. Frankfurt/M. 1989; ders.: *Russische Revolution*. Frankfurt/M. 2004; ders.: *Die Sowjetunion 1917-1991*. Berlin-Boston 2016, 3., überarb. u. erw. A.; ders.: *Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution*. München 2016, 3. A.; Verena Moritz/Hannes Leidinger: *Die russische Revolution*. Wien-Köln-Weimar 2011; Richard Pipes: *Die Russische Revolution*. 3 Bd. Berlin. 1992/1993; Steve A. Smith: *Die russische Revolution*. Stuttgart. o.J. (2011); Slavoj Zizek: *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*. Frankfurt/M. 2002, 1. A.

sitzstand seiner Bürger gewählt.), Ansiedlungsform oder Nationalität beseitigen. Allerdings hatte Lenin keinen Zweifel, dass die Bourgeoise unfähig sein würde, eine solche Umwälzung erfolgreich voranzutreiben. Ohne die Unterstützung der Proletarier, aber auch ohne die unzufriedenen Bauern würde es nicht funktionieren. Genauso war das Selbstbestimmungsrecht der vielen Völker im russischen Vielvölkerstaat zwingend notwendig, eventuell bis hin zum Recht auf Lostrennung.

Hier sah er Chance und Aufgabe für die Arbeiterklasse, nicht nur in dieser ersten Phase zu kämpfen, sondern die Revolution in Permanenz auch schließlich in eine sozialistische weiterzutreiben. Die bürgerlichen Bündnispartner würden nun ebenso zu Gegnern.¹⁰ Vor allem aber sah Lenin im Unterschied zu seinen einstigen marxistisch geschulten linken Verbündeten in der Sozialdemokratie, etwa Georgi Plechanow oder Julius Martow, keine „chinesische Mauer“ zwischen diesen einzelnen Revolutionsetappen.

Noch aus dem Schweizer Exil entwickelte Lenin in den „Briefen aus der Ferne“ seine Instruktionen für die bolschewistische Partei im Ringen um politische Hegemonie der radikalen Linken. Im Unterschied zu manch vereinfachten Vorstellungen war diese Avantgardepartei 1917 keineswegs ein Monolith, der nur Lenins Auffassung gelten lassen wollte. Es wurde gestritten, Parteiführer in Petrograd vor Ort sahen die Aufgaben keineswegs so scharf wie Lenin, hatten größere Zeiträume im Blick, wussten nicht so recht, wie aus dem Kriegsdilemma zu kommen wäre.

Lenin dagegen warf Fragen auf, die er bereit war, mit revolutionärer Aktion seiner Partei zu beantworten: „Welche *Verbündeten* hat das Proletariat in der *gegenwärtigen* Revolution? Es hat *zwei* Verbündete: erstens die breite, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bildende und viele Dutzende Millionen zählende Masse der halbproletarischen und zum Teil kleinbäuerlichen Bevölkerung in Russland. Diese Masse *braucht* Frieden, Brot, Freiheit und Land. Diese Masse wird sich unvermeidlich unter einem gewissen Einfluss der Bourgeoisie und besonders der Kleinbourgeoisie befinden, der sie ihren Lebensbedingungen nach am nächsten steht, und wird zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwanken.“¹¹

Dabei war ihm klar, dass dies ein komplizierter Lernprozess sein würde, denn im Unterschied zu den bis heute allseits beliebten Agententheorien wusste Lenin, dass Agitatoren, Flugblätter, Zeitungen – so gut sie auch waren – Menschen in großer Zahl kaum mobilisieren würden. Sie mussten selber aus ihren Lebensumständen lernen, mussten so unzufrieden sein, sich so in ihrer Existenz bedroht fühlen, dass sie bereit waren, auch mit ihrem Leben für eine

¹⁰ Dieses Konzept entwickelte Lenin im Sommer 1905, während der ersten russischen Revolution: ders.: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: LW Bd. 9, S. 1-130.

¹¹ Wladimir Iljitsch Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der ersten Revolution. In: LW Bd. 23, S. 321/322.

Sache einzustehen. Je weniger dies nur ein dumpfes Gefühl war, je mehr sie die Schwäche der Herrschenden erkannten, je mehr sie eine politische Perspektive aufgezeigt bekamen, desto eher konnte ein diffuses individuelles oder kollektives Handeln von der Desertion über die Lebensmittelbeschaffung bis zum Sturm auf Gutshöfe sich in organisiertem Handeln wiederfinden.

Wieder sind wir beim Krieg, den Lenin als den ausschlaggebenden Wendepunkt begriff: „Die harten Lehren des Krieges, die *um so härter* sein werden, je energischer die Gutschkow, Lwow, Miljukow und Co.¹² den Krieg führen, werden diese Masse *unweigerlich* zum Proletariat drängen und sie zwingen, ihm zu folgen. Wir müssen jetzt bestrebt sein, die relative Freiheit der neuen Ordnung und die Sowjets der Arbeiterdeputierten auszunutzen, um vor allem und am meisten diese Masse *aufzuklären* und *zu organisieren*. Sowjets der Bauerndeputierten, Sowjets der Landarbeiter – das ist eine der wichtigsten Aufgaben. Hierbei werden unsere Bestrebungen nicht nur darauf gerichtet sein, dass die Landarbeiter ihre eigenen, besonderen Sowjets schaffen, sondern auch darauf, dass die besitzlosen und armen Bauern sich *getrennt* von den begüterten Bauern organisieren ...“¹³

Nicht nur für Russland, sondern für alle kriegführenden Länder galt: Der Krieg spitzt alle sozialen und nationalen Widersprüche zu. Der Tod an der Front, die erbärmliche Versorgungslage im Hinterland, die verschärfte Ausbeutung, Zensur und Ausnahmegesetze sorgten für Konfliktpotential, dass – so die Furcht der Herrschenden und die Hoffnung der radikalen Linken – sich revolutionär entladen könnte. Dass dies besonders für jene Länder galt, die einer Niederlage zustrebten, lag nahe.

Angesichts der Rückständigkeit des Landes sah Lenin schon in seinen Überlegungen vom März 1917 die Zwickmühle der russischen Revolutionäre. In Russland, dem „schwächsten Kettenglied“, entwickelte sich eine Konstellation, die es ermöglichen sollte, eine Bresche in das imperialistische Kriegslager und den Kapitalismus zu schlagen. Der Erfolg eines solchen Umbruchs wäre aber kaum aus eigener Kraft zu halten. Deshalb hob er hervor: „Zweitens hat das russische Proletariat einen Verbündeten im Proletariat aller kriegführenden und überhaupt aller Länder. Zwar lastet jetzt auf ihm noch schwer der Druck des Krieges, und allzu häufig sprechen in seinem Namen die Sozialchauvinisten, die in Europa ... zur Bourgeoisie übergelaufen sind. Aber die Befreiung des Proletariats vom Einfluss der Sozialchauvinisten hat mit jedem Monat dieses imperialistischen Krieges Fortschritte gemacht, und die russische Revolution wird diesen Prozess *unvermeidlich* ganz gewaltig beschleunigen.“¹⁴

Lenin hatte keine Illusionen über die Aussichten der russischen Revolution in seinem rückständigen Land. Sie konnte und musste Impuls für sozialistische

¹² Also die Minister der ersten Provisorischen Regierung.

¹³ Wladimir Iljitsch Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 1., A.a.O., S. 322.

¹⁴ Ebd.

Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas sein, vor allen in Deutschland. Russland mochte danach dann ins zweite Glied zurücktreten. Man war in Russland „Vortrupp der internationalen sozialistischen Revolution ... Der Russe hat begonnen, der Deutsche, der Franzose, der Engländer werden vollenden, und der Sozialismus wird siegen.“¹⁵ (Die Konzeption vom Aufbau des Sozialismus in einem Land folgte unter Lenins Nachfolgern erst, als sich diese Hoffnungen nicht erfüllten.)

Das Friedens-Versprechen vom Februar zerstob fast augenblicklich; auch die neuen Führer wollten das „Vaterland“ weiterverteidigen. Das Friedens-Versprechen des Oktober wurde in Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten manifest, auch wenn „dank“ der Unersättlichkeit der deutsch geführten Allianz und der fatalen Bündnislogik der bisherigen Ententeverbündeten der äußere Frieden noch in weite Ferne rückte. Vor allem aber, weil sich Deutsche wie US-Amerikaner oder Briten mit der russischen Bourgeoisie über alle nationalen Grenzen hinweg in der Erkenntnis einig waren, dass diese Revolution nicht nur Frieden, sondern auch Sozialismus bringen würde. Das aber wollten sie um keinen Preis zulassen. Winston Churchill, damals Kriegsminister, verstand sich als Verteidiger des westlichen Kapitalismus mit glasklaren Zielvorstellungen: „Die Hilfe, die wir diesen russischen Armeen [der weißen Konterrevolution – St.B.] geben können, die jetzt im Kampf gegen die üble Affenherde des Bolschewismus engagiert ist, kann Waffen, Munition, Ausrüstung und die technischen Dienste umfassen.“¹⁶ In Zeiten der Demobilisierung mochte er allerdings nicht mehr an den Einsatz eigener regulärer Truppenverbände denken.

Russland war als militärisch gefürchtete Großmacht in den Krieg gezogen, seine politische Klasse wollte selbst etwas vom Kuchen der Neuordnung der Welt abhaben.¹⁷ Sie träumte vor allem von der Konkursmasse des Osmanischen Reiches und setzte auf die Vormacht in einer slawischen Völkerfamilie. Schon in der Schlacht bei Tannenberg Ende August 1914 zerschlugen sich trotz der Zähigkeit, Duldsamkeit, Tapferkeit der russischen Soldaten solche Hoffnungen. Russland zahlte einen hohen Preis für sein Kriegseingagement, auch im Vergleich zu den anderen großen Kriegsmächten.

Die Stimmung im Lande, zumal im vierten Kriegsjahr, wurde immer schlechter. Es wurde nicht mehr nur gemurrt und still räsoniert. Die Wut des einfa-

¹⁵ Wladimir Iljitsch Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare 11. (24.) Januar. Dritter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. 10.–18. (23.–31.) Januar 1918. In: LW Bd. 26, S. 472.

¹⁶ Winston S. Churchill: Demobilisation. 19.02.1919. In: ders.: His Complete Speeches 1897-1963. Ed. Robert Rhodes James. Vol. 3, 1914-1922. New York-London 1974, S. 2670-2671 (Eigene Übersetzung – St.B.).

¹⁷ Siehe Horst Günther Linke: Das Zarische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914-1917. München 1982; ders.: Rußlands Weg in den Ersten Weltkrieg und seine Kriegsziele 1914-1917. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse. München-Zürich 1994; Sean McMeekin: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe. Berlin 2014.

chen Mushiks, des russischen Bauern, des Arbeiters, der Soldaten und der Matrosen brach sich Bahn. Trotzki's Beschreibung gibt diese Atmosphäre im Herbst 1917 plastisch wieder: „An der Front wurde die Lage mit jedem Tage unerträglicher. Der kalte, windige, regnerische Herbst war im Anzug. Ein vierter Winterfeldzug kam immer näher. Nahrungsmittel wurden täglich karger. Hinter der Front hatte man die Front vergessen. Hilfs- und Ablösungstruppen ließen auf sich warten; es fehlte auch die notdürftigste Winterkleidung. Desertionen wurden häufiger. Die alten, in der ersten Revolutionsperiode erwählten Heeresausschüsse blieben auf ihrem Posten und unterstützten Kerensky's Politik. Neuwahlen waren verboten. Ein Abgrund tat sich zwischen den Ausschüssen und den Soldatenmassen auf, der sich erweiterte bis endlich die Soldaten den Ausschüssen nur noch mit Abscheu begegneten. Von den Schützengräben mehrten sich die Absendungen von Vertretern nach Petrograd, die in den Sitzungen des Petrograder Sowjets offen die Frage stellten: ‚Was nun? Wie und durch wen soll der Krieg beendet werden? Warum schweigt der Petrograder Sowjet?‘“¹⁸

Das war das Problem, vor dem die politischen Kräfte Russlands (und eigentlich die aller kriegführenden Mächte und der in ihnen agierenden Kriegsgegner) standen. Die Bolschewiki um Lenin – bei allen inneren Diskussionen – waren diesbezüglich weit weniger naiv als ihre linken potentiellen Bündnispartner und Konkurrenten, ja Gegner. Typisch ist Lenins Reaktion auf eine Erklärung der Provisorischen Regierung Ende April 1917 über die Weiterführung des Krieges bis zum Siege bei gleichzeitigem Verzicht auf einen Frieden mit Annexionen. „Mit Heiligenbildern gegen Kanonen. Mit Phrasen gegen das Kapital. Die ‚Verlautbarung‘ der Regierung über den Verzicht auf Annexionen war ein zu nichts verpflichtendes diplomatisches Manöver, das zwar unwissende Bauern irreführen konnte, die Führer der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre ... aber nur dann ‚verwirren‘ konnte, wenn sie betrogen sein wollten.“¹⁹

Lenin beherrschte die Klaviatur taktischer und strategischer Züge und Wendungen sowohl in der innerparteilichen und innerlinken Auseinandersetzung wie in der erstrebten Veränderung der Gesellschaft. Er spitzte immer wieder zu. Da blieb für das Herumgedruckse um politische Positionen einzelner Gestalten der derzeitigen Regierung kein Platz. Für ihn ging es um den politischen, den Klassencharakter dieser Regierung. D.h., für ihn war wichtig zu zeigen, wessen Interessen diese Regierung jenseits aller wortreichen Erklärungen und deren Auslegung vertrat. Das waren die Interessen des russischen wie des westlichen Entente-Kapitals, die den Krieg für Profit und Geländegewinn brauchten und fortsetzen wollten. Für diejenigen Linken, die das nicht verstanden, hatte er nur Spott und Verachtung übrig: „Bei unwissenden Bau-

¹⁸ Leon Trotzky: Von Oktober bis nach Brest-Litovsk. A.a.O., S. 39.

¹⁹ Wladimir Iljitsch Lenin: Mit Heiligenbildern gegen Kanonen. Mit Phrasen gegen das Kapital. In: LW Bd. 24, S. 184.

ern ist es entschuldbar, wenn sie vom Kapitalisten das ‚Versprechen‘ verlangen, ‚nach Gottes Gebot‘ und nicht als Kapitalist zu leben, kein ‚Verteidiger der Interessen des Kapitals‘ zu sein. Wenn die Führer des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ... eine solche Politik treiben, so heißt das die schädlichsten, für die Sache der Freiheit, für die Sache der Revolution verhängnisvollsten trügerischen Hoffnungen des Volkes auf die Kapitalisten nähren.²⁰

Unter dieser Prämisse war es für die Bolschewiki unmöglich, mit den anderen politischen Kräften, in diesem Falle den sozialdemokratischen Menschewiki und den Sozialrevolutionären, geschweige denn den bürgerlichen Parteien zusammenzugehen und als einzigen Vorzug der Februarrevolution den Sturz des Zaren und den Übergang zu einer „grenzenlosen Demokratie“ der freien Presse, Versammlungen und Vereinigungen zu preisen. Sie wollten nicht nur die „Türschilder“ auswechseln, sondern die Gesellschaft grundlegend verändern. Mit Reden und Sitzungen waren weder der Krieg zu beenden noch die sozialen Nöte zu beheben.

Der Streit nicht nur um das Jahr 1917

Freudige Erinnerungen an radikale Revolutionierungen von Politik, Kultur und Lebensweise bewegen heute die jüngere Generation der Kapitalismuskritiker. Viele Linke stehen aber immer noch unter dem Schock der extrem ambivalenten Entwicklungen der sieben Jahrzehnte staatlich organisierten Sozialismus – mit seinen sozialen Errungenschaften und Leistungen auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite ebenso mit der Last der im Namen dieser Ordnung begangenen Verbrechen, die zumeist mit dem Namen Stalins verbunden werden. Für den Mainstream ist das Jahr 1917 dagegen nur der Beginn einer glücklicherweise gescheiterten – und historisch gesehen kurzen – Episode, die vorübergehend mit der guten kapitalistischen Ordnung brach.

Für marxistische Linke – bei aller Selbstkritik und auch bei aller Unterschiedlichkeit – ist eine andere Herangehensweise geboten. Sie werden auf jeden Fall feststellen, dass das Jahr 1917 immer wieder neu anzueignen ist und auch vermerken, dass die krisenhaften Brüche in der obsiegenden kapitalistischen Ordnung und das Erstarken rechtskonservativer, nationalistischer, faschistischer Kräfte in neuer Weise die Alternative des Sozialismus und die Frage nach dem Weg zum Sozialismus stellen.

In den heutigen Debatten geht es oft weniger darum, was wirklich damals geschah, was die damaligen Akteure bezweckten, als vielmehr um das, was heute in die Ereignisse vor 100 Jahren hineingelesen wird. Diese Interpretationen sind natürlich kein Zufall. Sie sind Konsequenz der politischen Auseinandersetzungen der folgenden bewegten Jahrzehnte, die keineswegs nur das historische Russland und dessen Nachfolger Sowjetunion, sondern ganz Europa und die ganze Welt erfassten. Hoffnungen und Enttäuschungen, Befreiungen und

²⁰ Ebd.

Verbrechen liegen eng beieinander, sind verwoben, sind eben geschichtlicher Prozess politischer Kämpfe. Karl Marx hatte in seiner Analyse der innerkapitalistischen Widersprüche, die zur Lösung drängen, eine „Epoche sozialer Revolution“²¹ vorausgesehen.

Die russische Revolution war allerdings, wie sich bald zeigte, keine Lokomotive auf einer geraden Eisenbahnstrecke, sondern auf Geleisen mit Weichen, Wendeschleifen und Prellböcken. Heute wissen wir, dass diese Lokomotive entgleisen konnte und der Gegenzug zur kapitalistischen Restauration freie Fahrt bekam. Erst recht, weil es im Westen, insbesondere in Deutschland, nicht gelang, Revolutionen oder auch nur linke Ordnungen auf den Weg zu bringen, die sich mit Sowjetrußland verbanden.

Die Russischen Revolutionen von 1917 bis 1922 – die Februarrevolution 1917, die Oktoberrevolution 1917 und die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik 1921 und vor allem die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 30. Dezember 1922 – sind heute umstritten wie eh und je. Sie bilden aber einen einheitlichen revolutionären Prozess von bürgerlich-demokratischer, antikapitalistischer, sich sozialistisch-verstehender und schließlich sich stabilisierender staatlich organisierter Revolution. Die russischen Revolutionen werden heute als Teil einer revolutionären Welle im Gefolge des Ersten Weltkrieges gesehen. Die Ereignisse in Rußland im Februar wie im Oktober waren Fanal für die im Westen, später auch im Osten einsetzenden Revolutionen, Aufstände, Umstürze gegen den Krieg, gegen die diskreditierten herrschenden Klassen, gegen nationale Unterdrückung.

Zwar sind aus heutiger Erfahrung jene Thesen obsolet, die die russische Revolution von 1917 zu geradezu übermenschlicher Dimension überhöhten und alle Ereignisse der Welt an ihr messen wollten – wie es in der sowjetischen und der ihr nahestehenden Geschichtswissenschaft verbreitet war.

Dennoch war die unmittelbare Wirkung der Revolution enorm. Auch dem Sozialismus sehr fern stehende Zeitgenossen waren von ihr beeindruckt. Der bereits zitierte Lloyd George, wahrlich kein Linker, hielt diese Revolution für „ein so gewaltiges Faktum der Weltgeschichte, dass eine genauere Kenntnis ihrer Ursprünge für jeden Beobachter großer Menschheitsbewegungen stets von Interesse sein muss“.²² Ohne die russische Revolution hätte es all die weiteren Revolutionen gegen den Krieg und für nationale und soziale Selbstbestimmung insbesondere zwischen 1918 und 1923 nicht gegeben. Ohne den Sowjetstaat als ersten sich sozialistisch verstehenden Staat, ohne das Wirken seiner Kommunisten und die Wechselwirkung mit einer radikalisierten, verzweifelten, kämpferischen radikalen Linken hätte es keine Systemkonfrontation und keinen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme gegeben. Gerade der Rückblick nach 1990/91 zeigt, dass auch das viel beschworene „sozialdemo-

²¹ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: ders./Friedrich Engels: Werke. Bd. 13. Berlin 1964, S. 9.

²² David Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. A.a.O., S. 299.

kratische Jahrhundert“ (Ralf Dahrendorf) ohne die Systemkonkurrenz wohl nicht das Licht der Welt erblickt hätte, in dem es gelang, die Lage der arbeitenden Menschen deutlich zu verbessern und über mehrere Jahrzehnte den Kapitalismus in mancher Hinsicht zu „zähmen“.

Nach dem Untergang des Realsozialismus und der Sowjetunion können die Wissenschaft wie die Politik die Ereignisse von 1917 mit ihren Folgen weit nüchterner betrachten. Heute kann unbefangener von der Permanenz der russischen Revolutionen gesprochen, können die Tücken einer Revolution in einem rückständigen Land beschrieben, die Leistungen und Grenzen jener politischen Kräfte herausgestellt werden, die gegen den Zarismus kämpften, aber nicht mit den Bolschewiki einverstanden waren.

Die Umbrüche der Jahre 1917 bis 1922 sind Bestandteil eines revolutionären Prozesses und doch in ihren Zielen, Ergebnisse, Erwartungen und Folgen zu unterscheiden. Sie sind Teil eines revolutionären Umbruchprozesses in Russland, der sich in der gescheiterten Revolution von 1905 bis 1907 erstmals manifestierte, der in den Auseinandersetzungen des Jahres 1917 seinen Höhepunkt fand und deren realsozialistische Orientierung mit dem Übergang zu Neuen Ökonomischen Politik als Antwort auf die tiefe Gesellschaftskrise Sowjetrusslands zementiert wurde. Dieser Prozess fand mit der Bildung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken im Dezember 1922 und der langsamen Beendigungen der letzten Ausläufer des Bürgerkriegs in den östlichen, asiatischen Regionen bis zum Beginn des nächsten Jahrzehntes seinen Abschluss.

Vor allem aber, die Wirkungen des Umbruchs, beginnend in Petrograd im Oktober 1917 alten Kalenders, beschränkten sich nicht nur auf das auch schon damals geografisch größte Land der Welt, ein Sechstel der Erde. „Die Russische oder genauer: die bolschewistische Revolution vom Oktober 1917 war bereit, der Welt dieses Signal [zur Ablösung des Kapitalismus – St.B.] zu geben“, wie der marxistische Historiker Eric Hobsbawm betont. „Deshalb war sie für dieses Jahrhundert ein ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war.“²³

In der Tat hatten die beiden russischen Revolutionen von 1917 unmittelbare Folgen. Bei den Entente-Verbündeten, insbesondere in Frankreich, wie bei den Mittelmächten waren die Jahre 1917 durch Meutereien, Aufstände, Widerstandsaktionen gegen den Krieg geprägt. Es wurde nunmehr nicht mehr nur gemault, an Küchentischen und in Wirthaushinterstuben diskutiert, es wurden nicht mehr nur Flugblätter verfasst und böse Feldpostbriefe geschrieben. An der Heimatfront regte sich offener Widerstand, Frauen protestierten nicht mehr nur in den Brotschlangen, Munitionsarbeiter streikten, Soldaten der französischen Armee und ihrer in Frankreich kämpfenden russischen Verbündeten meuterten und konnten nur mit Gewalt und Massenexekutionen zur

²³ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München-Wien 1995, S. 79.

Räson gebracht werden. In der deutschen Hochseeflotte wurde aufbegehrt. Im Januar 1918 erschütterten Berlin und Wien große Streiks gegen den Krieg, im Februar hissten Matrosen der k.u.k.-Marine in Cattaro die roten Fahnen des Aufstandes.²⁴

Die mittelbaren Folgen vor allem der Oktoberrevolution waren weit radikaler. Noch einmal Hobsbawm: „Die Oktoberrevolution hatte jedoch ein sehr viel stärkeres und globaleres Echo als ihre Vorgängerin. Zwar ist mittlerweile deutlich geworden, dass die Ideen der Französischen Revolution die des Bolschewismus überlebt haben, aber die faktischen Auswirkungen von 1917 waren bei weitem größer und anhaltender als die von 1789. Die Oktoberrevolution brachte die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte hervor. Ihre Ausdehnung über die Welt ist seit dem Siegeszug des Islam in seinem ersten Jahrhundert ohne Parallele geblieben. Bereits dreißig bis vierzig Jahre nach Lenins Ankunft am Finnlandbahnhof von Petrograd befand sich ein Drittel der Menschheit unter der Herrschaft von Regimen, die unmittelbar aus den ‚Zehn Tagen, die die Welt erschütterten‘ (Reed, 1919) und Lenins organisatorischem Modell, der Kommunistischen Partei, hervorgegangen waren. Die meisten dieser Regime traten der Sowjetunion in einer zweiten Revolutionsschwelle bei, die in der zweiten Phase des langen Weltkriegs von 1914-1945 anschwell.“²⁵ Mit den sich sozialistisch orientierenden nationalen Befreiungsrevolutionen in China, Vietnam, Korea und Kuba erreichte der neue Machtblock unter sowjetischer Führung Anfang der 1960er Jahre seine größte globale Ausdehnung. Dazu kamen die nationalen Befreiungsbewegungen und die Nationalstaatsbildungen im Zuge der letztlich auch durch den Roten Oktober entscheidend angestoßenen Entkolonialisierung. Die inneren Schwächen, Konflikte und Spaltungen führten jedoch auch dazu, dass dieser Block seit den späteren 1960er und den 1970er Jahren zu erodieren begann.²⁶

Russische und westeuropäische Linke, Marxisten, warnten damals, für eine sozialistische Revolution sei das Riesenreich noch lange nicht reif. Manche ahnten 1917, dass eine sich sozialistisch verstehende Revolution nur unter idealen Bedingungen – den weiteren Revolutionen im Westen – Erfolg haben mochte. Lenin und die Bolschewiki kannten all diese berechtigten Bedenken. Sie wollten entgegen alle Bedenken und aller realen Kriegsverlängerung durch die von nichtbolschewistischen Linken gestützte Provisorische Regierung das Völkermorden durch einen revolutionären Bruch beenden. Ihnen ging es nicht um's Theoretisieren und Diskutieren über „Reife“ oder „Unreife“. Vielmehr griffen die Bolschewiki die Stimmung eines sozial zerrissenen,

²⁴ Siehe z.B. „Helle Panke“ e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hrsg.): Erster Weltkrieg, „Urkatastrophe“ und Widerstand. Materialien einer Konferenz (= Pankower Vorträge. H. 189). Berlin 2014; dies.: Gegen den Krieg! Für den Sozialismus? Arbeiterbewegung und linke Intellektuelle gegen den Ersten Weltkrieg. Materialien einer Konferenz (= Pankower Vorträge. H. 204). Berlin 2016

²⁵ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. A.a.O., S. 79/80.

²⁶ Vgl. ebd., S. 465ff.

vor allem aber kriegsmüden und allseits erschöpften Landes auf und gaben ihr Parolen und Führung. Für die Widersprüche im Lande und für die Beendigung des Krieges sahen sie nur diesen einen Weg – die Revolution, wobei lange das Wie, der konkrete Weg offen blieben. Stimmzettel oder die Straße²⁷, Überzeugungsarbeit in den gerade wiedererweckten Räten, den Sowjets.

Sie waren ein Ergebnis, eine Errungenschaft der gescheiterten russischen Revolution von 1905/07. Arbeiter, Soldaten, Bauern wählten basisdemokratisch ihre Vertrauensleute, die praktische Politik umsetzen sollten. Sie blieben ihrer jeweiligen Wählerschaft rechenschaftspflichtig und konnten jederzeit abgesetzt werden. Diese basisdemokratischen Strukturen, in ihrer politischen Ausrichtung zunächst noch unentschieden, wenn auch von linken Parteien, aber nicht den Bolschewiki, dominiert, kehrten spontan in der Februarrevolution zurück und bildeten ein Gegengewicht zu den parlamentarischen Gremien, die die bürgerlichen Parteien favorisierten.

Der Kampf gegen den Krieg, geschweige denn für eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft derjenigen die arbeiten, erforderte nicht Moralisieren oder Beten, sondern das Handeln mit allen Konsequenzen. Gerade die Russischen Revolutionen bestätigten: Geschichte vollzieht und versteht sich zuallererst nicht aus irgendwelchen Verschwörungstheorien heraus, sondern aus dem Handeln politischer Subjekte. Politiker und Intellektuelle sind wichtig, aber es braucht handelnde Massen. Die wiederum werden nur längerfristig Erfolg haben, wenn sie in der Gesellschaft, zumindest in deren aktivem Teil, ernsthaft verankert und von diesen getragen werden.

Die Oktoberrevolution war die Konsequenz aus den sozialen Widersprüchen und dem Unvermögen der herrschenden Klasse, trotz ihrer vielfältigen Machtinstrumente ihre Macht zu bewahren. Zuallererst war sie eine Revolution gegen den Krieg. Alleingelassen vom internationalen Proletariat, von Feinden im Innern und von außen wütend bekämpft, mussten die Bolschewiki Antworten auf viele neue Fragen sozialistischer Entwicklung finden. Ihr Vorzug war lange die Fähigkeit, die Interessen der arbeitenden Menschen zu erkennen und in Politik umzusetzen. Dabei konnten sie viel im Interesse dieser Menschen und mit ihnen, vor allem durch sie bewegen. Sie irrten aber ebenso oft, gingen Irrwege und schädigten oft genug das eigene Ideal.

Trotz allem, sie haben es versucht, sie fanden in vielen Linken, aber auch in Menschen, die für Frieden, Demokratie, soziale und nationale Befreiung eintraten, Sympathisanten und Verbündete. Das „kurze 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm) war dank der Russen auch ein Jahrhundert sozialer Gerechtigkeit, sozialer und nationaler Emanzipation. Der Rote Oktober war dafür ein Beginn – aus dem mehr hätte werden müssen. Das bleibt heutigen Linken in einem krisenhaften Kapitalismus überlassen.

²⁷ Zu Lenins Strategieentwicklung siehe: August H. Nimtz: Lenin's Electoral Strategy from 1907 to the October Revolution of 1917. The Ballot, the Streets – or Both. New York 2014.

Wladislaw Hedeler

Russische sozialistische Parteien 1917 im programmatischen Wett- und Widerstreit

Mit dem Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Jahre 1991 ging der Zusammenbruch der Infrastruktur der staatstragenden Kommunistischen Partei der Sowjetunion einher. Ihre wissenschaftlichen Einrichtungen, darunter das *Institut für Marxismus-Leninismus* beim Zentralkomitee der KPdSU, das als Zitadelle der Parteiorthodoxie galt, und die *Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU*, die damals größten Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Geschichte der UdSSR und der KPdSU, setzten auf ihre Weise die vom Generalsekretär Michail Gorbatschow verkündete „Umgestaltung“ um.

Die umgestalteten Nachfolgeeinrichtungen erklärten ihre Absage an die Einengung der Forschung auf die Geschichte der KPdSU und wandten sich verstärkt der Soziologie und der vaterländischen politischen Geschichte zu. Im Juni 1991 erfolgte die Umbenennung des IML beim ZK der KPdSU in *Institut für Theorie und Geschichte des Sozialismus beim ZK der KPdSU*. Nach dem Augustputsch 1991 und dem anschließenden Verbot der Kommunistischen Partei wurden deren Archive in staatliche umgewandelt, die angeschlossenen Institute aufgelöst. Die Zeitschrift „Iswestija ZK KPSS“ (Nachrichten des ZK der KPdSU), die seit Januar 1989 u.a. Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv veröffentlichte, stellte im August ihr Erscheinen ein.

In diese Zeit fällt auch die Auflösung des von Pawel Wolobujew geleiteten *Wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften der UdSSR für die Geschichte der Oktoberrevolution*. Die Koordinierung der Forschungsarbeiten übernahm der 1999 im Ergebnis der Zusammenlegung mit dem seit 1988 existierenden *Rat für die Geschichte sozialer Reformen und Bewegungen* gegründete *Wissenschaftliche Rat für die Geschichte der sozialen Reformen, Bewegungen und Revolutionen an der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN)*. Dessen Leitung hatte Grigori Sewostjanow inne.

Zu den vom Rat organisierten Veranstaltungen gehörte die im November 2003 am Institut für russische Geschichte der RAN durchgeführte Tagung „Politische Parteien in den russischen Revolutionen Anfang des 20. Jahrhunderts“. Sie spiegelt die Bandbreite der nach kurzer Unterbrechung, im Gründungsjahr der neuen russländischen historischen Schule¹, 1993 aufgenommenen Forschungen zur Revolutionsthematik wider. Ein Drittel der im Tagungsband veröffentlichten Beiträge hat die Entwicklung der von März bis Oktober 1917 in Russland bestehenden acht überregionalen und 46 nationalen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen zum Gegenstand. Mit Blick auf die in

¹ Petr Jur'ewič Savel'ev: *Genezis RSDRP: Istoriografija i istočniki*. Moskva 2016, S. 129.

Russland 1917 dominante Volksbewegung diskutierten die Autoren u.a. Fragen nach dem Stellenwert, den Funktionen, der Rolle und der Akzeptanz der politischen Parteien in der Bevölkerung.

Neue Quelleneditionen zu russischen Parteiengeschichte

Die Geschichte des kurzlebigen russischen Mehrparteiensystems – es erfasste im Revolutionsjahr 1917 ungefähr 1,2 Prozent der Bevölkerung² – und der vier Dumas³ ist in den letzten 20 Jahren um enzyklopädische Gesamtdarstellungen (vorgestellt wurden 127 Parteien und 700 Spitzenfunktionäre)⁴ sowie um umfangreiche Dokumenteneditionen, die im Ergebnis internationaler Forschungsprojekte entstanden, bereichert worden. Von 1994 bis 2015 erschienen insgesamt 29 Bände mit Dokumenten der in Russland agierenden Parteien, darunter der Anarchisten (1883-1935), des Bundes (1894-1921), des Bundes der Sozialisten-Revolutionäre-Maximalisten (1906-1924), der Partei der Konstitutionellen Demokraten (1905-1922), der Menschewiki (1903-1951), der Sozialisten-Revolutionäre (1900-1925), der Linken Sozialisten-Revolutionäre (1917-1918), des Bundes des 17. Oktober (1905-1907) und der rechten Parteien (1905-1917).

Von 1994 bis zum Jubiläumsjahr 1997 erschienen drei Bände der Dokumentation „Die Menschewiki im Jahre 1917“. Die Moskauer Herausgeber hatten Arbeitskontakte zu den am so genannten „Menschewistischen Projekt“ beteiligten Wissenschaftlern in den USA aufgenommen. Offensichtlich bereitete auch die Edition von Dokumenten der rechten und konservativen Parteien – den politischen Gegnern der Bolschewiki – kaum Schwierigkeiten. Die entsprechenden Sammelbände lagen bis 1998 vor. Erst im Anschluss daran begannen russische Historiker mit der Edition von Dokumenten der Parteien aus dem linken nichtbolschewistischen Spektrum. Somit lag das Gros der Quelleneditionen im Umfang von 20 Bänden zu den Anarchisten, den Konstitutionellen Demokraten (Kadetten), den Menschewiki, den Sozialisten-Revolutionären und den rechten Parteien bis zur Jahrtausendwende vor. In den Jahren 2002, 2004, 2010 und 2015 erschienen weitere sechs Bände, darunter die zum Bund und dem Bund der Sozialisten-Revolutionäre-Maximalisten. 2007 folgte ein Band mit den Vorworten zur Menschewiki-Edition, der ein vervollständigtes Sach- und ein Namenregister zu den edierten Bänden enthielt. Im November 2011 veröffentlichte Albert Nenarokow eine Untersuchung über die „rechten Menschewiki“. Eine völlig andere, die o.g. Editionen ignorierende Lesart der Geschichte der KPdSU legte ein von Alexander Besborodow geleitetes Autorenkollektiv 2014 vor.⁵ Die „Vorgeschichte“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) von 1883

² Sergej Georgievič Kara-Murza: Partii v 1917 godu. Ot Fevralja k Oktjabru. In: Političeskie Partii v rossijskich revoljucijach v načale XX veka. Moskva 2005, S. 297.

³ Gosudarstvennaja Duma Rossijskoj Imperii 1906-1917. Moskva 2008.

⁴ Političeskie partii Rossii. Konec 19-pervaja tret' 20 veka. Ėnciklopedija. Moskva 1996.

⁵ Istorija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. Moskva 2014.

bis 1917 wird im 2. Kapitel dieses Buches „In Revolutionen und Kriegen. 1883-1920“ überwiegend aus Leninscher Perspektive skizziert. Mit Nenarokows Studie vergleichbare Abhandlungen zu den anderen sozialistischen Parteien sind nicht erschienen. Die Geschichtsschreibung hat es in den zurückliegenden fünf Jahren nicht vermocht, den Rückstand gegenüber den Quelleneditionen aufzuholen.⁶ Versuche, wie der von Alexander Schubin⁷, die Entwicklung von Februar bis Oktober 1917 zu untersuchen, bleiben die Ausnahme.

Seit 2006 wird die Quellenedition „Politische Parteien Rußlands“ durch das wiederbelebte „Russische Revolutionäre Archiv“ ergänzt. Bis 2016 erschienen in Moskau sieben vorzüglich kommentierte Bände mit Dokumenten und der Korrespondenz aus den Nachlässen maßgeblicher Funktionäre und Theoretiker unterschiedlicher Strömungen der Menschewiki: Georgi Plechanow (1905-1918), Juli Martow (1896-1904), Pawel Akselrod (1880-1905), Alexander Potressow (1894-1905) und Irakli Zereteli (1923-1958). Um die Untersuchung von Lenins Leben und Werk ist es hingegen schlechter bestellt. Auf die Edition unbekannter Lenin-Dokumente (im Jahre 1999) folgten keine nennenswerten biografischen Studien oder Werkanalysen. Lenins Umfeld ist kaum untersucht. Leo Trotzki's Schriften werden nach wie vor sporadisch ediert, während der 1988 eingesetzte Bucharin-Boom schnell abgeklungen ist. Ausgaben wie die noch nicht abgeschlossene Edition von Dokumenten aus dem Nachlass von Jewgeni Preobraschenski bleiben die Ausnahme.

1997 fand die vom Moskauer ROSSPEN-Verlag herausgegebene Edition über die Menschewiki im Jahr 1917 ihren Abschluss. Nenarokow und Juri Felschtschinski haben die in den USA geleisteten Vorarbeiten ausführlich kommentiert und gewürdigt.⁸ Übersetzungen ausgewählter Dokumente aus dieser Edition fanden Aufnahme in den 1997 veröffentlichten Band „Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?“.⁹ Seit 1996 und 1997 gewann die Erschließung der Februarrevolution in Russland an Gewicht.¹⁰ Am Vorabend ihres 100. Jahrestages zog Petr Saweljew, der an den o.g. Editionen mitarbeitete, eine Bilanz der Geschichtsschreibung der SDAPR in der UdSSR und in Russland.¹¹ In seinem informativen und quellengesättigten Bericht wies er

⁶ Al'bert Pavlovič Nenarokov: Pravyj men'shevizm. Prozrenija rossijskoj social-demokratii. Moskva 2012, S. 25-89. (Kapitel: Über den Zustand der Forschungen zur Geschichte der SDASPR.)

⁷ Aleksandr Vladenovič Šubin: Velikaja Rossijskaja revoljucija: otfevralja k oktjabrju 1917 goda. Moskva 2014.

⁸ Jurij Georgievič Fel'stinskij; Georgij Iosifovič Černjavskij: Men'sheviki v revoljucii: Stat'i i vospominanija socialdemokratičeskich dejatelej. Moskva 2016.

⁹ Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Herausgegeben, eingeleitet, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz. Berlin 1997.

¹⁰ Vgl. die von der RGGU vorgelegte Dokumentation: Fevral'skaja revoljucija 1917. Sbornik dokumentov. Moskva 1996, und die von der RAN besorgte Ausgabe: Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskva 1997.

¹¹ Petr Jur'evič Savel'ev: Genezis RSDRP: Istoriorigrafija i istočniki. A.a.O.

u.a. darauf hin, daß seit 2008 keine regelmäßigen Tagungen mehr zur Geschichte der russischen Sozialdemokratie stattfanden.¹²

Die Debatten über die „Doppelherrschaft“, um ein weiteres Thema herauszugreifen, sind zum Erliegen gekommen. Neben den aus der Duma gespeisten Koalitionsregierungen existierte der 1917 ins Leben gerufene Petrograder Sowjet, der sofort einen Kompromiss mit der ihrem Wesen nach liberalen Provisorischen Regierung einging. Während dieser „Doppelherrschaft“ prägte dieser Kompromiss das Verhältnis von Revolution und Macht. Er sollte bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung halten. Doch die in Bewegung gekommenen Volksmassen hatten das Vertrauen in jegliche Machtorgane verloren. Die in Russland agierenden Parteien vermochten es in der kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung stand, nicht, diese Massen an sich zu binden. Im Regelfall konnten die sich sehr schnell Politisierenden nicht zwischen den Strömungen, die sich zum Sozialismus bekannten, unterscheiden. Die Pläne der Menschewiki, Sozialisten-Revolutionäre und Konstitutionellen Demokraten, die Gemeindevahlen im Sommer 1917 für die Festigung ihrer lokalen Vertretungen zu nutzen, scheiterten. Von der im Sommer einsetzenden Verfolgung der Bolschewiki als „Partei des Umsturzes“ konnten sie nicht profitieren.

Der bewaffnete Aufstand der Bolschewiki im Oktober 1917 läutete das Ende dieser Entwicklung und des Mehrparteiensystems ein. Lenins Anhänger versprachen, die Erwartungen der Massen bezüglich der Beendigung des Krieges und der Lösung der Agrarfrage sofort zu erfüllen. Wozu auf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung warten, fragten sie, wenn die Aussicht auf Brot, Freiheit und Frieden nicht mehr in weiter Ferne, sondern zum Greifen nahe lag. Worin die einen ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, den Beginn einer neuen Ära sahen, war für die anderen ein Putsch. Einfache sowie Führungsmitglieder der einstigen Verbündeten der Bolschewiki – der Anarchisten, des Bundes, der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki – wurden verfolgt und ins Exil getrieben. Ihre Wahrnehmung und Schilderung der Ereignisse im Revolutionsjahr ist Gegenstand zahlreicher Editionen.¹³ Auf Ausbürgerungskampagnen folgten Schauprozesse gegen die Menschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre. Einige in Sowjetrußland verbotene oder aufgelöste Parteien existierten im Ausland weiter. Viele ihrer im Land gebliebenen Mitglieder traten der Kommunistischen Partei Russlands bei.

Die Parteien nach dem Sturz der Zarenherrschaft

Solange die UdSSR als Weltmacht existierte, wurde die welthistorische Bedeutung ihrer Geburtsstunde im Oktober kaum in Frage gestellt. Erst das Ende der Sowjetunion 1991 brachte den Durchbruch neuer Sichtweisen mit sich,

¹² Ebenda, S. 148.

¹³ Velikaja russkaja revoljucija glazami intelektualov. Chrestomatija. Sost. Aleksandr Aleksandrovič Veršinín, Marija Vladimirovna Gurylina. Moskva 2015; Boris Valentinovič Jakovenko: Istorijavelikoj russkoj revoljucii. Fevral'sko-martovskaja revoljucija i ee posledstvija. Moskva 2013.

wobei in der Regel vermieden wurde, die Wurzeln der Fehlentwicklung in der Sowjetunion ausschließlich im Oktober zu suchen. Gleichzeitig verwiesen russische Historiker darauf, dass richtige, vom Oktober ausgehende Ansätze und Ideen in den darauf folgenden Jahren entstellt, vergessen, transformiert oder ad acta gelegt worden sind, und dass es ein Fehler wäre, die Wurzel für jede Entartung im von den Bolschewiki durchgeführten Umsturz und in der Auflösung der Konstituierenden Versammlung zu suchen.¹⁴

Alle in Russland bestehenden Organisationen und nationalen Ausgliederungen profitierten von der Politisierung der Bevölkerung, die auf der Suche nach einer politischen Heimat war. Das erklärt auch, warum keine der Parteien im Frühjahr 1917 monolith war, genau genommen agierten stets mehrere Parteien unter einem Parteidach. Ob sich die dem linken Flügel der IV. Duma zuzurechnenden Parteien zusammenfinden oder weiter auseinanderdriften würden, konnte niemand vorhersagen, da die Bereitschaft zum Kompromiss und das Streben nach Einheit vorherrschend waren. Symptomatisch ist, dass der Platz hinter der Rednertribüne im Taurischen Palais, dort wo früher ein Porträt des Zaren hing, leer blieb. Es wurde herausgeschnitten. Im neuen Russland gab es kein einigendes Symbol mehr.

In den Februartagen 1917 stand nicht die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, sondern deren Einberufung auf der Tagesordnung, eine Forderung, die Theoretiker aller Parteien – von den Bolschewiki bis hin zu den Kadetten – in ihre zu Programmen ausgebauten programmatischen Erklärungen aufgenommen hatten. „Frieden, Land und Brot waren die Ziele, denen die Arbeiter und Soldaten, die Schöpfer dieser plötzlich aufschießenden Sowjets, zustrebten. Keinerlei Unstimmigkeiten ließen sich zu damaliger Zeit in ihren Reihen entdecken, noch die kleinste Spur von Uneinigkeit zwischen Bolschewisten, Menschewisten und Sozialrevolutionären.“ Nach dem Sturz der Zarenmacht am 27. Februar 1917 wurde Rußland etwa vier Monate lang wie ein freies Land regiert, nämlich auf dem Wege des offenen Kampfes der sich frei bildenden Parteien und der freien Vereinbarungen zwischen ihnen. Um die Entwicklung der russischen Revolution zu begreifen, muß man also vor allem studieren, welches die wichtigsten Parteien waren, die Interessen welcher Klassen sie vertraten und welcher Art die Beziehungen all dieser Parteien zueinander waren.¹⁵ Allerdings traten diese Parteien bereits, in Form von sachlichen Artikeln in ihrer Parteipresse, mit abweichenden Interpretationen der Revolution auf,¹⁶ schreibt M. Philips Price, Augenzeuge der Ereignisse in Moskau.¹⁶ Im Frühjahr ging es nicht um die Durchsetzung der Monopolstellung einer Partei im politischen Leben, sondern um die konsequente Überwin-

¹⁴ Jurij Aleksandrovič Poljakov: Oktjabr' 1917 goda: diskussii prodolzajutsja. In: *Političeskie Partii v rossijskich revoljucijach v načale XX veka*. Moskva 2005, S. 289; Al'bert Pavlovič Nenarokov: *Pravjy men'sevizm*. Prozenija rossijskoj social-demokratii. Moskva 2012, S. 54-55.

¹⁵ W. I. Lenin: *Die Lehren der Revolution*. In: LW, Bd. 25, S. 232.

¹⁶ Morgan Philips Price: *Die Russische Revolution*. Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919. Hamburg 1921, S.14.

derung der Folgen der Selbstherrschaft durch die der „revolutionären Demokratie“ verpflichteten sozialistischen, liberalen und demokratischen Parteien. Den Sturz des Zarismus, die wichtigste Forderung der aktivsten politischen Parteien, der Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) und der SDAPR, hatte die Revolution herbeigeführt. Der Zar und die Romanow-Dynastie waren derart diskreditiert, dass sogar die der Monarchie verpflichteten Oktobristen auf Distanz zum Herrscherhaus gingen.¹⁷ Unter diesen Bedingungen galt es, die Triebkräfte der Revolution zu bestimmen.

Die Demokratie erwies sich als parteiübergreifendes Identifikationsmerkmal. So wurde z.B. das Großkampfschiff „Imperator Nikolaus I.“ in „Demokratie“ umbenannt, Gesuche auf Änderung des Familiennamens „Romanow“ in „Demokratow“ waren keine Ausnahme.¹⁸ Demokratie wurde im Sinne von Volksherrschaft als das Gegenstück zum Polizeistaat, zur Diktatur interpretiert. In einer seiner ersten Erklärungen verpflichtete sich der Arbeiter- und Soldatenrat „die provisorische Regierung zu unterstützen, soweit sie das mit dem Arbeiter- und Soldatenrat vereinbarte Programm einhielt. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der als treibende Kraft bemüht war, die Revolution möglichst weit hinauszutreiben und die provisorische Regierung zu veranlassen, weitgehende Zugeständnisse an die Forderungen der revolutionären Demokratie zu machen, hatte sich somit auch als Kontrollinstanz seitens der Organe der revolutionären Demokratie gegenüber der provisorischen Regierung etabliert. Diese Kontrolltätigkeit hat dann auch, namentlich in der ersten Zeit, sehr segensreich gewirkt.“¹⁹ Auch die Anarcho-Kommunisten, die eine Gleichstellung anarchistischer Gruppen mit den anderen sozialistischen Parteien und Strömungen forderten, erklärten sich in Anbetracht der Situation und um eine Demoralisierung zu verhindern, bereit, „Hand in Hand mit der Demokratie bis zum Sieg über den gemeinsamen Feind voran[zu]schreiten.“²⁰

Trotz vorhandener theoretischer und taktischer Unterschiede bestand „eine lose Zusammenfassung der marxistischen und nichtmarxistischen Gruppen in einem Block, der allgemein als ‚revolutionäre Demokratie‘ des Sowjet bekannt war. Auf einer gemeinsamen Plattform begegneten sich damals alle revolutionären Parteien, – Friede mit den Arbeitern aller Länder auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Entschädigungen, Land für die Bauern und Sozialisierung der Industrie. Alle Parteien des Sowjets vermochten sich

¹⁷ Programmy političeskich partij. Podredakciej is predisloviem Samuila Sergeeviča Zaka. Izdanie 2-oe, ispravlennoe. Odessa 1917 [=P9, sh. FN 28], S. 3.

¹⁸ Boris Ivanovič Kolonickij: „Demokratija“ kak identifikacija: K izučeniju političeskogo soznanija fevral'skoj revoljucii. In: Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskva 1997, S. 109.

¹⁹ N. G. Verow: Die große russische Revolution. Berlin 1917, S. 81-82. Unter dem Pseudonym Verow veröffentlichte der Menschewik Vladimir Konstantinovič Ikov (1882-1956).

²⁰ Vnočerednoe zajavlenie predstavitelja Petrogradskoj grupy anarchistorov-kommunistov ovozmožnostiučastija delegatov anarchistov v rabote Sovetarabočich i soldatskich deputatov. In: Anarchisty. Dokumenty i materialy 1917-1935. Moskva 1995, S. 17-18.

über theoretische Ziele zu verständigen. [...] Andererseits herrschte die größte Unstimmigkeit unter den revolutionären Parteien über taktische Fragen. Die theoretischen Meinungsverschiedenheiten, die den rechten Flügel der Marxisten (Menschewisten) von den nicht-marxistischen Sozialrevolutionären trennten, waren nicht derart, daß sie die praktische Zusammenarbeit im Petrograder Sowjet verhinderten. Eine Zusammenarbeit im Sowjet war aber andererseits nicht möglich zwischen den beiden marxistischen Flügeln, der bolschewistischen Linken und der menschewistischen Rechten, weil sie, obschon durch keine theoretischen Meinungsverschiedenheiten getrennt, in Fragen der revolutionären Kampfweise zu keinem *modus vivendi* kommen konnten.“²¹

Die Entwicklung der Parteien

Die Ausgangssituation der linken bzw. linksorientierten Gruppierungen nach der Februarrevolution 1917 in Russland war weitgehend identisch. Ihre führenden Funktionäre, die in der Regel im Exil lebten, drängten, von der Nachricht über die Revolution überrascht, nach Russland. Kriegsbedingt war die Verbindung zusammengebrochen. „Nach Rußland sind sämtliche Verbindungen abgerissen“, schrieb Martow am 28. Februar an seine Freundin, „keine Zeitungen, keine Zeitschriften, keine Briefe.“²² „Aus Rußland bekommen wir nichts, nicht einmal Briefe!!“, hatte Lenin am 13. März aus Zürich an Inessa Armand geschrieben. Zwei Tage später las er „ganz aus dem Häuschen“²³ die in den Schweizer Zeitungen veröffentlichten Telegramme über den Sieg der Revolution in Petrograd.

„Die Schlagzeile der Zeitung lautete: ‚Umsturz in Petrograd. Nikolaus II. verzichtet auf Thron zugunsten seines Bruders Michail‘. – ‚Na und?‘ meinte ich zu Fotinski“, erinnert sich Ilja Ehrenburg. „Ist Michail besser als Nikolaus?‘ Doch Fotinski war in seiner Freude nicht zu beirren. Er holte eine andere Zeitung, wir fanden eine kurze Notiz: In Petrograd Streiks, Demonstrationen. ‚Eine richtige Revolution!‘ rief Fotinski. [...] Eine Debatte hob an: Wird sich der neue Zar halten, oder kommt die Republik? Wir wußten nicht, dass die französische Zensur Nachrichten unterschlug, dass in Petrograd niemand mehr an Michail dachte, dass der Sowjet der Arbeiterdeputierten beriet, wie er sich zur Provisorischen Regierung verhalten sollte. [...] Es war schwer zu verstehen, was in Rußland vorging.“²⁴

Von einem Tag auf den anderen musste man umdenken. „Gestern schien es, als habe die Regierung Gutschkow-Miljukow bereits vollständig gesiegt und mit der Dynastie bereits Abmachungen getroffen. Heute stehen die Dinge so,

²¹ Morgan Philips Price: Die Russische Revolution, a.a.O. (FN 16)S. 30.

²² Julij Osipovič Martov-Nadežda Samojlovna Kristi, 28.2.1917. In: 1917 častnye svidetel'stva o revolucii v pis'mach Lunačarskogo i Martova. Moskva 2005, S. 139.

²³ W. I. Lenin an Inessa Fjodorowna Armand, 15.3.1917. In: W. I. Lenin: Briefe, Berlin 1967, Bd. IV, S. 397.

²⁴ Ilja Ehrenburg: Menschen, Jahre Leben. Memoiren. Berlin 1978, Bd. 1, S. 217f.

daß keine Dynastie da ist, daß der Zar geflohen ist und offensichtlich die Konterrevolution vorbereitet! ...²⁵

Nachdem in den Exilorten Komitees für die Organisation der Rückreise gebildet worden waren, begannen die Vorbereitungen für die Rückreise. Die Exilanten trafen von 1917 bis 1918 in größeren (wie der von Martow geleiteten), in kleineren Gruppen, wie der um W. Lenin oder Plechanow, oder allein (wie der PSR-Linke W. Alexandrowitsch), in Russland ein. Im März 1917 kamen 17, im April 57, im Mai 274, im Juni vier, im Juli 11, im August neun, im September acht, im Oktober sechs, im November und Dezember je zwei Personen. 1918 waren es nur noch 27.

Auch wenn die biographischen Angaben oft unvollständig sind, zeichnet sich das Bild in seinen Grundzügen ab. Alle in Russland eingetroffenen Exilanten standen zunächst vor der Aufgabe, sich ein Bild von der Entwicklung der Ereignisse zu machen. Sie mussten ihre Parteien unter Berücksichtigung der neuen Handlungsmöglichkeiten reaktivieren (wie es u.a. bei den PSR-Maximalisten der Fall war), reorganisieren sowie neue Mitglieder und Sympathisanten gewinnen. Dabei arbeiteten sie mit ihren aus der Verbannung oder den Gefängnissen entlassenen Genossen zusammen.

In den auf den Februar folgenden Monaten März und April 1917 suchten sehr viele Bürger nach einer politischen Heimat und entschieden sich für die Mitgliedschaft in einer der liberalen, konservativen oder sozialistischen Parteien. Ganze Dörfer oder Regimenter erklärten ihren Eintritt in die PSR. Wer der SDAPR beitreten wollte, musste einen individuellen Antrag auf Mitgliedschaft stellen. Da die Menschewiki im Unterschied zu den Bolschewiki über ein organisatorisches Netzwerk im Land verfügten, fingen sie das Gros der Neuzugänge auf. Das änderte sich erst im Sommer 1917. Welche politischen Auffassungen die neuen Mitglieder mitbrachten, welche Strömung der jeweiligen Partei von dem Zustrom profitierte, bedarf weiterer Untersuchung. In der Regel hatten die neuen Mitglieder im Frühjahr keine klare Vorstellung von den programmatischen Unterschieden zwischen den linken Parteien.

Sowohl aus diesem Grund als auch mit Blick auf die von allen Parteien angestrebte Wahl zur Konstituierenden Versammlung war es erforderlich, den Wählern möglichst schnell einen Leitfaden in die Hand zu geben, der eine Orientierung im linken Parteienspektrum ermöglichte. Zeitgenössische Beobachter stellten zu Recht fest, dass die Parlamentstradition den russischen Arbeitern und Soldaten völlig fremd war. Was nun einsetzte, war der Kampf zwischen den Gruppierungen, die sich gemeinschaftlich an der Revolution beteiligt hatten.²⁶

„Die Glanztage der März-Revolution hatten jedoch mit dem 1. Mai ihren Gipfelpunkt erreicht. Sie gingen vorüber, und was nun folgte, war der Kampf zwischen den sozialen Gruppen, die gemeinschaftlich Revolution gemacht

²⁵ W. I. Lenin an Alexandra Michailowna Kollontai, 17.3.1917. In: W. I. Lenin: Briefe, Berlin 1967, Bd. IV, S. 400.

²⁶ Morgan Philips Price, a.a.O., S. 19.

hatten. Der Kampf ging um die Entscheidung, welche der Gruppen von nun an die Führerrolle in Rußland übernehmen sollte.²⁷

Zur Programmatik der Parteien März bis August 1917

Wie Verleger und Parteitheoretiker versuchten, Parteimitglieder und Wähler in Russland mit Informationen zu versorgen, lässt sich anhand der im Laufe des Jahres 1917 erschienenen Broschüren zur Programmatik der linken Parteien erläutern. Unter diesem Blickwinkel wurden zehn Sammelbände²⁸ ausgewertet, die von März bis August 1917 in Moskau, Odessa, Petrograd bzw. Stawropol erschienen sind. Sechs Broschüren enthalten von den Herausgebern Samuil Sergejewitsch Sak, L. Slonimski, S. Michailow und Ignatij Wladislawowitsch Wladislawew verfaßte Vor- oder Nachworte bzw. Geleitworte der Verlage, in denen die Dokumente der SDAPR²⁹, der Partei der Sozialisten-Revolutionäre (PSR)³⁰, der Kadetten³¹, der Trudowiki³², der Radikalen Partei³³, der Anarcho-

²⁷ Morgan Philips Price: a.a.O., S. 19.

²⁸ Programmy političeskich partij v Rossii. Pod redakciej s predislovim Ignatija Vladislavoviča Vladislavleva. Vyp. I-j. Moskva 1917. Das Vorwort ist mit März 1917 datiert. Der Parteitag der Kadetten, der am 25. März begann, ist nicht berücksichtigt worden. Im Folgenden [P1]; Programmy političeskich partij. Petrograd 1917. In dieser Ausgabe sind die Mitteilungen über die Änderungen im Programm der Kadetten auf dem 7. Parteitag berücksichtigt worden. Im Folgenden [P2]; Programmy russkich političeskich partij. Odessa 1917. Im Folgenden [P3]; Programmy političeskich partij v Rossii. Po oficial'noj partijnoj literature. Petrograd [1917], im Folgenden [P4]; Programmy političeskich partij pred' Učreditel'nym Sobraniem. Moskva 1917, im Folgenden [P5]; Programmy russkich socialističeskich partij (socialistov-revoljucionerov, trudovikov i socialdemokratov) s rezoljucijami s'ezdov 1917g ob otnošenii k vojne i proč. Odessa 1917, im Folgenden [P6]; Programmy rossijskich političeskich partij. Polnyj tekst programm partij s.-d., s.-r., narodnych socialistov, trudovikov, k.-d., s vstupil'nymi zametkami S. G. Michajlova. Petrograd 1917, im Folgenden [P7]; Programmy političeskich partij v Rossii. Pod redakciej i so stat'ej I. V. Vladislavleva: „Kratkie svedenija o političeskich partijach v Rossii“. Vyp. I-j. Izd. 2-oe, ispr. Moskva 1917, im folgenden [P8]; Programmy političeskich partij. Pod redakciej i s predislovim Samuila Sergejeviča Zaka. Izdanie 2-oe, ispravlennoe. Odessa 1917, im Folgenden [P9]; Programmy russkich političeskich partij. Stavropol' 1917, im Folgenden [P10].

²⁹ Programm 1903. In: P1, P2, P3, P4, P5, P6, P7, P8, P9, P10; Manifest 1898. In: P1.

³⁰ Programm 1901. In: P1, P2, P3, P4, P5, P6, P7, P8, P9, P10. Einen ausführlichen Überblick über die Erarbeitung von Programm und Statut gibt der Band „Partija Socialistov-Revoljucionerov. Dokumenty i materialy v 3-ch tt. T I. 1900-1907 gg.“ Moskva 1996.

³¹ Programm 1905. In: P1. Mit den Änderungen vom März 1917 in P3, P4, P5, P7, P8, P9, P10; Auszüge aus der auf dem 7. Parteitag vom 25.-28. März 1917 angenommenen Entschließung über Russlands Entwicklung als parlamentarische Republik, in P3 und P7.

³² Die Volkssozialistische Arbeitspartei knüpfte an die Traditionen der Volkstümler an. Programm-entwurf der Partei der Volkssozialisten vom Mai/Juni 1906 [siehe: P1]. Im Juni 1917 vereinigte sich diese Partei mit den Trudowiki und nahm das Programm an [siehe P3, P4, P6, P7, P8, P10]. P7 dokumentiert sowohl das Programm der Volkssozialistischen Arbeitspartei als auch der Gruppe der Trudowiki.

³³ Das 1905 vorgelegte Programm (P1 und P4) dieser Partei, der Rechtsanwälte, Ärzte und Eisenbahner angehörten wies deutlichere sozialistische Tendenzen auf, als das der Kadetten und kam dem von der Sozialdemokratie propagierten Minimalprogramm nahe.

Kommunisten³⁴ und der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei (SERP)³⁵ kommentiert werden.

Nur noch vier der sechs im März 1917 vorgestellten linken Parteien waren in den im August veröffentlichten Sammlungen vertreten. Es handelt sich um die SDAPR, die PSR, die Trudowiki und die Kadetten. Während diese Parteien ihren Platz behaupten konnten und ihre Programme auch weiterhin dokumentiert wurden, verzichteten die Herausgeber auf die Vorstellung der Anarchisten, der Radikalen Partei, der Oktobristen und der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei. Anlage und Kommentar der Dokumente widerspiegeln sowohl die Veränderungen in der öffentlichen Meinung, die Stellung der Parteien zur Demokratie sowie das Bestreben, zwischen überregionalen und nationalen Parteien zu unterscheiden.

Politische Parteien (den reaktionären, konservativen, liberalen, gemäßigt-progressiven und radikal-demokratischen Parteien steht die sozialistische gegenüber) seien das Spiegelbild der im Land agierenden politischen Kräfte, schrieb Wladislawlew vor dem 25. März 1917. Sie könnten „ihre Tätigkeit nur im Rahmen des Rechtsstaates richtig entfalten“³⁶. Ungünstige politische Bedingungen behinderten die Herausbildung eines differenzierten Parteienspektrums, das der objektiven Sachlage und den politischen Kräfteverhältnissen entspreche. Im Gefolge des Auseinanderbrechens der großen Parteien entstehen kleine politische Gruppierungen. Sie seien „konturlos“ und instabil und damit dem Untergang geweiht. Diese Neugründungen seien nicht von Dauer und zerfielen ebenso schnell, wie sie entstanden seien. Wladislawlew konstatierte nach dieser Zustandsbeschreibung mit Genugtuung, daß die Zahl der parteilosen Dumaabgeordneten ab-, die Zahl der Parteimitglieder unter den Abgeordneten jedoch beständig zunahm. Dies „spricht für eine zunehmende politische Reife der Mitglieder unserer jungen Vertretungskörperschaft“.

Wladislawlew sah die Möglichkeit der Wiederbelebung der von 1905 bis 1906 bestehenden Radikalen Partei. Obwohl die Radikale Partei schon lange nicht mehr existierte, bemerkte er unter Hinweis auf Pressemeldungen über eine bevorstehende „Radikal-Demokratische“ bzw. „Radikal-Republikanische“ Partei-gründung, bestehe Grund für die Annahme, dass sie bald wieder zum Leben erweckt werde.

Anfang April 1917 wurde die liberal-republikanische Partei gegründet, der Oktobristen und Konservative angehörten. Im September erfolgte die Vereinigung mit der radikal-demokratischen Partei.

³⁴ Erklärung über die Taktik 1917. In: P4. Seit dem 13. März 1917 existierte die Moskauer Föderation der anarchistischen Gruppen. Die erste Ausgabe ihrer Zeitung erschien im September, das eigentliche Programmdokument am 6. November 1917. Im Juli 1917 sprachen sich die Anarchisten-Kommunisten für die Schaffung einer sozialistischen Regierung aus.

³⁵ Die Partei ging im Dezember 1905 aus einer seit 1903 bestehenden Gruppe jüdischer Intellektueller hervor. Seit Mai 1917 bildete diese Partei ein Sammelbecken für fortschrittliche jüdische Intellektuelle. Programm, in P9 und P10.

³⁶ P1, S. 3. Vorwort von Ignatij Vladislavovič Vladislavlev.

Die Aufnahme der Ausarbeitung über die Taktik der Anarchisten-Kommunisten in eine in Petrograd veröffentlichte Broschüre erklärt sich aus dem kurzzeitigen Hervortreten der Partei in Kronstadt. In Odessa und Stawropol ist es hingegen die lokal bedeutende Partei SERP. Sowohl Wladislawlew als auch die anderen Herausgeber stellten nur solche politischen Parteien und deren Programme vor, die ihrer Meinung nach eine gesicherte Perspektive hatten.

In den hier ausgewerteten zehn, zwischen März und Juli 1917 in Moskau (P1, P5, P8), Odessa (P3, P6), Petrograd (P2, P4, P7,) und Stawropol (P10) publizierten Broschüren wurden den Wählern insgesamt neun Programme russischer politischer Parteien vorgestellt. In einem einzigen Fall (P6) wurden ausschließlich Programme sozialistischer Parteien und deren Stellungnahme zur Beendigung des Krieges berücksichtigt. Der Stellenwert, den die Herausgeber den Parteien beimessen, unterscheidet sich kaum. SDAPR und PSR, gefolgt von den Trudowiki, belegen die Plätze 1 bis 3. Bis Juni änderte sich die Rangfolge nicht.

Es ist aufschlussreich, wie die Herausgeber ihre Entscheidung für die Vorstellung der Programmdokumente der noch nicht „etablierten“ Parteien begründen. In den ersten Broschüren liegt die Betonung auf der weiteren Radikalisierung des politischen Lebens.

Mit zunehmender Betonung der Demokratisierung, der Hoffnung auf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung änderte sich bis zum Sommer die Gewichtung der Kommentare. Das russische Volk stehe nach dem Sturz der Selbstherrschaft vor gewaltigen schöpferischen Aufgaben. An diesem Aufbau müsse sich das ganze Volk beteiligen. Die alte Ordnung hatte die Volksmeinung stets ignoriert bzw. unterdrückt. Nunmehr müsse sich jeder Bürger, der diesen Ehrennamen verdient, in einer Partei organisieren bzw. eine Partei unterstützen. Denn nur auf diese Weise könne das staatliche und örtliche Leben umgestaltet werden. Unmittelbar vor Einberufung der Konstituierenden Versammlung müsse jeder Bürger die Möglichkeit erhalten, sich für ein Parteiprogramm zu entscheiden, das seinen Vorstellungen am meisten entspricht.

Die drei Parteien, die das meiste für die Revolution getan haben, sind auch die mitgliederstärksten. Aber weder sie noch die anderen haben grundsätzlich neue Programme veröffentlicht, sieht man von kleinen Änderungen ab. In den nächsten Wochen, ist der Vorbemerkung zu entnehmen, plane der Verlag die Herausgabe von Programmdokumenten kleinerer Parteien und Gruppen, die die neue Ordnung unterstützen³⁷. Die Programmklärung der Oktobristen³⁸, die sich auf das Zarenmanifest vom 17. Oktober 1905 stützte, sei überholt. Die Führungsmitglieder dieser Parteien hatten sowohl in der Duma als auch in der Provisorischen Regierung Spitzenpositionen inne, seien aber noch nicht mit Vorschlägen zur Reorganisation der alten Parteien hervorgetreten.³⁹

³⁷ Namentlich genannt wurden die Trudowiki und die Radikal-demokratische Partei. P5, S. 4.

³⁸ 1996 erschien in Moskau der erste Band der zweibändigen Ausgabe „Partija ‘Sojuz 17 oktjabrja’. Protokol’s’ezdov i zasedanij CK 1905-1907“.

³⁹ P5, Vorbemerkung des Verlages.

Die wenigen Wochen, in denen die Trudowiki, die Sozialdemokraten und die Sozialisten-Revolutionäre (PSR) ihre Programmaussagen präzisierten, genügten, um den Stimmungsumschwung zu fixieren. Die unter Berücksichtigung des 5. Parteitages⁴⁰ der Trudowiki vom 7. bis 11. April 1917, der 7. (April)konferenz der SDAPR⁴¹ vom 24. bis 29. April 1917 und des 3. Parteitages der Sozialisten-Revolutionäre⁴² vom 25. Mai bis 4. Juni 1917 herausgegebene Broschüre wies bereits im Titel die zentralen Fragen – sofortiger Friedensschluss sowie die Lösung der Eigentumsfrage – aus. In einer nächsten Folge sollten die Unterschiede zwischen den etablierten Parteien herausgearbeitet und die wichtigsten nationalen Parteien ausführlicher vorgestellt werden. Gleichzeitig machten die Herausgeber auf die Polarisierungen innerhalb der einzelnen Parteien aufmerksam. Diese schienen ihnen nicht so wichtig zu sein, wie die Betonung des zunehmenden sozialistischen Elementes in den Programmen aller, dem linken Spektrum zugeordneten Parteien.

Die Hoffnung auf die Einheit der Linken, vor allem auf die Überwindung der andauernden Spaltung in der russischen Sozialdemokratie, spricht aus den Kommentaren von Michailow.⁴³ Samuil Sak weist auf die Demokratisierung der Kadetten als Partei des Mittelstandes und das Verschwinden der Oktoibristen von der politischen Bühne des Landes hin. Eine vereinigte sozialistische Partei könnte ein Sammelbecken für jene Kräfte sein, die auf dem Boden des evolutionären bzw. des revolutionären Sozialismus stehen. Weitere Kristallisationspunkte stellen die SERP und die PSR dar.⁴⁴ Wladislawlew hingegen setzte auf eine mögliche Vereinigung der Sozialisten-Revolutionäre und Sozialdemokraten.⁴⁵ Hinsichtlich der SDAPR war jedoch nur von den Menschewiki die Rede, denn Lenin verfolgte – so Wladislawlew – eine anarcho-syndikalistische Politik. Eine Vereinigung von Menschewiki und Bolschewiki sei nicht in Sicht, fasste er zusammen.⁴⁶

⁴⁰ Auf diesem Parteitag definierten sich die Trudowiki als sozialistische Partei. Die Forderung nach einer Demokratischen Republik wurde in das Programm aufgenommen, der Kurs der Provisorischen Regierung begrüßt.

⁴¹ Auf dieser Konferenz konnte sich Lew Borissowitsch Kamenew, der die Auffassung vertrat, die bürgerlich-demokratische Revolution sei in Russland nicht abgeschlossen, nicht durchsetzen. W. I. Lenins „Aprilthesen“ wurden als Aktionsprogramm angenommen und die Bezeichnung „Bolschewiki“ dem Parteinamen hinzugefügt. Eine Mehrheit der Delegierten wandte sich gegen Lenins Vorschlag einer Namensänderung in „Kommunistische Partei“.

⁴² Die Sozialrevolutionäre unterstützten die Provisorische Regierung und wandten sich ausdrücklich gegen „abenteuerliche Versuche, die Macht zu erobern“. In der vom Parteitag verabschiedeten Entschließung „Über das Verhältnis zum Krieg“ wurde ein demokratischer Frieden für die ganze Welt gefordert. Die Stockholmer Konferenz, für deren Einberufung sich die Sozialrevolutionäre einsetzten, könnte dazu beitragen, den Friedensprozess zu beschleunigen.

⁴³ P7, S. 2.

⁴⁴ P9, S. 6-7.

⁴⁵ P8, S. 15.

⁴⁶ P8, S. 14.

Als Ergänzung zu dieser Dokumentation bot der Verlag diverse von Iosif Jasschunski verfasste Broschüren mit Erläuterungen des Wahlrechts und des Aufbaus der Demokratischen Republik an. Im Vorwort zur 2. Auflage der Programmbroschüre, die Mitte/Ende Juni 1917 erschien, wies I. W. Wladislawlew darauf hin, dass die Entwicklung (seit Erscheinen der 1. Auflage) gezeigt habe, dass kein Bedarf nach einer neuen radikal-sozialistischen Partei bestehe. Die neu gegründete Radikal-demokratische Partei habe einen anderen Weg eingeschlagen und werde in einer der nächsten Ausgaben – zusammen mit anderen Neugründungen – vorgestellt.⁴⁷ In der von Wladislawlew besorgten 2. Auflage finden sich die in der 1. Auflage vorgestellten Programme der SDAPR, der PSR und der Volkssozialisten. Hinzu kam das überarbeitete Programm der Partei der Volksfreiheit. Im Vergleich zur 1. Auflage sei die Partei der Volksfreiheit demokratischer geworden. Die Radikale Partei und die Konstitutionellen Demokraten waren in der 2. Auflage nicht mehr vertreten.

Im ersten, einleitenden Teil skizziert Wladislawlew die Geschichte der im Band vertretenen Parteien und ihrer nationalen Gliederungen von ihrer Gründung bis Juni 1917. Die Broschüre erschien nach der Vereinigung der Trudowiki mit den Volkssozialisten.

Die Broschüren enthielten auch Erläuterungen zum allgemeinen Wahlrecht und den Grundsätzen der Demokratischen Republik. Politische Parteien werden als „Vereinigungen gleichgesinnter Bürger mit gleichen Zielen im Hinblick auf den Staatsaufbau“ definiert, „die sich zum Kampf um die Verwirklichung ihrer Ideale organisiert haben“. Es wird zwischen reaktionären und konservativen, liberalen und gemäßigt progressiven, radikaldemokratischen und sozialistischen Parteien unterschieden.⁴⁸ Die Besonderheit der linken Parteien bestehe darin, dass sie ihre Ziele nicht auf ein Minimalprogramm beschränken, sondern von der Demokratisierung zur Sozialisierung weiterschreiten wollen. Mit Blick auf die Entwicklung der Bolschewiki und Menschewiki hebt der Herausgeber die „typische Begleiterscheinung“ der Entwicklung linker Parteien, die ideologischen Meinungsverschiedenheiten, hervor. Noch könne man auf den Einigungsprozess hoffen, betonte Wladislawlew unter Hinweis auf die Konferenzen der Menschewiki vom März⁴⁹ und Mai⁵⁰.

Mit der Rückkehr der Gruppe um Lenin im April 1917 ändern sich die Situation innerhalb des bolschewistischen Flügels sowie das Kräfteverhältnis zwischen Menschewiki und Bolschewiki von Grund auf. An der 7. Aprilkonferenz der Bolschewiki in Petrograd vom 24. bis 29. April 1917 nahmen 133 Delegierte

⁴⁷ P8, S. 4.

⁴⁸ P8, S. 5.

⁴⁹ Gemeint ist die Bildung des Organisationskomitees zur Vorbereitung eines Vereinigungsparteitages am 8. März 1917, siehe: Informacija o sobranii 8 martasocial-demokratov, sozdavšich organizacionnoe bjuro dlja ob'edinenenija RSDRP. In: Men'seviki v 1917 godu. T. 2, S. 148.

⁵⁰ Gemeint ist die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR vom 7. bis 12. Mai 1917, siehe: Obščerosijskaja Konferencija RSDRP 7-12 maja. In: ebenda, S. 378-462.

teil, die 78 Parteiorganisationen mit ca. 80.000 Mitgliedern vertraten. Die Bolschewiki – so hieß es in der Polemik von Zeitgenossen – näherten sich unter Lenins Führung immer mehr dem Anarcho-Syndikalismus an.

Die Programme aller Parteien müssten, so Wladislawlew, spätestens ab dem Sommer 1917 überarbeitet werden, denn die Revolution sei zu diesem Zeitpunkt so weit fortgeschritten, daß alle in den Programmen fixierten Ziele im Wesentlichen erfüllt seien. Die Sozialrevolutionäre und Trudowiki hatten im Frühjahr mit einer Überarbeitung ihrer Programme begonnen. Nunmehr wären die Parteien gefordert, wirklich unter den Massen zu arbeiten. Vor der Revolution, bemerkte S. Sak,⁵¹ habe es genau genommen keine politischen Parteien, sondern nur Parlamentsfraktionen gegeben. Aber auch nach der Revolution ist die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor nicht in Parteien organisiert. Das sei jedoch eine Bedingung für die Entfaltung wirklicher Demokratie. In diesem Zusammenhang erinnerte der Herausgeber erneut daran, dass die Vereinigung der sozialistischen Parteien an der Tagesordnung wäre.

Begleiterscheinung dieser Auseinandersetzungen seien Streit, Kampf der Richtungen und Flügel sowie eine deutlichere Differenzierung. Es werde noch viele – aber hoffentlich klärende – Kämpfe geben, hob S. Sak hervor. Während die einen auf die Demokratische Republik orientieren, propagieren die anderen das Voranschreiten zum Sozialismus auf revolutionären oder auf evolutionärem Wege. Die Vertreter dieser Richtungen hätten zunächst nur das Ende des Konservatismus und Oktobrismus herbeigeführt. Jetzt müssten sie genug Toleranz aufbringen, um in der Konstituierenden Versammlung über das weitere Schicksal des Landes zu beraten.

Doch die Frage der Macht war im Hochsommer ein denkbar ungünstiges Thema, einander näherzukommen. Die Krise der Koalitionspolitik dauerte an, es kam zu keiner Einigung der demokratischen Kräfte in Russland. Dafür sammelten sich die Kräfte der Konterrevolution. Befehlshaber des Petrograder Militärbezirks Kornilow wollte die Situation ausnutzen und die Bolschewiki mit einem gezielten Militärschlag vernichten. Der Kornilowputsch hatte dem Koalitionsgedanken den Todesstoß versetzt. Von diesem Zeitpunkt an erschienen auch keine gemeinsamen Programmmeditionen mehr.

⁵¹ P9, S. 4.

André Tosel

Gramsci und die Revolution*

Aktualität Gramscis

Die Diktatur des Finanzkapitalismus und die Verwandlung der Welt in eine Welt ganz neuer Formen von Gewalt sowie permanenter und struktureller Kriege können nicht das historische Desaster verbergen, das in der Hegemonie des Neoliberalismus liegt – der organischen Ideologie des Neokapitalismus. Diese Hegemonie des Neoliberalismus kann nicht als ewig gelten – selbst wenn sie auch noch so kraftvoll dominiert, die Sprache der Medien und der herrschenden Politik bleibt und über kolossale Möglichkeiten der Verbreitung verfügt. Und selbst dann nicht, wenn Foucault jubelnd darlegen konnte, dass sie ihre Kraft aus der theoretischen Unfähigkeit ihrer Gegner zog, die mehr oder weniger zu ihren Unterstützern wurden. Der Neoliberalismus steckt in allen Bereichen des Bewusstseins in der Krise und seine Politik bringt immer deutlichere Oppositionsbewegungen hervor. Überall verbreitet sich das Gefühl, dass diese Welt unannehmbar geworden ist, nicht zu rechtfertigen, nicht bewohnbar, unerträglich – und das vor allem für die, die Gramsci die Subalternen nannte und die immer zahlreicher werden. Überall verstärkt sich das lebendige Gefühl und die vernünftige Überzeugung, dass wir etwas leben und austesten, was Gramsci ein Interregnum nannte zwischen einem Alten, das nicht sterben kann, und einem Neuen, das sich nicht durchsetzen und einen historischen Block bilden kann.

Gramscis Stunde schlägt mit den Fragen, die sich heute aufdrängen: Welches radikale Projekt der revolutionären Umgestaltungen ist noch konzipierbar, wenn nicht das des breiten Klassenkampfes für die Hegemonie der Subalternen, der Mehrheiten, die in der Periode der vom Kapital durchgesetzten weltweiten passiven Revolution verstreut und gespalten wurden? Die führenden und herrschenden Kräfte sind buchstäblich zu allen Formen von Gewalt bereit – Kriege, Repressionen, Herstellung von Ungleichheiten jeder Art, Neofaschismus, Zerstörung ganzer Bereiche zivilisatorischer Errungenschaften, Korruption kosmischen Ausmaßes, unerhörte Finanz-Crashes – um eine Hegemonie aufrecht zu erhalten, was im Grunde schwierig für sie geworden ist, weil sie nicht mehr die integrierenden Kräfte wie ehemals besitzen, sondern weil sie im Gegenteil monströse Maschinen der menschlichen Desintegration geworden sind. Dieses Projekt wird neu formuliert werden müssen – auf dem Niveau der neuartigen Probleme, die unsere historische Situation kennzeichnen und die über das Feld der Philosophie der Praxis hinausgehen wie z.B. die

* Auszug mit freundlicher Genehmigung des Verfassers aus: André Tosel, *Étudier Gramsci. Pour une critique continue de la révolution passive capitaliste*, Paris 2016 [Éditions Kimé], S. 13-16, 41-45, 55, 64-66. Übersetzung aus dem Französischen und Italienischen: Sabine Kebir.

ökologische Frage oder das Problem der Lenkung der biopolitischen Formbarkeit. Wenn Gramsci alles andere als ein Denker ist, von dem man Wunder erwarten kann – die Erneuerung der menschlichen Emanzipationsbewegung bedarf der kritischen Aneignung der reichen, noch in den *Gefängnisheften* steckenden Erkenntnisse.

Gramsci als politischer Intellektueller – die Jahre 1913-1926

Die Verfolgung von Gramscis Laufbahn und die Lektüre der sehr zahlreichen Artikel von 1913 bis 1926, die er im Laufe seines kämpferischen Lebens vor der Gefängniszeit schrieb, kann seine französischen (und sogar die italienischen) Leser irritieren. Glühender sozialistischer Journalist, Theoretiker und Aktivist der Turiner Fabrikkräfte, wird er zum eigenständigen leninistischen Führer der jungen Kommunistischen Partei Italiens, indem er eine besondere Form des intellektuellen Kämpfers hervorbringt, die Marx und Jaurès näher steht als die französischen politischen Führer und auch die kommunistischen Intellektuellen der Jahre nach 1945. Dieses Bild intellektueller Figuren [die Gramsci in sich vereint – S. K.] müssen wir skizzieren, bevor wir die *Gefängnishefte* interpretieren.

Man kann diese Originalität festmachen, indem man eine kurze Analyse der Schriften dieser vielschichtigen Periode skizziert, die mit der Verhaftung 1926 und der Einkerkung ein gewaltsames Ende nimmt. Gramsci repräsentiert hier die Figur eines kämpferischen Intellektuellen, der die Beziehungen zwischen der Politik, der Kultur und der politisch-theoretischen Analyse ständig komplexer ausarbeitet. So bringt er drei aufeinander folgende und ineinander verschachtelte Figuren des Intellektuellen auf den neuesten Stand. Zunächst wird er ein journalistisch arbeitender Intellektueller, ein Kämpfer für Sozialismus und Kultur, Fürsprecher eines konsequenten Sozialismus, den er als politische Revolution und umfassende kulturelle Reform versteht (1914-1919). Nach dem Schock und seiner Anerkennung der bolschewistischen Revolution wird er schließlich zum direkten politischen Akteur während der fruchtbaren Erfahrung der Turiner Arbeiterräte und 1919-1921 zum organischen Intellektuellen der revolutionären Bewegung. Er leitet die junge kommunistische Partei bei der sehr schwierigen Suche nach einer Theorie und einer Strategie der revolutionären Transition angesichts des siegenden Faschismus – das alles, ohne die Verbindung zum Leninismus aufzugeben (1922-1924). Schließlich nimmt er auch die Funktion des führenden Intellektuellen ein, des Politikers im eigentlichen Sinne, nämlich als Generalsekretär der KP Italiens: Er führt den antifaschistischen Kampf mit der Internationale und in ständigem Bezug zur Erfahrung der Sowjetunion, die sich gezwungen sieht, den Sozialismus in einem Land aufzubauen, sich unüberwindbaren Spaltungen gegenüber sieht und komplexe Umorientierungen bewältigen muss (1924-1926). Es ist kein Zufall, wenn der erste theoretische Essay Gramscis, den er auch als solchen ausarbeitete, der Frage des Südens gewidmet ist: *Die südita-*

lienische Frage¹ (1926 geschrieben, unvollendet, 1930 publiziert) und wenn er dort die entscheidende Rolle der Intellektuellen hervorhebt, womit er bereits beim Thema der Hegemonie ist. Diese aufschlussreiche Dreiteilung von Gramscis Wirken verdanken wir Marina Paladini Musitelli².

In jedem dieser Abschnitte, die wir aus Gründen der Klarheit unterscheiden, ist Gramsci also ein auf höherer Stufe reflektierender Intellektueller, der strategisch nachdenkt über die Funktion des Intellektuellen in der Kultur und in politischen Kämpfen während einer vorgefundenen und in Bewegung befindlichen historischen Konjunktur, die transformiert werden muss mit dem Ziel, Akteur der Massen der Arbeiter und Bauern zu werden, wobei sich gleichzeitig die Funktion des Intellektuellen verändert. (...)

Der Schock der bolschewistischen Revolution und die Revolution gegen das *Kapital* (1917/1918)

Die in der sozialistischen Kultur vorauszusetzende aktive Kritik des aktuellen Zustands der Gesellschaft nimmt sich der Ereignisse an, die sich gegen Ende des Jahres 1917 überschlagen: im August Hungerrevolten in Turin, italienische Niederlage im Desaster von Caporetto³, Krise des liberalen Staats und besonders die Explosion der Oktoberrevolution und die Bildung von Sowjets. In dieser Zeit ist Gramsci kein politischer Akteur im eigentlichen Sinne; er unterstützt den unnachgiebigen revolutionären Flügel des Partito Socialista Italiano (PSI) und setzt seine journalistische Arbeit fort. Aber er wird Sekretär der provisorischen Exekutivkommission der Turiner Sektion und faktisch Leiter des *Grido del Popolo*. In dieser doppelten Funktion nimmt er an der illegalen Versammlung der extremen Linken des PSI in Florenz teil, die er in eine Partei „der revolutionären Unnachgiebigkeit“ umwandeln will und auf dieser Basis tritt er in Kontakt mit Amadeo Bordiga, einem jungen sozialistischen Führer aus Neapel, mit dem er die Gegnerschaft zum Krieg teilt. Er begreift, dass die drei schrecklichen Kriegsjahre eine Reifung des Klassenbewusstseins beschleunigen und dass der Moment naht, in dem sich immense Bedürfnisse des Volkes Bahn brechen und den Sozialismus herausfordern werden – davon fühlt er sich in die Pflicht genommen. Die Revolution von 1917 ist der Ausdruck dieser Reifung und dieser Herausforderung, der sich die Bolschewiken stellen wollten und es auch vermochten.

Also begrüßt Gramsci die Revolution in dem berühmten, im *Avanti* publizierten Text *Die Revolution gegen das ‚Kapital‘* (24. November 1917). Er setzt noch eins drauf: Die Bolschewiki haben gehandelt, ohne sich an die Gesetze des historischen Materialismus zu halten, wie sie die trägen Sozialisten verstehen, die erwarten, dass der Widerspruch zwischen den Produktivkräften

¹ Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens, Berlin (DDR) 1955.

² Marina Paladini Musitelli, Introduzione a Gramsci, Roma-Bari 1996.

³ Gemeint ist die zwischen 24. und 27. Oktober stattfindende Schlacht am Isonzo (heute Fluss Soča in Slowenien) (S.K.).

und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen aufbricht und das Ereignis hervorbringt, das das Ende der kapitalistischen Produktionsweise einleitet und die objektive Theorie bestätigt, wonach eine Produktionsweise auf die andere folgt. Diese Vorstellung der historischen Notwendigkeit, die der Aufeinanderfolge von Produktionsweisen eigen ist, findet sich jedoch auch bei Marx, namentlich im kanonischen Text des *Vorworts* von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* von 1859. Gramsci verurteilt die „positivistischen und naturalistischen Verkrustungen“, die dieser zu einfachen Theorie über die Beziehungen zwischen der ökonomischen Basis (als das Wesentliche) und den politisch-juristischen und ideologischen Überbauten (als abgeleitete Phänomene) entspringen. Um die Zeichen der Zeit zu erkennen, ist die Theorie im Jahr 1917 gezwungen, die Beziehung zwischen Basis und Überbauten neu zu definieren, indem die Funktion der Überbauten bei der Herausbildung der subjektiven kollektiven Willensbildung neu bestimmt wird. In den *Gefängnisheften* kommt Gramsci oft auf diesen Text und dieses Problem zurück. Er wird dazu gelangen, diesen Zusammenhang zu verwerfen und ihn durch die Theorie des historischen Blocks und der Kräfteverhältnisse zu ersetzen. Es ist seine Beziehung zum Idealismus, die die Kritik an dieser Konzeption des historischen Materialismus ermöglicht wie auch die Neubegründung der Theorie der gesellschaftlichen Objektivität in Begriffen des Handelns, der Aktualisierung und der Realisierung – womit er den subjektiven Idealismus hinter sich lässt.

„Die Revolution der Bolschewiken [...] ist die Revolution gegen das *Kapital* von Karl Marx. Das *Kapital* von Marx war in Rußland ein Buch des Bourgeois, weniger ein Buch der Proletarier. Es war die kritische Demonstration der schicksalhaften Notwendigkeit, daß sich in Rußland eine Bourgeoisie entwickeln würde, daß eine kapitalistische Ära beginnen, eine Zivilisation westlichen Typs entstehen würde, bevor das Proletariat überhaupt an seine Erhebung, an seine Forderungen als Klasse, seine Revolution denken könne. Die Tatsachen haben die Ideologien überwunden. Die Tatsachen haben die kritischen Schemata zersprengt, innerhalb derer die Geschichte Rußlands nach den Kanons des Historischen Materialismus hätte ablaufen müssen. Die Bolschewiken verleugnen Karl Marx; sie behaupten mit dem Beweis der expliziten Aktion, dass die Kanons des Historischen Materialismus nicht so ehern sind, wie man denken könnte und gedacht hat.“⁴

Diese explizite Diskrepanz zum „marxistischen“ historischen Materialismus ist deutlich. Die These von der historischen Notwendigkeit und ihrer Epochen ist ein schwaches Element im Denken von Marx, das jedoch Elemente der Selbstkritik enthält. Nun, es ist der Idealismus der hier das Erbe des nichtmarxistischen Marx antritt und die unerlässliche Neudefinition ermöglicht. Paradoxerweise kommt das nicht von Labriola – der später herangezogen wird – sondern vom italienischen Idealismus, besonders von Gentile, der von der

⁴ Zit. n. d. Übersetzung von Christian Riechers: Die Revolution gegen das *Kapital*, in: Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Herausgegeben und übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt am Main 1967, S. 24. (S.K.)

Praxis als Handeln spricht. Die Bolschewiki verleugnen die deterministischen und dogmatisch-teleologischen Schemen des *Kapitals*, d. h. den Fatalismus, der eine in obligatorische Etappen eingeteilte Philosophie der Geschichte blieb. Aber sie leugnen „doch nicht sein [Marxens – S. K.] immanentes, belebendes Denken. Sie sind eben keine *Marxisten*, das ist alles; sie haben aus dem Werk des Meisters keine oberflächliche Lehre aus dogmatischen und undiskutierbaren Behauptungen errichtet. Sie leben das marxistische Denken, ein Denken, das nie stirbt, das die Fortführung des italienischen und deutschen idealistischen Denkens ist und sich bei Marx mit positivistischen und idealistischen Verkrustungen überzogen hatte. Und dieses Denken setzt als Hauptfaktor der Geschichte nicht die kruden, ökonomischen Tatsachen, sondern den Menschen, die Gesellschaft der Menschen; der Menschen, die sich einander nähern, sich untereinander verstehen, durch diese Kontakte (Zivilisation) einen gesellschaftlichen, kollektiven Willen entwickeln und die ökonomischen Tatsachen verstehen, sie beurteilen und sie ihrem Willen anpassen, bis daß dieser Wille zur Antriebskraft der Ökonomie wird und die objektive Wirklichkeit formt, die lebt, sich bewegt und den Charakter einer hochsteigenden tellurischen Materie annimmt, die kanalisiert werden kann, wohin und wie es dem Willen gefällt.“⁵

So wird gesagt, dass die sich vollziehende geschichtliche Entwicklung nicht vorhersehbar ist, außer in Form schematischer Hypothesen, und dass man mit der Spezifik der Konjunkturen rechnen muss, in denen sich unter bestimmten Bedingungen kollektive Willen formen, die entweder aus relativ stabilen Herrschaftsbeziehungen entstehen oder aus einer Widerstandsbewegung, die diese Beziehungen verschiebt und umwirft. Es ist die Kategorie des dramatischen Handelns, die hier operativ wird. Der Krieg wird zum Drama für Russland: das Kriegsgeschehen ist nicht vorhersehbar. Mit den furchtbaren Leiden, die den Massen auferlegt werden, hat er sie zusammengeschweißt, zunächst auf mechanische Art und Weise. Und die durch gemeinsames Schicksal einander nahe gekommenen Einzelwillen sind dann auf die „sozialistische Verkündigung“ getroffen, die die erlebten Erfahrungen kommunizier- und einsehbar gemacht hat. Unter dem Einfluss dieser Verkündigung haben sich diese Erfahrungen für einen Moment in Willenshandlungen transformiert. „Die sozialistische Verkündigung hat das russische Volk mit den Erfahrungen der anderen Proletariate in Berührung gebracht. Die sozialistische Verkündigung lässt die Geschichte des Proletariats in einem Augenblick dramatisch erstehen, seine Kämpfe gegen den Kapitalismus, die lange Kette von Anstrengungen, sich ideell aus den Banden eines erniedrigenden Servilismus zu emanzipieren, zu einem neuen Bewußtsein zu kommen, gegenwärtiger Zeuge einer kommenden Welt. Die sozialistische Verkündigung hat dem russischen Volk einen gesellschaftlichen Willen gegeben.“⁶ Man versteht also, worin das Verdienst

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda, S. 25-26.

des Idealismus besteht: Er hat die Meta-Kategorie zur Unterstützung des Handelns geschaffen. Das entstammt dem Register des Aktualismus, der es erlaubt, die Aktualisierung der sich entwickelnden Geschichte zu verstehen und das ist gut und gerne die Terminologie von Gentile.⁷

Ein Text vom 9. Februar 1918 präzisiert das: „Die authentische Doktrin von Marx“ lautet, dass der Mensch und die Realität, das Arbeitsinstrument und der Wille, nicht voneinander zu trennen sind, sondern sich im historischen Handeln identifizieren: „Die Kanons des historischen Materialismus dienen nur dazu, post festum die Ereignisse der Vergangenheit zu verstehen und daraus Lehren zu ziehen, sie dürfen nicht zu einer Hypothek auf die Gegenwart und Zukunft werden.“⁸ Gentile ist für Gramsci „der italienische Philosoph, der das Denken in den letzten Jahren am meisten vorangebracht hat“ und er ist einer der bedeutendsten Interpreten von Marx.⁹ Aber es wäre ein Irrtum, Gramsci von daher zu einem idealistischen Philosophen zu machen und das aus zwei Gründen. Zum einen ist das historische Handeln jedes Mal in der Analyse der für die in Gang gesetzte Umwälzung Handelnden darzulegen und zu definieren und darf nicht als allgemeine, von den dabei umgesetzten Konzepten losgelöste Kategorie abstrakt bestätigt werden. Zum anderen ist die offene Vielfalt der Handlungen zu beachten, die in ihrer Bewegung wahrgenommen werden muss, als Handlungen des großen Dramas, in dem sich viele Willen vereinigen, um an einer künftigen Realität zu arbeiten. Diese Realität wird zum „biologisch notwendigen“ spontanen Ausdruck, damit der russischen Menschheit nicht der schlimmste Verfall droht, damit sie sich konkret konzentriert auf die Regeneration ihres tätigen Glaubens an ihre historische Bestimmung, was ein Stimulus bewussten Handelns ist. Gentile spezifiziert nicht die Kette der Handlungen in ihrer Konkrettheit, wodurch sie erst zu Handlungen

⁷ Unter „Aktualismus“ verstand Gentile in der hier infrage stehenden Zeit eine noch nicht politisch definierte Haltung, die einem von Regeln unbeeinflussten Handeln Priorität im Kommen und Gehen des Lebens einräumt. Später wurde Gentile einer der wichtigsten Ideologen des Faschismus. (S.K.)

⁸ Antonio Gramsci, *La critica critica*, aus: *La città futura (1917-1918)*, hrsg. v. Sergio Caproglio, Turin, Einaudi 1982, S. 553. (Lag der Übersetzerin weder auf deutsch noch im italienischen Original vor. Übersetzt nach Tosel; S.K.)

⁹ Ebenda, S. 650. Über die zunächst äußerst große und strukturell anhaltende Bedeutung von Giovanni Gentile siehe: Augusto del Noce, *Il suicidio della rivoluzione*, Milano, Rusconi, 1978. Gramsci wird bei Croce mehr analytisch wertvolle Elemente finden, wenn er in den *Gefängnisheften* den sowjetischen historischen Materialismus von Bucharin kritisiert, Konzeptionen über die Begrifflichkeit der Beziehungen von Ethik und Politik und über die passive Revolution. Aber die Thematik des Handelns bleibt von Formulierungen Gentiles geprägt. Gramsci korrigiert sie zum Begriff des „unreinen Handelns“ und weist Gentiles Staatsvergottung zurück. Das heißt jedoch nicht, dass der Aktualismus nicht die Metaphysik gewesen ist, auf der Gramscis Denken basiert. Wenn die ganze Anstrengung der *Gefängnishefte* darauf gerichtet ist, die Brüchigkeit dieser Basis zu kritisieren, die Unbestimmtheit seiner (Gentiles – S. K.) Kategorien im Vergleich zu denen von Croce, steht doch fest, dass Gramsci den Marxismus von Marx nicht auf eine Geschichtsmethodologie reduziert, vielmehr übernimmt er das Konzept der ‚Philosophie der Praxis‘, das Gentile in Übereinstimmung mit Antonio Labriola verbreitet, wenn auch vom entgegengesetztem Standpunkt aus als dessen *La filosofia di Marx*.

gen des Dramas aus der Perspektive der tätigen Willen werden. Der aktualistische Idealismus hat den theoretischen Fehler zu „rein“ zu sein, weil er das Handeln an sich in seiner logischen Struktur verherrlicht; aber er ignoriert die Mühe, bestimmte Handlungen des komplexen historischen Dramas zu definieren, die immer von den miteinander kämpfenden Kräften abhängen, deren wirkungsmächtigste durch das Zusammentreffen bestimmter Bedingungen mit ihren Willen das herstellen müssen, was sich als Notwendigkeit ereignen und real werden wird. (...)

Moskau und die Lektion Lenins (1922/1923)

[1921 – S. K.] ist die Periode der Offensive der Arbeiterklasse beendet und es muss eine alternative Taktik [für die eben gegründete KPI] gefunden werden zur sektiererischen Verteidigung, die sich allein auf die Kritik des Versagens der Sozialisten gründet, worauf sich die Parteiführung unter Bordiga versteift hatte. Das von Sinowjew geleitete Exekutivkomitee der Internationale, das die in Livorno vollzogene Spaltung verteidigt hatte, nimmt die Niederlage zur Kenntnis, die das *biennio rosso*, die zwei roten Jahre, beendeten. Es schlägt eine strategische Wende vor und arbeitet Thesen für eine „Arbeitereinheitsfront“ aus, die die gespaltenen Teile der Arbeiterbewegung wieder vereinen und der faschistischen Welle, die Europa durchbrandet, Widerstand leisten soll. Der II. Parteitag der KP Italiens findet zwischen dem 20. und 24. März 1922 in Rom statt. Auf Betreiben Bordigas lehnt er mit sehr großer Mehrheit die Einheitsfront ab und votiert für entgegengesetzte Thesen einer proletarischen Offensive. Zugleich wird entschieden, dass Gramsci, der die Thesen von Rom ablehnt, die Partei in Moskau repräsentieren soll, im Exekutivkomitee der 3. Internationale. (...)

Der Kontakt mit der sowjetischen Realität und die Lektion Lenins war entscheidend für die Transformation des politischen Intellektuellen in den Parteiführer während dieser wenigen Jahre, in denen Gramsci die Bildung der neuen Führungsgruppe der KPI vorantrieb. Es ist die strategische Frage der Linie der Einheitsfront, mit der Gramsci zum politischen Intellektuellen wird, der durch die Macht der Ereignisse zum Führer wird. Vor Ort, in der Hauptstadt der Revolution, entdeckt er die enorme Komplexität jeden revolutionären Prozesses und das unhintergehbare Band, das die nationalen Perspektiven mit der Veränderung der internationalen Situation verbindet.

Zum einen muss die UdSSR aus dem Kriegskommunismus heraustreten und einen Produktionsapparat errichten, wozu sie den aktiven Konsens der Arbeiter braucht, der jedoch zu erweitern ist durch den der Bauern, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Jetzt ist es nicht mehr die den Staatsapparat erobernde Revolution, die auf der Tagesordnung steht, sondern die völlig neuartige Errichtung der revolutionären Macht in einem riesigen Land, dessen Staat, der durch die permanente Feindschaft der kapitalistischen Staaten gefährdet ist, die Produktion wieder in Gang bringen muss, indem er den aktiven Konsens der Arbeiter herstellt, indem er ihn auf die Bauernmassen ausdehnt, und in-

dem er sogar Kompromisse mit den bürgerlichen Schichten von kompetenten spezialisierten Intellektuellen eingeht. Hier stellt sich das Problem der Diktatur des Proletariats, ihres Inhalts und ihrer Formen. Es definiert sich durch die Dringlichkeit, mit der eine zweifache strukturelle Gefahr gebannt werden muss: zum einen die Verselbständigung des Staatsapparats mit seiner Bürokratie und seinem Rückgriff auf polizeiliche Gewalt, zum anderen der Vertrauensverlust der Massen, deren Kreativität in der Produktion nicht mehr durch das Prinzip der Sowjets herausgefordert wird, was sie in der Konsequenz auf Positionen des Anarchismus und der Rebellion führt (Aufstand von Kronstadt). Die wachsende Feindschaft des Kleinbürgertums gegenüber der von der proletarischen Führung eingeschlagenen Politik macht es nötig, die Schlagworte und die Methoden des „Frontalangriffs“ aufzugeben, womit man Hoffnungen geweckt hatte, die sich als Illusionen erwiesen. Man muss einen Rückzug organisieren, um eine „neue Offensive“ vorzubereiten, die auf einer wieder in Gang gekommenen Produktion und einen erweiterten Konsens gründet. Die Politik der inneren Einheitsfront der Kräfte, die die Transformation ansteuern, wird notwendig und nimmt die Form der der Neuen Ökonomischen Politik an, die Lenin 1921 einführt; 1923 stirbt er. Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern muss zum Kern des Zusammenschlusses aller Kräfte werden, die vom kapitalistischen System unterdrückt wurden.

Zum anderen muss man – auf der internationalen Ebene – die Niederlagen der Arbeiterbewegung in Italien und mehr noch die in Deutschland zu Kenntnis nehmen, einem höchst wichtigen Land, von dem die Bolschewiki erwarteten, dass sich von hier aus die Revolution verallgemeinern würde. Der IV. Kongress der Internationale, an dem Gramsci im November 1922 teilnimmt, formuliert die neuen Aufgaben der kommunistischen Parteien. Die Kapazität der Widerstandskraft des Kapitalismus war unterschätzt worden und die frontale Revolution steht im Westen nicht mehr an. Der evidente Krisenzustand an sich hatte nicht genügt, die Diagnose der Agonie zu bestätigen, die man 1918-1920 unweigerlich kommen sah. Eine paradoxe Parabel rückt in den Bereich des Möglichen: Der Niedergang des Kapitalismus kann einhergehen mit zeitweiligen Phasen des Aufschwungs, der Wiederbelebung der Produktivität und die Notwendigkeit der Erneuerung kann von einem konservativen, ja reaktionären Block gekapert werden, wodurch die soziale Rebellion blockiert wird. Gramsci hat zunächst Schwierigkeiten, die Losung der Einheitsfront zu akzeptieren, die die Spaltung von Livorno¹⁰ und die Legitimität der italienischen Partei sinnlos zu machen scheint, denn sie forderte ein Bündnis mit den Elementen des italienischen Sozialismus, von denen man sich aus guten Gründen getrennt hatte. Aber er begreift schnell, dass die neue Losung dem neuen Analysebild und der Interpretation der italienischen und internationalen Realität entspringt, und dass sie besser geeignet ist, die Niederlage der Arbeiterbewegung in den europäischen kapitalistischen Ländern zu verstehen wie auch die

¹⁰ Am 15. Januar 1921, zu Beginn des XVIII. Kongress der Sozialistischen Partei in Livorno, erklärten die Kommunisten ihren Austritt und die Gründung einer eigenen Partei (S.K.).

von der Konsolidierung der Revolution in der Sowjetunion hervorgerufenen sozialen und politischen Spannungen.

Überall in Europa hatte der 1. Weltkrieg keineswegs die Eroberung der Macht durch das Proletariat zur notwendigen Folge, aber er hatte das Entstehen neuer politischer Balancen begünstigt, die nicht nur das Überleben des Systems erleichterten, sondern auf neue despotische Lösungen hinausliefen wie den Faschismus. Es war nicht die Revolution gegen das *Kapital*, die auf der Tagesordnung stand, sondern die Konterrevolution des Kapitals, die auch Marxens *Kapital* nicht vorhergesehen hatte. Anachronistisch und falsch war die dem vulgären historischen Materialismus entsprungene Überzeugung geworden, nach der die Fakten der Produktion – Wachstum und Krise – sofortige politische Auswirkungen nach sich ziehen müssen. Es war nötig, das Verhältnis von politischen Überbauten und Kultur neu zu durchdenken.

Gramsci unterstützt also uneingeschränkt die These der Einheitsfront, nachdem er ermessen hat, dass der Marsch auf Rom¹¹ die Konsequenz haben könnte, die Arbeiterbewegung in einen Zustand totaler Sklaverei zurück zu versetzen – und das in einer Situation der Schwäche der Produktionsverhältnisse. Zugleich hatte die beschleunigte Industrialisierung in der UdSSR Verwerfungen hervorgebracht, die den Bestand des ersten kommunistischen Experiments auf der Welt gefährdeten. Um es zu retten, musste eine neue Politik entwickelt werden, die Konzessionen an die Bauern und auch an die kleinbürgerlichen Massen machte sowie die Aufrechterhaltung einer Form des Marktes. Hier stellt sich das Problem der Eroberung und der Aufrechterhaltung der Führung des revolutionären Prozesses durch eine Politik und durch Methoden, die es erlauben, die Interessen aller unterdrückter Klassen zu befriedigen und erneut ihren Konsens zu erhalten. Es ist das Problem, eine wirkliche Hegemonie auszuüben. Gramsci macht sich dieses von Sinowjew geschaffene und von Lenin präzierte Konzept zu eigen, um die Bündnisse der Einheitsfront zu durchdenken, aber er gibt ihm bereits die kulturelle Dimension einer intellektuellen und moralischen Reform. Als das Exekutivkomitee der Internationale Gramsci Ende 1923 nach Wien schickt, hat das den Grund, dass er das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens rekonstruieren soll, das durch die Verhaftung zahlreicher Militanter zerfallen und durch die von Bordiga bestätigte Ablehnung der Einheitsfront nicht handlungsfähig ist. So sieht der unorthodoxe Leninismus von Gramsci aus, der nichts mit dem Marxismus-Leninismus zu tun hat, der sich zur gleichen Zeit, nach Lenins Tod, als Dogma des Apparats durchsetzt, alle Wendungen der aufeinander folgenden Leitungen der KPdSU rechtfertigt und autorisiert, dass die innere Opposition auf die herrschende Linie einer Partei gezwungen wird, die sich irreparabel spaltet. Gramsci versteht, dass die kanonisch gewordene Referenz zum Marxismus-Leninismus zur Folge hat, Oppositionen als Häresie in

¹¹ Mussolini erzwang mit einem zwischen 27.-31. Oktober 1922 organisierten Marsch von ca. 50.000 seiner Anhänger auf Rom, bei dem es besonders in den nördlichen Landesteilen zur Erstürmung öffentlicher Einrichtungen und zu Terror gegen Kommunisten und Sozialisten kam, dass der König ihn zum Regierungschef ernannte (S.K.).

Bezug auf die richtige Linie aufzufassen, die als Norm dient, um im Nachhinein alle Wendungen zu erklären, indem sie als irrtümliche und zu denunzierende Abweichungen dargestellt werden und als sittliche und politische Fehler, die zu sanktionieren sind.

Gramsci wird von der Einheitsfront nicht mehr abrücken, auch wenn die Internationale sie im Namen des Kampfes gegen den Sozialfaschismus wieder infrage stellen wird und er wird mit den Folgen zahlen für etwas, was für die stalinistische Führung eine Häresie ist. Der Preis besteht in der Isolierung und dem Unverständnis innerhalb der eigenen Partei, eine Art Gefängnis im Gefängnis. (...)

Die Revolution in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus (1926)

Die Führungsgruppe der Partei konzentriert ihre Kräfte in der Illegalität¹² auf die Vorbereitung des III. Parteitags, der im Januar 1926 in Lyon stattfindet. Es ist der Parteitag der Neugründung des Organismus, der sich fortan Kommunistische Partei Italiens nennt. Gramsci wird mit 90,8 Prozent der Stimmen gewählt, gegen 9,2 Prozent Stimmen der Bordiga-Linken, die jedoch loyal mitarbeitet. Das Arbeitsprogramm fordert eine Erneuerung der marxistischen Theorie der Machtbeziehungen und verlangt eine Neubestimmung der vulgärmechanistischen Verbindung von Basis und Überbau. So ist es richtig, wie Marx in dem Text sagt, der diese Dualität inthronisiert – nämlich im „Vorwort“ von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* –, indem er seinen eigenen Gedanken nuanciert und komplexer macht, dass sich die Menschen Konflikte, die sie gegeneinander austragen und die den ökonomischen Widersprüchen entspringen, auf dem Terrain ideologischer Bewusstseinsformen bewusst machen; aber sie führen sie in Bezug zu den politischen und juristischen Institutionen und hier führen sie sie auch bis zum Ende. Ein Bericht vom 2. und 3. August 1926 mit dem Titel *Eine Untersuchung der Situation Italiens* antizipiert die Thematik der Revolution im Westen: „...in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus besitzt die herrschende Klasse politische und organisatorische Reserven, die sie beispielsweise in Russland nicht besaß. Das bedeutet, dass die schwersten ökonomischen Krisen keine sofortigen Rückwirkungen auf politischem Gebiet haben. Die Politik folgt der Ökonomie stets mit großem Verzug. Der Staatsapparat ist sehr viel resistenter, als man oft glauben könnte, und es gelingt ihm, in Krisenmomenten viel mehr regimetreue Kräfte zu organisieren, als es die Tiefe der Krise ahnen lassen würde.“¹³

Gramsci verfeinert die Analyse und unterscheidet zwischen den bedeutendsten kapitalistischen Staaten und den Staaten an der Peripherie wie Italien, Polen,

¹² Die KPI war zwar nicht verboten und im Parlament präsent, insofern also halblegal. Die Arbeit ihrer Organisationen im Land wurde aber durch faschistischen Terror so stark behindert, dass der Parteitag 1926 ins Ausland verlegt werden musste (S.K.).

¹³ Antonio Gramsci, *Eine Untersuchung der Situation Italiens*. In: *La costruzione del Partito Comunista 1923-1926*, Turin 1974, S. 121f. (a. d. italienischen Original übersetzt, S.K.)

Spanien und Portugal. In diesen letzteren Ländern haben die staatlichen Kräfte nicht dieselbe Wirksamkeit wegen der Existenz und der Funktion von Zwischenklassen, „die das Bestreben haben und denen es in gewisser Weise auch gelingt, ihre eigene Politik mit Hilfe von Ideologien durchzusetzen, die häufig Einfluss auf breite Schichten des Proletariats und besondere Suggestivkraft auf die bäuerlichen Massen ausüben.“¹⁴ Um diese Schichten ist mit dem Faschismus zu kämpfen, dem es gelungen ist, die Protesthaltung dieser Schichten zurückzudrängen, die sie in der Matteotti-Krise¹⁵ eingenommen hatten; sie bewegen sich nach einer unvorhersehbaren Logik molekularer Bewegungen. Aus der Sicht der KPI geht es in den peripheren kapitalistischen Staaten darum, sich aus dieser Schwäche zu befreien, indem durch eine Verbindung mit diesen Schichten eine „Gruppierung links von den Mittelschichten“ geschaffen wird. Das heißt, dass sich eine neue Phase der kapitalistischen Krise eröffnet, die Analysen erfordert, die zwischen Zentrum und Peripherie unterscheiden und eine Konkretisierung der zu allgemein gehaltenen Taktik der Volksfront beinhalten. Diese Taktik ist notwendig eine „determinierte Taktik“, die sich „den konkreten Problemen des nationalen Lebens stellt und auf der Basis der Kräfte des Volkes arbeitet, wie sie sich historisch herausgeformt haben“.¹⁶ Die Einheitsfront muss sich von unten entwickeln und vermeiden, ein Bündnis der Parteispitzen zu sein, selbst wenn es sich um Antifaschisten handelt. So sieht der Bezug zu den konkreten Problemen und zur Basis der Kräfte des Volkes aus.

Gramsci stellt hier die Art und Weise infrage, wie sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1923 auf eine Taktik der offenen aufständischen Konfrontation eingelassen hatte. Zum einen war das von der sowjetischen Seite suggeriert worden, die die NEP infrage stellte wegen der Schwierigkeiten des Bündnisses mit den Bauern (Herausbildung einer Klasse wohlhabender Bauern) und zum anderen von der Internationale, die die Taktik der Einheitsfront infrage stellte und behauptete, dass eine unmittelbar revolutionäre Offensive in Europa erneut anstünde. Das Scheitern der KPD ist das Scheitern der faktischen Aufgabe der Taktik der Einheitsfront; der Leiter der Internationale, Sinowjew, hatte diese Wende unterstützt, gegen Bucharin, dem Gramsci politisch nahe steht. Gramsci gründet dieses Programm auf einer mehr und mehr verfeinerten Kritik des Faschismus, den er als regressiven Bonapartismus definiert: er versucht einen Block zu bilden, der ein Bündnis zwischen

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Am 10. Juni 1924 verschwand der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti spurlos. Da er am 30. Mai eine flammende Rede gegen Wahlfälschungen der Faschisten gehalten hatte, schloss die entrüstete Öffentlichkeit auf einen faschistischen Terrorakt. Aus Protest verließen alle nichtfaschistischen Parteien das Parlament und gründeten im Aventin ein Gegenparlament. Gramscis Vorschlag, die Empörung breiter Schichten zu nutzen, um einen Generalstreik gegen das Regime zu organisieren, folgte keine andere Partei, worauf die Kommunisten ins Parlament zurückkehrten. Die Arbeit des Gegenparlaments schlief bald ein, was Mussolini 1926 zum Vorwand für die Abschaffung des parlamentarischen Systems diente. (S.K.)

¹⁶ Antonio Gramsci, Eine Untersuchung der Situation Italiens, a. a. O., S. 123.

unzufriedenen und von nationaler Ideologie beeinflussten Mittelklassen und der kapitalistischen Großbourgeoisie schmiedet, die selbst in einem Konflikt mit dem Großgrundbesitz steht. Gramsci schlägt vor, die Partei als einen lebendigen Organismus zu strukturieren, der fähig ist, die Massen anzuleiten und zu disziplinieren – aber ohne Bürokratismus. Die Komitees der Arbeiter und Bauern sollen belebt werden, indem man ihnen die Perspektive der Vereinigung in einer künftigen republikanischen Versammlung vorschlägt. Dieses Ziel der republikanischen und sozialen Demokratie wird das politische Ziel der Gefängniszeit bleiben und wird sowohl von der sowjetischen Führung als auch von der nach 1926 von Togliatti geleiteten KPI als rechte Abweichung denunziert. Wenn Gramsci vor seinem Tod freigelassen worden wäre, hätte er nicht die offizielle Linie [der KPI – S. K.] repräsentiert und wäre wahrscheinlich aus seinen Führungspositionen entfernt worden.

Kurz vor der Eröffnung des Parteitags von Lyon stellte Gramsci der Politischen Kommission die Linie für den 20. Januar 1926 vor: „In keinem Land ist das Proletariat in der Lage, allein die Macht zu erobern und aus eigener Kraft zu behaupten. Es muß sich also Verbündete schaffen, das heißt, es muß eine solche Politik betreiben, die es ihm erlaubt, sich an die Spitze der anderen Klassen, die antikapitalistische Interessen haben, zu stellen und sie in den Kampf zum Sturze der bürgerlichen Gesellschaft zu führen. Diese Frage ist besonders wichtig für Italien, wo das Proletariat eine Minderheit der arbeitenden Bevölkerung ausmacht und geographisch so verteilt ist, dass es nicht wagen kann, einen siegreichen Kampf um die Macht zu führen, bevor es nicht das Problem seiner Beziehungen zur Klasse der Bauern exakt gelöst hat. Der Aufgabe, dieses Problem zu stellen und zu lösen, wird sich unsere Partei in nächster Zeit in besonderem Maße widmen müssen.“¹⁷ Gramsci nimmt also in den strategischen und theoretischen Debatten des europäischen Kommunismus einen einzigartigen und strikt aufrecht erhaltenen Platz ein, der dem des späten Lenin nahe steht, jede Strategie von Klasse gegen Klasse abzulehnen.

¹⁷ Zit. n. d. Übers. v. Günter Grübel: Antonio Gramsci, Der Parteitag von Lyon. Rede vor der politischen Kommission. Aus dem Protokoll der Sitzung. In: Ders., Zu Politik, Geschichte und Kultur, hrsg. v. Guido Zamiš, Leipzig 1980, S. 139f. (S.K.)

Ulla Plener

Die Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Lenin über die nationale Frage 1903 - 1918*

Die Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Lenin 1903 – 1918 um das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker erweist sich im 21. Jahrhundert angesichts der Auseinandersetzungen und Kämpfe wie die der Kurden in der Türkei, der Palästinenser in Israel, der Katalanen und Basken in Spanien, um ihre nationale Selbstbestimmung bis hin zur eigenen Staatlichkeit als erstaunlich aktuell. Deshalb soll an sie erinnert werden, nicht zuletzt auch mit Blick auf diese Debatte selbst: Ging es dabei um einen grundsätzlichen Konflikt, gar um einen Gegensatz zwischen Rosa Luxemburg und Lenin? Und 2016: Hat Putin wirklich Grund, den Zerfall der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre Lenin anzulasten? Allgemeiner gefragt: Was bleibt 100 Jahre nach dem Disput der beiden herausragenden Politiker und Theoretiker der damaligen revolutionären Arbeiterbewegung für den politischen Kampf der demokratischen Kräfte im 21. Jahrhundert?

Zu erinnern ist zunächst an grundlegende Gemeinsamkeiten von Rosa Luxemburg und Lenin in dieser Debatte:

- Die marxistische Geschichtsauffassung – die Lehre vom Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Kapitalismus;
- das Verständnis der Nation als klassengespalten;
- die demokratischen Aufgaben der Arbeiterklasse in Russland – Sturz des Zarismus und bürgerlich demokratische Freiheiten als Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage;
- der konsequente Kampf gegen den Nationalismus der im Kapitalismus Herrschenden;
- die internationale Verbundenheit der Arbeiter aller Länder, aller Nationalitäten, auch und gerade in Russland;
- der Arbeiterklasse ist das Nationale nicht fremd, aber es ist dem Klassenkampf untergeordnet.

Die Debatte wurde ausgelöst von Rosa Luxemburgs Widerspruch gegen Art. 9 (vormals 7) des auf dem II. Parteitag 1903 angenommenen Programms der SDAPR. Darin hieß es:

Die SDAPR stelle sich als „die zunächst zu lösende politische Aufgabe die Niederwerfung der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch eine demokratische Republik, deren Verfassung sicherstellen (garantieren) würde“ ... Es folgen 14 demokratische Forderungen, darunter:

* Der vorliegende Text ist die ausführlichere Fassung des Abschnitts „Debatte Lenin-Luxemburg“ im Stichwort „Nation“ des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus, Bd. 9, hrsg. von W. F. Haug, P. Jehle und W. Küttler.

1. Selbstherrschaft des Volkes, d.h. Konzentration der obersten Staatsmacht bei der gesetzgebenden Versammlung, die aus den Vertretern des Volkes besteht und eine Kammer bildet.
2. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht bei den Wahlen sowohl in die gesetzgebende Versammlung als auch in alle örtlichen Organe der Selbstverwaltung für alle Bürger und Bürgerinnen, die das 20. Lebensjahr erreicht haben; geheime Stimmabgabe bei Wahlen; das Recht jedes Wählers, in alle Vertretungsorgane gewählt zu werden; Zweijahresparlamente; Gehälter für die Volksvertreter.
3. Breite örtliche Selbstverwaltung; Gebietsselbstverwaltung für die Gegenden, die sich durch besondere Alltagsbedingungen und Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden. (...)
7. Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung der Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.
8. Das Recht der Bevölkerung, in der Muttersprache unterrichtet zu werden, indem auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsorgane die dafür notwendigen Schulen geschaffen werden; das Recht jedes Bürgers, sich in Versammlungen in der Muttersprache zu äußern; Einführung der Muttersprache neben der Staatssprache in allen örtlichen gesellschaftlichen Organisationen und Staatsorganen...
9. Das Recht auf Selbstbestimmung für alle zum Staat gehörenden Nationen.¹

Die Position Rosa Luxemburgs

In ihrem Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens „Was wollen wir?“ von 1906 schrieb Rosa Luxemburg: Das Proletariat sei berufen, die kapitalistische Gesellschaft abzuschaffen. Sie betonte die Einheit der Klasseninteressen der Arbeiter verschiedener Nationalitäten: Die „allen gemeinsame Rechtlosigkeit und Klassenunterdrückung schuf die Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse aller Nationalitäten im russischen Reiche. Der Sturz des Zarismus und die Eroberung der politischen Freiheiten ist gleichermaßen für das polnische Proletariat wie auch für das russische die dringendste Notwendigkeit. Im politischen Kampfe stellen folglich die polnischen Arbeiter mit den russischen ein gemeinsames Ganzes dar, *eine* politische Klasse mit *einem* politischen Programm.“ Zur nationalen Frage hieß es – übereinstimmend mit dem Programm der SDAPR, Art. 8, – nach „1. die Proklamierung der Republik im ganzen russischen Reich“: „2. Die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, die das russische Reich bewohnen; Zusicherung der Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung: Nationalschule und Freiheit im Gebrauch der Muttersprache; Landesselbstverwaltung, das heißt Autonomie für Polen“.²

¹ Programma RSDRP, prinjataja na vtorom sjesde 1903. Zit. nach (russ.) KPSS v resoluzijach i reschenijach... Bd. I: 1898-1917, Moskau 1970, S. 60-66, hier S. 63.

² Rosa Luxemburg: Was wollen wir? In: dies., Gesammelte Werke (GW) 2, S. 53, 54.

Das im Programm der SDAPR in Art.9 formulierte Recht der Nationen auf Selbstbestimmung enthielt das Recht auf politische – auch staatliche – Selbstständigkeit bis hin zur Trennung vom Großstaat, in diesem Fall von Russland. Dieser Punkt rief den Widerspruch Rosa Luxemburgs hervor, denn sie war gegen die Trennung Polens von Russland. Ihre Argumente formulierte sie ausführlich in ihrer Schrift „Nationalitätenfrage und Autonomie“, entstanden und veröffentlicht 1908/1909³:

- die Forderung vertrete das bürgerliche, nicht das proletarische Interesse, sie diene dem Nationalismus;
- sie sei gegen die progressive Tendenz der Entwicklung zu Großstaaten gerichtet – also reaktionär;
- sie sei nur im Sozialismus realisierbar – unter kapitalistischen Bedingungen utopisch;
- sie enthalte keine praktische Lösung, sei „eine metaphysische Phrase“.

Die Klassenpartei des polnischen Proletariats müsse in der nationalen Frage „ein ganz klar bestimmtes Programm haben..., welches nicht mehr dem Willen der ‚Nation‘ entspricht, sondern lediglich dem Willen und den Interessen des polnischen Proletariats“.⁴ Solche Formulierungen könnten als Negation der nationalen Interessen des Proletariats ausgelegt werden – im Widerspruch zur Position, die Rosa Luxemburg drei Jahre zuvor 1905 im Vorwort zum Sammelband „Die polnische Frage und die sozialistische Bewegung“ vertrat, in dem sie u.a. schrieb: „Der Arbeiterklasse ist die nationale Sache bei uns nicht fremd und kann es nicht sein, es kann ihr die in ihrer Barbarei unerträglichste Unterdrückung nicht gleichgültig sein, da sie gegen die *geistige* Kultur der Gesellschaft gerichtet ist... Unser Proletariat als Klasse, ... als *revolutionäre* Klasse, muss die nationale Unterdrückung als brennende Wunde, als Schande empfinden und empfindet sie so... (U)nsere Proletariat kann und muss für die Verteidigung der *Nationalität* als einer besonderen geistigen Kultur kämpfen, die ihr Recht auf Dasein und Entwicklung hat.“ Und: Gerade die Klassenbewegung des polnischen Proletariats sei „die beste und gleichzeitig *einzig*e Bürgschaft dafür, zugleich mit der politischen auch die national-kulturelle Freiheit, bürgerliche Gleichheit und Selbstverwaltung für unser Land zu erreichen.“⁵ Die Bewegung der Arbeiterklasse müsse also „als *patriotischer, nationaler* Faktor im besten und wahrsten Sinne dieses Wortes aufgefasst werden“.⁶

Im Kommentar von 1906 zu „Was wollen wir?“ hob Rosa Luxemburg die Gemeinsamkeit der Interessen des polnischen und des russischen Proletariats

³ Vgl. Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie, hrsg. und übersetzt von Holger Politt, Berlin 2012.

⁴ Dies.: Nationalitätenfrage, S. 78/79.

⁵ Rosa Luxemburg: Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften, hrsg. und eingeleitet von Jürgen Hentze, Neuwied bei Berlin 1971, S. 218.

⁶ Ebenda.

hervor. Sie schrieb: Der zaristische „Despotismus war ebenso der Todfeind des russischen arbeitenden Volkes wie auch des polnischen. So muss das bewusste russische Proletariat im eigenen Interesse gemeinsam mit dem polnischen die Beseitigung jeglicher nationalen Unterdrückung im russischen Staat anstreben. Folglich ist auch der Kampf um die Freiheit der nationalen Kultur keine besondere Aufgabe des polnischen Arbeiters, sondern eine gemeinsame Klassenaufgabe des polnischen und des russischen Proletariats.“⁷

Rosa Luxemburgs Gegenforderung zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen hieß: national-kulturelle Autonomie. Im Einzelnen schrieb sie dazu im zitierten „Kommentar“ von 1906: „Da unser Land innerhalb des russischen Reiches gewissermaßen eine besondere Einheit darstellt, die sich im kulturellen Leben und teilweise auch in sozialökonomischer Beziehung von den anderen Teilen des Reiches unterscheidet, fordert die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens außer der allgemeinen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Nationen *die Landesselbstverwaltung, das heißt Autonomie, für Polen*. Das würde bedeuten, dass alle Angelegenheiten, die speziell unser Land betreffen, vom Volk unseres Landes mit Hilfe eigener Beamter und eines eigenen Landesparlaments erledigt werden würden, das von der gesamten erwachsenen Bevölkerung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt werden müsste, und dass bei uns polnische Schulen, Gerichte und andere notwendige Institutionen eingeführt würden, die in ihrer Tätigkeit dem polnischen Sejm unterstehen. Die Landesselbstverwaltung ist unerlässlich sowohl für die Garantie einer genügenden Freiheit der kulturellen Entwicklung unserer Nationalität als auch für die wirksame Verteidigung der Klasseninteressen des polnischen Proletariats. Da das polnische Proletariat trotz nationaler Unterschiede nur ein Bestandteil der einen Arbeiterklasse im russischen Reiche darstellt, muss das polnische Proletariat vor allem mit den russischen Arbeitern gemeinsame politische Rechte und republikanische Freiheiten im ganzen Staat fordern, um sie gemeinsam im unermüdlichen Klassenkampf gegen die Ausbeutung und die Herrschaft der verbündeten polnischen und russischen Bourgeoisie zu nutzen.“⁸

Autonomie ist also nach Rosa Luxemburg Landesselbstverwaltung. Autonomie heißt (griechisch) Eigengesetzlichkeit, d.h.: Unabhängigkeit/Selbstbestimmung. Ein Vergleich mit den Aussagen des Programms der SDAPR von 1903 (s.o. Art. 3 und 8 des Programms) weist aus: Diese stimmten mit Rosa Luxemburgs Forderungen – ebenso wie alle anderen politischen Forderungen⁹ – vollkommen überein. So auch mit den entsprechenden Erläuterungen Lenins.

Lenins Position

Noch bezogen auf den Programmwurf hatte Lenin in der „Iskra“ Nr. 44 vom 15. Juli 1903 hervorgehoben, es sei darin „die Forderung einer Republik mit de-

⁷ Rosa Luxemburg: GW 2, S. 52.

⁸ Ebenda, S. 55/56.

⁹ Ebenda, S. 37-89.

mokratischer Verfassung aufgestellt, die unter anderem auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, die zum Staate gehören, gewährleistet.“ Und er erläuterte: „Die Sozialdemokratie wird stets jeden Versuch bekämpfen, durch Gewalt oder Ungerechtigkeit, welcher Art auch immer, die nationale Selbstbestimmung von außen her zu beeinflussen. Doch die bedingungslose Anerkennung des Kampfes für die Freiheit der Selbstbestimmung verpflichtet uns keineswegs, jede Forderung nach nationaler Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Sozialdemokratie sieht als Partei des Proletariats ihre positive und wichtigste Aufgabe darin, die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität zu fördern. Wir müssen stets und unbedingt die engste Vereinigung des Proletariats aller Nationalitäten anstreben, und nur in einzelnen Ausnahmefällen können wir Forderungen, die auf die Schaffung eines neuen Klassenstaates oder auf die Ersetzung der völligen politischen Einheit eines Staates durch eine lose föderative Einheit usw. hinauslaufen, aufstellen und aktiv unterstützen.“ Und – als Entgegnung auf die nationalistischen Forderungen der PPS (Polnische Sozialistische Partei), gegen die auch Rosa Luxemburg entschieden polemisierte: Im Interesse des Klassenkampfes des Proletariats sei die Forderung der nationalen Selbstbestimmung diesem Kampf unterzuordnen.¹⁰ Lenin verwies auch – wie Rosa Luxemburg – auf die im Vergleich zum 19. Jahrhundert, als sich Marx und Engels mit der „polnischen Frage“ befasst hatten, veränderten Bedingungen hin: „Zweifellos steht die polnische Frage heute wesentlich anders als vor fünfzig Jahren. Man darf jedoch diesen gegenwärtigen Stand nicht als ewig betrachten. Zweifellos hat der Klassenantagonismus die nationalen Fragen jetzt weit in den Hintergrund gedrängt, doch darf man nicht, ohne Gefahr zu laufen, in Doktrinarismus zu verfallen, kategorisch behaupten, es sei unmöglich, dass diese oder jene nationale Frage vorübergehend in den Vordergrund des politischen Geschehens tritt.“ Die Wiederherstellung Polens vor dem Sturz des Kapitalismus sei äußerst unwahrscheinlich, „aber man kann nicht sagen, dass sie ganz unmöglich sei... Die russische Sozialdemokratie bindet sich daher in keiner Weise die Hände. Sie rechnet mit allen möglichen und sogar mit allen überhaupt denkbaren Wechselfällen, wenn sie in ihrem Programm die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen verkündet. Dieses Programm schließt keineswegs aus, dass das polnische Proletariat die freie und unabhängige polnische Republik zu seiner Lösung macht... Dieses Programm fordert lediglich, dass eine wirklich sozialistische Partei das proletarische Klassenbewusstsein nicht trübe, den Klassenkampf nicht verdunkle, die Arbeiterklasse nicht durch bürgerlich-demokratische Phrasen betöre und die Einheit des heutigen politischen Kampfes des Proletariats nicht störe.“¹¹ Die russischen Sozialdemokraten werden „dem polnischen Arbeiter stets sagen: Nur das vollständige und engste Bündnis mit dem russischen Proletariat ist imstande, den Anforderungen des politischen Tageskampfes gegen die Selbstherrschaft ge-

¹⁰ W. I. Lenin. Die nationale Frage in unserem Programm, in: W. I. Lenin, Werke (LW), Bd. 6, S. 452, 454.

¹¹ Ebenda, S. 457/458.

recht zu werden, nur ein solches Bündnis gibt die Gewähr für eine völlige politische und wirtschaftliche Befreiung.“ – „Das, was wir über die polnische Frage gesagt haben, lässt sich voll und ganz auch auf jede andere nationale Frage anwenden.“¹²

Die völlige Übereinstimmung zwischen Lenin und Rosa Luxemburg in der nationalen Frage schlug sich auch zehn Jahre später in der von Lenin formulierten Resolution des ZK der SDAPR zu dieser Frage, angenommen auf der Funktionärstagung der Partei in der letzten Septemberwoche 1913 im polnischen Poronin, unweit von Krakau (aus konspirativen Gründen Sommertagung genannt) nieder. Da hieß es u.a.: „Soweit in der kapitalistischen Gesellschaft ... ein nationaler Frieden möglich ist, ist er nur bei einer konsequenten, restlos demokratischen, republikanischen Staatsordnung erreichbar, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen gewährleistet und keine obligatorische Staatssprache festlegt, der Bevölkerung Schulen garantiert, in denen in allen im betreffenden Ort vertretenen Sprachen unterrichtet wird. Und in die Verfassung ein grundlegendes Gesetz aufnimmt, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation und alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungesetzlich erklärt werden. Besonders notwendig ist dabei eine weitgehende Gebietsautonomie und eine völlig demokratische lokale Selbstverwaltung unter Festlegung der Grenzen der sich selbst verwaltenden und autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.“ – „Für das Recht der von der Zarenmonarchie unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, d.h. auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates, muss die sozialdemokratische Partei unbedingt eintreten. Das verlangen sowohl die Grundprinzipien der internationalen Demokratie im Allgemeinen als auch im Besonderen die unerhörte nationale Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung Russlands durch die Zarenmonarchie, die, verglichen mit den Nachbarstaaten in Europa und Asien, die reaktionärste und barbarischste Staatsordnung darstellt. Das verlangt ferner die Sache der Freiheit der großrussischen Bevölkerung selbst, die nicht imstande sein wird, einen demokratischen Staat zu errichten, solange nicht der großrussische Schwarzhunderternationalismus ausgerottet ist...“¹³ Und auch jetzt wieder die Einschränkung: Die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung dürfe nicht „verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation“. Die letztere Frage müsse „in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus gelöst werden“.¹⁴

¹² Ebenda, S. 460.

¹³ W. I. Lenin: Resolution zur nationalen Frage, in: LW 19, S. 420/421.

¹⁴ Ebenda, S. 421.

Im ebenfalls von Lenin im Mai 1913 formulierten „Entwurf einer Plattform für den IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands“ waren im Abschnitt „Die nationale Frage“ die eben zitierten Gedanken enthalten und hinzugefügt worden: „Die Sozialisten kämpfen gegen alle und jedwede Erscheinungsformen des *bürgerlichen Nationalismus*, gegen die plumpen wie gegen die raffinierten“ – und eine solche Erscheinungsform sei „die Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘, die das Proletariat und die Bourgeoisie *einer Nation vereinigt* und die Proletarier der *verschiedenen Nationen voneinander trennt*“.¹⁵

Ende Dezember 1913 schrieb Lenin „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“. Er betonte wieder: „Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie ist: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache; Lösung der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen, d.h. ihrer staatlichen Lostrennung auf völlig freiem, demokratischem Wege; Erlass eines für den ganzen Staat geltenden Gesetzes, kraft dessen jede beliebige Maßnahme (der Semstvos, der Städte, der Gemeinden usw. usf.), die in irgendwelcher Hinsicht einer der Nationen ein Privileg gewährt und die Gleichberechtigung der Nationen oder die Rechte einer nationalen Minderheit verletzt, für ungesetzlich und ungültig erklärt wird – und jeder beliebige Staatsbürger berechtigt ist zu verlangen, dass eine solche Maßnahme als verfassungswidrig aufgehoben wird und diejenigen, die sie durchsetzen wollen, strafrechtlich belangt werden.“ Und: Die Forderung der Arbeiterdemokratie sei: „...unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter *aller Nationalitäten in allen* Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und allen anderen Arbeiterorganisationen als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nur bei einer solchen Einheit, einer solchen Verschmelzung kann die Demokratie behauptet werden, können die Interessen der Arbeit gegen das Kapital – das bereits international wird und es immer mehr wird – behauptet, können die Interessen der Entwicklung der Menschheit zu einer neuen Lebensform, der jedes Privileg und jede Ausbeutung fremd sind, behauptet werden.“¹⁶

Über die nationale Kultur schrieb Lenin hier: „Die Losung der nationalen Kultur ist ein bürgerlicher Betrug... Unsere Losung ist die internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.“ Aber: Die internationale Kultur sei nicht unnational. – „In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – *Elemente* einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in *jeder* Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen‘, sondern als *herrschende*

¹⁵ W. I. Lenin: Die nationale Frage, in: LW 19, S. 99 (kursiv gesetzte Worte im zweiten Zitat im Original gesperrt, U.PI.).

¹⁶ W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: LW 20, S. 6/7.

Kultur. ... Wenn wir die Losung der ‚internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt‘ aufstellen, so entnehmen wir *jeder* nationalen Kultur *nur* ihre demokratischen und ihre sozialistischen Elemente; entnehmen sie *nur* und *unbedingt* als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus *jeder* Nation.“¹⁷

Wie Rosa Luxemburg lehnte Lenin in den „Bemerkungen...“ Föderalismus und Dezentralisation der Staaten ab, „...weil der Kapitalismus für seine Entwicklung möglichst große und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. Unter *sonst gleichbleibenden Umständen* wird das klassenbewusste Proletariat stets für einen größeren Staat eintreten ... wird stets den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluss zu großen Territorien begrüßen, auf denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann... Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen Weg zum Sozialismus als *über* einen solchen (mit dem Kapitalismus *unlösbar* verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.“¹⁸

Im Sinne der von ihm erläuterten nationalen Frage war Lenin auch in der politischen Praxis tätig: Im März 1914 wurde im Organ der Bolschewiki „Put‘ prawdy“ der von ihm formulierte „Gesetzentwurf über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind“ veröffentlicht, den die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Russlands in der Reichsduma einzubringen beschlossen hatte.¹⁹ Im Mai d.J. folgte der „Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten“.²⁰ Lenin schrieb dazu, es leuchte ein, dass die Duma ein solches Gesetz nicht annehmen werde. – „Aber die Arbeiterklasse ist verpflichtet, ihre Stimme zu erheben. Und besonders laut muss die Stimme des *russischen* Arbeiters gegen die nationale Unterdrückung ertönen.“²¹ Es gelang der Fraktion nicht, die Gesetzentwürfe in die Duma einzubringen.

Lenin forderte, den Nationalismus der unterdrückenden Nation von dem der unterdrückten Nation zu unterscheiden.²²

Im April-Juni 1914 veröffentlichte Lenin seine Schrift „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, in der er sich mehrfach auf Rosa Luxemburg bezog, gegen sie polemisierte und gewissermaßen seine Position zusammenfasste. Es ging um die bekannte Definition des Selbstbestimmungsrechts der

¹⁷ Ebenda, S. 8/9.

¹⁸ Ebenda, S. 31/32.

¹⁹ Gesetzentwurf über die nationale Gleichberechtigung, in: LW 20, S. 166-168.

²⁰ Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten, in: ebd., S. 280-282.

²¹ Vgl. Anm. 19, S. 166.

²² Siehe u. a. und besonders (!): W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘ (Dezember 1922), in: LW. 36, S. 592/593.

Nationen; um die historisch-konkrete Fragestellung dazu, also auch um die „konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Russland und seine bürgerlich-demokratische Umgestaltung“; um den „Praktizismus“ in der nationalen Frage, wobei zwischen dem Nationalismus der unterdrückten und dem der unterdrückenden Nation zu unterscheiden sei; um Standpunkte der liberalen Bourgeoisie und der „sozialistischen Opportunisten“ in der nationalen Frage, um das Beispiel der friedlichen Trennung Norwegens von Schweden 1905 u.a.m.²³ Die Leugnung des *Rechts* auf Selbstbestimmung bedeute in der Praxis „notwendigerweise Unterstützung der Privilegien der herrschenden Nation“.²⁴

Zu Rosa Luxemburgs Forderung nach dem „Praktischen“ in der nationalen Frage: Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation habe einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, „und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen“. Das sei „unpraktisch“ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. „Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluss tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.“²⁵ Die wichtigste praktische Aufgabe sowohl des russischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten sei „die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen.“²⁶

Das Selbstbestimmungsrecht habe für die polnischen Sozialdemokraten nicht so große Bedeutung wie für die russischen. – Keinem einzigen Marxisten Russlands sei es „je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, dass sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie – wie Rosa Luxemburg – zu bestreiten suchen, dass das Programm der Marxisten *Russlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muss.“²⁷

Abschließend betonte Lenin noch einmal: „Die Lage der Dinge stellt das Proletariat Russlands vor eine zweifache oder, richtiger zweiseitige Aufgabe: Kampf gegen jeden Nationalismus und in erster Linie gegen den großrussischen Nationalismus; Anerkennung nicht nur der vollen Gleichberechtigung aller Nationen im allgemeinen, sondern auch der Gleichberechtigung hinsicht-

²³ Vgl. W. I. Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: LW 20, S. 395-461.

²⁴ Ebenda, S. 428.

²⁵ Ebenda, S. 415.

²⁶ Ebenda, S. 417.

²⁷ Ebenda, S. 434.

lich der staatlichen Konstituierung, d.h. des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung; und gleichzeitig damit, eben im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen jeglichen Nationalismus aller Nationen, Verteidigung der Einheit des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisationen, ihrer engsten Verschmelzung in einer internationalen Gemeinschaft, entgegen den bürgerlichen Bestrebungen nach nationaler Absonderung. – Volle Gleichberechtigung der Nationen; Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen – dieses nationale Programm lehrt die Arbeiter der Marxismus, lehrt die Erfahrung der ganzen Welt und die Erfahrung Russlands.“²⁸

Die Debatte während des Weltkrieges

Nach Beginn des Ersten Weltkrieges kam es zwischen Rosa Luxemburg und Lenin – wie während der Revolution in Russland 1905²⁹ – zu einer starken politischen Übereinstimmung³⁰. Jedoch blieben auch jetzt bestimmte Aspekte der nationalen Frage in der Diskussion.

Im Januar/Februar 1916 veröffentlichte Lenin im deutschsprachigen „Vorboten“ Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“. Er hob dieses Recht als Teil des demokratischen Programms hervor, für dessen Verwirklichung Sozialdemokraten kämpften, um den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Auch die anderen demokratischen Forderungen seien im Kapitalismus nur unvollständig durchführbar. „Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für *alle* diese Forderungen.“³¹ Lenin ging hier auch auf die „neueste Formulierung der Position der polnischen Sozialdemokratie in der Nationalfrage“, wie sie sich in deren Erklärung auf der Zimmerwalder Konferenz (September 1915) niedergeschlagen hatte, zitierte diese und schlussfolgerte: „Von der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts unterscheiden sich diese von uns unterstrichenen Sätze nicht.“ (Die Erklärung sprach unter anderem die Überzeugung aus, dass nur die Teilnahme des revolutionären Proletariats am bevorstehenden Kampf um den Sozialismus „die Fesseln der nationalen Unterdrückung sprengen und jede Fremdherrschaft aufheben wird, dem polnischen Volke die Möglichkeit einer freien, allseitigen Entwicklung als einem gleichberechtigten Glied in der Internationale der Völker sichern wird“³².)

Im Juli 1916 schrieb Lenin unter Bezug auf seine Thesen vom Januar/Februar und Thesen, die im Organ der polnischen sozialdemokratischen Opposition „Gazeta Robotnicza“ veröffentlicht worden waren, „Die Ergebnisse der Diskus-

²⁸ Ebenda, S. 460.

²⁹ Vgl. U. Plener: Rosa Luxemburg und Lenin, Berlin 2009, S. 12-16.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 20-26.

³¹ W. I. Lenin: „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Thesen“, in: LW 22, S. 146.

³² Ebenda, S. 157/158.

sion über die Selbstbestimmung“³³. Im Abschnitt „Was sind Annexionen?“ zitierte er die Antwort der polnischen Genossen darauf, die in der genannten Publikation erklärten, dass sie (Lenin zitiert) „gegen die gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nationen in den Grenzen des annektierenden Staates“ seien. Und er stellte fest: Das „ist genau das *gleiche* wie für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sein“, denn: „Gegen Annexionen sein *bedeutet*, für das Selbstbestimmungsrecht sein.“³⁴ Er würdigte den Internationalismus der polnischen Genossen, erklärte ihre von seinen abweichenden Aussagen mit den besonderen Verhältnissen in Polen. Und (unter den gegebenen Bedingungen des Krieges): „Die Losung der Unabhängigkeit Polens jetzt aufstellen, angesichts des *gegenwärtigen* Verhältnisses zwischen den imperialistischen Nachbarstaaten, heißt in der Tat einer Utopie nachjagen, in engstirnigen Nationalismus verfallen, die Voraussetzung der gesamteuropäischen oder zumindest der russischen und der deutschen Revolution vergessen.“ Zu den Argumenten gegen die Unabhängigkeit Polens: „All das ist sehr *richtig*... für *heute*, denn selbst eine Revolution in Polen allein würde hier nichts ändern, die Aufmerksamkeit der polnischen Massen würde aber abgelenkt werden von der *Hauptsache*: vom Zusammenhang ihres Kampfes mit dem Kampf des russischen und des deutschen Proletariats. Es ist kein Paradox, sondern eine Tatsache, dass das polnische Proletariat als solches heute der Sache des Sozialismus und der Freiheit, auch der polnischen, nur dienen kann, wenn es *gemeinsam* mit dem Proletariat der Nachbarländer gegen die *engstirnigen polnischen* Nationalisten kämpft. Es ist unmöglich, das große historische Verdienst der polnischen Sozialdemokraten im Kampf gegen diese letzteren zu leugnen.“³⁵ Die Lage sei „zweifellos sehr verwirrt, aber es gibt aus ihr einen Ausweg, bei dem *alle* Beteiligten Internationalisten bleiben: die russischen und die deutschen Sozialdemokraten, indem sie die bedingungslose ‚*Freiheit* der Lostrennung‘ Polens verlangen, und die polnischen Sozialdemokraten, indem sie für die Einheit des proletarischen Kampfes in einem kleinen Lande und den großen Ländern kämpfen, ohne für die gegebene Epoche oder die gegebene Periode die Losung der Unabhängigkeit Polens aufzustellen.“³⁶

Lenin stellte in diesem Aufsatz außerdem fest: Der Vergleich der „praktischen Vorschläge“ in den nationalen Programmen der polnischen Genossen und der SDAPR – hier Autonomie, dort das Recht auf Lostrennung – ergäbe, dass sich die beiden Programme „nur dadurch unterscheiden“. *Der Dissens zwischen Rosa Luxemburg und Lenin in der nationalen Frage in ihrem Disput 1903-1916 reduziert sich also auf die Frage der staatlichen Unabhängigkeit Polens.*

Im Februar 1916 erschien unter dem Pseudonym Junius die grundlegende Arbeit Rosa Luxemburgs „Die Krise der Sozialdemokratie“ mit „Leitsätzen über

³³ LW 22, S. 326-368, veröffentlicht im Oktober 1916.

³⁴ Ebenda, S. 335.

³⁵ Ebenda, S. 358/359.

³⁶ Ebenda, S. 359.

die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ als Anhang.³⁷ Lenin reagierte auf die „Junius“-Broschüre mit einem 16-seitigen Artikel (geschrieben im Juli, veröffentlicht in der Schweiz im Oktober 1916). Die Broschüre, schrieb er, befasse sich besonders „mit der Analyse des Krieges, mit der Widerlegung der Legende von seinem freiheitlichen, nationalen Charakter, mit dem Nachweis, dass dies sowohl vonseiten Deutschlands als auch vonseiten der andern Großmächte ein imperialistischer Krieg ist, ferner mit revolutionärer Kritik am Verhalten der offiziellen Partei. Die überaus lebendig geschriebene Broschüre von Junius hat zweifellos im Kampf gegen die auf die Seite der Bourgeoisie und der Junker übergegangene ehemals sozialdemokratische Partei Deutschlands eine große Rolle gespielt und wird sie auch weiterhin spielen, und wir begrüßen den Autor vom ganzen Herzen.“³⁸ Mit einigen der Aussagen setzte er sich auseinander und schrieb dazu: „Wenn wir in den nachfolgenden Ausführungen Kritik an den Mängeln und Fehlern von Junius üben, müssen wir ausdrücklich unterstreichen, dass wir dies um der für Marxisten notwendigen Selbstkritik willen und zur allseitigen Überprüfung der Anschauungen tun, die als ideologische Grundlage der III. Internationale dienen sollen. Die Junius-Broschüre ist im großen und ganzen eine ausgezeichnete marxistische Arbeit, und es ist sehr wohl möglich, dass ihre Mängel bis zu einem gewissen Grade zufälligen Charakters sind.“³⁹

Bei der Kritik Lenins an der Junius-Broschüre ging es um die nationale Frage im Allgemeinen und die nunmehr von Rosa Luxemburg bestrittene Möglichkeit nationaler Kriege unter Bedingungen des Imperialismus im Besonderen. Er argumentierte dagegen mit dem Verweis auf die Unvermeidlichkeit nationaler Kriege in den Kolonien und Halbkolonien und deren Möglichkeit auch in Europa, zum Beispiel der kleinen Staaten, nicht zuletzt im Osten Europas, gegen die imperialistischen Mächte: „Nationale Kriege gegen imperialistische Mächte sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, sie sind unvermeidlich, sie sind *fortschrittlich* und *revolutionär*.“ Und: Es müsse jedoch bemerkt werden, „dass es ungerecht wäre, Junius der Gleichgültigkeit den nationalen Bewegungen gegenüber zu bezichtigen... Er erklärt mit voller Bestimmtheit: ‚Der Sozialismus gesteht jedem Volke das Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit, auf selbständige Verfügung über die eigenen Geschicke zu‘.“⁴⁰

Auch damit wird deutlich, dass sich der Dissens zwischen den Auffassungen Lenins und Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage eigentlich auf „die Frage der Unabhängigkeit Polens reduziert“⁴¹.

³⁷ Vgl. Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. Von Junius, in: GW 4, S. 49-164.

³⁸ LW 22, S. 310/311.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Ebenda, S. 318. Vgl. dazu Arnold Reisberg: Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 224-232.

⁴¹ W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, 1922, in: LW. 33, S. 195.

Nach der Oktoberrevolution 1917

1918 kam Rosa Luxemburg noch einmal auf die nationale Frage zurück in ihrer unvollendeten Schrift „Zur russischen Revolution“ (veröffentlicht erst 1922 von Paul Levi), in der sie sich kritisch mit der Politik der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 auseinandersetzte und diesen u. a. vorwarf, mit der Politik des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zum staatlichen Zerfall Russlands beigetragen und die Aggression Deutschlands gegen Sowjetrußland unterstützt zu haben.⁴² Im Fragment „Über Krieg, nationale Frage und Revolution“ (1918) ging sie auf das Aufblühen des Nationalismus im Ersten Weltkrieg ein – dieser sei „augenblicklich Trumpf“: „Von allen Seiten melden sich Nationen und Nationchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an ... und ‚geschichtslose‘ Völker, die noch nie selbständige Staatswesen bildeten, verspüren einen heftigen Drang nach Staatenbildung, Polen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tscheche, Jugoslawen, zehn neue Nationen des Kaukasus ...“ – „die Formel der ‚nationalen Selbstbestimmung‘“ sei „hohl und dürftig“.⁴³

Im Rahmen der Programmdebatte der SDAPR Ende 1917 schob Lenin zur „Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen“: „Wir wollen die *freie* Vereinigung, und darum sind wir verpflichtet, das Recht auf Lostrennung anzuerkennen (ohne das Recht auf Lostrennung kann die Vereinigung nicht als frei bezeichnet werden) ... Aber wir wollen die Vereinigung ...“ Wodurch? „Nicht durch Gewalt, sondern ausschließlich durch freiwillige Vereinbarung ...“⁴⁴ Lenin focht in den Jahren bis 1922 – gegen Stalins Idee des administrativen Eintritts der einzelnen Sowjetrepubliken in die Russländische Föderation – für einen *freiwilligen* Zusammenschluss, eine Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Ukraine, Belorussland, Transkaukasische Föderation (Armenien, Aserbaidshan, Grusinien) und RSFSR auf der Grundlage *völliger* Gleichberechtigung.⁴⁵ Im Oktober 1922 nahm das Plenum des ZK der KPR(B) den Beschluss über die Gründung der UdSSR an, in dem es hieß, es werde der Abschluss eines Vertrages zwischen Ukraine, Belorussland, der Föderation der Transkaukasischen Republiken und der RSFSR über deren Vereinigung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als notwendig anerkannt – unter Beibehaltung des Rechts jeder von ihnen auf den freien Austritt aus der Union. Im Oktober/November 1922 sprachen sich die Plenartagungen der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der Ukraine, Belorusslands, Aserbaidshans, Grusiens und Armeniens für die Vereinigung dieser Sowjetrepubliken in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) aus. Am 30. Dezember 1922 nahm der I. Kongress der Sowjets der UdSSR die Deklaration über die Gründung der UdSSR an. Rosa Luxemburg konnte das nicht mehr erleben.

⁴² Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW 4, S. 345-352.

⁴³ Dies, GW 4, S. 367/368.

⁴⁴ LW 26, S. 163-164.

⁴⁵ Vgl. W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten und der „Autonomisierung“ (Dezember 1922), in: LW 36, S. 590-596.

Die Debatte – in der Literatur differenziert reflektiert

Die Debatte zwischen Lenin und Rosa Luxemburg über die nationale Frage wurde in der Literatur von mehreren Autoren behandelt. Rosa Luxemburgs wichtigste Biographen, *Annelies Laschitza* und *Feliks Tych*, sprachen darüber auf der Tagung „Rosa Luxemburg und die nationale Frage“ am 6. März 1993 in Potsdam.⁴⁶

Annelies Laschitza sprach ausführlich und sehr differenziert zu „Rosa Luxemburg über nationale Werte und nationalistische Gefahren“.⁴⁷ U.a. sagte sie: Rosa Luxemburg war „in ihrer Gegnerschaft zu jeglicher Unterdrückung de facto auch für das Recht auf nationale Selbstbestimmung und wusste um die Eigenständigkeit und Langlebigkeit nationaler Werte. Definitiv schloss sie jedoch unter kapitalistischen Bedingungen die Verwirklichung echter nationaler Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung der Nationen aus. Dieser Widerspruch versperrte ihr den offenen Zugang zum Verständnis für nationale Losungen in den Programmen und in der Politik anderer Parteien, für nationale Bedürfnisse unter der Bevölkerung und für Bündnisse im Ringen um demokratische Verhältnisse, solange die Zeit für revolutionäre Veränderungen nicht reif war... Rosa Luxemburg überschätzte die Massenhaftigkeit der Einsicht der Menschen in objektive Entwicklungsprozesse nicht nur hinsichtlich der nationalen Frage und unterschätzte die Einflussmöglichkeiten der nationalen Idee.“⁴⁸ Und: „Während Rosa Luxemburg Gefahren und Gefahrenherde klar erkannte und gründlich analysierte, beschränkte sie sich in ihren Folgerungen starr und unflexibel auf die Feststellung der Unmöglichkeit wahren nationalen Selbstbestimmungsrechts unter kapitalistischen Bedingungen, auf die Unterordnung der nationalen Fragen unter die soziale Frage, auf die Orientierung internationalen Zusammenhalts der Arbeiterklasse und auf die Weltrevolution zum Sturz des Kapitalismus.“ Und doch: „Ungeachtet dessen, dass Rosa Luxemburg so eng und allgemein ihren Antinationalismus formulierte und dass sie die Frage, wie denn nun konkret nationale Fragen gelöst und nationalistische Gefahrenherde beseitigt werden, auch nicht speziell beantwortete, kann doch festgestellt werden: In ihren Erörterungen über den Nationalismus überwogen scharfsinnige Prophezeiungen die Illusion und den Irrtum... Es stecken im Irrtum wie in der Prophetie ihrer Betrachtungen zur nationalen Frage wertvolle Erfahrungen und theoretische Anregungen zum weiteren Nachdenken.“⁴⁹ Dieser Überlegung ist voll zuzustimmen.

In ihrer 1996 erschienenen Biographie Rosa Luxemburgs schätzte *Annelies Laschitza* ein: Luxemburgs Polemik gegen das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis zur staatlichen Eigenständigkeit habe keine Bestätigung gefunden. Sie

⁴⁶ In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Berlin, H. 4/1993.

⁴⁷ Siehe ebenda, S.53-65.

⁴⁸ Ebenda, S. 61.

⁴⁹ Ebenda, S. 64/65.

„meinte, darunter leide der Internationalismus und die Einheit des sozialistischen Staatswesens werde zerstört bzw. gefährdet. Sie war nach wie vor davon überzeugt, dass Fragen der nationalen Existenz und Selbstbestimmung um der welthistorischen Perspektive des sozialen Befreiungskampfes willen als überlebte und untergeordnete Probleme abgetan werden können. Dieses Fehlurteil veranlasste sie, die Gründung des polnischen Staates zu missbilligen.“⁵⁰

Feliks Tych führte auf der Potsdamer Tagung 1993 u.a. aus: „Für Rosa Luxemburg galt die sozialistische Arbeiterbewegung als die höchste Form der demokratischen Befreiungsbewegung, und schon aus diesem Grund hatte für sie die nationale Frage eine untergeordnete Bedeutung. Der Sieg des Sozialismus wird – nach ihrem Schema – automatisch auch die nationale Frage lösen... Der Kampf um die Schaffung neuer bürgerlicher Nationalstaaten sei nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse... Nicht Abgrenzung und Trennung, sondern volle Gleichberechtigung und Demokratisierung, volles Recht auf die Entwicklung einer nationalen Kultur bildete für sie die moderne Antwort auf die nationale Frage.“⁵¹ Auf die Frage, was heute von den Theorien Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage bleibt, antwortete Tych: „Sie hat besser als andere Politiker in der II. Internationale verstanden, wie groß die Gefahr des Nationalismus für den zivilisatorischen Prozess ist.“ (Ebenso wie Lenin – U. P.) Dabei bleibe es offen, „ob ihr Schema in der nationalen Frage die Entwicklungsvariante einer politischen Option nicht nur der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch der Mehrheit der Arbeiterklasse der betroffenen Länder für einen eigenen Nationalstaat, ganz einfach übersehen hat oder ob die durch Rosa Luxemburg vorgeschlagene Politik der Arbeiterbewegung in der nationalen Frage eine Alternative gegen die erste Tendenz bilden sollte... Alles scheint darauf hinzudeuten, dass wir es mit beiden Tendenzen bei Rosa Luxemburg zu tun haben: mit einer Unterschätzung der politischen Durchsetzungskraft des Nationalen und mit einem Versuch, diese Entwicklung politisch zu parieren, zugunsten der supranationalen Lösungen.“⁵²

Auf den Disput zwischen Lenin und Rosa Luxemburg war auch der britische Sozialist *Tony Cliff* in seiner 1959 erschienenen „Studie über Rosa Luxemburg“ eingegangen. Er schrieb: „Die Differenz zwischen Lenins und Rosa Luxemburgs Haltung zur nationalen Frage lässt sich kurz folgendermaßen formulieren: Während Rosa, vom Kampf gegen den polnischen Nationalismus ausgehend, dazu neigt, die nationale Unabhängigkeit bewusst zu negieren, sah Lenin realistisch, dass angesichts der verschiedenen Positionen unterdrückter und unterdrückender Nationen auch deren Haltung gegenüber der gleichen Frage verschieden sein müsse. So gehen beide von verschiedenen, einander widersprechenden Situationen aus, schreiten in entgegengesetzter Richtung fort, um am gleichen Punkt der internationalen Einheit der Arbeiter anzukommen. Rosa Luxemburg

⁵⁰ Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 577.

⁵¹ Feliks Tych: Rosa Luxemburg und die nationale Frage. In: BzG, H. 4/1993, S. 46/47.

⁵² Ebenda, S. 51.

tat die Frage der nationalen Selbstbestimmung als unvereinbar mit dem Klassenkampf ab; Lenin ordnete sie dem Klassenkampf unter... Der entscheidende, bei Rosa Luxemburg fehlende Punkt der Leninschen Analyse der nationalen Frage war die Dialektik: Er sah die Einheit der Gegensätze in der nationalen Unterdrückung und die Unterordnung des Teils (des Kampfes um nationale Unabhängigkeit) unter das Ganze (den internationalen Kampf für den Sozialismus). Rosa Luxemburgs Stärke bei der Behandlung der nationalen Frage ... liegt im Internationalismus und in der Unabhängigkeit ihres Denkens.⁵³

Arnold Reisberg ging in seinem umfangreichen Werk „Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung“, erschienen in Berlin 1970, im Abschnitt über der ersten Weltkrieg besonders auf Lenins Reaktion auf die „Junius-Broschüre“ ein: „Ausführlich setzte sich Lenin mit der These auseinander, dass es in der Ära des Imperialismus keine nationalen Kriege geben könne. Diese These erklärte sich als Reaktion auf die sozialpatriotische Losung der nationalen Vaterlandsverteidigung im ersten Weltkrieg... Der Kampf gegen diesen Sozialchauvinismus war richtig und ein großes Verdienst der Linken. Der Fehler begann dort, wo sie von der marxistischen Forderung, konkret zu bleiben, abweichend, die Einschätzung des ersten Weltkrieges auf alle im Imperialismus möglichen Kriege übertrugen und insbesondere die nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus ignorierten.“⁵⁴

Jürgen Hentze schrieb in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Rosa Luxemburg: Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften“ über ihren Dissens mit Lenin, die Unabhängigkeit Polens betreffend: „Liest man Lenins Artikel heute [es geht um Lenins „Die nationale Frage in unserem Programm“ – siehe Anm. 10], so scheint sein Inhalt bis auf wenige Sätze eher identisch mit ihrer [Rosa Luxemburgs] Haltung in der nationalen Frage zu sein, ein Zeichen dafür, dass diese von ihrer Seite in den Vereinigungsverhandlungen [der SDKPL und der SDAPR] 1903 etwas künstlich hochgespielt wurde.“ Und verallgemeinernd über das Verhältnis Luxemburg – Lenin: Es solle „doch festgestellt werden, dass es völlig falsch ist, einen absoluten Gegensatz zwischen den beiden zu konstruieren, wie es bei uns manchem gefällt. Das Gemeinsame überwiegt das Trennende bei weitem; Rosa Luxemburg bedauert zwar die Spaltung in der russischen Arbeiterpartei, doch steht sie in der Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse Russlands und in taktischen Fragen auf der Seite der Bolschewiki. Das zeigt sich vor allem während der russischen Revolution von 1905 und im weiteren Verlauf der Ereignisse.“⁵⁵

Walter Baier (1978-1981, 2003-2006 Vorsitzender der KP Österreichs) streifte den Disput Rosa Luxemburg-Lenin im Aufsatz „Von Nationen und ‚Natiöchen‘, historischen und ‚geschichtslosen‘ Völkern – Rosa Luxemburg, W.I. Le-

⁵³ Tony Cliff: Studie über Rosa Luxemburg, Frankfurt/Mai 1969 (hier zitiert nach der 4. Auflage, ebenda 2009); S. 56, 57/58.

⁵⁴ Arnold Reisberg: Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 226.

⁵⁵ Rosa Luxemburg: Internationalismus und Klassenkampf, a.a.O., S. 15.

nin und Otto Bauer“.⁵⁶ Unter anderem heißt es bei ihm: Rosa Luxemburg „verkannte die tatsächliche Elastizität der von Lenin verfochtenen Nationalitätenpolitik – selbst im Hinblick auf die nationale Frage Polens. Ganz anders nämlich, als sie ihn verstehen wollte, machte Lenin sich keineswegs zum bedingungslosen Verfechter jedweder nationalen Unabhängigkeitsbestrebung. ... Souveräner als Luxemburg stellte er... die Kontingenz nationaler Fragestellungen in Rechnung...“ – „Offensichtlich hatte Lenin mit seiner zunächst unbedingten Anerkennung des ‚Selbstbestimmungsrechts der Nationen‘ den Zug der Zeit besser erfasst als Rosa Luxemburg.“ Baier verweist diesbezogen auf die Ergebnisse der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert und fragt abschließend: „Was wird aber nach dem Kalten Krieg und dem Zerfall der letzten europäischen Vielvölkerstaaten kommen?“ Zumindest im östlichen Teil des europäisch-asiatischen Kontinents scheinete Rosa Luxemburgs Beschreibung der Situation 1918, „dass nun ‚die verschiedensten alten und neuen Rechnungen zur Begleichung, Gegensätze zum Austrag: antiquierte Reste der Vergangenheit mit aktuellsten Fragen der Gegenwart und kaum geborenen Problemen der Zukunft bunt durcheinander‘ (kommen), von einer atemberaubenden neuen Aktualität.“⁵⁷

Holger Politt gibt in der Einleitung zu der von ihm herausgegebenen Schrift Rosa Luxemburgs „Nationalitätenfrage und Autonomie“ ausführlich deren Positionen zum „sogenannten [?] Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ wieder. Ohne auf Lenins Gegenargumentation einzugehen, fasst er polemisch zusammen: „Lenin pochte immer wieder auf den generellen demokratischen Anspruch des Rechts einer jeden Nation, sich einen eigenen Nationalstaat bilden und sich von anderen staatlich losstrennen zu dürfen, weshalb eben auch die Arbeiterklasse insbesondere unter russischen Bedingungen darauf größte Rücksicht zu nehmen habe. Lenin beharrte in dieser einen Frage auf einem Mehrheitswillen der Nation und kanzelte Rosa Luxemburg schulmeisterlich ab.“ Ihre Argumente „seien für einen Marxisten zu neun Zehnteln unwirksam, also zu nichts nütze“. Er habe der Autorin vorgeworfen, „die Dinge ausschließlich vom Krakauer Horizont zu betrachten“. (Lenin habe sich zu jener Zeit – 1914 – in Krakau aufgehalten, Rosa Luxemburg sei nie in Krakau gewesen.)⁵⁸

Der „Krakauer Horizont“ bezog sich bei Lenin wohl darauf, dass die Schrift Rosa Luxemburgs in Krakau erschienen war, und Luxemburg ihren Standpunkt ausschließlich ausgehend von ihrer Sicht der Situation Polens begründete. Dabei war ihre Ausdrucksweise gegenüber Lenin wohl nicht weniger „abkanzelnd und schulmeisterlich“, wenn sie „die Formel der ‚nationalen Selbstbestimmung‘ ... hohl und dürftig“ nannte.⁵⁹

⁵⁶ Walter Baier, in: *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg*. Hrsg. von Michael Brie und Frigga Haug, Baden-Baden 2011, S. 145-169.

⁵⁷ Ebenda, S. 156, 168.

⁵⁸ Holger Politt: Rosa Luxemburgs „Krakauer Horizont“; in: *Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage*, a.a.O., S. 19/20.

⁵⁹ Rosa Luxemburg, *GW* 4, S. 368.

Doch trotz der streckenweise scharfen Polemik führte der Disput zwischen Rosa Luxemburg und Lenin weder zum persönlichen noch zum politischen Bruch. Rosa Luxemburg schrieb am 20. Dezember 1918 an Lenin: „Teurer Wladimir! Ich benutze die Reise des Onkels, um Ihnen allen einen herzlichen Gruß von unserer Familie, von Karl [Liebknecht], Franz [Mehring] und den anderen zu übersenden. Gebe Gott, daß das kommende Jahr alle unsere Wünsche erfüllen wird. Alles Gute! Über unser Leben und Treiben wird der Onkel erzählen. Einstweilen drücke ich Ihnen die Hände und grüße Sie. Rosa.“⁶⁰ Lenin würdigte Rosa Luxemburg in seinen „Notizen eines Publizisten“ 1922: „... trotz aller ... ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke ... werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.“⁶¹

Was bleibt einhundert Jahre nach dem Disput zwischen Rosa Luxemburg und Lenin um die nationale Frage für den politischen Kampf im 21. Jahrhundert? Wie die hier zitierten Autoren mit Nachdruck betont haben: der konsequente Kampf der internationalen Arbeiterbewegung und aller anderen demokratischen Kräfte gegen jeglichen Nationalismus, für internationalen Zusammenschluss und Solidarität der demokratischen Kräfte aller Länder im Kampf für den Frieden in der Welt und Demokratie, also auch für die Gleichberechtigung aller Nationen und deren Staaten, sofern sie für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit streiten. Das gilt auch für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, für deren Zerfall Anfang der 1990er Jahre nicht Lenin, sondern seine Nachfolger von Stalin bis Jelzin verantwortlich sind.

⁶⁰ Rosa Luxemburg, GW 6, S. 212. – Der „Onkel“ war Eduard Fuchs, der im Auftrag der Zentrale des Spartakusbundes nach Moskau fuhr und zwischen dem 26. und 28. Dezember 1918 Gespräche mit Lenin führte.

⁶¹ W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, in: LW 33, S. 195.

Gerhard Engel

Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung

Vom November 1918 bis zum Ende der Bremer Räterepublik im Februar 1919¹

Die Freie Hansestadt Bremen, innerhalb weniger Jahrzehnte zum industriellen Ballungszentrum und zu einem Hauptort der deutschen Arbeiterbewegung herangewachsen, nahm im Verlauf der deutschen Revolution 1918/19 – gemeinsam mit einigen wenigen anderen Regionen – eine Sonderstellung ein. Der Sozialdemokratische Verein Bremen gab eine der für den linken Flügel der Sozialdemokratie wesentlichen Tageszeitungen heraus, die von Alfred Henke geleitete „Bremer Bürgerzeitung“, ein Sprachrohr der führenden Linken um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Julian Marchlewski und anderen. Die Mehrheit der Bremer Parteimitglieder folgte linken Redakteuren, wie Johann Knief, und Funktionären, die ihre Basis in der revolutionierten Werftarbeiterschaft hatten. Bedeutenden Einfluss besaßen die in Bremen wirkenden Anton Pannekoek und Karl Radek. So bildete sich in Bremen sehr bald nach der Überwindung des Schocks vom 4. August 1914 ein Zentrum jenes Flügels der Sozialdemokratie heraus, der die Vorstandspolitik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens bekämpfte. Er entwickelte eine Antikriegsopposition nach der Parole, die bereits der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 ausgegeben hatte: *„Falls der Krieg... ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“*²

In Bremen bildeten sich bereits 1916 jene widerstreitenden und 1917/1918 in drei Arbeiterparteien mündenden Strömungen heraus: einerseits die vorstandstreuen Mehrheitssozialdemokraten, andererseits die Linksradikalen um Johann Knief und zwischen ihnen die Anhänger einer gemäßigten Antikriegs-

¹ Dieser Text war Grundlage für das Referat des Autors auf dem Workshop: „Der Kieler Matrosenaufstand in der Revolution 1918. Epizentrum eines politischen Umbruchs?“, Kiel 3. bis 5. März 2016. Alle Angaben zum Verlauf der Revolution in Bremen fußen auf dem Standardwerk zur Bremer Revolutionsgeschichte von Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 1986. Sofern von den Bremer Linksradikalen bzw. „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ die Rede ist, vgl. Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011. Angaben zum Auftreten der Matrosen im Bremer Revolutionsgeschehen stammen auch aus Robert Rosentreter: Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/19, Berlin 1988, bes. S. 81-83, 208-210. Nur im Ausnahmefall werden Belegstellen aus diesen Titeln in den Anmerkungen gesondert gekennzeichnet.

² Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 66.

opposition um Alfred Henke.³ Das Besondere aber war: Die Mehrheitssozialdemokraten blieben in der Minderheit, die Vertreter der Mitte um Henke waren linkssozialistisch orientiert und die Linksradikalen um Knief entwickelten sich im Kontakt mit der Zimmerwalder Linken und gemeinsam mit ihren Anhängern in verschiedenen Reichsteilen zu den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Sie hatten sich im Unterschied zur Spartakusgruppe 1917 nicht der USPD angeschlossen und traten – neben dem Spartakusbund – Ende 1918 als zweite Quellgruppe der KPD in Erscheinung.

Von diesen Entwicklungen war der Verlauf der Revolution in Bremen geprägt. Der Kampf um die Rätewacht, der die linken unabhängigen Sozialdemokraten und die Internationalen Kommunisten trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten verband, führte bis zur Proklamation einer Räterepublik Bremen am 10. Januar 1919. Dieser Akt der Solidarität mit den Berliner Januar-kämpfern war zugleich Ausdruck der Illusion der Linksradikalen wie der Linkssozialisten in der Bremer USPD, man müsse und könne die Revolution noch über den erreichten bürgerlich-demokratischen Fortschritt bis zu einer sozialistischen Umwälzung vorantreiben.

Welche Rolle nun spielten die Kieler „Initialzündung“ und die Matrosen in persona im revolutionären Geschehen Bremens? Der linke Flügel der USPD um deren Mitbegründer Alfred Henke und die Linksradikalen um Johann Knief unterhielten bereits während des Krieges Beziehungen zu Matrosen der Kriegsflotte, die der USPD angehörten oder nahestanden bzw. revolutionäre Positionen der Linksradikalen teilten.

So geriet der Reichstagsabgeordnete der USPD Alfred Henke bei der juristischen Untersuchung der Rolle von Abgeordneten seiner Partei während der Marine-Unruhen im Sommer 1917 ins Visier der Reichsanwaltschaft. Sie stellte fest, Henke habe zu jener Zeit in Kiel eine Rede gehalten, man habe ihn für 24 Stunden festgenommen und bei ihm eine Liste mit 12 Namen von Marineangehörigen der „SMS Ziethen“ gefunden, die Mitglieder der USPD seien, ferner einen Zettel mit den Namen von Reichpietsch und anderen an den Unruhen beteiligten Matrosen.⁴

Johann Knief hatte im Kreis seiner Anhänger bereits 1916 Möglichkeiten erörtert, vordringlich Beziehungen zu Angehörigen der Marine zu knüpfen, weil sie ihrer Qualifikation wegen zumeist gewerkschaftserfahrene Arbeiter waren und sich auf dem kleinem Raum von Schiffen leichter für den Antikriegskampf organisieren ließen als Angehörige von Feldtruppen. Knief traf sich mehrfach im Bremer „Reichsadler“ mit Matrosen aus Wilhelmshaven und Cuxhaven, konspirativ getarnt als Wiedersehen feiernde Urlauber. Kniefs Vertrauter Johann

³ Zur Person vgl. Gerhard Engel: Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Erster Teil (1868-1918), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2015/II, S. 67-85; Zweiter Teil (1918-1946), ebd. 2015/III, S. 78-97.

⁴ Siehe Wilhelm Deist (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Zweiter Teil, Düsseldorf 1970, S 1027.

Brodmerkel hielt und vermittelte diese Beziehungen, auch zu linken Abgeordneten der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag. Über die Kontaktpartner unter den Matrosen gewannen die Bremer Linksradikalen nicht wenige Abonnenten für ihre Wochenschrift „Arbeiterpolitik“. Besonders enge Verbindungen mit der Gruppe um Knief pflegte der in Wilhelmshaven-Rüstringen dienstverpflichtete Matrose Karl Baier (1887-1973), im Zivilberuf Modelltischler, seit 1912 organisierter Sozialdemokrat und ab 1917 Mitglied der USPD. Baier wurde 1918 Vorsitzender des Soldatenrats in Cuxhaven, Mitglied des Zentralrats der Marine, des sog. 53er-Ausschuss, als dessen Vertreter er seit Dezember 1918 auch Mitglied des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins war, der bis zum I. Reichsrätekongress als zentrales Organ der Rätebewegung in Deutschland fungierte.⁵

Ähnlich eng waren die Beziehungen der Bremer Linksradikalen und Kniefs persönlich mit dem Maat Eugen Lieby (geb. 1885), im Zivilberuf Dreher. Er war gleichfalls seit der Vorkriegszeit Mitglied der SPD und in deren Spaltungsprozess zum Anhänger der linksradikalen Richtung geworden. Lieby war in Cuxhaven auf einem Minensuchboot stationiert. Als besonders angesehener Vertrauensmann seiner Kameraden wurde er 1918 zweiter Vorsitzender des Cuxhavener Soldatenrats, dann Nachfolger für den im Marinezentralrat in Berlin tätigen Karl Baier.

Bremen war kein Liegeplatz der kaiserlichen Kriegsflotte, sondern mit seinen Werften ein Zentrum des Kriegsschiffsbaus. Die ersten Matrosen, die in Bremen eintrafen, waren verhaftete Besatzungsmitglieder der Schlachtschiffe „Helgoland“ und „Thüringen“, die sich Ende Oktober 1918 dem Befehl zum Auslaufen gegen die britische Flotte widersetzt hatten. Über 200 von ihnen wurden in die Bremer Haftanstalt Oslebshausen verbracht. Dies geschah offenbar recht unauffällig, denn es löste kein bemerkenswertes Echo aus.

Den Anstoß für eine Umsturzbewegung in Bremen gab vielmehr eine von der USPD für den 4. November 1918 in die Casino-Säle einberufene öffentliche Versammlung, zu der sich über 5 000 Teilnehmer einfanden. Alfred Henke erklärte, seine Partei werde den ersten Jahrestag der russischen Revolution (gemeint ist der 7. November) zum Anlass nehmen, deren Sache in Deutschland zu ihrer Sache zu machen. Die Versammelten beschlossen einen entsprechenden Forderungskatalog. Sie verlangten nicht nur Waffenstillstand und Frieden, sondern auch die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Hilfsdienstgesetzes, die Abschaffung aller Dynastien und die völlige Demokratisierung von Reich, Staat

⁵ Vgl. hierzu G Engel, wie Anm. 1, S. 299; Karl Baier: Kreuzer „Augsburg“ wird unter roter Flagge nach Hamburg geschickt, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958, S. 101-138, hier bes. S. 109, 113, 130f.; Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. XXVI-XXXVII, bes. S. XXXVI f.

und Gemeinden bis hin zur Errichtung der sozialistischen Republik.⁶ Diese Forderungen stimmten weitgehend mit jenen überein, welche die gemeinsame Konferenz der Spartakusgruppe und der Linksradiكالen am 13. Oktober 1918 formuliert hatte. In Bremen waren also bereits am 4. November grundstürzende Parolen ausgegeben worden, so dass die USPD-Versammlung an diesem Tage als Auftakt zum revolutionären Geschehen gewertet werden muss.

Erst einen Tag später erfuhren die Bremer durch ihre nicht so rigide zensierten Tageszeitungen, vor allem durch die „Bremer Bürgerzeitung“, von den Vorgängen in Kiel und den so genannten 14 Kieler Punkten, die demokratische Grundrechte und die Befreiung der politischen Gefangenen einforderten, aber noch nicht die Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verlangten. Das Anwachsen der Massenbasis gerade für diese Forderung in Bremen zeigte sich am 5. November. An diesem Tag bewogen die radikalen Kräfte, USPD und Linksradiكالen unter Wortführerschaft von Alfred Henke, eine von der SPD eigentlich zur Beruhigung der Lage anberaumte öffentliche Versammlung mit 4 000 Teilnehmern unter Hinweis auf die Vorgänge in Kiel dazu, gleichfalls der Resolution Henkes vom Vortag zuzustimmen.

Am 6. November erreichten bewaffnete Kieler Matrosen über Hamburg Bremen. Sofort in Gemeinschaft mit den mobilisierten Werftarbeitern der AG Weser befreiten sie die in Oslebshausen gefangen gehaltenen 230 Matrosen der Schiffe „Helgoland“ und „Thüringen“. Matrosen und Arbeiter zogen gemeinsam in die Bremer Innenstadt. Am gleichen Tag wurde am Bremer Hauptbahnhof ein Transport mit 350 seit dem 28. Oktober gefangenen Matrosen aus Wilhelmshaven gestoppt, die ins Munsterland verbracht werden sollten. 150 Seesoldaten der Transportbewachung solidarisierten sich mit den Gefangenen. Gemeinsam mit Arbeitern zogen sie alle wie die Arbeiter und Matrosen von Oslebshausen in die Innenstadt. Dort entwaffneten sie die Wachen an den Garnisonskasernen am Neustadtwall und forderten die Soldaten mit Erfolg auf, sich dem Aufstand anzuschließen. Alle diese Aktionen wurden von Matrosen und Werftarbeitern sowie von Funktionären der drei Arbeiterparteien⁷ gemeinsam getragen.

Am 6. November entstand aus vier Vertretern der USPD und dreien der Linksradiكالen als erstes Revolutionsorgan ein Aktionsausschuss, in den Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie nicht aufgenommen wurden. Am Vormittag des 7. November wählten die Arbeiter aller Betriebe ihre Arbeiterräte und deren Vertreter für den Bremer Arbeiterrat. Nach einer Massendemonstration mit ca. 30 000 Teilnehmern am Nachmittag konstituierte sich am Abend der Bremer Arbeiterrat mit einem erweiterten Aktionsausschuss aus

⁶ Vgl. den Text der Resolution in P. Kuckuk, wie Anm. 1, S. 305.

⁷ Wenn von drei Arbeiterparteien die Rede ist, dann sind außer SPD und USPD die Linksradiكالen gemeint, die in dem 1916 aus der SPD ausgeschlossenen Sozialdemokratischen Verein Bremen organisiert waren. Am 23. November benannten sie diesen in „Internationale Kommunisten Deutschlands, Gruppe Bremen“ um. Erst in der zweiten Dezemberdekade entstand auf einer Reichskonferenz der Linksradiكالen in Berlin eine parteiähnliche, regional übergreifende Organisation der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“.

zehn Mitgliedern der USPD und fünf Linksradi kalen. Zum 1. Vorsitzenden wählten sie Henke, zu seinem Stellvertreter Johann Brodmerkel von den Linksradi kalen. Johann Knief befand sich zu dieser Zeit noch als Schutzhäftling in Berlin. Am 8. November kooptierte der Ausschuss, um den Fachleutemangel zu beheben, sechs Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder der SPD waren. Unabhängige und Linksradi kale gaben dadurch ihre Dominanz keineswegs auf. Am Ende von Umstrukturierungen und Personenwechseln bestand der Aktionsausschuss aus je acht Vertretern der USPD und der Linksradi kalen sowie sechs Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie. Hinzu kamen zwei Vertreter des Bremer Soldatenrats mit beratender Stimme.

Zwischen dem Bremer Arbeiterrat und dem Soldatenrat entwickelte sich kaum eine gedeihliche Zusammenarbeit. Im Soldatenrat dominierten Garnisonssoldaten des Landheeres über die an Zahl abnehmenden Matrosen. Ende November beschwerte sich der Soldatenrat über die „linksradi kale Ausrichtung“ des Arbeiterrates, wohingegen er eine „rechtssozialistische Ausrichtung“ vertrete, ein sinnfälliger Ausdruck für die Lähmung der Rätebewegung, die allerorten sehr schnell zum Ort parteipolitischen Streits wurde und entsprechende fraktionale Organisationsformen hervorbrachte.

Die Matrosen jedoch behielten ihr hohes Ansehen als Initiatoren der Revolution. Als die Revolutionsorgane das Waffentragen nur politisch zuverlässigen Arbeitern gestatteten, durften die ehemaligen Matrosen der Schiffe „Helgoland“ und „Thüringen“ ihre Waffen behalten. Die Leitung des Sicherheitsdienstes übertrug der Soldatenrat einem Matrosen. Sie stellten auch einen großen Teil der Straßenpatrouillen während der Revolutionstage. Ihre Zahl aber verringerte sich seit den ersten Tagen des Aufstandes. Bereits am 9. November hatten mehrere Hundert mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnete Matrosen in einem Sonderzug Bremen verlassen, um in Städten des Binnenlandes revolutionäre Arbeiter bewaffnet zu unterstützen.

In Bremen spielten revolutionäre Matrosen erst wieder eine wichtigere Rolle, nachdem Johann Knief am 18. November 1918 in seiner Heimatstadt eingetroffen war. Aufständische hatten den in Berlin als Schutzhäftling gefangen gehaltenen Kopf der Bremer Linksradi kalen befreit. Auf dem Weg nach Bremen besuchte er zunächst eine der stärksten Gruppen der Linksradi kalen in Dresden, dann aber Cuxhaven, den Kriegshafen für die Minenabwehr- und Sperreinheiten der Marine. Dort dienten Anfang November 1918 15 000 Mariner auf Schiffen, bei der Küstenartillerie, in Werkstätten und Lagern. Die Ereignisse in Kiel waren für Karl Baier und das von ihm gelenkte Vertrauensleutesystem das Signal für den Aufstand. Die Matrosen verbanden sich mit den Arbeitern der Stadt und bildeten einen gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrat mit zwei Vorsitzenden, einem aus dem militärischen, einem aus dem zivilen Bereich. Dieser Rat ging mit besonderer revolutionärer Konsequenz vor. Er setzte alle Offiziere ab, übernahm die Funktionen des örtlichen Staatsapparats und die militärische Befehlsgewalt zur Sicherung der Revolutionsergebnisse. Von Cuxhaven gingen auch wesentliche Impulse zur Zentralisierung der revolutionären Potenzen der Matro-

senbewegung im regionalen wie im Reichsmaßstab aus, so die Bildung des Obersten Marinerrates Niederelbe und des Zentralrats der Marine, des so genannten 53er-Ausschusses, im Reichsmarineamt in Berlin. In Cuxhaven, wo Karl Baier und Eugen Lieby an der Spitze der Matrosen standen und die Linksradikalen unter den Matrosen einen Rückhalt besaßen, wie an keinem anderen Standort, konnte Knief hoffen, militärische Unterstützung für seinen Kurs zu finden. Sein erklärtes Ziel war, die begonnene bürgerlich-demokratische Umwälzung unter wachsendem Einfluss der Internationalen Kommunisten Deutschlands in den Sturz der bisherigen Gesellschaftsordnung überzuleiten und eine als Diktatur des Proletariats bezeichnete sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Dieser Konzeption lag freilich eine illusionäre Einschätzung der Situation zugrunde. Die Möglichkeiten der sich im Kurs auf eine bürgerlich-demokratische Nationalversammlung vereinigenden Konterrevolution wurden unterschätzt, der mögliche Einfluss der Internationalen Kommunisten auf die Arbeiterbewegung zugleich bei weitem überschätzt. Das verführte Knief und seine Anhänger zu der Auffassung, es sei eine Diktatur des Proletariats möglich und anzustreben, mit der eine Minderheit, die kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse, im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft, die diesem Weg noch nicht zu folgen bereit war, die Macht ausüben muss und kann.⁸

In Cuxhaven wurde Knief nicht enttäuscht. Aus dem Treffen mit seinen Anhängern unter den Matrosen entwickelte sich eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen Knief und Eugen Lieby. Aus ihr erwuchs, wenn man so will, so etwas wie der militärische Arm der Bremer Linksradikalen. Lieby sorgte nicht nur für Waffen, die in Bremen in die Hände linksradikal orientierter Arbeiter gelangten, sondern gewann auch Matrosen für den Einsatz in Bremen. Knief revanchierte sich mit Vorträgen vor den Matrosen in Cuxhaven. Matrosen sicherten seinen Hin- und Rückweg. Knief unterstützte die Redaktion des Organs des Soldatenrats in Cuxhaven „Die neue Zeit“ und verzichtete auf Aufwandsgeld, das ihm der Soldatenrat später als Beihilfe für die von Knief ab 27. November 1918 herausgegebene Tageszeitung „Der Kommunist“ überwies. Karl Baier unterstützte die Bremer Linken auch von Berlin aus. Als Mitglied des Zentralrats der Marine sicherte er den Druck einer von Johann Knief unter dem Pseudonym Peter Unruh verfassten Broschüre in der Berliner Admiralsstabsdruckerei, die dem Reichsmarineamt unterstand. In dieser Schrift, die freilich erst im Januar 1919 ausgeliefert werden konnte, hatte Knief im Dezember 1918 unter dem Titel „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“ sein Revolutionskonzept zusammenfassend dargestellt.

Als der Versuch, die Revolution in Bremen diesem Konzept folgend voranzutreiben, am 10. Januar 1919 in die Proklamation der Bremer Räterepublik

⁸ Vgl. hierzu Gerhard Engel: Demokratie in Theorie und Praxis der Bremer Linksradikalen, in: Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S. 98-106.

mündete, begann der letzte Akt der Beteiligung von Matrosen am Revolutionsgeschehen in Bremen. Anfang Februar rückten Regierungstruppen auf Bremen vor, um zum entscheidenden militärischen Schlag gegen die Verteidiger der Räteherrschaft auszuholen. Nach eigener Aussage vor Gericht stellte sich Eugen Lieby auf Befehl des Cuxhavener Soldatenrats an die Spitze einer Hilfsexpedition von Matrosen, die auf Seiten der bewaffneten Arbeiter in den Kampf um Bremen eingriffen. Die Verteidiger übertrugen ihm den Oberbefehl.⁹ Als Lieby am 4. Februar den Beschluss der Räteregierung unterschrieb, wonach die Kämpfe gegen eine Übermacht wegen der unnötigen Opfer einzustellen seien, hatte er die Kontrolle über seine Streitmacht bereits verloren. Noch am Abend kämpften Arbeiter weiter bis zu ihrer endgültigen Niederlage.

Eugen Lieby, nun steckbrieflich gesucht, kehrte zunächst nach Cuxhaven zurück und hielt sich dann in Hamburg und Braunschweig auf. Ende März war er einer der letzten Besucher Kniefs, der seit der Jahreswende 1918/19 schwer erkrankt war. Knief starb am 6. April. In dem demonstrativen Trauerzug der Bremer Arbeiter am 9. April marschierte Lieby an der Seite Heinrich Vogeler, als Kriegsinvaliden Eugen Brauner verkleidet, hinter dem von Matrosen in Galauniform eskortierten Sarg mit Kniefs Leichnam. Im Mai hielt sich Lieby bei Heinrich Vogeler in Worpsswede auf, wo ihn ein Großaufgebot von Militär und Polizei vergeblich suchte.¹⁰ Im Juni 1919 stand er vor dem Kriegsgericht in Bremen. Danach verliert sich seine Spur.

Im Unterschied zu Karl Baier, dessen biographische Daten lexikalisch erfasst sind und der auch Erinnerungen veröffentlichte,¹¹ gibt es über den Matrosenführer Eugen Lieby keine biographischen Untersuchungen. Das ist zu bedauern, da man aus dem biographisch erhellten Mikrokosmos Einzelner bedeutende Einblicke in den Makrokosmos der Entwicklungen während ihrer Lebenszeit zu gewinnen vermag.

Wie wir sahen, waren die „Blaujacken“ in Bremen zwar nicht die Impulsgeber oder gar die Programmautoren des revolutionären Geschehens. Dennoch spielten sie keine zu unterschätzende Rolle. Besonders auffällig war die Nähe eines Teils der Matrosenbewegung zum äußersten linken Flügel der Arbeiterrevolutionäre.

Zum Schluss seien einige Bemerkungen zu einem allgemeinen Problem, zum Zusammenhang von Matrosen- und Arbeiterbewegung in der Revolution 1918/19, angefügt.

Natürlich ist dieser Zusammenhang in der Forschungsliteratur mitunter benannt worden, aber detaillierter untersucht wurde die Frage, warum gerade die Matrosen der kaiserlichen Kriegsflotte die Impulsgeber der Revolution wurden, ei-

⁹ Vgl. Staatsarchiv Bremen, 4,65-1519, unpag.

¹⁰ Vgl. <http://www.physiologus.de/hausdurch.htm> (Aufruf 23. Februar 2016).

¹¹ Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2006, S. 71 f.; K. Baier, wie Anm. 5.

gentlich kaum. Einer der Matrosenführer während der Flottenmeuterei 1917, Willy Sachse, wie Reichpietsch und Köbis zum Tode verurteilt, aber zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt, 1944 von den Nazis enthauptet, hat bereits 1925 in seiner Schrift „Deutschlands revolutionäre Matrosen“ auf wesentliche Besonderheiten der Schiffsbesatzungen im Vergleich zu den Landtruppen hingewiesen.¹² In manchen Revolutionsdarstellungen werden die besondere soziale Zusammensetzung der Schiffsmannschaften und deren Folgen für den politischen Habitus der Matrosen zwar erwähnt,¹³ doch wird die Matrosenbewegung kaum dezidiert als Arbeiterbewegung behandelt, nämlich von Arbeitern in Marinekluft.

Tatsächlich war die Matrosenschaft ein Spiegelbild der Vorkriegssozialdemokratie und der Entwicklung der sozialdemokratischen Antikriegsbewegung während des Krieges. Die technischen Anforderungen der Kriegsflotte verlangten nach Mannschaften, die Vorbildung in technischen Berufen hatten. Auf den Schiffen benötigte man für die Antriebs- und Waffentechnik qualifizierte Schlosser, Maschinisten, Mechaniker, Heizer usw. Technische Qualifikationen bestimmten Musterung und Aushebung für die Marine. Für die Anforderungen der Seekriegstechnik geeignete Soldaten waren also hauptsächlich in Industriezentren und Werftstädten zu rekrutieren, also dort, wo die soziale und politische Arbeiterbewegung besonders stark entwickelt war. So fanden sich unter den Marinern wesentlich mehr durch die Sozialdemokratie geschulte und in Gewerkschaftskämpfen erfahrene Arbeiter zusammen als in den recht bunt gemischten Landtruppengattungen.

Unter diesen Arbeitern in Blaujacken waren nicht wenige, die gegen ihren Willen für eine von ihnen abgelehnte und bekämpfte Gesellschaftsordnung in den Krieg ziehen mussten, in deren antimilitaristischem Bewusstsein Bebels Wort „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ einen festen Platz hatte. In den Schiffen auf engstem Raum kaserniert, hatten sie beste Kommunikationsmöglichkeiten, den Verlauf des in die Sinnlosigkeit steuernden opferreichen Krieges zu diskutieren. Hier besaßen sie auch ungleich bessere Bedingungen für die Organisation ihres Widerstandes. Ihr in der Arbeiterbewegung gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung gewachsenes Selbstbewusstsein schloss Untertanengeist gegenüber den Offizieren aus, zumal sie sich ihrer Unentbehrlichkeit an Bord durchaus bewusst waren. Ihre eigene Situation wie die Nachrichten ihrer Angehörigen über die rapide Verschlechterung der Lebenslage an der so genannten Heimatfront veranlassten sie, je länger der Krieg dauerte umso mehr Kontakte zur Antikriegsbewegung an Land zu knüpfen. Es verwundert also nicht, dass sich fast alle in Spitzenpositionen der Matrosenbewegung Agierenden zur USPD bekannten, in der sie die sozialdemokratisch organisierte Antikriegsopposition sahen. Zudem ist auffällig, dass der linksradikale Flügel der Arbeiterbewegung unter den Matrosen mehr Parteilänger fand als unter den Feldsoldaten. Das gilt freilich nur für die Stadt

¹² Anti-Nauticus (d. i. Willy Sachse): Deutschlands revolutionäre Matrosen, Hamburg 1925, S. 7-10.

¹³ Siehe z. B. Jakob S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 109 f.

Bremen, nicht für das gesamte Staatsgebiet, also nicht für Bremerhaven und die damals noch preußischen Unterweserorte Geestemünde und Lehe. Dort war die Matrosenbewegung mehrheitssozialdemokratisch dominiert, ihre Forderungen glichen eher einem Friedensprogramm mit demokratischen Detailforderungen als einem Verlangen nach Gesellschaftsumsturz.¹⁴

So liegt die Frage nahe, ob man, wie zumeist in der Literatur, so abgegrenzt von Matrosen und Arbeitern in der Revolution sprechen kann. Leider verfügen wir nicht über spezielle Untersuchungen der sozialen Struktur der Marinemannschaften geschweige denn ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterbewegung vor dem Kriege. Aber fest stehen dürfte, dass sich diese wesentlich von den entsprechenden Strukturen des Feldheeres unterschied.

Die Matrosen in der deutschen Revolution waren in der Hauptsache politisierte Arbeiter, also Matrosen und Arbeiter zugleich. Die Matrosenbewegung war nicht ein Spezialfall militärischer Meuterei und Revolte, sondern inhärenter Bestandteil der Arbeiterbewegung während Krieg und Revolution.

¹⁴ Vgl. Peter Kuckuk: Die Rätebewegung in den Unterweserstädten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe 1918/1921, in: Peter Kuckuk (Hrsg.), Die Revolution 1918/1919 in Bremen. Aufsätze und Dokumente (=Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens 27), Bremen 2010, S. 140 ff.



Nr. 4, Dezember 2016 · 96 · Jahrgang 11 · 4

FORUM

Wissenschaft

Industrie 4.0!
Arbeiten 4.0! Lernen 4.0?

Digitalisierung in Arbeit, Bildung und Wissenschaft

• Bildungswissenschaften verstehen
• Das Schicksal von Elias 1939
• Wissenschaftler erklären den GEFY

bdwi

Forum Wissenschaft 4/2016

Industrie 4.0! Arbeiten 4.0! Lernen 4.0?

Digitalisierung in Arbeit, Bildung und Wissenschaft

- ◆ Alexander Recht / Klemens Himpele: Die Zukunft der Arbeit
- ◆ Sylvia Kuba: PlattformarbeiterInnen als neues Prekariat?
- ◆ Gisela Notz: Digitalisierung und Geschlecht
- ◆ Stefan Christoph: Wissen und Wissenschaft in Zeiten der Digitalisierung

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

„Autonome Marxisten“ – Anmerkungen zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth

Varianten des ‚Postkapitalismus‘ – Literaturbericht, Teil III*

I. Robert Kurz – Das Kapital als „automatisches Subjekt“ der Selbstzerstörung?

„Der Kapitalismus ist am Ende seines Blindflugs durch die Geschichte angelangt.“¹

„Wenn der Gedanke radikaler Kritik durchgehalten werden soll, muss er sich der Verführbarkeit durch sogenannte ‚Praxis‘ entziehen.“²

„Die Aufgaben, die gelöst werden müssen, sind von geradezu ergreifender Schlichtheit.“³

Der 2012 verstorbene Philosoph und Publizist Robert Kurz, Mitherausgeber der Zeitschriften *Krisis* und *Exit*, Verfasser zahlreicher Texte in diesen und anderen Publikationen, war mit seinen beiden Hauptwerken „Der Kollaps der Modernisierung“ (1991) und „Schwarzbuch-Kapitalismus“ (1999) vermutlich der erfolgreichste Schriftsteller des autonomen Linksradikalismus in Deutschland der 1990er Jahre; spätere Bücher waren weniger erfolgreich.⁴ Im Nachruf eines seiner Anhänger wurde er als der „vielleicht letzte marxistische Theoretiker“⁵ bezeichnet. Jedenfalls war er der bisher letzte Autor hierzulande, der unermüdlich das notwendige und zugleich mehr oder minder unmittelbar bevorstehende Ende oder den „Tod des Kapitalismus“⁶ prognostizierte.

* Fortsetzung zu: „Eine Art ‚Commonismus‘“? Varianten des Postkapitalismus, Teil I, in: Z 107 (September 2016), S. 83-97, und: „Offener oder autonomer Marxismus“ – „Mit Marx über Marx hinaus“ – Zum Kommunismus 2.0? Varianten des Postkapitalismus, Teil II, in Z 108 (Dezember 2016), S. 129-144.

¹ R. Kurz, *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft* (1999) 2. Aufl., München 2002, 427.

² R. Kurz, *Der Unwert des Unwissens. Verkürzte „Wertkritik“ als Legitimationsideologie eines digitalen Neo-Kleinbürgertums.* www.exit-online.org/link.php?tabelle=autoren&posnr=321

³ R. Kurz, *Schwarzbuch*, a.a.O., 438.

⁴ R. Kurz, *Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef 2003; ders., *Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranke des modernen warenproduzierenden Systems*, Berlin 2005; ders., *Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie*, Bad Honnef 2012.

⁵ Bahamas, Nr. 66, Sommer 2013. SPIEGEL Online nannte ihn „einen der wichtigsten zeitgenössischen linken Theoretiker in Deutschland“, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/publizist-und-philosoph-robert-kurz-ist-tot-a-845455.html>. Natürlich war Kurz umstritten, ehemalige Sympathisanten nannten ihn einen „Spinner“ (<http://weltkritik.blogspot.de/2012/07/20/robert-kurz-ist-tot-eine-erinnerung/>), seine Arbeiten „Theomurxismus“, so R. Walther, in *trend.onlinezeitung* 3/06.

⁶ R. Kurz, *Der Tod des Kapitalismus. Marxsche Theorie, Krise und Überwindung des Kapitalismus*, Hamburg 2013.

Die Position von Kurz wurde anfangs häufig auf ein einziges Schlagwort reduziert: „Wertkritik“⁷, später wurde diese um die sog. „Wertabspaltungskritik“⁸ erweitert. Bald darauf ist bei Kurz dann vor allem aber von einer notwendigen „Kritik der abstrakten Arbeit“ die Rede, die schließlich in eine „Kritik der Arbeit“⁹ schlechthin mündet. Es lohnt in unserem thematischen Zusammenhang nicht, den Abenteuern der Kurzschen Begriffsakrobatik nachzugehen. Nicht nur mit dem Marxschen Wertbegriff, und insbesondere mit der „abstrakten Arbeit“ (als Substanz des Warenwerts) hat Kurz seine Probleme, sondern auch mit dem der „Kritik“¹⁰, mit der Marxschen Metapher „automatisches Subjekt“ usw.¹¹, alles Termini, mit denen Kurz offenbar suggerieren will, er wolle „mit Marx über Marx hinaus“.¹² Dabei gibt Kurz sich scheinbar bescheiden. „Wir sind nicht klüger als unsere Vorgänger in der Kapitalismuskritik, sondern wir befinden uns in einer anderen, fortgeschrittenen historischen Situation“. Es gelte deshalb, „dem neuen historischen Kontext Rechnung zu tragen und ein *neues theoretisches Paradigma* zu entwickeln, das der vor uns liegenden Epoche entspricht.“¹³

⁷ E. Lohoff, R. Kurz, Was ist Wertkritik? Vgl. <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=16&posnr=129&backtext1=text1.php>. Später kritisierte Kurz u. a. auch seinen damaligen Ko-Autor Lohoff für dessen „verkürzte“ Wertkritik. Vgl. Fn 2. Vgl. E. Lohoff, Der Wert des Wissens. Grundlagen einer Politischen Ökonomie des „Informationskapitalismus“, in *Krisis* 31, 2008.

⁸ „Ein Hinweis zur Terminologie: ‚Wertkritik‘ ist die bereits im Kollaps der Modernisierung vertretene, an Marx unmittelbar anknüpfende Fundamentalkritik der kapitalistischen Basiskategorien. ‚Wert-Abspaltungs-Kritik‘ ist die darüber hinausgehende, 1992 von Roswitha Scholz eingeführte Synthese von Marxscher Kritik der politischen Ökonomie und feministischer Kritik, die das hierarchische Geschlechterverhältnis als für die Wertvergesellschaftung konstitutiv kennlich macht...“ C. P. Ortlieb, Ein Vorwort zur Erinnerung an Robert Kurz, 1943-2012 in: R. Kurz, *Der Tod des Kapitalismus*, a.a.O., 14. Vgl. auch R. Scholz, *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats*, Bad Honnef 2000.

⁹ Vgl. Gruppe *Krisis*, *Manifest gegen die Arbeit*, <http://www.krisis.org>; R. Kurz, N. Trenkle, *Die Aufhebung der Arbeit*. Ein anderer Blick in das Jenseits des Kapitalismus, aus: R. Kurz, E. Lohoff, N. Trenkle (Hg.), „Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit“, Hamburg 1999.

¹⁰ „Kritik muss prinzipiell negativ sein, und nur aus der grundsätzlichen Negation heraus kann eine alternative Praxis entstehen.“ (Vgl. Fn 3, a.a.O.) Ob Kurz auf diese Weise auch mit Adorno über Adorno hinaus wollte, muss offen bleiben. Jedenfalls deutet er damit das Prinzip seiner kritischen Kritik an, das ihn nicht nur in der Polemik mit seinen Gegnern antrieb, sondern auch bei der Diskussion mit Genossen in einen permanenten Überbietungswettbewerb führte. Kurz’ „grundsätzliche Negation“ ist stets total. Die „bestimmte Negation“! ebenso wie die dialektische Negation der Negation, die allererst eine wirkliche Bewegung hervorbringt und stets ein Moment der Selbstreflexion und Selbstkritik enthält, ist ihm stets fremd geblieben. In dieser Hinsicht ähnelt die philosophische Position von Kurz sogar der – ansonsten ganz anderen – von Antonio Negri.

¹¹ Zur „abstrakten Arbeit“ vgl. K. Müller, *Historizität und Messbarkeit der abstrakten Arbeit*, in *Z* 107 (September 2016), S. 146-160. Zum Wertbegriff: D. Wolf, *Zur Konfusion des Wertbegriffs*, Hamburg 2004; zum „automatischen Subjekt“ vgl. M. Sommer, D. Wolf, *Automatisches Subjekt*, in: dies., *Imaginäre Bedeutungen und historische Schranken der Erkenntnis*. Eine Kritik an Cornelius Castoriadis, Hamburg 2008.

¹² Vgl. *Kapitalismuskritik für das 21. Jahrhundert*. Mit Marx über Marx hinaus: Das theoretische Projekt der Gruppe „EXIT!“ Vgl. <http://www.exit-online.org/text.php?tabelle=selbstdarstellung>.

¹³ Ebd. (Hervorh.-WG).

Dieser neue historische Kontext ist nach Kurz einerseits durch das dramatische Scheitern des „Arbeiterbewegungs-Marxismus“ (spätestens 1989) und andererseits den Übergang des Kapitalismus in das Stadium einer „Dritten industriellen Revolution“ (zu Beginn des 21. Jh.) gekennzeichnet. Dadurch sei erstmals eine endgültige, „aufhebende“ (im Sinne von überwindende) Kritik aller auf „abstrakter Arbeit“ beruhenden warenproduzierenden Gesellschaftsform(en)¹⁴ notwendig und möglich geworden.

Was sind die Voraussetzungen, worin besteht der wesentliche Kern einer nicht mehr auf (abstrakter) Arbeit beruhenden Gesellschaft und wie stellt Kurz sich die Subjekte (Akteure) und die Formen (Institutionen) des Übergangs zu dieser neuen Formation vor? Für Kurz war der Zusammenbruch des „Realsozialismus“¹⁵ insofern eine Voraussetzung der neuen Formation – für die er übrigens keinen spezifischen Namen hat – als damit nämlich nur eine bestimmte, „staatskapitalistische“ Variante der warenproduzierenden Gesellschaftsformation verschwunden sei, deren nur oberflächlich verborgener Sinn in der „Modernisierung“ ökonomisch und kulturell zurückgebliebener Länder bestanden habe.¹⁶ Zugleich aber kündige das unrühmliche Ende dieses vergeblichen Versuchs nachholender Modernisierung mittels des Staates die endgültige Krise der nunmehr (fast) ausschließlich auf privat- oder konkurrenzkapitalistischer Warenproduktion beruhenden „Weltökonomie“ an.¹⁷ Diese endgültige Krise beruht nach Kurz letztlich auf der Entwicklung der immanenten Widersprüche dieses globalen Systems selbst, die mit der „Dritten industriellen Revolution“ ihren Höhe- und zugleich Wendepunkt erreicht hätten – und an der zuerst dessen „schwächstes Glied“, der „Staatskapitalismus des Ostens“, gescheitert war. Der eigentümliche Kern oder das Wesen der „Dritten industriellen Revolution“ – die Kurz selbst zwar wortreich, aber eher abstrakt beschreibt – besteht seiner Auffassung nach darin, dass sie „die Arbeit“ auf-

¹⁴ Darunter versteht er die explizit kapitalistischen Gesellschaften des „Westens“ ebenso wie die sich einst selbst als „realsozialistisch“ bezeichnenden Gesellschaften des „Ostens“. Selbst die erst zu Beginn des neuen Jahrhunderts scheinbar hoffnungsvoll gestarteten Projekte eines „Sozialismus für das 21. Jahrhundert“ in Lateinamerika will er davon keineswegs ausnehmen. „Diese ‚nostalgischen Revivals der Dritte-Welt-Revolutionenromantik‘“ hätten keinerlei „welthistorische gesellschaftliche Eigenperspektive. ... Vielmehr handelt es sich bei ihnen um Abfallprodukte der Globalisierung wie das allein von der Explosion des Ölpreises gesponserte vulgärmarxistische Caudillo-Regime von Chavez in Venezuela, das sich mit dem antisemitischen Islamismus verbündet, oder um ethno-populistische Strömungen wie diejenige der mexikanischen Zapatistas, die das gegenstandslos gewordene nationale Entwicklungsprogramm in eine basisdemokratische folkloristische Selbstverwaltung des Elends verwandelt haben.“ Vgl. Fn 6, A.a.O.

¹⁵ Ebenso wie übrigens der gesamten „klassischen“ Arbeiterbewegung.

¹⁶ Eine These, die sich auch auf die Entwicklung des chinesischen Modells anwenden ließe, von Kurz aber allenfalls nebenbei, wie selbstverständlich, vertreten wird. Vgl. dazu etwa R. Kurz, „Der Tod des Kapitalismus“ (Fn 28) wo China umstandslos dem globalen System des Kapitalismus zugeordnet wird.

¹⁷ Vgl. R. Kurz, *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*, Frankfurt/M. 1991.

hebt¹⁸, und damit das System der auf „abstrakter Arbeit“ (und Wert) beruhenden Warenproduktion.¹⁹

Jenseits des Kapitalismus: Die Aufhebung der Arbeit

Allerdings führt das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ (Hannah Arendt) nach Kurz nur bis an eine Grenze der Verwertung „abstrakter Arbeit“, nicht jedoch zur realen Überwindung der darauf basierenden Gesellschaftsformation. Falls es den von diesem System massenhaft ausgestoßenen und marginalisierten Individuen nicht gelingt, ein alternatives „emanzipatorisches Projekt“ zu entwickeln und durchzusetzen, droht es langfristig in einem Sumpf der Regression und Barbarei zu versinken.²⁰

Rezepte für ein emanzipatorisches Projekt könne es jedoch nicht geben, der Wunsch danach sei selbst noch in den kapitalistischen Kategorien befangen. Die Befreiung fange nicht „mit dem Abspulen eines vorgedachten Programms an, sondern mit der sozialen Rebellion gegen die unverschämten Zumutungen von ‚Marktwirtschaft und Demokratie‘. Radikale theoretische Kritik und Rebellion müssen zusammenkommen ... Es bedarf eines weltweiten sozialökonomischen ‚Maschinensturms‘ gegen die ... grauenhaft häßliche Weltmaschine des Kapitals.“ Dabei seien „die Aufgaben, die gelöst werden müssen, ... von geradezu ergreifender Schlichtheit.“ Kurz, knapp und schlicht skizziert unser Autor die globalen Probleme des gegenwärtigen Zeitalters. Es gehe „erstens darum, die real und in überreichem Maße vorhandenen Ressourcen an Naturstoffen, Betriebsmitteln und nicht zuletzt menschlichen Fähigkeiten so einzusetzen, daß allen Menschen ein gutes, genußvolles Leben frei von Armut und Hunger gewährleistet wird. Unnötig der Hinweis, daß dies längst mit Leichtigkeit möglich wäre, würde die Organisationsform der Gesellschaft diesen elementaren Anspruch nicht systematisch verhindern.“ So geht es dann weiter. Alles kein materielles, kein technisches oder organisatorisches Problem, sondern lediglich eine „Bewußtseinsfrage“; man müsse sich nur die Folgen der liberalen „Gehirnwäsche“ aus dem Kopf schlagen.²¹

Dazu bedürfe es allerdings der Rückbesinnung auf jahrhundertalte Sozialutopien und Sozialrevolten, gewissermaßen einer reflektierten „Rückkehr in die

¹⁸ Vgl. Fn 4.

¹⁹ Das zentrale Merkmal der Dritten industriellen Revolution konnte es dann nur noch [im Vergleich zur ersten und zweiten i.R. – WG] sein, die menschliche Arbeitskraft im industriellen Produktionsprozeß überhaupt überflüssig zu machen, sie durch gesteuerte Automaten und Informationssysteme „wegzurationalisieren“. R. Kurz, *Schwarzbuch Kapitalismus* (Fn 1), 346; darin insgesamt: *Die Geschichte der Dritten industriellen Revolution*, a.a.O., 338-437.

²⁰ „Bleibt die radikale Gegenbewegung aus, ist das Resultat die unaufhaltsame Entzivilisierung der Welt, wie sie jetzt schon überall sichtbar wird.“ A.a.O., 443f. Vgl. ausführlicher: *Die Dämonen erwachen*, 427-437.

²¹ Alles: Epilog, in: a.a.O., 438f. Es ist einigermaßen grotesk zu lesen, dass Kurz, der nicht müde wird, den Fetischcharakter der Warenwelt und der ihr entsprechenden Kategorien zu betonen, nunmehr zu glauben scheint, die dadurch objektiv verursachte „verkehrte“ Wahrnehmung der Welt stattdessen auf die „Gehirnwäsche“ durch den Liberalismus zurückführen zu können.

Zukunft“: „Die Dritte industrielle Revolution setzt unausweichlich das Problem auf die Tagesordnung, an dem die alten Sozialrevolten gegen das Terrorsystem der abstrakten ‚Arbeit‘ gescheitert sind. Natürlich kann es kein Zurück in diese gesellschaftlichen Konstellationen und kein Anknüpfen an den Bewußtseinsstand dieser Revolten geben. Aber auf einer viel höheren Entwicklungsstufe stellt sich erneut die Frage, wie die Produktivkräfte, ... organisiert werden können, in die Form einer bewußten Verständigung der Gesellschaftsmitglieder zu bringen sind, statt von einem blinden und anonymen Mechanismus gesteuert zu werden.“²² Auch diese Frage ließe sich durch historische Rückbesinnung für die Zukunft beantworten. „Der Gedanke einer permanenten gesellschaftlichen Beratung über den Einsatz der Ressourcen verweist schon auf ein mögliches institutionelles Gefüge, das ‚Marktwirtschaft und Demokratie‘ [wohlgemerkt: beides – WG] ablösen könnte: nämlich eben ‚Räte‘, beratende Versammlungen aller Gesellschaftsmitglieder auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Reproduktion. Sich einfach versammeln und die Dinge in die eigene Hand nehmen ... Die historischen, immer nur kurzlebigen Ansätze von ‚Räten‘ seit der Pariser Commune sind daran gescheitert, daß sie in den kapitalistischen Kategorien von abstrakter ‚Arbeit‘, Geldform, Marktvermittlung und ‚Politik‘ befangen blieben, also ihren eigenen Gesichtspunkt gegen die herrschenden Fetischformen nicht geltend machen konnten. Unter den Bedingungen der Dritten industriellen Revolution könnten ‚Räte‘ dagegen tatsächlich nur noch an die Stelle von Geldform und anonymen Märkten treten. Die Mikroelektronik stellt dafür gleichzeitig die Möglichkeit einer allseitigen kommunikativen Vernetzung bereit, die alle Herrschaftszentren ‚vertikaler‘ [‚hierarchischer‘ – WG] Menschenverwaltung leicht aushebeln kann.“ Es bedürfe „einer bewußten ‚Palaverkultur‘; also genau das, was für Ford und Lenin der Horror eines ewigen ‚Gequatsches‘ war, das ihre schöne Gesellschaftsmaschine beeinträchtigen könnte. Genau darum geht es: alles zu bereden und abzuwägen, statt sich einer blinden und zerstörerischen abstrakten Leistungsmaschine zu unterwerfen und als deren Rädchen zu funktionieren. Zeit für das Palaver stünde übergenug zur Verfügung; und zwar nicht nur durch die Produktivkräfte der Dritten industriellen Revolution, sondern auch durch die Perspektive, alle destruktiven und unsinnigen Produktionen ersatzlos stillzulegen, die nur der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems dienen.“²³ Ob diese ebenso wortgewaltigen wie inhaltlich ‚ergreifend schlichten‘, um nicht zu sagen ‚romantischen‘ Überlegungen²⁴ freilich die ‚Massen‘ des 21. Jh. zu ergreifen vermögen, muss angesichts der seitherigen Weltläufe mit Gründen bezweifelt werden.²⁵

²² A.a.O., 441.

²³ Ebd.

²⁴ Etwas ausführlicher, aber kaum weniger ‚romantisch‘ die Ausführungen von Kurz (gemeinsam mit Norbert Trenkle) zu „Von der Enteignung zur Aneignung“ und „Elemente einer Aneignungsbewegung“ in: dies., Die Aufhebung der Arbeit. Ein anderer Blick in das Jenseits des Kapitalismus, (Fn 9) a.a.O.

²⁵ „Die Weltkrise der Dritten industriellen Revolution trifft auf kein emanzipatorisches Projekt

Am Ende seines „Schwarzbuchs“ scheint Kurz dies selbst geahnt zu haben. „Selbst wenn es nur wenige sind, die im Zerfallsprozeß des Kapitalismus eine neue innere Distanz gewinnen können: Es ist immer noch besser, Emigrant im eigenen Land zu werden, als in den inhaltslosen Plastikdiskurs der demokratischen Politik einzustimmen.“ Hielte man Robert Kurz dazu für fähig, so könnte man beim Lesen des letzten Satzes in diesem ‚radikalen‘ Werk vermuten, der Autor habe ihn in einem unerwarteten Anflug resignierender Selbstironie formuliert: „Die Gedanken sind frei, auch wenn sonst gar nichts mehr frei ist.“²⁶

Dabei wäre es eher nötig gewesen, dass Kurz sich selbst von der fixen oder metaphysischen²⁷ Idee einer „absoluten Schranke“ des Kapitalismus befreit hätte. Dies ist ihm allerdings nie gelungen. Einige Jahre später bemerkte er, dass das „atemberaubende Tempo“ der historischen Entwicklung, den „Reflexionsstand [gemeint ist sein eigener – WG] von Mitte der 90er Jahre längst überholt“ hat.²⁸ Gemeint war zunächst noch nicht in erster Linie der anhaltende Prozess der Globalisierung des Kapitals zum „Weltkapital“, als vielmehr die in diesem Prozess sich vollziehende Wandlung des traditionell nationalen Imperialismus zu einem „post-nationalen Sicherheitsimperialismus“²⁹, die den empirischen Rahmen bilde für die eigentliche, notwendig aber theoretische Analyse des „Weltkapitals“. Auch wenn sich diese Analyse als Resultat der Globalisierung nicht auf der abstrakten Ebene des „Kapitals im Allgemeinen“, sondern auf eine bestimmte historische Konkretionsstufe beziehe, so fielen diese methodische Konkretion doch nicht mit einer bloß historisch-empirischen Beschreibung zusammen, wie sie etwa von der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins versucht worden wäre.³⁰ Jede Stufe historischer Konkretion müsse sich mit den Gesetzen des „Kapitals im Allgemeinen“ theoretisch vermitteln lassen, so dass der konkrete Prozess der Globalisierung und speziell die globale Finanzialisierung des Kapitals letztlich als bloßer Versuch zu begreifen sei, die innere Schranke der Kapitalverwertung immer weiter hinauszuschieben, ohne sie freilich je überwinden zu können.

Auch in seinem letzten Buch hielt Kurz an der Idee einer „absoluten inneren Schranke“ des Kapitals als eines historischen, wenngleich zukünftigen Faktums, wenn nicht Fatums, fest.³¹ Man dürfe sich eben den Zusammenbruch

mehr, das als gesellschaftliche Alternative mobilisierbar wäre.“ A.a.O., 427. „Es ist fast müßig, sich die Frage zu stellen, auf welche Weise eine neue radikale Kapitalismuskritik ... zur gesellschaftlichen Massenbewegung werden kann. Denn das ist eine Frage, die nur durch die Tat zu entscheiden ist.“ A.a.O., 441.

²⁶ A.a.O., 444.

²⁷ D.h. der hegelianischen Idee, wonach die Wirklichkeit dem Begriff zu folgen habe, und nicht etwa umgekehrt.

²⁸ R. Kurz, Das Weltkapital, a.a.O., 8.

²⁹ Vgl. R. Kurz, Weltordnungskrieg. (Fn 4).

³⁰ Vgl. zur Kritik an Wallerstein R. Kurz, Weltkapital ..., 35-80.

³¹ R. Kurz, Geld ohne Wert, (Fn 4) Um Missverständnisse zu vermeiden sei hier vermerkt, dass auch die beiden zuletzt genannten Arbeiten von Kurz neben dogmatischen Wiederholungen und z.T. wenig überzeugenden Polemiken gegen vermeintliche Konkurrenten auch eine Viel-

des Kapitalismus nicht in Analogie zum Tod eines Individuums vorstellen. „Ein globales gesellschaftliches System, das sich in mehreren hundert Jahren herausgebildet und entwickelt hat, kollabiert sicherlich anders als ein physisches Individuum; es hat eine andere Dauer, bis das Gesamtsubjekt der Verwertung sozusagen auf dem Boden aufschlägt. ... Wenn sich die radikale Krisentheorie bestätigt, wird sich für spätere Historiker (...) das Erreichen der inneren Schranke tatsächlich auf eine Zäsur zusammenziehen, die in der historischen Zeit gewissermaßen als Punkt erscheint, während sie ein Menschenalter einschließen kann. ... In diesem Sinne ist die historische Zeit des Kapitalismus abgelaufen.“³² Im Ergebnis scheint damit die „radikale Krisentheorie“ von Robert Kurz sich kaum von der von ihm kritisierten Perspektive des Historikers Wallerstein zu unterscheiden, freilich ohne dessen Einsicht in die Notwendigkeit von sozialen Kämpfen real existierender Menschen und Menschengruppen.³³ (Vgl. Teil I dieses Literaturberichts).

II. Karl-Heinz Roth – Gegen das „Elend der Theorie“³⁴ – Für ein „Aktionsprogramm“ des sozialen Widerstands gegen die „Verelendung“ in Europa³⁵

Der Arzt und Sozialhistoriker Karl-Heinz Roth, Aktivist, Autor zahlreicher Schriften³⁶ und Herausgeber verschiedener Zeitschriften³⁷ sieht sich selbst als

zahl interessanter historischer Details und Interpretationen enthalten, die durchaus lesenswert und diskussionswürdig sind.

³² A.a.O., 362f.

³³ Gut zwölf Jahre nach dem Erscheinen des „Schwarzbuchs“ und vier Jahre nach dem Ausbruch der größten Krise des Kapitalismus seit 1929 fiel Kurz zur Frage des Subjekts der Überwindung des Kapitalismus resp. der Warenproduktion, der Kämpfe und der Programmatik des Übergangs zu einer neuen Gesellschaftsformation substanziell immer noch nicht mehr ein als er dort formuliert hatte. (Vgl. oben, S. 4f.) Wie sehr er sich der Dürftigkeit seiner Argumentation wenigstens halbwegs bewusst war, zeigt der schon fast verzweifelt anmutende Versuch, sich gegen seine Kritiker in dieser Frage zu verteidigen. Vgl. die posthum erschienenen Fragmente „Krise und Kritik“ in: Exit, Nr. 10 (Teil I) 26-61, Nr. 11 (Teil II) 64-111.

³⁴ M. van der Linden/K. H. Roth (Hg.), Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin/Hamburg 2011, 557. Die Autoren greifen hier auf eine polemische Schrift von E. P. Thompson zurück (vgl. ders., Das Elend der Theorie: Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/M., New York 1980.) Thompsons Kritik richtete sich vor allem gegen bestimmte zeitgenössische linke Strömungen wie den „Althusserianismus“, aber auch gegen die „Frankfurter Schule“. „Ob Frankfurter Schule oder Althusser, sie sind geprägt durch die sehr starke Betonung, die sie auf den unentrinnbaren Druck ideologischer Herrschaftsformen legen, auf eine Herrschaftsform, die jeglichen Raum für Initiative und Kreativität der Masse der Menschen zerstört, eine Herrschaft, von der sich nur eine aufgeklärte Minderheit von Intellektuellen freikämpfen kann.“

³⁵ K. H. Roth/Z. Papadimitriou, Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa, Hamburg 2013.

³⁶ Darunter Texte zur Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, zum deutschen und internationalen Faschismus u.a. Themen, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

„Wanderer zwischen verschiedenen Restströmungen der allmählich ergrauten ‚neuen‘ Linken“.³⁸ Insofern Roth sich um die kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit anderen Gruppierungen der Linken bemüht, nimmt er innerhalb des Spektrums der ‚autonomen Marxisten‘ eine Sonderrolle ein. Als empirisch orientierter Historiker kann er in vieler Hinsicht als Antipode zum ‚philosophisch‘³⁹ inspirierten Theoretiker Robert Kurz angesehen werden. Während für Kurz historische Tatsachen (einschließlich der Arbeiterkämpfe) allenfalls zur Illustration seiner theoretischen Ableitungen dienen, begreift Roth sie als Dokumente einer realen Bewegung innerhalb der sozialen Welt.

Wenn einer von den hier zu behandelnden „autonomen“ Autoren, den von Kurz als Vorwurf gemeinten Titel „Arbeiterbewegungs-Marxismus“ verdiente, dann am ehesten Roth. Allerdings, Roths Arbeiterbewegung ist vor allem die „andere Arbeiterbewegung“⁴⁰, d. h. vornehmlich die der nicht in „reformistischen“⁴¹ Gewerkschaften und Parteien organisierten Arbeiter, also die Bewegung der spontan und autonom gegen die Herrschaft des (globalen) Kapitals (*weltweit kämpfenden Arbeiterklasse*). Insofern steht Roth im Prinzip auch heute noch eher den Positionen des klassischen Operaismus nahe, die er jedoch – ähnlich wie der „post-operaistische“ Negri – um die globale Dimension des Kampfs der „Weltarbeiterklasse“ erweitert.

³⁷ Mitbegründer der ehemaligen, an italienische (operaistische) und an deutsch-anarchistische Vorbilder anknüpfenden und schließlich nach inneren Streitigkeiten (vgl. Wildcat Nr. 39, 1986, 37-41) eingestellten Zeitschrift „Autonomie“ (Neue Folge). Vgl. Frombeloff (Hg.) ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993; Spätere Zeitschriften: Von 1997 bis 2002: „1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts“; von 2002 bis 2009: „Sozial.Geschichte – Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts“; seit 2009: „Sozial.Geschichte Online“ (mit wechselnden Redaktionen).

³⁸ K. H. Roth, Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg 2005, 12f.

³⁹ Für Roth galt Kurz schon in den frühen 1990er Jahren als „eschatologische(r) Manichäer“, mit dem nicht zu diskutieren sei, weil „am Ende nicht mehr herauskommen würde als eine intellektuell-schaukämpferische Selbstinszenierung ohne jeglichen politischen Gebrauchswert ...“. Vgl. K. H. Roth (Hg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994, Vorwort, 7.

⁴⁰ K. H. Roth, Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974. Diese frühe Arbeit von Roth ist noch weitgehend geprägt von dem Ultraradikalismus jener Jahre. „Die bundesrepublikanische Klassengesellschaft lebt in einem permanenten Belagerungszustand. Schwerpunkt des Belagerungszustands ist die Fabrik.“ A.a.O., 263. Dabei beziehen sich die konkreten Beispiele, die Roth heranzieht, soweit sie über Disziplinarmaßnahmen, Stechuhren usw. hinausreichen, vor allem auf Frankreich und Italien, wo zu jener Zeit in vielen Fabriken tatsächlich gewaltförmige Auseinandersetzungen zwischen militanten Belegschaften und Polizei und Werkschutz stattfanden. Verdienstvoll an dieser Publikation ist der umfangreiche dokumentarische Anhang und die ‚kommentierte Kurzbibliographie‘. A.a.O., 269-393.

⁴¹ Und das sind nach Roth, zumindest in den kapitalistischen Zentren, schon seit mehreren Jahrzehnten nahezu alle traditionellen – darunter auch die einst sich selbst als revolutionär verstehenden – Organisationen der Arbeiter(klasse).

Auch Roth will „über Marx hinaus“⁴². Während aber Robert Kurz zumindest dem von ihm so genannten ‚exoterischen‘ Marx vorwarf, die Arbeiterklasse, den Klassenkampf und die Arbeiterbewegung fälschlich als Subjekt einer revolutionären Umwälzung des Kapitalismus angesehen zu haben, kritisiert Roth an Marx – gerade umgekehrt –, dass er die spontane Subjektivität der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe eher vernachlässige und sie vielmehr als bloß abhängige Variable der als autonom betrachteten, durch die Konkurrenz der Kapitale und nicht durch den widerständigen Kampf der Arbeiter induzierten Kapitalbewegung behandelt habe.⁴³ Jedenfalls gelte dies für den Marx des *Kapital*, das auch in der inzwischen vollständig vorliegenden Fassung (MEGA² II) allenfalls ein Torso geblieben sei gegenüber dem ursprünglichen Plan aus dem Jahre 1858.⁴⁴

Nach diesem „6-Bücher-Plan“ sollte das Gesamtwerk zur *Kritik der Politischen Ökonomie* neben dem Buch *Vom Kapital* je ein weiteres Buch zum *Grundeigentum*, zur *Lohnarbeit*, zum *Staat*, zum *Internationalen Handel* sowie abschließend und zusammenfassen zum *Weltmarkt* enthalten. Tatsächlich hat Marx alle diese Thematiken in komprimierter Form schließlich an unterschiedlichen Stellen in die drei Bände des *Kapital* hineingenommen.⁴⁵ Der Vorwurf von Roth lautet nun, dass durch die Integration dieser einzelnen Thematiken in die Untersuchung des Kapitals – insbesondere der Bücher über die Lohnarbeit und den Weltmarkt – das lebendige Subjekt der Lohnarbeit und des Klassenkampfes als „variables Kapital“ der dominierenden Subjektivität (Macht und Herrschaft) des Kapitals untergeordnet worden sei. Hinzu käme, dass das bei Marx vorherrschende Bild der dem Kapital unmittelbar subsumierten „richtigen“ Lohnarbeiter als rechtlich „freie Individuen“ etc. nur „eine Erscheinungsform“ der vom Kapital als „Handelsgut“ angeeigneten Arbeit(skraft) sei.⁴⁶ Es gäbe – auf dem Weltmarkt, d.h. nicht mehr nur im „globalen Süden“, sondern mit der neoliberalen oder post-fordistischen „Rückkehr der Proletarität“ auch innerhalb der kapitalistischen Zentren (der „Triade“ aus USA, Japan, EU) – zahlreiche weitere Formen solcher mehr oder minder unfreier Arbeit. „Wenn wir nun aber annehmen, dass die Marxschen ‚doppelt freien‘ Lohnarbeiter nicht mehr der strategische und privilegierte Teil der Weltarbeiterklasse sind, und dass Sklaven, Kontraktarbeiter, (Schein-)Selbstständige und

⁴² M. van der Linden, K. H. Roth (Hg.), *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, 2. Aufl., Berlin/Hamburg 2011.

⁴³ Wie oben gezeigt, ist dies allerdings eher die Position von Robert Kurz als die von Marx.

⁴⁴ Den Marx in einem Brief an Engels vom 2. April 1858 angekündigt hatte (MEW 29, 312). Vgl. dagegen: W. Jahn, *Ist das „Kapital“ ein Torso? Über Sinn und Unsinn einer Rekonstruktion des „6-Bücher-Plans“ von Karl Marx*, in: *Zur Kritik der politischen Ökonomie – 125 Jahre „Das Kapital“*, hg. von W. Goldschmidt, DIALEKTIK, H. 3, 1992, 127-138. Neuerdings: R. Hecker, R. Sperl, C.-E. Vollgraf (Hg.), *Marx' Sechs-Bücher-Plan. Eine Debatte. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge*, Hamburg 2016.

⁴⁵ So jedenfalls R. Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘*, Bd. I, Frankfurt/Wien 1968, 79-85. Dazu kritisch W. Jahn, a.a.O. 127-129.

⁴⁶ Vgl. dazu T. Kuczynskis *Kritik an Marx' Begriff der ‚Ware Arbeitskraft‘*, ders., *Was wird auf dem Arbeitsmarkt verkauft?*, in: van der Linden/Roth (Fn 2), 383-377.

andere im Kapitalismus theoretisch ‚gleichberechtigt‘ sind, dann hat dies weitreichende Folgen für die Theoriebildung. Denn dann ist wahrscheinlich nicht nur die Marxsche Werttheorie überholt, sondern muss auch die Revolutionstheorie völlig neu durchdacht werden.⁴⁷

Es gelte daher mit Marx über Marx hinauszugehen. Dessen ursprünglicher Plan sei in dem Sinne zu rekonstruieren und durch die historische Erfahrung zu ergänzen, dass die Struktur und Geschichte der Lohnarbeit, d.h. der Entwicklung der modernen Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe erweitert um die Vielzahl der anderen vom Globalkapital durch Kauf, Gewalt und/oder andere Formen der Abhängigkeit angeeigneten Arbeit(skräfte) als gleichwertiges und perspektivisch schließlich überwiegendes Gegengewicht zum Kapital untersucht werde. Dies bedeute, den Kampf der Klassen in umfassenden Sinne – und nicht die bloße Selbstbewegung des Kapitals (etwa als „automatisches Subjekt“) – als den eigentlichen Motor der sozial-ökonomischen, ja der gesamten geschichtlichen Entwicklung zu begreifen – wie das im Prinzip schon im *Kommunistischen Manifest* festgestellt worden war.

„Als Vorarbeit“ zu einer Marx ergänzenden ‚Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit‘ dient der vorliegende Sammelband, der verschiedene Positionen innerhalb des durch die o. g. Überlegungen gesteckten Rahmens zusammensetzt. Wegen seiner internationalen Ausstrahlung werden wir hier wenigstens knapp auf die durch Antonio Negri inspirierte Kritik der Marxschen Arbeitswerttheorie im Zusammenhang mit dem Wandel der Arbeitsverhältnisse von der ‚industriellen Arbeit über die Massenarbeit bis zur ‚kognitiven Arbeit‘ unserer Tage“⁴⁸ eingehen. Die Rede von der „Arbeiterklasse“ sei jedenfalls heute eine falsche Verallgemeinerung. Vielmehr müsse man von einem *Multiversum der Ausgebeuteten*, und spezieller der Widerständigen gegen das Kapital sprechen. Dieses Multiversum bilde das „globale Proletariat“ im eigentlichen Sinne, die Weltarbeiterklasse⁴⁹, und nur diese komme im 21. Jahrhundert noch als Subjekt eines „sozialrevolutionären Aufbruchs hin zu einer von Gewalt, Herrschaft und Ausbeutung freien Gesellschaft“ in Frage. Wichtig ist, dass nach Roth u.a. dabei keinem spezifischen Segment dieser Weltarbeiterklasse ein Primat, eine „führende“ oder „hegemoniale“ Rolle zukommt.⁵⁰

⁴⁷ A.a.O., 24. Zu den „Defiziten“ der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie aus der Sicht der Autoren [d.h. hier wohl nicht nur der Hg. – WG], vgl. 566-581. Die hier angedeutete Kritik an der „Marxschen Werttheorie“ hat offensichtlich ganz andere (empirische) Gründe als die bei Negri oder Kurz – darauf kann hier nur hingewiesen werden.

⁴⁸ A.a.O., 28.

⁴⁹ „All diejenigen Menschen, die sich im widerständigen Prozess der Enteignung, der disziplinarischen Zurichtung und der Entäußerung sowie Verwertung ihres Arbeitsvermögens befinden, konstituieren das globale Proletariat, das Multiversum der Ausgebeuteten. Diejenigen von ihnen, die sich dabei im Prozess der widerständigen Ausbeutung und Verwertung ihres Arbeitsvermögens befinden, bilden die arbeitenden Klassen des Multiversums oder die Weltarbeiterklasse. Bei dieser Definition ist stets mitzubedenken, dass auch reproduktive Tätigkeiten unter den Arbeitsbegriff fallen“. A.a.O. 592. Zur Entstehungsgeschichte des „Multiversums“ vgl. 560-566.

⁵⁰ Zur diesbezüglichen ‚Kritik an der Marxorthodoxie und am Post-Operaismus‘ vgl. a.a.O., 569-578.

Umriss einer erneuerten sozialistischen Alternative⁵¹

Roths Skepsis gegenüber großen Theorieentwürfen – die Marxschen eingeschlossen⁵² – hinderte ihn in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch nicht daran, seine zahlreichen historiographischen Studien, die sich häufig auf Einzelfälle konzentriert hatten, in „konzeptionell-politischen Wortmeldungen“ bilanzierend zusammenzufassen.⁵³ Auch dabei bleibt Roth allerdings dem Prinzip des Vorrangs empirischer Forschung treu. Dennoch versucht er, vielfach auch in kritischer Diskussion mit Kollegen und Genossen⁵⁴, zu relativ vorsichtigen Verallgemeinerungen und Prognosen zu kommen, vor allem, um auch und gerade in unübersichtlichen Krisenlagen politisch-emanzipatorischen Bewegungen praktische, über die unmittelbare Situation hinausweisende Orientierungen und Perspektiven anzudeuten. Sein Hauptaugenmerk richtet Roth dabei immer wieder auf die Lage der globalen sozialen Unterklassen und ihren möglichen Reaktions- bzw. Aktionsweisen in der weltweiten Krise.

Hier liegt nun aber auch die Crux jeder emanzipatorischen Strategie, die von vornherein auf die globale Ebene fokussiert ist, dass sie sich nämlich nicht mehr auf ein (wenigstens tendenziell) homogenes Subjekt des Widerstands, sondern auf ein äußerst vielfältiges „Multiversum“ (Roths Variante der Hardt/Negri'schen „Multitude“) stützen muss, das seiner ganzen Natur nach aber eben nicht einer einheitlichen Strategie folgen kann und dennoch der globalen Koordination bedarf, weil jedes lokal, regional oder selbst kontinental isoliertes Emanzipationsprojekt angesichts des entwickelten Stands der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtung nach Roth zum Scheitern verurteilt sein würde. Das diesem Zustand entsprechende strategische Schlüsselwort lautet: *Vernetzung* – der relativ autonomen Teilsubjekte des globalen Emanzipationsprozesses. Darin eingeschlossen sind nicht nur unterschiedliche, den jeweiligen konkreten Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen angemessene Kampfformen, sondern auch ganz unterschiedliche Geschwindigkeiten und Entwicklungsstadien der Transformationsprozesse usw. Schließlich ist Roth von der langfristigen Perspektive (*longue durée*, gemessen in Jahrzehnten) jeglicher erfolversprechenden Emanzipationsstrategie überzeugt. Damit nähert er sich in mancher Hinsicht den im folgenden Teil IV dieses Literaturberichts zu untersuchenden Transformationsprojekten, die von eher traditionellen Marxisten ge-

⁵¹ Vgl. K. H. Roth, *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, 62-81.

⁵² Vgl. K. H. Roth, *Hypothek oder Vermächtnis?. Kritische Bemerkungen über das Marxsche Transformationsprogramm als Kern unserer revolutionstheoretischen Traditionsbestände*, in: ders. (Hg.), *Wiederkehr der Proletarität ...* (vgl. Fn 30), 264-274. Vgl. auch (zwölf Jahre später): *Marx testen: Die Dringlichkeit einer neuen Theorie*, in: K. H. Roth, *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, Hamburg 2005, 46-61.

⁵³ Vgl. K. H. Roth, *Die globale Krise*. (Band 1 des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven“), Hamburg 2009, Vorwort, 12.f.

⁵⁴ Vgl. etwa die Publikation der Debatte um Roths These von der Wiederkehr der Proletarität in den kapitalistischen Zentren seit den 1980er Jahren, in: K. H. Roth (Hg.) ... (Fn 30). Hierzu auch den Bericht von B. Hüttner in: Z 21 (März 1995), 225-230.

meinsam mit kritischen Ökonomen (Keynesianern) und Sozialwissenschaftlern (im Anschluss an Polanyi) entwickelt worden sind. Soweit Roths erste knappe und noch weitgehend abstrakte Zusammenfassung aus der Zeit unmittelbar vor der neuen Weltwirtschaftskrise 2007ff.

„In den vergangenen zwei Jahren [2007 bis 2009 – WG] haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse grundlegend verändert. Nichts ist mehr wie vorher“, heißt es im Vorwort zu Roths erster Bilanzierung der „globalen Krise“ aus dem Jahre 2009, in der er ein umfassendes Forschungsprojekt zu den sozial-politischen Konsequenzen und die Umriss einer alternativen Krisenüberwindung ankündigte, „die in einen globalen Transformationsprozess einmünden könnte“.⁵⁵ Der dazu bisher vorliegende Band 1 thematisiert zunächst den ökonomischen Verlauf der Krise, ihre wesentlichen Eigenschaften und die Versuche des kapitalistischen Krisenmanagements. Der erste Teil dieses Bandes ist weitgehend deskriptiv und heute vor allem insofern von geringerer Relevanz⁵⁶, als die Darstellung des Gesamtprozesses nur bis zur Mitte des Jahres 2009 reicht und daher die weitere Entwicklung, insbesondere der nachfolgenden Krise der Staatsfinanzen (in Europa) und die langfristige (säkulare?), voraussichtlich mindestens das zweite Jahrzehnt im 21. Jh. charakterisierende ökonomische Stagnation nicht behandelt wird. Das aber wäre für die Entwicklung der angekündigten „Gegenperspektiven“ unerlässlich.⁵⁷

Immerhin hat Roth 2013 gemeinsam mit Zissis Papadimitriou (R/P) ein „Manifest für ein egalitäres Europa“⁵⁸ vorgelegt, in dem strategische Schlussfolgerungen aus den sozialen Folgen der Krise in Europa erörtert werden und

⁵⁵ Vgl. Fn 45, hier: 9, 12.

⁵⁶ Von größerem – auch theoretischem – Interesse ist hingegen Roths Versuch, in einem zweiten Teil (a.a.O., 152-243) die Krise 2007ff. als Schlussphase eines großen sozial-ökonomischen Zyklus zu deuten, „der 1966/67 mit weltweit vernetzten Arbeiter- und Sozialrevolten begann und in den Jahren 2006/2007 nach dem Auslaufen der letzten spekulativen Boomphase endete“. Roth versucht dabei die klassische ökonomische „Theorie der langen Wellen“ (Kondratieff/Schumpeter) aus operaistischer Perspektive neu zu deuten und dabei auch soziokulturelle Momente wie Generationenwechsel, Konsum- und Lebensweise u.a. einzubeziehen. „Mit dem Konzept des doppelten Generationswechsels und des damit verbundenen Wandels der Lebensstile verfügen wir über den wohl bedeutendsten endogenen [!?-WG] Faktor zur Erklärung der langen Welle von 1966/67 bis 2006/2007.“ (A.a.O., 152). Tatsächlich gelingen Roth dabei u.a. einige bemerkenswerte Einsichten in das eigentümliche Beziehungsgeflecht zwischen der „kulturellen Revolution“ der 68er-Generation und den neoliberalen bzw. post-fordistischen Versuchen zur Mobilisierung der Subjektivitätsreserven (Bildung, „Selbstverwirklichung“ etc.) der qualifizierteren Teile der Arbeitskräfte im Interesse der Kapitalverwertung. Eine entscheidende Rolle bei dieser Umdeutung „moralischer Werte“ spielte nach Roth die Niederschlagung der Arbeiterkämpfe – vor allem in Italien, aber auch die weitgehende Zerschlagung der britischen Gewerkschaften u.a. – in den späten 70er und frühen 80er Jahren. Dieser Teil des Textes verdiente eine gründlichere Auseinandersetzung, die hier, wo es vor allem um die Alternativen geht, nicht vorgenommen werden kann.

⁵⁷ Vgl. dazu die Themen des angekündigten Bd. 2: Das Multiversum: Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven in: A.a.O., 334-335.

⁵⁸ Vgl. Fn 34.

schließlich die „Umriss einer Alternative des sozialen Widerstands“ einschließlich der eines „Aktionsprogramms“ enthalten sind. Ausdrücklich wird darin die Perspektive auf die Idee eines egalitären, föderativen Europas in der Tradition des antifaschistischen Widerstands eröffnet, die gleichzeitig als „Bestandteil eines globalen Umbruchs“ zu verstehen sei.⁵⁹ „Es ist Zeit zum Handeln. Fünf Jahre der Krise sind genug“ heißt es im Vorwort des Manifests⁶⁰, auf dessen Basis die Autoren gemeinsam mit Angelika Ebbinghaus und anderen einen „Aufruf für ein (solidarisches und) egalitäres Europa“ verfasst haben, dem sich rasch zahlreiche Intellektuelle und Aktivisten aus mehreren europäischen Ländern angeschlossen hatten.⁶¹

Zwar habe sich in den ersten Jahren der Krise auch in Europa der soziale Widerstand gegen die „Austeritätsprogramme der herrschenden Klassen“⁶² neu zu formieren begonnen, heißt es im historisch-analytischen Teil des Manifests. „Es kam in Griechenland, Portugal und Spanien zu Massenkundgebungen und Generalstreiks, wie es sie in diesem Ausmaß seit dem Ende der Diktaturen nicht mehr gegeben hatte. ... Aber der Schein trog.“ Die soziale Zusammensetzung der Massenproteste sei zu inhomogen gewesen, die Strategien der politischen Initiativgruppen nicht aufeinander abgestimmt und die Manifestationsformen hätten sich – nicht zuletzt durch die „ordnende Hand“ der an den Aktionen beteiligten „Reste der Traditionslinken“ – vielfach auf bloße Symbolpolitik beschränkt. Nicht zuletzt aufgrund des Fehlens glaubwürdiger Alternativen sei bei den sozialen Unterschichten wie bei den von Abstiegsängsten geplagten unteren Mittelschichten schließlich eine fortschreitende „soziale Demoralisierung“ eingetreten, die sich u.a. in einem Zulauf zu demagogischen, rechts-populistischen Strömungen zeige.⁶³ „Somit müssen wir uns eingestehen, dass der soziale Widerstand trotz seiner beeindruckenden Breite und der Vielfalt seiner Manifestationsformen in eine Sackgasse geraten war.“⁶⁴

Die strategische Funktion der „Umriss eines Aktionsprogramms“ besteht nach R/P demnach zunächst darin, die soziale Demoralisierung und Entsolidarisierung der betroffenen sozialen Schichten zu überwinden und „die mentalen Blockaden beiseite zu räumen, die die sozialen Bewegungen aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit von Aktionsformen abhielten, die den Bruch mit der restriktiven Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeiführen könnten.“ Um aber einen effektiven „Systembruch“ herbeizuführen, müssten „entscheidende“ Reformen ein-

⁵⁹ A.a.O., 80-126

⁶⁰ A.a.O., 5.

⁶¹ Das Dokument existiert in einer Lang- und einer Kurzfassung, letztere erhielt die hier in Klammern gesetzte Ergänzung des Titels. Vgl. www.egalitarian-europe.com/wb/pages/de/willkommen.php.

⁶² Vgl. „Das Diktat der neomerkantilistischen Kernzone und die Unterwerfung der Peripherie unter die Austeritätsprogramme“. A.a.O., 36-40.

⁶³ Rechte Demagogen „spielen das alte Spiel des Faschismus: Sie greifen die soziale Frage auf und leiten sie in die Kanäle einer hyper-nationalistischen Ethnopolitik weiter.“ A.a.O., 10f.

⁶⁴ Alle Zitate a.a.O., 83-86.

geleitet werden, die sich in mehrere Etappen über „längere Zeitspannen erstrecken, die einen oder mehrere Generationswechsel einschließen.“⁶⁵

Den Kern des vorgeschlagenen Aktionsprogramms bilden weitreichende Reformen auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen, der sozialen Sicherheit und der Menschenwürde, die Forderung nach Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht und zur Sozialisierung der Investitionen sowie zur Wiederaneignung der öffentlichen Güter, eine Intensivierung der Umweltpolitik und schließlich entschiedene Maßnahmen zur Herstellung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern u.a..

Selbst wenn man einräumt, dass die Vorschläge von R/P bei ihrer Realisierung eine „soziale Katastrophe“ in Europa verhindern und „entscheidende“ Schritte in Richtung auf eine postkapitalistische Gesellschaft darstellen würden⁶⁶, so erscheint das Programm schon zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung – und erst recht drei oder vier Jahre später – reichlich anachronistisch; anzunehmen, die konstatierte „Demoralisierung“ der sozialen Unterschichten infolge der erfahrenen Niederlagen der vorangegangenen Jahre durch die Formulierung eines noch so radikalen Aktionsprogramms überwinden oder gar ein erneuerte, nunmehr programmatisch gestärkte soziale Bewegung in Europa initiieren zu können, ist – gelinde gesagt – wenig realistisch, oder vielmehr schlecht-utopisch.⁶⁷ Ob ein solches oder ähnliches Programm in einer längerfristigen Perspektive, etwa infolge eines erneuten Ausbruchs oder einer Vertiefung der immer noch anhaltenden sozial-ökonomischen Krise, eine

⁶⁵ A.a.O., 102, 94. Das Konzept „revolutionärer Strukturreformen“ ist weniger neu als die Autoren suggerieren. Eine ähnliche Strategie propagierte André Gorz bereits vor 40 Jahren, als die Klassenkämpfe in Westeuropa ihrem Nachkriegshöhepunkt zustrebten und eine schrittweise und gewaltlose sozialistische Transformation, zumindest in Italien oder Frankreich, keineswegs unrealistisch schien. Vgl. A. Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*. Frankfurt 1967. Die gewaltsame Zerschlagung eines ähnlichen Projekts in Chile beendetete wenige Jahre später (1973) für Viele auch in Westeuropa die Hoffnungen auf den Erfolg einer solchen Strategie.

⁶⁶ Dies gilt vor allem im Unterschied zu scheinbar ähnlichen Konzepten wie etwa dem von Yanis Varoufakis initiierten „Manifest für die Demokratisierung Europas“ (Democracy in Europe Movement 2025, DiEM 25) Vgl. <https://diem25.org/manifesto-lange-version/>, das sich wesentlich bescheidenere, jedenfalls keine kapitalismustranszendierenden Ziele setzt. Vgl. auch E. Balibar, *Europa: Krise und Ende?*, Münster 2016 und die Rezension von J. Reitzig, *Krisenperspektiven für Europa*, in: Z 108 (Dezember 2016), 225-227; K. Busch u.a., *Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union*, Hamburg 2016. Zur kontroversen Diskussion europäischer Linksparteien vgl. K. Dräger, *Die Europäische Linke nach dem Kampf um Griechenland: Plan A, Plan B, Plan C?*, in: Z 104 (Dezember 2015), 38-49. Vgl. auch: „Gemeinsame transform! Erklärung. Einen alternativen Plan für Europa verfolgen!“ <http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2016/news/detail/Blog/tracing-an-alternative-plan-for-europe.html> (Februar 2016) und K. Dräger, „Linker Aufbruch in Europa?“ Eine nüchterne Zwischenbilanz, in: Z 106 (Juni 2016), 32-42.

⁶⁷ Wie tief die „Demoralisierung“ bei den „sozialen Unterschichten“ (von den Mittelschichten ganz zu schweigen) in einzelnen Ländern Europas inzwischen fortgeschritten ist, zeugt am Beispiel Frankreichs eindrücklich D. Eribon, *Die Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016.

vorwärtstreibende Rolle spielen könnte, sei dahingestellt. Immerhin scheinen die von R/P vorgeschlagenen Maßnahmen im Prinzip durchaus kompatibel mit den Überlegungen verschiedener Transformationstheoretiker aus dem Umkreis oder in der Nachfolge der traditionellen marxistischen Arbeiterbewegung.

Dies gilt schließlich auch für den – freilich noch zaghafte - Versuch am Ende des Manifests über die Fixierung des Sozialhistorikers Roth auf die (andere!) Arbeiterbewegung hinausweisenden „Aufbruch zu neuen Ufern“, wo es heißt: „Es gibt noch eine zweite Handlungsebene des sozialen Widerstands, auf die wir uns mit unseren Vorschlägen beziehen: Die Netzwerke der alternativen Ökonomie. ... Wenn es gelänge, zwischen den Trägerschichten der alternativen Ökonomie und den Aktivistinnen und Aktivisten einer sozialen Wiederaneignung gemeinsame Praxisbezüge zu stiften, dann wäre ein qualitativer Sprung möglich, der die Grenzen der ‚entscheidenden Reformen‘ in die Richtung einer nachkapitalistischen, egalitären Gesellschaft überschreitet. Dann könnte die gemeinschaftliche Aneignung und Inbetriebnahme der kommunalen und regionalen Produktions- und Reproduktionsmittel als Fanal wirken: als konkreter Beweis dafür, dass es möglich ist, die in der vergegenständlichten Arbeit aufgehäuften Reichtümer kollektiv anzueignen und den Erfordernissen einer sich herrschaftsfrei entfaltenden sozialen Subjektivität anzupassen.“⁶⁸

(Zu den beiden zuletzt genannten Perspektiven vgl. Teil IV dieses Literaturberichts.)

⁶⁸ R/P, Manifest ..., a.a.O., 115, 117f.

Jörg Roesler

Ulbrichts Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft

Ein Blick zurück aus postkapitalistischer Sicht

1. Warum man sich mit dem DDR-Reformsozialismus der 60er Jahre heute noch beschäftigen sollte

Seit der 2007 einsetzenden zweiten großen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation haben linke Autoren in verstärktem Maße Vorstellungen über den Postkapitalismus entwickelt. In diesem Zusammenhang haben u. a. Stephan Krüger und Sahra Wagenknecht ihre Vorstellungen von einer zukünftigen sozialistischen Marktwirtschaft vorgelegt.

Dabei geht es ihnen nicht nur um theoretische Überlegungen zu neuen Strukturen und Funktionsweisen. Die Vorstellungen der beiden sind erfrischend unkonventionell, keine Utopien, vielmehr vielfach erfreulich konkret. Beide vermitteln akzeptable Vorstellungen von einer anders organisierten sozialistischen Wirtschaft bei deutlicher Abkehr von dem Anfang der 1990er Jahre Geschichte gewordenen Gesellschaftsentwurf einer administrativen Zentralplanwirtschaft „mit den Zerrbildern von Mangelwirtschaft, kollektivistischer Bevormundung und politischen Fehlleistungen“ (Krüger 2016, 16). Alle mit den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen unzufriedenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler werden angesprochen, sich an der Gedankenarbeit für die Ausgestaltung der zukünftigen Gesellschaftsformation und der Transformation dorthin zu beteiligen. „Wenn wir wirklich besser leben wollen,“ heißt es bei Sahra Wagenknecht, „müssen wir die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung in Angriff nehmen“ (Wagenknecht 2016, 28). Gilt die Beteiligung an der auf dieses Ziel gerichteten Gedankenarbeit auch für Wirtschaftshistoriker, also für Wissenschaftler, deren Forschungsfeld die Vergangenheit – in diesem Falle die des Realsozialismus – ist?

Auf den ersten Blick wird man diese Frage nach dem Studium der vorliegenden Transformationsliteratur mit „Nein“ beantworten wollen, gilt doch die historisch gewordene Periode einer zum Kapitalismus alternativen Wirtschaftsweise auf der Suche nach postkapitalistischen Wirtschaftsformen meistens als Musterbeispiel dafür, wie man es nicht (wieder) machen sollte. Zumindest hält man die Analyse der „alten Planwirtschaft“ doch in Bezug auf Anregungen für die zukünftige sozialistische Marktwirtschaft für unergiebig (Vgl. z. B. Wagenknecht 2016, 113, 271). Das leuchtet auch dem Wirtschaftshistoriker ein für diejenigen osteuropäischen Zentralplanwirtschaften, in denen der Markt für die Gestaltung der Wirtschaft dem Plan völlig untergeordnet blieb, in denen er bestenfalls als ein (noch) notwendiges Übel betrachtet und behandelt wurde. Doch gilt dieses Urteil auch für die Zeit der Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre, während derer Gültigkeit die Nutzung des

Marktes nicht nur als Ergänzung des Planes gesehen sondern als zweites Standbein einer effektiveren Wirtschaftsführung betrachtet wurde?

Im Unterschied zu Sahra Wagenknecht verweist Stephan Krüger auf diese Reformperioden, „die jedoch nicht weit genug gingen und in der Praxis nur unvollständig umgesetzt werden konnten“ (Krüger 2016, 15). Krüger bezieht sich dabei im Blick auf Osteuropa ausdrücklich auf den NÖM (neuer ökonomischer Mechanismus) in Ungarn, auf die jugoslawischen Wirtschaftsreformen und auf die während des „Prager Frühlings“ 1968 entwickelten Reformvorstellungen Ota Siks in der Tschechoslowakei. Was das NÖS (neues ökonomisches System) in der DDR und Reforminitiativen in den übrigen realsozialistischen Ländern betrifft, so glaubt Krüger auf deren Analyse zwecks auswertbaren Erfahrungen für eine postkapitalistische sozialistische Marktwirtschaft verzichten zu können, denn „in allen anderen realsozialistischen Ländern des RGW-Raumes wurden die mit den Reformen der 1960er eingeführten Dezentralisierungsmaßnahmen teilweise wieder zurückgenommen, so in der DDR anfangs der 1970er Jahre“ (Krüger 2016, 319f). Die Reformdiskussion sei nicht weit genug in Richtung Anwendung der Marktwirtschaft gegangen und selbst das Diskutierte sei in der Praxis nur unvollständig umgesetzt worden (Krüger 2016, 15). Dieses Pauschalurteil ist m. E. so nicht zu akzeptieren.

2. Die Wirtschaftsreform des NÖS – beabsichtigte und begonnene Integration des Marktes in die traditionelle Planwirtschaft

Ähnlich gearteten Charakteristiken des NÖS hat in den 1990er Jahren ein Insider, Claus Krömke, persönlicher Referent Günter Mittags, entschieden widersprochen. Zusammen mit Horst Böttcher, dem persönlichen Referenten von Erich Apel, dem Vorgänger Mittags als Wirtschaftssekretär der SED während der NÖS-Periode, verfasste Krömke „aufgrund von Vorarbeiten anderer“ vier Broschüren über die Wirtschaftsreform, die seinerzeit weite Verbreitung fanden. Damit, schreibt Krömke, „sollten vor allem der Parteiöffentlichkeit die Ideen des NÖS vorgestellt werden. Zu diesen Manuskripten gehörte u.a. eine Polemik mit der Stalinschen Auffassung über die faktische Nichtexistenz der Warenproduktion im Sozialismus, dem theoretischen Knackpunkt aller Reformversuche. ... Gegenüber der kanonisierten Lehre über die Politische Ökonomie war das NÖS eine Gedankenrevolution – gewissermaßen der Weg vom Mittelalter zur Aufklärung“ (Krömke 1996, 5f). Walter Ulbricht, SED- Parteichef während der 1960er Jahre, hat seine Haltung zur Existenzberechtigung der Marktwirtschaft im Sozialismus am prägnantesten 1967 im Referat auf dem VII. Parteitag der SED gezeigt, als er – in Richtung innerparteilicher Gegner der Wirtschaftsreform gewandt – verkündete: „Die gesellschaftlichen Erfordernisse sind grundlegender und umfassender als die Markterfordernisse. Aber wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.“ (Ulbricht 1969, 263)

Dies dürfte genügen, um nachzuweisen, dass seitens der Reformen in der SED mit dem NÖS ein Bruch mit der administrativen Zentralplanwirtschaft, wie sie

in den 1950er Jahren in der DDR entsprechend dem sowjetischen Vorbild aufgebaut wurde, beabsichtigt war. Doch wieweit wurde diese Absicht durchgesetzt?

Bei der Beantwortung dieser Frage muss man berücksichtigen, dass das NÖS schrittweise, in drei Etappen, über einen Zeitraum von mehreren Jahren eingeführt wurde. In den ersten drei Jahren, offiziell als erste (1964/65) und zweite Etappe (1966/67) des NÖS bezeichnet, veränderte sich nach Krömkes Einschätzung (Krömke 1996, 18f) bezüglich verstärkter marktwirtschaftlicher Regulierung in der Wirtschaftsweise der Betriebe noch nichts Entscheidendes. Das wurde erst in der dritten Reformphase 1967/68 anders nach der Verkündung des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ auf dem VII. Parteitag vom April 1967. Für die abgekürzt als ÖSS bezeichnete dritte Etappe der Wirtschaftsreform in der DDR forderte Ulbricht nunmehr „die konsequente Entfaltung der sozialistischen Warenwirtschaft“ (Ulbricht 1969, 261). Ulbrichts langjähriger Wirtschaftsberater Wolfgang Berger schrieb, Ulbrichts Aufforderung 1992 kommentierend: „In diesem Sinne wurde begonnen, die volkseigenen Betriebe als sozialistischen Warenproduzenten zu organisieren das heißt ihre Eigenverantwortung im Rahmen der Planvorgaben beträchtlich zu steigern, eine exakte Kostenrechnung durchzusetzen, die Preisgestaltung so zu ändern, dass jeder gut arbeitende Betriebe Gewinne erzielte und so die Mittel erhielt, neue produktivere Maschinen und Anlagen zu kaufen. Darüber hinaus sollten aus diesem Gewinn der Prämienfonds aufgestockt und soziale Maßnahmen im Betrieb finanziert werden. Es ging darum, auf diese Weise das materielle Interesse der Angehörigen des Betriebskollektivs an guter Arbeit, am Gedeihen ihres Betriebes zu festigen.“ (Berger 1992, 31).

Schritt für Schritt wurde mittels diesen unter dem Begriff „Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die Betriebe“ zusammengefassten Maßnahmen in der DDR der Anteil der Marktregulierung am System der Wirtschaftslenkung erweitert. Dabei ging es nicht mehr nur um die Formulierung von Zielstellungen, sondern um die Durchsetzung praktischer Maßnahmen. Dies spiegelt u.a. eine Rede von Günter Mittag über den Abbau von Preissubventionen für bestimmte Konsumgüter wider, die er auf der 13. Tagung des ZK der SED im Sommer 1970 hielt: „Es wird davon ausgegangen, dass die Betriebe auch in einer 'sozialistischen Volkswirtschaft' eigene ökonomische Interessen haben, Gewinn erwirtschaften wollen, und dass diese Interessen über die Preise beeinflusst werden, bis hin zum Endverbraucher. Nur indem diese Interessen der Produzenten anerkannt werden, ist eine bessere Versorgung der Konsumenten zu erreichen.“ (Zit. in: Krömke 1996, 27)

Vergleicht man diese Vorstellungen mit der Charakterisierung der für eine postkapitalistische sozialistische Marktwirtschaft wünschenswerten Betriebsformen bei Sahra Wagenknecht (Wagenknecht 2016, 264ff), dann wird erkennbar, wieweit in der DDR in den 1960er Jahren bereits die Funktionsweise der von ihr für eine postkapitalistische Marktwirtschaft propagierten Betriebsformen vorausgedacht worden war.

Nun ist es nicht zu leugnen, dass die Reforminitiative in der DDR scheiterte – allerdings erst nach sechs Jahren Laufzeit. (Die von Stephan Krüger deutlich erfolgreicher eingeschätzte ungarische Reform scheiterte übrigens auch. Sie allerdings erst nach 22 Jahren (vgl. Dervis/Condon 1994, 123ff). Aber warum sollte es – anders als Sahra Wagenknecht und Stephan Krüger meinen – nicht Sinn machen, sich unter postkapitalistischem Blickwinkel mit dem NÖS-Programm und der NÖS-Praxis und natürlich auch mit dem Scheitern des NÖS zu beschäftigen – eine zielgerichtete Befragung der historischen Abläufe vorausgesetzt?

Dabei können die analysierenden Rückblicke der an der Konzipierung der Reformen bzw. Realisierung der Reformprozesse führend Beteiligten, aus denen bereits zitiert wurde, natürlich nur eine Quelle sein. Wie sieht es mit der bisher unternommenen Aufarbeitung der Reformprozesse der 1960er Jahre durch die Wissenschaft aus?

Obwohl das NÖS die Wirtschaftsgeschichte der DDR in den 1960er Jahren prägte, ist es nach 1990 vergleichsweise selten Gegenstand wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Neben einem bereits 1990 erschienenen schmalen Band von mir (Roesler 1990) ist hier vor allem die 1999 erschienene sehr umfangreiche Arbeit von André Steiner zu nennen (Steiner 1999). Auch André Steiner schreibt, dass den Wirtschaftseinheiten – in der Praxis eher den Branchenzusammenschlüssen von Betrieben (VVB) als den einzelnen Betrieben (VEB) – mehr Eigenverantwortung für ihr Wirtschaften zugeordnet wurde. „Das bedeutete, dass sie mehr als bis dahin über die von ihnen erwirtschafteten Mittel verfügen konnten.“ (Steiner 1999, 550) Steiner weist jedoch mit Nachdruck auf die Grenzen dieser Selbständigkeit hin: „So wurde beispielsweise das 'Fondsprinzip' nie aufgegeben, was zur Folge hatte, dass die Wirtschaftseinheiten durch Rationalisierung freiwerdende Lohnmittel nicht ohne weiteres für Investitionen oder Investitionsmittel für Löhne verwenden durften. Die Planung wurde zwar dezentriert, von Details befreit und sollte stärker perspektivisch orientiert werden.“ Aber, so betont Steiner: „Die grundsätzlichen Aufgaben und diese wesentlichen Verteilungsproportionen bestimmten die zentralen Instanzen, letztlich das SED-Politbüro.“ (Steiner 1999, 551)

Volkswirtschaftliche Strukturentscheidungen wurden also weiterhin „vornehmlich zentral“ getroffen. Auf betrieblicher (bzw. VVB-)Ebene erlangten dagegen nach Steiner „finanzwirtschaftlich orientierte Lenkungsinstrumente“ auf Kosten der planwirtschaftlichen „einen deutlich höheren Stellenwert“ (Steiner 1999, 551). Nach allem, was Steiner in seinem die Untersuchung der Wirtschaftsreform in der DDR abschließenden Kapitel über „Grenzen und Ergebnisse“ der Wirtschaftsreform schreibt, um wieviel nüchterner er auch die Reformanstrengungen beurteilt, seine Aussagen widersprechen grundsätzlich nicht den Einschätzungen von Krömke und Berger über die Bedeutung marktwirtschaftlicher Lenkungsmethoden in der Ideologie und in der Praxis des NÖS.

Wenn das NÖS in Theorie und Praxis also auch bei kritischer Einschätzung deutlich marktwirtschaftliche Prägungen verzeichnete, warum konnte es dann nicht dauerhaft in der DDR-Wirtschaft installiert werden?

Die Beantwortung dieser Frage ist insofern gerade aus postkapitalistischer Sicht von Interesse, als natürlich auch die von Krüger und Wagenknecht entwickelten Modelle einer sozialistischen Marktwirtschaft, sollte ihre Verwirklichung erst einmal in Angriff genommen werden können, bei aller unter dem Gesichtspunkten der Transformationstheorie „richtigen“ wirtschaftsorganisatorischen Ausgestaltung gegen ein Scheitern nicht von vorn als immun gedacht werden können. Es ist also nicht müßig zu fragen: Welchen Existenzgefahren könnten die in eine alternative sozialistische Marktwirtschaft eingebundenen Mitarbeitergesellschaften Wagenknechtscher bzw. Krügerscher Vorstellung ausgesetzt sein? Und wie ist diesen Gefahren zu begegnen?

Im folgenden Abschnitt wird versucht, aus der Analyse des Scheiterns des NÖS dafür nützliche Hinweise zu liefern.

3. Gründe für das Scheitern der DDR-Wirtschaftsreform der 1960er Jahre

Sahra Wagenknecht plädiert in ihrem Buch „Reichtum ohne Gier“ für eine postkapitalistische Wirtschaftsordnung, in der die heutzutage überwiegend extern gelenkten Kapitalgesellschaften in Mitarbeitergesellschaften umgewandelt sind. Es gehe darum „einer Wirtschaft näher zu kommen, in der tatsächlich Talent und Leistung belohnt werden“ und wo „Freiheit, Eigeninitiative, Wettbewerb, leistungsgerechte Bezahlung, Schutz des selbst erarbeiteten Eigentums“ vorherrschen. Diese Möglichkeiten hätten in der „alten Planwirtschaft“ gefehlt (Wagenknecht 2016, 20, 22f, 113 ff).

Gilt dieses Urteil auch für die Zeit des NÖS? Die DDR-Wirtschaftsreform ist keineswegs allein auf Staatseigentum fixiert gewesen. Zeitgleich mit dem ÖSS wurde auf dem VII. Parteitag der SED zur Charakterisierung des von Ulbricht weiter entwickelten gesellschaftspolitischen Konzepts die Losung von der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ ausgegeben. Damit verabschiedete sich die SED von der bis dahin verfolgten Strategie, Privateigentum an den Produktionsmitteln Schritt für Schritt vollständig in Staatseigentum umzuwandeln. Abweichend vom sowjetischen Modell wurde von Ulbricht ab 1966 endgültig darauf verzichtet, den bürgerlichen Mittelstand zu liquidieren. Ulbricht begründete diesen Schritt folgendermaßen: „In diesen Betrieben ist eine erfahrene Leitung und sind qualifizierte Arbeiter und Ingenieure da. Es ist für uns rentabler, wenn wir in diesen Betrieben noch ein Gebäude anbauen oder moderne Maschinen dort hineingeben, als wenn wir neue (Staats-)Betriebe bauen.“ (Zit. in: Kaiser 1997, 415)

Die sogenannten „Betriebe mit staatlicher Beteiligung“ (BSB), auch als halbstaatliche Betriebe bezeichnet – Joint Venture von staatlicher und privater Beteiligung; wenn man so will – konnten ihre Produktionsentscheidungen im Detail selbständig treffen. Sie waren allein über eine Rahmenplanung in die Volkswirtschaft integriert. Ihnen war in der DDR eine dauerhafte Perspektive zugestanden. Viele Mittelstandsunternehmen konnten während des NÖS mit Hilfe aufgenommener staatlicher Beteiligung umfangreiche Rationalisierungs-

und Modernisierungsmaßnahmen durchführen, zu denen sie aus eigener Kraft nicht in der Lage gewesen wären. Die Historikerin Monika Kaiser nimmt an, „dass Ulbricht mit Blick auf die Bundesrepublik so den Nachweis erbringen wollte, dass die Mittelschichten im Sozialismus eine sichere und bessere Perspektive haben als unter den im Kapitalismus wirkenden Bedingungen des 'Wolfsgesetzes', (Kaiser 1997, 412).

Die Zahl der Betriebe mit staatlicher Beteiligung belief sich 1970 in der DDR auf 6.500, die der privaten auf 1.200. Die BSB hatten 1970 353.000 Beschäftigte, in den reinen Privatunternehmen arbeiteten 73.000 Arbeiter und Angestellte (Statistisches Jahrbuch 1971,103). Der Anteil der Betriebe mit staatlicher Beteiligung am Nettoprodukt der Industrie lag 1970, dem letzten Reformjahr, bei 11,4 Prozent, der der reinen Privatbetriebe bei 5,7 Prozent, für den Binnenhandel beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 7,1 bzw. 5,6 Prozent (Statistisches Jahrbuch 1971, 39,103).

Es müsste für die Postkapitalismusforschung eigentlich von Interesse sein, die Funktionsweise der BSB und der Privatbetriebe unter dem NÖS zu analysieren! Manche Anregungen für die weitere konkrete Ausgestaltung der propagierten sozialistischen Marktwirtschaft mit pluralistischen Eigentumsformen könnten m. E. gewonnen werden, wenn man das konkrete Funktionieren dieser von Menschen mit Ideen, Power und Geschäftssinn geleiteten Betriebe näher untersucht.

Beim Sturz Ulbrichts 1971 und dem damit verbundenen Abbruch der Wirtschaftsreform wurde von den Gegnern des bisherigen SED-Chefs im Politbüro ausdrücklich kritisiert, dass Ulbricht mit der Förderung der BSB „privatkapitalistischen Elementen“ eine Zukunft in der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ versprochen habe (Kaiser 1997, 413).

Am Fehlen von Eigentumspluralismus, wie man aus Sahra Wagenknechts Ausführungen zur „alten Planwirtschaft“ schlussfolgern kann, dürfte das NÖS also kaum gescheitert sein. Das tritt m. E. ebenso wenig auf den von Stephan Krüger erhobenen Vorwurf zu, die „seinerzeitigen kommunistischen Staaten“ wären „aus revolutionärer Ungeduld diktatorisch-zwangsartig“ vorgegangen, was er generell für die gescheiterten osteuropäischen Reformen – im Unterschied zu der chinesischen seit Deng Xiaoping – unterstellt (Krüger 2016, 351ff, 447).

Prinzipiell war für das NÖS ein überhastetes, nicht erst versuchsweise ausprobiertes Voranschreiten bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreform nicht üblich. „Die Illusion, ein solches weit reichendes Projekt in 1000 Tagen bewältigen können“, schrieb Ulbrichts früherer Wirtschaftsberater Wolfgang Berger 1992 auf die in jenem Jahr in der Sowjetunion eingeleiteten rigorosen Reformverfahren von Jegor Gaidar (vgl. Ryschkow 2013, 133) anspielend, „war in der DDR 1963 bereits überwunden“ (Berger 1992, 31). Das NÖS wurde in Etappen eingeführt, deren Abfolge nicht „mit dem Kalender in der Hand“ bestimmt wurde, ganz anders übrigens als das 1990 seitens der Bundesregierung in einen engen Zeitrahmen gepresste Programm für die Ablösung der ostdeutschen Plan- durch die Marktwirtschaft bundesdeutscher Prä-

gung (vgl. Paqué 2009, 41). Im Unterschied zu Helmut Kohl und Theo Waigel 1990 war dem die Transformation des Wirtschaftssystems in der DDR in der ersten Hälfte der 1960er Jahre planenden Ulbricht und seinen Reformern, wie Berger betont, bewusst, dass es „beim NÖS gewissermaßen um einen Eingriff, um eine Operation am lebendigen, aktiv handelnden Organismus ‚Volkswirtschaft‘ ging. ... Es handelte sich also nicht um eine Art ‚Generalreparatur‘ an einem zeitweilig stillgelegten Maschinensystem, das nach deren erfolgreichen Ende wieder in Gang gesetzt wird“ (Berger 1995, 34).

Wenn das NÖS aber nicht am fehlenden Eigentumspluralismus und auch nicht am überstürzten bzw. gewaltsamen Vorgehen bei der Durchsetzung der Reformen gescheitert ist, worauf ist dann die Aufgabe der Reformanstrengungen nach sechs Jahren zurückzuführen?

Die Historiker haben dazu einige Antworten geliefert. Auf zwei häufiger vortragene sei hier zunächst einmal eingegangen.

Die erste Antwort besagt, dass die sowjetische Führungsmacht gegen die DDR-Wirtschaftsreform gewesen sei, auf deren Beendigung gedrängt, ihre eigenen Anhänger innerhalb der SED-Führung – hier geht es vor allem um Erich Honecker – gegen das NÖS mobilisiert und Ulbricht und seine Reformer entmachtet habe. Diese rein machtpolitische Interpretation der Beendigung des NÖS erfreut sich insofern einer gewissen Beliebtheit unter den Ostdeutschen, als sie die „Schuld“ für das Ende der als „Lichtfleck in der dunklen DDR-Geschichte“ gesehenen Reformperiode der sowjetischen Führung – als Initiator – zuschiebt.

Die Historiker sind jedoch bei ihren diesbezüglichen Recherchen zu einem etwas anderen Ergebnis gekommen. Danach hat Leonid Breschnew, der sowjetische Parteiführer, bei aller Abneigung gegen Wirtschaftsreformen in der DDR – wie im eigenen Land auch – als ihn Erich Honecker in einem Vieraugengespräch in Moskau Ende Juli 1970 drängte, Ulbricht wegen seiner Wirtschafts- und seiner Westpolitik ablösen zu lassen, das Haupt der Anti-Reformer in der DDR wissen lassen, dass Ulbricht Verdienste habe, die man „nicht einfach beiseite schieben könne.“ Im Übrigen sei Moskau stark genug. Es werde Ulbricht „nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren.“ Sorgen bereitete Breschnew eher, dass die unterschiedlichen Auffassungen in der SED-Führung über die Reformpolitik Ulbrichts im Westen bekannt würden und dass dann die Bundesregierung versuchen könnte, die Instabilität in der SED-Führung für ihre politischen Zwecke auszunutzen (Zit. in: Kaiser 1997, 380f).

Honecker, erst einmal mit seinen Wünschen abgeblitzt, arbeitete in den Folgemonaten daran, eine Mehrheit im Politbüro der SED für die Absetzung Ulbrichts und die Rücknahme der Wirtschaftsreform zu gewinnen. Dabei spielte ihm Ulbrichts Wirtschaftspolitik in der ÖSS-Phase, die zunehmend zu Spannungen in der Ressourcennutzung und dadurch auch in den Beziehungen zwischen den Betrieben und der Zentrale sowie zu Unzufriedenheit in den Betriebskollektiven führte, in die Hand.

Honecker verstand es, die spürbaren Zeichen der Unzufriedenheit unter den „Werk tätigen“ für seine Ziele zu nutzen. Nach einigen Monaten von Gesprächen

von Politbüromitglied zu Politbüromitglied gelang es Honecker Ende Januar 1971, ein Hilfersuchen an die KPdSU-Führung zwecks Ablösung Ulbrichts vorzulegen, das die Unterschrift von dreizehn der insgesamt zwanzig Politbüromitglieder und -kandidaten trug. Das Schreiben signalisierte Breschnew, dass es Honecker gelungen war, eine deutliche Mehrheit der SED-Führung auf seine Seite zu ziehen. Erst jetzt gab Breschnew Honeckers Drängen nach, wissend, dass es nunmehr bei der Ablösung Ulbrichts nicht zu einer Spaltung der politischen Führung der DDR in zwei Lager kommen würde (Kaiser 1997, 434ff).

Die Recherchen von Monika Kaiser lassen keinen Zweifel daran, dass die Ablösung Ulbrichts und die darauf folgende Beendigung des NÖS vornehmlich das Ergebnis von Aktivitäten innerhalb der DDR-Führung und Resultat hausgemachter Probleme war. Was oberflächlich betrachtet allein als ein Kampf um die Macht zwischen zwei Politikern und deren Anhängern erscheint, wurde offensichtlich durch Widersprüche zwischen den bei der Verwirklichung des ÖSS eingeleiteten unterschiedlichen Reformmaßnahmen hervorgerufen, die sich nicht nur in Friktionen zwischen Betrieben und der wirtschaftlichen Kommandozentrale um ihre jeweiligen Rechte in der Führung der Wirtschaft niederschlugen, sondern auch in sozialen Spannungen zwischen den Arbeitenden und den Regierenden. Das scheint Stephan Krüger Recht zu geben, der auf „Implementierungsprobleme des ÖSS“ hinweist, auf „Unausgewogenheiten und Friktionen, die sich aus einer ungleichen Schrittfolge bei der Einführung neuer Systeme ergaben“ (Krüger 2016, 320).

Aber warum wurden derartige die Wirtschaftsreform gefährdende „Implementierungsprobleme“, die es zweifellos auch in den ersten Jahren der Durchführung der Wirtschaftsreform gegeben hat, erst im ÖSS relevant, in der dritten Phase des NÖS und nicht schon beim Bruch mit den Regeln der zentralistisch-administrativen Planwirtschaft zu Beginn der Wirtschaftsreform, also in den Jahren 1964 bis 1966/67?

Um darauf eine Antwort zu finden, müssen wir uns jenen Problemen, die 1970 auch die bis dahin Schwankenden unter den Politbüromitgliedern bewegten, sich den Reformgegnern um Honecker anzuschließen (noch) konkreter zuwenden. In der dritten Etappe des NÖS erhielt die in der 1963 verfassten „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ geforderte beschleunigte Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen erstmals Priorität. War in den ersten Reformjahren vor allem auf die Modernisierung der Leitungsstrukturen im Sinne der Nutzung marktwirtschaftlicher Anreize Wert gelegt worden, so ging es nunmehr vorrangig um die Durchsetzung modernster Industriezweigstrukturen. Unter der ausgegebenen Aufgabenstellung, von der kontinuierlichen Verfolgung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution überzugehen, sollten die damals bereits erkennbaren Ansätze dessen, was wir heute als digitale Revolution bezeichnen, besonders gefördert werden. Es galt technologisch rasch aufzuholen. Im Mittelpunkt standen dabei die Industriezweige Elektrotechnik, Elektronik und wissenschaftlicher Gerätebau. Ausgewählte Projekte aus diesen

Zweigen wie z. B. die Herstellung mikroelektronischer Steuerungen im VEB Numerik Karl-Marx-Stadt wurden exklusiv mit Investitionsmitteln bedacht. Vorhaben dieser Art wurden ab 1968 unmittelbar, „strukturkonkret“ gefördert. Die jährliche Produktion des VEB Numerik stieg zwischen 1964 und 1970 von 2 Steuerungen auf 422 an, von denen – dem internationalen Trend folgend – der größte Teil an Werkzeugmaschinenhersteller wie dem Fritz-Heckert-Werk in Karl-Marx-Stadt, dem späteren Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinats und einem der größten Exporteure von Werkzeugmaschinen geliefert wurde. Auf einem Spezialgebiet des Einsatzes numerischer Werkzeugmaschinen, der Herstellung flexibler Fertigungssysteme, gelang es der DDR bis 1970 tatsächlich, mit der Inbetriebnahme der rechnergesteuerten Maschinensysteme „Prisma 22 und „Rota F“ die in der Bundesrepublik hergestellten Erzeugnisse gleicher Provenienz im Niveau zu erreichen und sogar zu übertreffen. (Roesler 1993, 266) Die mit Investitionen bevorzugt versorgten Betriebe sollten auf die übrige Produktionszweige ausstrahlen und helfen, die Modernisierung der DDR-Industrie insgesamt zu beschleunigen.

Die die ausgewählten Betriebe besonders fördernde „strukturkonkrete Planung“ verlangte die Bereitstellung umfangreicherer als im Plan ursprünglich vorgesehener Investitionsmittel, die nun entweder von anderen Betrieben, denen sie entsprechend den Reformvorgaben über die „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ eigentlich zustanden, abgezogen werden mussten, oder die sich die DDR im Ausland mit Schuldenmachen besorgte. Die UdSSR, traditionell der wichtigste Handelspartner der DDR, hatte bereits 1964, seit der Ablösung von Chruschtschow durch Breschnew, begonnen, ihre Mitte der 50er Jahre eingeleitete großzügige Wirtschaftskooperation mit der DDR zurückzufahren. Bei der Abstimmung des „Perspektivplanes bis 1970“ (Zeitdauer 1964–1970) mit der sowjetischen Seite erfuhr der damalige Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR, Erich Apel, dass die besten Jahre der Zusammenarbeit zwischen beiden Volkswirtschaften passé waren. Zwischen den Planungsorganen beider Länder ergaben sich immer wieder Abstimmungsprobleme. In ihrem Kern bestanden diese darin, dass die DDR im Interesse ihrer beschleunigten technologischen Entwicklung für den Import von Rohstoffen, Zulieferungen und Maschinen aus der Sowjetunion bestimmte Änderungen zu erreichen wünschte, die der wichtigste wirtschaftliche Vertragspartner der DDR nicht im von der DDR gewünschten Umfang zu liefern bereit war bzw. nicht liefern konnte. Ulbrichts Wirtschaftsberater Wolfgang Berger hat es zumindest für möglich gehalten, dass der spektakuläre Selbstmord Erich Apels Ende 1965, den dieser im Gebäude der Staatlichen Plankommission in seinem Dienstzimmer beging, eine Verzweiflungstat und auf die ungünstige Entwicklung der DDR-sowjetischen Beziehungen zurückzuführen war (Berger 1992, 33).

Für Ulbricht rückte angesichts der sowjetischen Zurückhaltung bei der Lieferung bestimmter Sortimente von Jahr zu Jahr die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Industriestaaten Westeuropas, vor allem zur Bundesrepublik, stärker ins Blickfeld. Mit Bonn strebte Ulbricht nunmehr eine Verbesserung der politischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen an.

Bei einem Treffen mit dem stellvertretenden sowjetischen Regierungschef im Juni 1970 bat Ulbricht um Verständnis für die Fortsetzung seiner gegenüber dem Westen eingeschlagenen Politik und gab gegenüber Tichonow dabei etwas zu Protokoll, was man durchaus als einen wirtschaftlichen Offenbarungseid bezeichnen könnte: „Wir machen Schulden bei den Kapitalisten bis an die Grenze des Möglichen, damit wir einigermaßen durchkommen. Ein Teil der Produkte aus den neuen Werken muss deshalb dorthin exportiert werden, wo wir die Maschinen gekauft und Schulden gemacht haben. ... Wir machen einen Sprung nach vorn, wir wissen, dass der Plan dadurch gestört wird. Gen. Schürer (der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, J. R.) kann das wirklich nicht alles bilanzieren. Im Interesse der Strukturpolitik war es aber notwendig so zu handeln“ (Zit. in: Steiner 1999, 522).

Die Ende der 1960er Jahre von Ulbricht betriebene Wirtschaftspolitik war also außerordentlich ambivalent. Deren Folgen für den normalen Wirtschaftsbetrieb beschreibt eine zeitnahe, auf der Auswertung interner Berichte basierende Analyse anschaulich so: „Im Januar 1970 gelang es der Mehrzahl der Betriebe und Kombinate nicht, ihre Planziele zu erreichen. Ausschlaggebende Wirtschaftszweige wiesen beträchtliche Planrückstände auf. Trotz hoher Leistungen der Bergarbeiter und der Werktätigen in der Energiewirtschaft, weit über das Normale hinaus, traten in der Versorgung mit Brennstoffen und Elektroenergie erhebliche Störungen auf. Produktionseinschränkungen waren unvermeidlich. ... Fehlende Energie, Brennstoffe, Materialien und Zulieferungen, bedingt auch durch nicht vorhandene Reserven, waren selbst durch die größten Anstrengungen der Arbeiter nicht zu ersetzen.“ (Naumann/Trümpler 1970, 19)

Gegenüber Tichonow hatte Ulbricht die Auswirkungen der Ressourcenverknappung auf die Arbeiterschaft noch nicht einmal erwähnt. Um „entscheidende Voraussetzungen für die allseitige Planerfüllung zu schaffen“ war den Betriebsbelegschaften empfohlen worden, „organisierte Sonderschichten vor allem an Sonnabenden und Sonntagen durchzuführen“... Sonderschichten bestimmten seit April 1970 das Leben Hunderttausender Arbeiter, hieß es in der bereits zitierten Analyse (Naumann/Trümpler 1970, 19, 22).

Derartige, wie es hieß „Rhythmusstörungen“ in der DDR-Volkswirtschaft führten also dazu, dass die Betriebe wegen ausbleibender Zulieferungen ihren Betriebsplan trotz Sonderschichten immer häufiger nicht erfüllen konnten. Das zog dann – entsprechend der Bedeutung, den die „ökonomische Hebel“ mit der Wirtschaftsreform erhalten hatten – nach sich, dass Prämien an die Belegschaftsangehörigen der betroffenen Betriebe nicht ausbezahlt werden durften. Die am schwersten zu ertragene Lohneinbuße war der Verlust der Jahresendprämie, des 13. Monatsgehalts. Ihr Ausbleiben rief besonders dann Ärger hervor, wenn die Arbeiter und Angestellten sich das ganze Jahr über engagiert hatten, um den Betriebsplan zu erfüllen. Das Vertrauen in die Ulbrichtsche Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsreform überhaupt schwand bei der Mehrzahl der Werktätigen.

Angesichts der ausgelösten Turbulenzen auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet fragt man sich: Wäre diese Entwicklung nicht doch – durch größere Bescheidenheit in den Zielsetzungen der „strukturkonkreten Planung“ etwa – zu vermeiden gewesen? Claus Krömke hat sich dazu 1996 rückblickend eindeutig geäußert: „Meine Meinung ... ist, dass die Linie der Modernisierung der DDR in Richtung auf die neuesten Technologien, auch solcher die vielleicht noch in den Anfängen steckten, vom Standpunkt der Teilhabe am weltweite Wettbewerb einfach eine Notwendigkeit war. ... Sie konnte aber kein Ausweg aus den Entwicklungsproblemen der DDR sein, weil diese neuen Strukturen nicht organisch auf einer bereits vorhandenen Basis wachsen konnten. Sie konnten nicht aus den Überschüssen einer bis dahin florierenden Wirtschaft geschaffen werden“ (Krömke 1996, 25).

Mit anderen Worten, die DDR verfügte nicht über genügend Ressourcen, um im gleichen Zeitraum das Reformziel der Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz in der gesamten Volkswirtschaft durch Nutzung marktwirtschaftlicher Steuerungselemente in der Gestalt der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ durch Betriebe und VVB zu verfolgen und gleichzeitig in ausgewählten Zweigen die notwendige technische Modernisierung mittels umfangreicher Investitionen voranzutreiben. Ob das Problem mit der von DDR-Seite, insbesondere von Seiten Erich Apels, favorisierten engen Kooperation mit der sowjetischen Wirtschaft, besonders mit den technologisch am weitesten entwickelte Betrieben des militärisch-industriellen Komplexes, möglich gewesen wäre, muss dahin gestellt bleiben. Das gleiche gilt für die – von sowjetischer Seite mit Misstrauen betrachtete – versuchte engere Wirtschaftskooperation mit dem Westen, wie sie Ulbricht nunmehr anstreben zu müssen glaubte. Die Geschichte der von den USA vorgegebenen Cocom-Embargobestimmungen, denen sich die Unternehmen der Bundesrepublik, wenn oftmals auch widerwillig, beugten, lässt auch am Erfolg dieser Strategie zweifeln (Beil 2010, 25ff).

4. Zwei Schlussfolgerungen für die postkapitalistische Transformation

Das Schicksal des NÖS weist darauf hin, dass das Scheitern der Reformversuche im Realsozialismus nicht unbedingt, auf keinen Fall allein, auf eine zu zögerliche bzw. nicht durchgehaltene Integration der Marktbeziehungen in die Wirtschaftslenkung zurückzuführen ist, wie das offensichtlich Stephan Krüger annimmt. Er begründet die (teilweise) Zurücknahme der „mit den Reformen der 1960er Jahre eingeführten Dezentralisierungsmaßnahmen in der DDR anfangs der 1970er Jahre“ folgendermaßen: „Entscheidend war ... subjektives Fehlverhalten der Betriebsleiter, des Bankpersonals etc., die nicht quasi über Nacht unternehmerisches Verhalten praktizieren konnten, hinzu kamen Unausgewogenheiten und Friktionen, die sich aus einer ungleichmäßigen Schrittfolge bei der Einführung des neuen Systems ergaben.“ (Krüger 2016, 320)

Was Krüger an Problemen beschreibt ist sicher während der gesamten Reformzeit spürbar gewesen, aber doch nicht erst in den letzten, sondern auch

schon in den ersten Reformjahren. Die frühen NÖS-Jahre waren jedoch Jahre, die sich durch höhere Wachstumsraten in der Wirtschaft – im Vergleich zur Situation zu Beginn der 1960er Jahre – und durch eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards auszeichneten. Erst die Ressourcenanspannung der ÖSS-Zeit, als sich die DDR von ihrem Potenzial her als zu klein erwies, um den gewachsenen Anforderungen zu entsprechen, die sich aus dem gleichzeitigen Bemühungen ergaben, den Markt stärker in das Wirtschaften einzubeziehen und auf wissenschaftlich-technischem Gebiet international konkurrenzfähiger zu werden, führten dazu, dass sich aus Furcht vor drohenden Instabilitäten über den harten Kern der Reformgegner hinaus ein wachsender Teil der politischen Elite von der Wirtschaftsreform abwandte und die Arbeiter und Angestellten, die „Werk tätigen“, kein Interesse mehr zeigten, die Reform, von der sie nun nicht mehr profitierten, zu verteidigen – sofern eine neue Führung verbesserte Lebensbedingungen versprach, was Honecker von Anfang an und mit Nachdruck unter dem Slogan „Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik“ tat (Malycha/Winters 2009, 214f).

Berücksichtigt man auch diese – materiellen – Gründe für das Scheitern des NÖS, dann ergeben sich daraus zwei wichtige Hinweise, die m. E. bei der Konzipierung der postkapitalistischen Transformation mehr Beachtung als bisher finden sollten.

Erstens spielt die Größe des wirtschaftlichen Potenzials des Landes eine wichtigere Rolle als von den Transformationstheoretikern gemeinhin angenommen. Reicht dieses Potenzial nicht aus, um den materiellen Anforderungen zu entsprechen, dann genügen eine richtige Reformstrategie und die aus ihr abgeleiteten Reformmaßnahmen nicht, reicht selbst ein den Reformbedingungen angepasstes subjektives Verhalten von Betriebsleitern, Bankpersonal und von Wirtschaftslenkern in der Zentrale nicht aus, um den Erfolg der Transformation zu garantieren. Als aktuelles Beispiel dafür mag der Hinweis auf die von Syriza eingeleiteten und bald gescheiterten griechischen Reformen genügen (vgl. Tsipras 2015, 7).

Die unter den mit der Ausarbeitung von Transformationsszenarien befassten Linken in Europa diskutierte Frage, ob man die als notwendig erachtete Gesellschaftsreform besser nach dem Austritt aus der Europäischen Union einleiten solle oder versuchen sollte, die postkapitalistische Transformation im EU-Rahmen durchzusetzen, kann aus Sicht des NÖS-Beispiels nur dahin gehend beantwortet werden, dass man sich als linke Kraft in einem europäischen Land – ungeachtet der attraktiv gewordenen Reorientierung auf den Nationalstaat und trotz aller die EU charakterisierenden Konstruktionsfehler und Defizite – für die Beibehaltung und Festigung der Europäischen Union engagieren sollte, wenn einem an realistischen Ausgangsbedingungen für eine postkapitalistische Transformation als erfolgversprechende Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus gelegen ist.

Eine zweite aus dem Abbruch der Wirtschaftsreform in der DDR Ende der 60er Jahre zu ziehende Schlussfolgerung betrifft den Zusammenhang von

Fortschritten auf wirtschaftsorganisationsrechtlichem Gebiet und im Bereich des Lebensstandards. In der ersten und zweiten Etappe des NÖS waren beide Entwicklungen noch miteinander verknüpft. Es gelang der von Beginn des NÖS an existierenden, gegen die Wirtschaftsreform – genauer: gegen die damit verbundene „Gedankenrevolution“ – sich unter Honecker zusammenfindende Opposition innerhalb der SED-Führung nicht, mit ihren Anti-NÖS-Parolen die Werktätigen zu mobilisieren oder wenigstens zu neutralisieren. Der von den Anti-Reformkräften auf der 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 unternommene Versuch, das NÖS zu stoppen, weil die Reform ihrer Meinung nach ideologische Gegenkräfte – vor allem unter Künstlern und Schriftstellern – begünstige und auf diese Weise die politische Stabilität des sozialistischen Gesellschaftssystems in der DDR gefährde, scheiterte damals auch wegen der Zufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit der Reform und der an ihren weiteren Verlauf geknüpften Erwartungen bezüglich einer sukzessiven Verbesserung des Lebensstandards (Roesler 2010, 196ff).

Es war zweifellos ein Fehler im Denken von Ulbricht und dem der anderen Reformbefürworter, angesichts der Herausforderungen im ökonomischen Wettbewerb unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meinen, dass man – zumindest zeitweise – bei der Bevölkerung dafür Verständnis wecken könne, dass Verbesserungen im Warenangebot, die bisher die Wirtschaftsreform begleitet hatten, zeitweise ausgesetzt oder auch rückgängig gemacht werden könnten, dass „die Werktätigen“ als Konsumenten angesichts der strahlenden Zukunft, die ihnen im Jahre 1970 für 1980 und später versprochen wurde, auf Einschränkungen in ihrer Wahlfreiheit der Konsumtionsmittel und den Umfang ihres Verbrauchs verständnisvoll reagieren würden.

Ulbrichts Reformversuch scheiterte nicht an zu wenig Mut, die Wirtschaft im großen Maßstab dezentral zu leiten, die Regelung von Angebot und Nachfrage in beträchtlichem Maße durch Freigabe der Preise dem Markt zu überlassen, vielmehr daran, dass die DDR, weitgehend auf sich gestellt, nicht über genügend Ressourcen verfügte, um den materiellen Anforderungen, die die Errichtung einer modernen postkapitalistischen Wirtschaft an sie stellte, gerecht zu werden.

Literatur

- Beil, Gerhard (2010): Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich, Berlin.
- Berger, Wolfgang (1992): Zum Untergang der DDR. In: Weißenseer Blätter, H.5 (30-40). Berlin.
- Berger, Wolfgang (1995): Zum Untergang der DDR. In: Weißenseer Blätter H. 4, (30-40). Berlin.
- Dervis, Kemal/Condon, Timothy (1994): Hungary – Partial Successes and Remaining Challenges. In: Blanchard, O. J./Froot, K. A./ Sachs, J. D. (1994): The Transition in Eastern Europe, Bd. 1: Country Studies (123-154). Chicago/London.
- Kaiser, Monika (1997): Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin.

- Krömke, Claus (1996): Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag. Hefte zur ddr-geschichte 37. Berlin.
- Krüger, Stephan (2016). Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Bd. 3. Hamburg.
- Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen (2009): Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei. Bonn.
- Naumann, Gerhard/Trümpler, Eckhard (1970): Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin.
- Paqué, Karl-Heinz (2009): Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit. München.
- Roesler, Jörg (1990): Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR. Berlin.
- Roesler, Jörg (1993): Einholen wollen und Aufholen müssen. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien (265-284). Berlin.
- Roesler, Jörg (2010): Zwischenfall unterwegs oder Vorbote vom Ende? Erich Apels Tod und das Schicksal des NÖS. In: Nakath, Detlef (Hrsg.): DDR-Geschichte – Bilder und Zerrbilder (186-208). Berlin.
- Ryschkow, Nikolai (2013): Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs. Berlin.
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (1971). Berlin.
- Steiner, André (1999): Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin.
- Tsipras (2015): Austerität ist eine Sackgasse. In: neues deutschland v. 6.8.2015.
- Ulbricht, Walter (1969): Zum Ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2, Berlin.
- Wagenknecht, Sahra (2016): Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten, Frankfurt/New York.

express		ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT	Probekostenfrei! Probekostenfrei anfordern!
Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info	Diskussionsforum für <input type="checkbox"/> Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik <input type="checkbox"/> Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung <input type="checkbox"/> Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik <input type="checkbox"/> Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe <input type="checkbox"/> Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie		

Wohnungsbauboom und globale Kapitalverhältnisse

„Der private Wohnungsbau, auf den die Politik ihre Hoffnungen setzt, schafft so gut wie keine bezahlbaren Mietwohnungen. 95,3 Prozent der privaten Neubauwohnungen in den 20 größten deutschen Städten sind für die Mehrheit der deutschen Mieter nicht bezahlbar.“¹

Seit einigen Jahren werden hierzulande wieder verstärkt Wohnungen gebaut. Auf die neue Wohnungsfrage² reagieren Politik und Wirtschaft primär mit dem Schlachtruf „bauen, bauen, bauen“. Wo Wohnungen fehlen, so die scheinbar simple Logik, müssen neue gebaut werden. Doch verweist das Eingangszitat darauf, dass gerade nicht solche Wohnungen gebaut werden, die sich Mieter mit niedrigem oder mittlerem Einkommen leisten können. Völlig zu Recht betonen Dieter Rink, Barbara Schöning, Daniel Gardemin und Andrej Holm³, dass zur Behebung der Wohnungsnot „eine Rückkehr zu einer Wohnungspolitik, die aktiv preisgünstige Bestände schafft und sichert und Bodenpreissteigerungen eindämmt“ vonnöten wäre. Dabei sollte aber nicht aus den Augen verloren werden, dass eine solche Politik im Kontext globaler ökonomischer Prozesse und deren Niederschlag hierzulande eingebettet ist, die in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. Wohnungsbau im hochpreisigen bzw. Luxussegment in zentralen Lagen vieler deutscher Groß- und Universitätsstädte als profitable Investition erscheinen lassen. An dieser Stelle setzt der vorliegende Beitrag an: Die Interessen der profitorientierten Wohnungswirtschaft, so die These, gehen nicht nur an einer Lösung der neuen Wohnungsfrage vorbei, sie stehen der Schaffung bzw. dem Erhalt⁴ von günstigem Wohnraum sogar entgegen.

Im Folgenden wird der aktuelle Wohnungsbauboom hierzulande im Kontext globaler Entwicklungen situiert und es werden dabei, im Sinne einer Kritik der politischen Ökonomie des Wohnungsbaus, zwei miteinander zusammenhängende Argumente stark gemacht. Erstens fließt derzeit so viel Kapital in den Neubau von Wohnungen im oberen Preissegment in (bestimmten Regionen von) Deutschland, weil (große und kleine, nationale und internationale) Investoren dies in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise für eine der wenigen verbliebenen, einigermaßen sicheren und profitablen Anlagestrategien

¹ Johannes Edelhoff und Christian Salewski, Panorama-Recherche zu privaten Investoren. Unbezahlbare Neubauten, 2016, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/immobilien-preise-neubauten-101.html>.

² Barbara Schöning, Die neue Wohnungsfrage, in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 2/2013, S. 17-20.

³ Dieter Rink, Barbara Schöning, Daniel Gardemin, Andrej Holm, Städte unter Druck. Die Rückkehr der Wohnungsfrage, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 6/2015, S. 69-79, hier: S.79.

⁴ Häufig ist der Erhalt von abbezahltem und nur renovierungsbedürftigem Wohnraum nicht nur die ökologisch, sondern auch die sozial und ökonomisch sinnvollere Alternative zum dominanten Paradigma von Abriss und Neubau, vgl.: Daniel Fuhrhop, Verboten das Bauen! Eine Streitschrift, München 2015.

halten. Diese Zeitdiagnose ist eingebettet in das zweite, grundlegendere Argument: Der aktuelle Wohnungsbauboom hierzulande liefert ein schlagendes Beispiel dafür, dass Entscheidungen zu Qualität und Quantität des Bauens nicht nach Maßgabe des Bedarfs an (bezahlbarem) Wohnraum getroffen werden, sondern in Abhängigkeit von Entwicklungen globaler Kapitalströme und ihrer politischen Regulierung. Was und wo gebaut wird, wird durch Entwicklungen des globalen Kapitalismus und seiner politischen Regulation determiniert.

Der aktuelle Wohnungsbauboom

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des realen Bauvolumens der drei Bereiche Wohnungsbau, Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau in Deutschland für 2004 bis 2014.

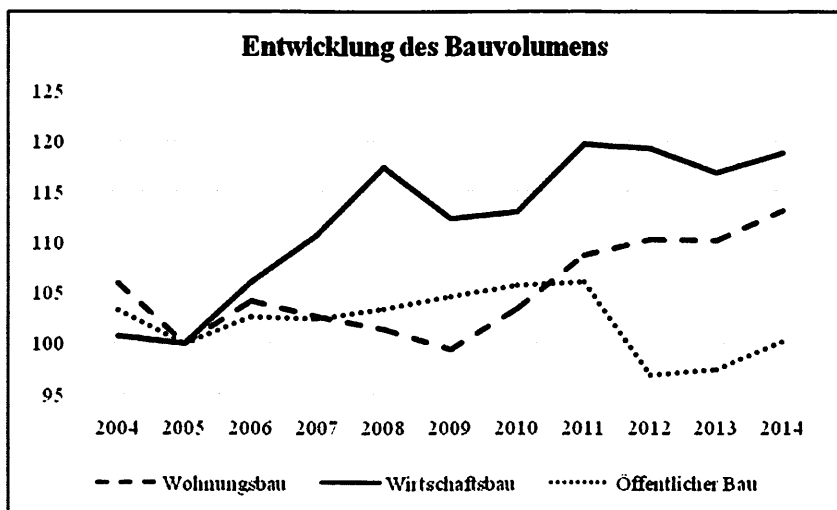


Abbildung 1: Entwicklung des realen Bauvolumens in Deutschland nach Baubereichen, 2004–2014, Index 2005; Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe. Berechnungen für das Jahr 2014, BBSR-Online-Publikation 17/2015, Bonn, S. 34.

In 2014 entfielen von den knapp 330 Milliarden Euro des Bauvolumens in Deutschland 56 Prozent auf den Wohnungsbau, 30 Prozent auf den Wirtschaftsbau und 14 Prozent auf den öffentlichen Bau. Die Abbildung ist auf das Jahr 2005 indiziert, wodurch besonders die unterschiedlichen Entwicklungen der drei Bereiche seitdem ins Auge fallen. Ihre Interpretation verdeutlicht den Zusammenhang zwischen (Wohnungs-)Bautätigkeit hierzulande auf der einen und globalen ökonomischen Prozessen und ihrer nationalen Bearbeitung auf der anderen Seite: Bis 2008, als die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in

Deutschland ankam, legt der Wirtschaftsbau zu, bevor sich dessen Volumen in etwa einpendelt. Wirtschaftsbauten fungieren, marxistisch formuliert, als fixes Kapital und sind als solches „in die Ebbe- und Flutperioden des industriellen Zyklus direkt einbezogen“.⁵ Deshalb hat das Bauvolumen in diesem Bereich in der hierzulande nur kurzen Phase einer spürbaren Krise 2008–2010 eine „Delle“. Der leichte Anstieg des öffentlichen Baus in den Jahren 2007 bis 2011 lässt sich auf die Konjunkturpakete im Rahmen des selektiven Krisen-Keynesianismus zurückführen. Er kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich öffentlicher Infrastrukturen, die vor allem von Kommunen vorgehalten werden, insgesamt ein „Investitionsstau“ zu konstatieren ist. Das Volumen des Wohnungsbaus schließlich steigt seit 2009 deutlich an, zwischen 2009 und 2014 um 13 Prozentpunkte. Dass dies entgegen der generellen Konjunktur überhaupt möglich ist, liegt daran, dass Wohnungsbauinvestitionen „[a]ufgrund ihres quantitativen Gewichts [...] eine eigene zyklische Bewegung [konstituieren]“.⁶

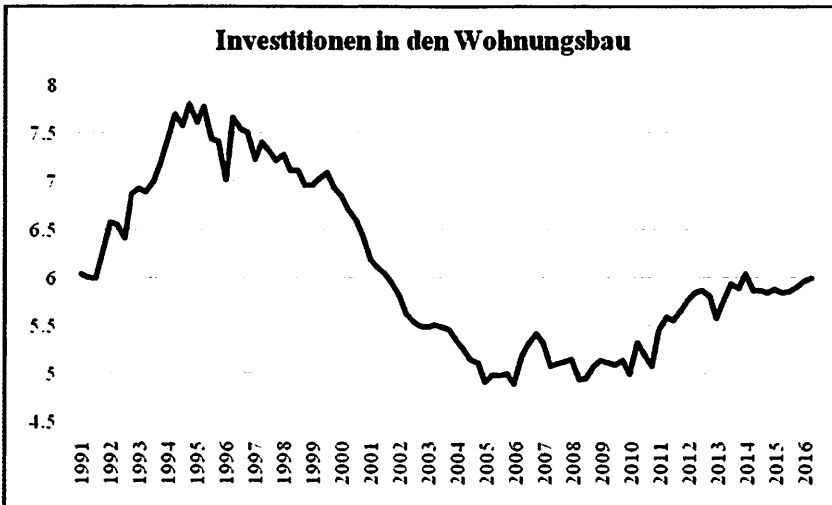


Abbildung 2: Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland in Prozent des BIP, Quartalswerte; Datenquelle: Deutsche Bundesbank Eurosystem, http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBDY1.Q.B30.Y.G750.R0200.A&listId=www_s300_iswi_realw2.

In einen längeren zeitlichen Kontext gestellt zeigt sich, dass der aktuelle Boom auf einen lang anhaltenden Rückgang der Investitionen in den Wohnungsbau folgt. Abbildung 2 verdeutlicht dies: Nach dem (durch Steuer-

⁵ Stephan Krüger, *Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950–2013. Beschäftigung, Zyklus, Mehrwert, Profrate, Kredit, Weltmarkt*, Hamburg 2015, S. 35.

⁶ Krüger, *Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950–2013*, a.a.O.

günstigungen angeheizten) Vereinigungsboom, der bis 1996 anhielt, fielen die Investitionen in den Wohnungsbau von 7,65 Prozent des BIP im 4. Quartal 1996 auf 4,97 Prozent im 4. Quartal 2005.

In jüngster Zeit aber sind die Investitionen in den Wohnungsneubau von 32,9 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 53,03 Milliarden Euro im Jahr 2014 angestiegen.⁷ In den folgenden drei Abschnitten werden nacheinander die drei zentralen Gründe benannt, warum dieser Neubau vor allem im höheren oder Luxussegment entstehen. Während die drei Gründe zunächst aus der Sicht der Bauindustrie als Kosten (des Bauens, des Bodens und des Geldes) benannt werden, erfolgt ihre Diskussion im Hinblick auf die diesen Oberflächenercheinungen zugrunde liegende Prozesse der Wertproduktion, der Grundrentensteigerung und des zinstragenden Kapitals.

Baukosten

Die Bauwirtschaft klagt medienwirksam über neue gesetzliche Auflagen bezüglich Energieeffizienz, Brandschutz etc., die das Bauen verteuerten. Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Bauen ist aufgrund der „relativ niedrige[n] organische[n] Zusammensetzung des Baukapitals“⁸ immer eine kostspielige Angelegenheit. Alleine schon deswegen übersteigen selbst bei einfacher Ausstattung und geringer Größe Neubauwohnungen das Budget von Millionen von Mietern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen. Dieses Marktsegment ist für profitorientierte Investoren mithin uninteressant. Für größere Wohnung mit besserer Ausstattung (Balkon, Aufzug, Tiefgarage etc.) und Grundrissen entsprechend der Bedürfnisse solventer Mieter oder Käufer hingegen findet sich eine weit größere zahlungsfähige Nachfrage. Weil solche hochpreisigen Wohnungen in der Herstellung nicht viel teurer sind als einfacher Wohnraum, mit ihnen aber im Vergleich ein deutlich höherer Gewinn zu erzielen ist, sind sie das bevorzugte Produkt der Bauwirtschaft. Diese Extragewinne rühren mithin daher, dass der Preis solcher Wohnungen ihren Wert übersteigt, was, wie im folgenden Abschnitt thematisiert wird, die Grundrentenerwartungen steigen lässt. Die Mehrkosten durch neue gesetzliche Auflagen verteuern das Bauen von einfachen wie Luxuswohnungen gleichermaßen und verschärfen lediglich den genannten Grund dafür, dass bevorzugt im hochpreisigen Segment gebaut wird.

Es „finden sich in der 140-jährigen Geschichte des Wohnungsbaus [...] keine Beispiele für die Errichtung preiswerter Mietwohnungen durch private Marktteilnehmer“.⁹ Dass durch ebendiese derzeit in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten Luxuswohnungen gebaut werden, lindert die Wohnungsnot gerade nicht, sondern vernichtet mitunter sogar bezahlbaren Wohnraum (wenn die Neubauten

⁷ Bundesinstitut, Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe, a.a.O., S. 19.

⁸ Helmut Brede, Bernhard Kohaupt und Hans-Joachim Kujath, Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung, Frankfurt a. M. 1975, S. 27.

⁹ Andrej Holm, Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert, München 2014, S. 32.

günstigeren Wohnraum an gleicher Stelle durch Luxussanierung oder Abriss und Neubau ersetzen) und treibt vor allem die Grundrenten in die Höhe.

Grundstückskosten

Die Grundstückspreise sind in den interessanten Lagen der von Wohnungsknappeit betroffenen Groß- und Universitätsstädten in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Der Bodenpreis ist bekanntlich „nichts als die kapitalisierte und daher antizipierte Rente“.¹⁰ Vereinfacht formuliert: Je mehr Grundrente ein Grundstück zukünftig durch Nutzung oder Verpachtung abzuwerfen verspricht, desto höher ist sein Preis. Die „koordinierenden Funktionen, die [die Grundrente] bei der Allokation von Landnutzungen und bei der geographischen Organisation des Raums ausübt“¹¹, entscheiden darüber, was wo passiert. In der aktuellen Situation führt das zu zwei Besonderheiten. Erstens versprechen wegen der hohen zahlungsfähigen Nachfrage Luxus- und hochwertiges Wohnen – am „richtigen“ Ort und bei hoher Wohnfläche pro Grundfläche – zukünftige Einnahmen, die über jenen anderer Nutzungen liegen. Zweitens befeuern die mauren Aussichten in anderen Investitionssphären die Spekulation auf Grundrentensteigerungen. Im Folgenden wird auf beide Aspekte näher eingegangen, um zu betonen, dass beide Aspekte sowohl zur Lösung der neuen Wohnungsfrage kontraproduktiv als auch politisch veränderbar sind.

Zum ersten Aspekt: Der Neubau von Luxuswohnen und die Luxussanierung vorhandenen Wohnraums steigert die zukünftige Grundrente, also die zu erwartenden Einnahmen durch Verkauf oder Vermietung – und zwar so sehr, dass diese mit den zu erwartenden Einnahmen durch andere, sonst weit rentablere Nutzungen wie Bürogebäude, Hotels oder Einkaufszentren konkurrieren können. So werden in Frankfurt a.M. Büros angesichts eines hohen Leerstandes profitabel in Wohnraum umgewandelt, allerdings zu Mietpreisen von über 12 Euro/qm.¹² Wie hoch die zukünftigen Einnahmen sind, zeigen insbesondere die teuersten Wohnungsneubauten, die gerade in Frankfurt entstehen. Die Penthouse-Wohnung eines Luxusneubaus im Westend, der an Stelle eines abgerissenen Bürohauses entsteht, wurde für 18.000 Euro/qm verkauft, und in einem Neubau auf einem ehemals gewerblich genutzten Areal zwischen Altstadt und Bankenviertel direkt am Main kosten die 100 entstehenden Luxus-Eigentumswohnungen bis zu 10.000 Euro/qm.¹³ Ersteres Projekt richtet sich explizit an ein sehr reiches Klientel, das bisher im Umland wohnte, jetzt aber Urbanität suche. Es ist damit ein einschlägiges Beispiel für die Enteignung der

¹⁰ Karl Marx, *Das Kapital*. 3. Band, Berlin 1988, S. 816.

¹¹ David Harvey, *The Limits to Capital*, Oxford 1982, S. 333.

¹² Christoph Manus, Mehr Büros werden Wohnungen, in „Frankfurter Rundschau“, 14.01.2015, S. R16.

¹³ Claus-Jürgen Göpfert, Wohneigentum wird noch teurer, in „Frankfurter Rundschau“, 23.01.2015, S. R13; Rainer Schulze, 6,4 Millionen Euro für 460 Quadratmeter, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.01.2014, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurts-teuerste-wohnung-6-4-millionen-euro-fuer-460-quadratmeter-12764936.html>.

kollektiv produzierten Stadt durch „die räuberischen Methoden der Immobilienunternehmer, Finanziers und einkommensstarke[n] Konsumenten“¹⁴, von der David Harvey spricht. „Räuberisch“ nennt er dies, weil städtische Räume durch die Bewohner der Mittel- und Arbeiterklasse attraktiv und lebendig gemacht werden, die dann von den Grundrentensteigerungen gerade nicht profitieren, sondern durch sie sogar aus diesen Räumen verdrängt werden. Anders formuliert: Die Grundrente wird möglich durch die Praxen Aller, von ihnen profitieren aber nur Wenige auf Kosten Vieler. Um die Stadt jenen zurückzugeben, die sie durch ihre Alltagspraxen als urbanen, lebendigen und lebenswerten Raum produzieren, müssten sie, so Harvey weiter, zu einem kollektiven und nicht-kommodifizierten „Common“ werden, zu einem Gemeingut also, was nur gegen die Verwertungsinteressen der Immobilienwirtschaft möglich ist.

Das zweite erwähnte Projekt, ein Wohnhochhaus, illustriert den aktuellen Trend zu solchen Wohntürmen in Frankfurt¹⁵, den es hierzulande in dieser Form sonst noch nirgends zu geben scheint. Dieser Trend verdeutlicht zum einen, dass Bodenknappeit die Vermehrung der Nutzfläche pro Grundstück durch weitere Stockwerke befeuert, und damit – weil bei großer Wohnfläche höhere zukünftige Einnahmen zu erwarten sind – wiederum die Bodenpreise. Für Toronto, wo *Condominium Towers* (Hochhäuser mit überwiegend Eigentumswohnungen) seit den 00er Jahren boomen, beschreiben Ute Lehrer und Thorben Wieditz die Konsequenzen: einen „Anstieg der Immobilienpreise mit dem Resultat, dass Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, verdrängt werden“.¹⁶ Zum anderen wird hier besonders deutlich, dass der lokale Staat solche Entwicklungen ermöglichen muss, weil sie eine Änderung des Bebauungsplans benötigen, die vom Stadtparlament beschlossen werden muss. Dass Luxuswohnen an bestimmten Orten derzeit lukrativer ist als die Produktion anderer Nutzungen, muss also politisch unterstützt werden. Verstärkt wird dies durch die weit verbreitete Praxis der öffentlichen Hand, eigene Grundstücke im Höchstpreisverfahren zu veräußern, anstatt etwa durch „Konzeptvergabe“ in Erbpacht gemeinnützigen Trägern die Produktion bezahlbaren Wohnraums zu ermöglichen.

Zum zweiten Aspekt: Dass derzeit die Grundstückspreise in zentralen Lagen vieler Groß- und Universitätsstädte aufgrund der gestiegenen Erwartungen bezüglich der Profitabilität ihrer zukünftigen Nutzung explodieren, führt direkt in die Spekulation. Die Tatsache, dass der Preis von Grund und Bodengrundsätzlich davon abhängt, was zukünftig mit ihm an Grundrente erwirtschaftet werden kann, und dass sich letzteres durch allgemeine politische und ökonomische Entwicklungen ohne Zutun des Eigentümers wie von selbst ändern kann, macht Grundstücke von vorneherein zu Spekulationsobjekten *par*

¹⁴ David Harvey, *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*, Berlin 2013, S. 146.

¹⁵ Christoph Manus, *Das Jahr der Wohntürme*, in „Frankfurter Rundschau“, 09.01.2016, S. D3.

¹⁶ Ute Lehrer und Thorben Wieditz, *Condominium Development and Gentrification. The Relationship Between Policies, Building Activities and Socio-economic Development in Toronto*, in „Canadian Journal of Urban Research“ 1/2009, S. 82-103, hier: S. 93.

excellence. Mitunter muss man nur warten, um mit Gewinn verkaufen zu können. Wer darüber hinaus, wie der Spekulant Saccard in Zolas *Die Beute*, über exklusive Informationen bezüglich zukünftiger Nutzungsmöglichkeiten verfügt – etwa zu anstehenden Stadtplanungsentscheidungen –, oder diese Entscheidungen sogar zu eigenen Gunsten zu beeinflussen in der Lage ist (etwa durch „Kontakte“), kann diesen Prozess deutlich beschleunigen.

Doch auch ohne – in diesem Bereich nie auszuschließende – illegale Aktivitäten ist in Zeiten wie diesen und an Orten wie den Zentren der Groß- und Universitätsstädte hierzulande das reine Warten ein Geschäftsmodell: „Mitverantwortlich [für die steigenden Grundstückspreise] sind reiche Familien, deren Finanzverwalter ‚Land Banking‘ betreiben: Sie kaufen gezielt Grund und Boden und spekulieren darauf, dass ihr Wert steigt.“¹⁷ Für Frankfurt schätzt die IG BAU, dass „[e]in Fünftel aller Baugenehmigungen im Wohnungsbau [...] aus Gründen der Spekulation nicht sofort umgesetzt“¹⁸ werden.

Beide Aspekte zusammen führen dazu, dass derzeit Grund und Boden so teuer ist – und bezahlbarer Wohnraum gerade nicht gebaut bzw. erhalten wird. Dies gilt nicht nur auf den unmittelbar von Luxusneu- und -umbau oder Spekulation betroffenen Grundstücken, sondern auch in deren Umgebung. Denn auch wenn die Grundrente auf Basis des Eigentums an einem Grundstück eingestrichen wird, das, raumtheoretisch formuliert, nur durch Abgrenzung und Individuation im absoluten Raum möglich ist, so ist dessen Tauschwert bzw. Preis durch seine Lage im relativen Raum bestimmt, also durch seine Nähe oder Entfernung relativ zu anderen Raumnutzungen und Aktivitäten (was sich im bekannten „location, location, location“ der Immobilienbranche ausdrückt).¹⁹ Ein Mechanismus, durch den sich dies in steigenden Mieten äußert, ist die Berechnung der „ortsüblichen Vergleichsmiete“, die weitgehend auf Basis der Neuvermietungen erfolgt. Neue Luxuswohnungen erlauben so Mietsteigerungen anderswo.

Die teuren Grundstücke sind also nicht so sehr ein Grund dafür, dass derzeit nur teurerer Wohnraum gebaut wird – wie dies die Immobilienbranche stets betont –, sondern vielmehr eine Folge eben jenes Baus von und Umbaus zu Luxuswohnungen. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist nur möglich, wenn derartige Steigerungen der Grundrente (inklusive der Spekulation hierauf) verhindert werden, und damit nur gegen die Interessen jener, die von ihr profitieren. Es liegt also am politischen Willen bzw. an den Kräfteverhältnissen, eine entsprechende Planung zu betreiben und den Bodenmarkt adäquat zu regulieren. Dazu gehört auch und gerade, dass die öffentliche Hand ihren eigenen Grundbestand für den Bau und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums einsetzt und diesen durch Zukauf oder auch durch Enteignung wieder vergrößert.

¹⁷ Alexander Jung, Die neue Wohnungsnot, in „Der Spiegel“ 15/2016, S. 10-18, hier: S.17.

¹⁸ Claus-Jürgen Göpfert, Spekulation im Wohnungsbau, in „Frankfurter Rundschau“, 27.07.2016, S. R16.

¹⁹ David Harvey, Raum als Schlüsselbegriff, in: Räume der Neoliberalisierung, Hamburg 2007, S. 125-150.

Kreditkosten

Die Kosten für Geld, die Kreditzinsen, sind so niedrig wie lange nicht mehr. In Abbildung 3 sind – als durchgezogene Linie – der prozentuale Anteil der Wohnungsbauinvestitionen am BIP aus Abbildung 2 zusammen mit der Entwicklung der Zinssätze von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte (mit anfänglicher Zinsbindung über 5 bis 10 Jahre) vom ersten Quartal 2003 bis zum ersten Quartal 2016 dargestellt. Der Zusammenhang der sinkenden Kreditkosten ab Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 mit dem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen ist augenfällig.

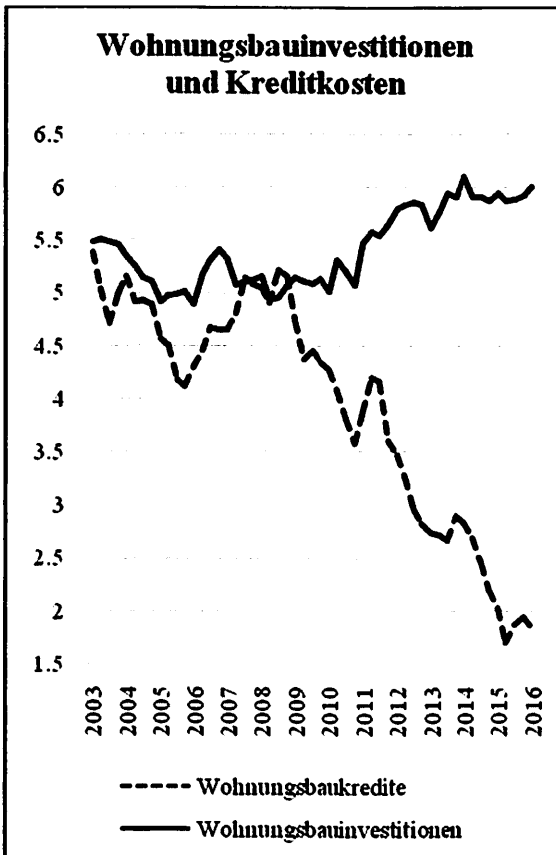


Abbildung 3: Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland in Prozent des BIP, Quartalswerte (Quelle: siehe Abb. 2) und Effektivzinssätze deutscher Banken (Neugeschäft) für Wohnungsbaukredite an private Haushalte, anfängliche Zinsbindung über 5 bis 10 Jahre, Datenquelle: Deutsche Bundesbank Eurosystem, http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBK01.SUD118.

Die Niedrigzinspolitik stellt einen politisch festgelegten Kompromiss in der Auseinandersetzung zwischen Finanzkapital auf der einen Seite und industriellem Kapital auf der anderen Seite dar, die die Profite ersterer zugunsten einer funktionierenden Kreditvergabe an letztere beschneidet.²⁰ Darauf Bezug nehmend betont EZB-Präsident Mario Draghi²¹, dass niedrige Zinsen und der von ihnen ausgehende „Druck auf das Geschäftsmodell von Finanzinstitutionen“ nicht das Problem seien, sondern das „Symptom eines tiefer liegenden Problems, der weltweit unzureichenden Investitionsnachfrage“. Damit benennt er den aktuell wohl zentralen Widerspruch der Welt- und dabei auch und vor allem der europäischen Ökonomie: Die *Wall of Money*, wie das massenhaft vorhandene Geld in der Wirtschaftspresse genannt wird, dessen Besitzer nach Profit versprechenden Investitionsmöglichkeiten suchen, ist da, es gibt Geld – aber es wird nicht in ausreichendem Maße bzw. zu befriedigenden Konditionen an Unternehmen verliehen, die es benötigen. Denn Kredite für Unternehmen werden umso teurer, desto mehr deren Profitabilität in Frage steht. Und um letztere ist es in vielen Sektoren und/oder Weltgegenden seit 2007 nicht gut bestellt. Eine große Masse an Anlage suchendem Geldkapital trifft mithin auf eine Situation, in der klassische Anlagesphären – wie Aktien von Industrieunternehmen – für dieses Geld gerade nicht ausreichend interessant wirken. Die niedrigen Zinsen machen das Verleihen von Geld insgesamt und damit auch den Kauf von Staatsschuldpapieren – eine weitere klassische Anlagesphäre, insbesondere für risikoarme Investitionen – unattraktiv. Eine Sphäre, die durch niedrige Zinsen hingegen gerade als lohnend erscheint, ist – quasi als Nutznießerin der Niedrigzinspolitik – der Kauf und/oder Bau von Immobilien, unter anderem jener von Luxuswohnmobilien in Deutschland. Die weit verbreitete Einschätzung lautet: „Anleger müssen bei den derzeit niedrigen Zinserwartungen rentable Investitionsgüter finden. Und das sind Immobilien.“ Und zwar hierzulande. Zwischen 2007 und 2013 konnte in den fünf größten EU-Staaten allein der deutsche Wohnungsbau ein Wachstum verzeichnen.²² Warnungen, dass die hohen Investitionstätigkeiten in deutschen Großstädten zu Blasenbildungen führt, die, so einige Marktbeobachter, gar die Stabilität der deutschen Ökonomie gefährden würden²³, werden angesichts mangelnder Alternativen bislang noch kaum ernst genommen. Noch überwiegt offenbar die Hoffnung, dass die Rückzahlung der Kredite inklusive Verzinsung durch zukünftige Einnahmen, etwa aus Miete, geleistet werden

²⁰ Guenther Sandleben, Politik des Kapitals in der Krise, Hamburg 2011.

²¹ Mario Draghi, Addressing the causes of low interest rates. Introductory speech at the Annual Meeting of the Asian Development Bank, Frankfurt am Main, 2 May 2016, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2016/html/sp160502.en.html>, Herv. i. Orig.

²² Stefan Rein und Christian Schmidt, Ausnahmeposition des deutschen Bausektors in Europa, in „BBSR-Analysen KOMPAKT“ 12/2014, S. 8.

²³ Metzler Asset Management, Deutschland. Immobilienpreisblase gefährdet die Stabilität Deutschlands, https://www.fundresearch.de/sites/default/files/partnercenter/metzler/news/news_2016/1605_Immobilien_Deutschland.pdf.

kann; und dass auch in den Fällen, in denen Finanzmarktakteure diese zukünftigen Einnahmen bereits in verbriefter Form und mit bereits eingepreisten Mietsteigerungen weiterverkauft haben, was letztere noch mehr zu einer Notwendigkeit macht, als dies ohnehin schon der Fall ist.²⁴

Billiges Geld – selbst eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise – macht gerade das Bauen von Luxuswohnungen interessant. Dasselbe billige Geld könnte bei entsprechendem politischem Willen genossenschaftlichen Bauträgern zur Verfügung gestellt werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bzw. zu erhalten; und es müsste, um den konkurrierenden Trend zu Luxussanierung und -bau zu anzuhalten, für eben solche Vorhaben steuerlich oder durch Auflagen verteuert werden.

Fazit

Der aktuell gebaute Wohnraum ist gerade nicht dazu angetan, die neue Wohnungsfrage zu lösen. Er ist zu teuer, treibt die Grundstückspreise in die Höhe und wird durch billige Kredite ermöglicht, die Blasenbildungen befeuern. Eine Wohnungspolitik, die die neue Wohnungsfrage angehen will, und die nicht nur die Profite von Wohnungswirtschaft und Grundstücksspekulation steigert, muss den nicht profitorientierten Sektor auch und gerade auf Kosten des profitorientierten fördern. Nur gemeinnützig durch Genossenschaften oder den Staat bzw. die Kommunen gebauter und gehaltener Wohnraum, der nicht Profite abwerfen soll (die, nebenbei gesagt, via Zinszahlungen zu einem guten Teil an die Finanzindustrie gehen), kann einen Beitrag zur Lösung der neuen Wohnungsfrage leisten. Die Widerstände, auf die eine Politik stößt, die in eben dieser Richtung ein paar Weichen zu stellen sich anschickt, wurden deutlich an dem erzwungenen Rücktritt des in Deutschland wohl am einschlägigsten ausgewiesenen Experten in diesen Fragen als Staatssekretär für Wohnen in Berlin im Januar dieses Jahres.

²⁴ Knut Unger, *Financialization of Rental Mass Housing. Understanding the Transaction Cycles in the Mass rental Housing Sector 1999–2015*, in: Barbara Schönig und Sebastian Schipper (Hg.), *Urban Austerity*, Berlin 2016, S. 176-190, hier: S. 186f.

Die SMK-Theorie wieder aufgreifen ...

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und dem Niedergang der kommunistischen Parteien und marxistischen Strömungen in der Sozialdemokratie ist es still um den „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ geworden. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 taucht er zur Charakterisierung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems mitunter zwar wieder auf, von einer Renaissance der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (im Folgenden kurz SMK-Theorie) kann aber keine Rede sein. Da fällt es auf, dass in relativ kurzen Abständen zwei Bücher erschienen sind, die sich explizit der SMK-Theorie widmen: 2015 erschienen im PapyRossa Verlag der von Grechen Binius, Beate Landefeld und Andreas Wehr verfasste Band „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“¹, 2016 erschien der hier zu besprechende Sammelband „Staatsmonopolistischer Kapitalismus. Ideologischer Kampfbericht oder Ansatz zur Analyse des modernen Kapitalismus?“²

Trauriger Anlass für die Herausgabe des Bandes war das Ableben von Heinz Petrak. Der marxistische Gesellschaftswissenschaftler ist im September 2014 im Alter von 85 Jahren in Berlin verstorben. Seine wissenschaftliche Laufbahn vollzog sich über 30 Jahre am Institut bzw. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin, wo er sich vor allem mit der Analyse des realen Kapitalismus befasste, u.a. als Mitautor der umfangreichen Studie „Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“.

Seine wissenschaftliche Arbeit steht im Mittelpunkt gleich mehrerer Beiträge des Bandes: Erhard Crome fasst einen Beitrag von Heinz Petrak zusammen, den dieser 2012 auf einer Tagung des Gesprächskreises „Frieden und Sicherheitspolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung gehalten hat; Joachim Powelleit hat Extrakte aus Heinz Petraks Arbeit „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Kapitalkonzeption der Arbeiterklasse“³ zusammengestellt; Herbert Schwenk würdigt den Beitrag von Heinz Petrak zur SMK-Theorie („Totschweigen ist keine Argument“).

1 Grechen Binius/Beate Landefeld/Andreas Wehr, Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Köln 2015 (2. Auflage). Vgl. die Besprechung von J. Goldberg in Z 101, März 2015, S. 210ff.

2 Wilfried Schreiber (Hrsg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus. Ideologischer Kampfbericht oder Ansatz zur Analyse des modernen Kapitalismus? WeltTrends, Potsdam 2016, 308 S., 24,90 Euro

3 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), Horst Hemberger/Lutz Maier/Heinz Petrak/Otto Reinhold/Karl-Heinz Schwanck (Autoren), Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965.

4 Siehe Heinz Petrak, SMK-Theorie und gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, in: Z 100, Dezember 2014, S. 56-60.

5 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Heinz Petrak (Autor), Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Kapitalkonzeption der Arbeiterklasse, Berlin 1989.

Ergänzt werden diese Beiträge durch einen von Jörg Goldberg und André Leisewitz verfassten Rückblick auf die Studien zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt a. M. Kurt Neumann ruft die Strategiediskussion in der deutschen Sozialdemokratie der 1970er und 80er Jahre in Erinnerung, und Grechen Binus untersucht den staatsmonopolistischen Funktionsmechanismus unter dem Zwang internationaler Kräfteverschiebungen. Zentrale Aspekte der SMK-Theorie werden von Ulla Plener (Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft), Wilfried Schreiber (Friedensfähigkeit des Kapitalismus) und Jochem Weichold (Entwicklung des Kapitalismus) vorgestellt. Abgerundet wird der informative Sammelband durch eine von Joachim Powelleit zusammengestellte Auswahlbiografie.

Die Autoren und die beiden Autorinnen verfolgen mit der Herausgabe des Bandes die Absicht, „die ‚verschüttete‘ Stamokap-Theorie dem Vergessen [zu] entreißen“ (Lothar Winter im Vorwort, 9). Die Lektüre des Bandes macht klar – so jedenfalls meine Einschätzung –, dass dies ein lohnendes Unterfangen ist. Denn Analysen des heutigen Kapitalismus werden nicht – so Winter zutreffend – „ohne das Aufdecken der Wechselwirkungen zwischen der weiteren Entfaltung der monopolkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse im globalen Maßstab, deren Verflechtung und Wechselwirkung mit der Macht der entsprechenden Nationalstaaten sowie der internationalen staatsmonopolistischen Organe und Vereinigungen auskommen.“ (7)

Auf die Frage, warum die SMK-Theorie heute totgeschwiegen wird, gibt Winter eine durch und durch selbstkritische Antwort: Ursächlich seien eben auch „Fehl-einschätzungen, Vereinfachungen und Einseitigkeiten in den Arbeitsergebnissen der SKM-Forschung“ (13). Er nennt das Festhalten am Geschichtsdeterminismus, die fehlende Betrachtung des eigenen Lebensumfeldes in der DDR und das Festhalten an der Arbeiterklasse als entscheidendes und „revolutionäres“ Subjekt.⁶ Kurt Neumann ruft die Strategiediskussion in der deutschen Sozialdemokratie in Erinnerung. Es ist heute schwer vorstellbar, welche Beachtung diese Strategiediskussionen in den 1970er Jahre gefunden hat. Der Rowohlt Verlag brachte verschiedene Taschenbücher heraus, in der die Beschüsse der JungsozialistInnen dokumentiert sind; so der von Freimut Duve herausgegebene Sammelband „Der Thesenstreit um ‚Stamokap‘“,⁷ in dem unter anderem das Hamburger Strategiepapier (Beschlüssen von der Landeskonzferenz der Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Hamburg, am 27.11.1971)⁸ dokumentiert ist. Dieses Strategiepapier führte die SMK-Theorie in die Diskussion der JungsozialistInnen ein.⁹

6 Vgl. auch: Jörg Huffschmidt, Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, Heft 82 (1995), S. 34-37, hier: 35 f.; Binus/Landefeld/Wehr, a.a.O., 50 f.
7 Freimut Duve (Hg.), Der Thesenstreit um „Stamokap“. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek, 1973.
8 In: Duve, a.a.O., S. 48-78.
9 Aus Opportunitätsgründen wurde allerdings der Begriff „staatsinterventionistischer Monopol-

Auch in den 1978/1980 veröffentlichten „Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD“¹⁰ nahm die SMK-Theorie eine zentrale Stelle ein. So wird in dieser These festgesetzt, es erscheine „durchaus zutreffend, den heutigen Kapitalismus als ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ zu bezeichnen, bringt dieser Ausdruck doch die entscheidenden ökonomischen Entwicklungstendenzen des Wirtschaftssystemens ins Bewußtsein: die dominierende Rolle der nationalen und multinationalen Monopolunternehmen und die enorm ansteigende ökonomische Bedeutung des Staates für die Aufrechterhaltung der Produktion.“¹¹

In den 1989 veröffentlichten „53 Thesen des Projekt Moderner Sozialismus“¹² – die Kurt Neumann nicht mehr erwähnt – wurde der SMK-Ansatz dann nur noch als einer unter mehreren theoretischen Ansätzen zum Verstehen des modernen Kapitalismus geführt.¹³

Im Oktober 1978 – also wenige Monate nach der Veröffentlichung der ersten Version der Herforder Thesen – erschien erstmals die linkssozialdemokratische „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw“. Personell gab es eine weitgehende Identität der an beiden Projekten Beteiligten. In welchem Umfang findet bei dieser für die Reste einer marxistisch orientierten Sozialdemokratie letzten verbliebenen „Adresse“ mit einer gewissen Relevanz die SMK-Theorie heute noch Beachtung?

Der letzte in der spw veröffentlichte Beitrag, der sich explizit und ausführlich mit der SMK-Theorie befaßt, erschien 1995 – also vor 19 Jahren: Jörg Huffschmid erläutert in einem brillanten Überblicksartikel, warum die SMK-Theorie „kein toter Hund der Kapitalismusanalyse, aber auch kein schlafender Löwe [ist], dessen neuerliches Erwachen alle wesentlichen Dinge klarstellen könnte“,¹⁴ in einer „abgespeckten“ und auf seine Hauptaussagen reduzierten Form dürfte sie aber noch einen fruchtbaren, ja „sogar unverzichtbaren Ansatz der Analyse ökonomischer Kernprozesse und ihrer Regulierung darstellen.“¹⁵ Der spezifische Beitrag, den die SMK-Theorie zur Diskussion unter Linken beitragen könne, sei das Insistieren auf ökonomische Interessen und politische Durchsetzungs-macht, die nicht verkannt oder unterschätzt werden dürfen.

Später (2011) erinnerte die spw-Redaktion beispielsweise an das Hamburger Stra-tegepapier. Der Beitrag von Thilo Scholle und Jan Schwarz über den „Ausgangs-

10 „Kapitalismus“ (Hamburger Strategiepapier, 1973, S.2) verwendet.
 10 Arbeit von Marxisten in der SPD (2. Auflage), spw-Verlag, Berlin 1981.
 11 Ebd., S. 23.
 12 Susi Möbbbeck/Fiote Sab/Birgit Zörner (Hg.), Projekt Moderner Sozialismus, 53 Thesen, spw-Verlag, Dortmund 1989.
 13 Vgl. Uwe Kremer, Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung: in: Sascha Vogt (Hg.), Jusolinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum, spw-Verlag, Dortmund 2011, S. 17.
 14 Jörg Huffschmid, a.a.O., S. 36.
 15 Ebd.

punkt von Stamokap¹⁶ liest sich aber eher wie eine Distanzierung von der SMK-Theorie (sie könne heute „nicht mehr so vertreten werden ... wie noch in den 1970er Jahren“); unter „inhaltliche Anknüpfungspunkte“ wird wenig aufgezählt, was für die SMK-Theorie spezifisch ist.

Auf den 30. Jahrestag des Erscheinens der Herforder Thesen wurde in der spw erst ein Jahr verspätet eingegangen – aber immerhin wünschten Kai Burmeister und Stefan Stache den Herforder Thesen dann 2011 doch „Happy Birthday!“ und freuten sich darüber, „dass dieses Dokument aus der Anfangszeit der spw immer noch aktuell scheint und Diskussionen in der bundesdeutschen Linken hervorruft“¹⁷ – Diskussionen, zu denen die spw selbst in den letzten Jahren allerdings wenig beigetragen hat.

Für den Jubiläumsartikel hatte man Christina Ujma¹⁸ gewonnen, die zunächst völlig richtig feststellte, dass „das bedeutendste Programmdokument von marxistischen Sozialdemokraten der Nachkriegszeit ... gerade 30. Geburtstag gehabt [hat], und keiner hat es gemerkt, jedenfalls keiner in der SPD“¹⁹, dann aber ärgerlicherweise mit einer völlig unnötigen und zudem sachlich falschen Attacke gegen „ein paar übergetretene Herforder in der Linkspartei“²⁰ fortfuhr, die zu heftigen Erwidern der so Angesprochenen führte.²¹

In dem aus Anlass des 40. Jahrestags der Gründung des Hannoveraner Kreises erschienen Sammelband „JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum“²² veröffentlichte Uwe Kremer 2011 einen Artikel über „Die ersten 20 Jahre der Strömung“²³. In ihm resümiert er, was an der SMK-Theorie tatsächlich umstritten war: nämlich „inwieweit es sich bei der Verflechtung von Staat und Monopolkapital und den daraus abgeleiteten Antagonismen tatsächlich um den heute bestimmenden Mechanismus des Kapitalismus handelt.“²⁴

¹⁶ Thilo Scholle/Jan Schwarz, Am Ausgangspunkt von Stamokap – 40 Jahre Hamburger Strategiepapier; in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, Heft 1/2011, S. 57-60.

¹⁷ Kai Burmeister/Stefan Stache, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, Heft 6/2010, S. 58.

¹⁸ Christina Ujma, Internationalistischer, pluralistischer und sozialdemokratischer Marxismus – 30 Jahre Herforder Thesen; in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, Heft 6/2010, S. 58-62.

¹⁹ Ebd., S. 58.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. Diether Dehm, Re: Birthday, Herforder Thesen! (2011), www.diether-dehm.de/index.php/positionen/539-re-birthday-herforder-thesen; Kurt Neumann/Andreas Wehr: 30 Jahre HERFRODER THESEN – Wie weiter? Notwendige Anmerkungen zu einem Artikel von Christina Ujma; in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, Heft 2/2011, S. 63-68.

²² Sascha Vogt (Hg.), JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum, spw-Verlag, Dortmund 2011.

²³ Uwe Kremer: Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung; in: Sascha Vogt (Hg.): a.a.O., S. 14-25.

²⁴ Ebd., S. 16 f.

Zu erwähnen ist noch, dass eine Gruppe ehemaliger Mitglieder des Hannoveraner Kreises, darunter auch Mit-Autoren der Herforder Thesen, mittlerweile in der LINKEN eine neue parteipolitische Heimat gefunden hat.²⁵ Unter dem zeitweise verwendeten Etikett „die Herforder“ bilden sie einen lockeren Gesprächszusammenhang und haben auf mittlerweile drei Tagungen an die Impulse erinnert, die von den MarxistInnen in der SPD einmal ausgegangen sind, und versucht, sie für aktuelle Diskussionen nutzbar zu machen: in Berlin (2000)²⁶, in Braunschweig (2010)²⁷ und in Köln (2011)²⁸.

Dieser kurze Überblick über die (Nicht-)Befassung mit der SMK-Theorie auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie sollte aber nicht entmutigen, das Angebot von Wilfried Schreiber und den anderen AutorInnen des besprochenen Sammelbandes aufzugreifen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Jörg Huffschmid stellt in seinem Artikel in der spw fest, „daß die Diskussion um die Theorie des SMK regelmäßig ... mit klaren politischen Zuordnungen verbunden wurde“ und dies „die Rationalität der Analyse und Kritik ... zuweilen schwer beeinträchtigt [hat].“²⁹ Vielleicht liegt in dem zeitweiligen „Vergessen“ der SMK-Theorie ja auch eine Chance, diese Irrationalitäten hinter sich zu lassen. Ich meine, es lohnt, die SMK-Theorie heute wieder aufzugreifen, die anerkannten Schwächen dieser Theorie zu beachten und etwa über die Friedensfähigkeit des Kapitalismus, Varianten staatsmonopolistischer Entwicklung, die Entwicklung des Kapitalismus „in die Tiefe“ und die Globalisierung des (staatsmonopolistischen) Kapitalismus (L. Winter, 14ff) „mit alten und hoffentlich vielen neuen Kapitalismuskritikern in die wissenschaftliche Diskussion zu kommen.“ (9)

²⁵ Eben die von Christina Ujma (siehe Fußnote 16) so unfreundlich Angesprochenen.

²⁶ Dokumentiert in: „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. (Hg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus und sozialistische Perspektive. Zur Aktualität der Herforder Thesen von 1980, Berlin, 2000 (2. Auflage).

²⁷ Vgl. Hans Günter Bell, Sozialistisch-demokratische Programmatik heute. 30 Jahre Herforder Thesen, in: Z 84 (Dezember 2010), S. 167-169.

²⁸ Dokumentiert in: Verein zur Förderung der politischen Kultur e.V. (Hg.): Das Programm der LINKEN. in der Diskussion. Beiträge aus Sicht der „Herforder Thesen“ zur Programmdiskussion der LINKEN., Köln, 2011.

²⁹ Jörg Huffschmid, a.a.O., S. 34.

Lothar Peter

Eribons „Rückkehr nach Reims“ und die Arbeiterklasse

1. Biografische Erfahrungen

Didier Eribon ist in Deutschland vor allem durch eine Biografie über Michel Foucault bekannt geworden,¹ mit dem er befreundet war. In Frankreich war er schon während der neunziger Jahre mit Veröffentlichungen über Homosexualität hervorgetreten. Er gehört dort schon seit längerem zu den bekannteren Intellektuellen, hatte als Journalist bei „Libération“ und dem „Nouvel Observateur“ gearbeitet, erhielt dann eine Stelle als Hochschullehrer in Amiens und nahm mehrere Gastprofessuren an renommierten nordamerikanischen Universitäten wie Berkeley und Princeton wahr.

Obwohl sein Buch „Rückkehr nach Reims“ in Frankreich schon 2009 („Retour à Reims“) erschienen war, wurde es erst kürzlich auf deutsch bei Suhrkamp herausgebracht und löste sofort das aus, was man im medialen Jargon „Hype“ nennt.² Es geht in dem Buch um den Versuch, die eigene Biografie aufzuarbeiten, genauer jene Dimension, die bisher verdeckt geblieben war. Hatte sich Eribon in der Vergangenheit auf das Thema der Homosexualität konzentriert, das für ihn aus persönlichen Gründen relevant ist, so verfolgt er nun eine andere biografische Spur in sein soziales Herkunftsmilieu zurück. Indem er diese Herkunft jahrelang von seinem biografischen Bewusstsein abgespalten hatte, reproduzierte er jenen Verdrängungsmechanismus, unter dem er als Jugendlicher wegen seiner Homosexualität leiden musste. Immer wieder beschreibt er in „Rückkehr ...“ Zusammenhänge und Parallelen zwischen den beiden biografischen Dimensionen, aber im Mittelpunkt steht nun das Verhältnis zu seiner sozialen Herkunft, den Eltern und Brüdern, den peer groups und sozialen Distinktionspraktiken in der Schule sowie zu den politischen Selbststilisierungen, derer sich nicht wenige Akteure der studentischen Szene nach 1968 befleißigten. Im Falle Eribons war es eine trotzkistische Gruppe, in der er die Arbeiterklasse, von deren empirischer Wirklichkeit in Gestalt seiner eigenen Familie er nichts wissen wollte, als „revolutionäres Subjekt“ entdeckte. Eribon schreibt über das alles engagiert, ohne Beschönung und selbstkritisch.

Seine Rückkehr nach Reims, der Stadt, in der er seine Kindheit verbrachte, wird durch die Nachricht vom Tod seines Vaters ausgelöst.³ Über Jahre hinweg hatte Eribon den Kontakt zur Familie auf wenige Telefonate mit der Mut-

¹ Didier Eribon, Michel Foucault. Eine Biographie, Frankfurt a.M. 1991 (frz.1989).

² Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, 2. Aufl., Berlin 2016. Inzwischen ist das Buch in einer 11. deutschen Auflage erschienen.

³ Ebd., S. 11 ff.

ter und ein paar Postkarten beschränkt. Besucht hatte er seine Familie seit Beendigung der Schule nicht mehr. Was aber für eine Familie war das? Und warum hatte Eribon so radikal mit ihr gebrochen?

2. Das proletarische Milieu

Eribons Mutter arbeitete als Putzfrau und später vorübergehend in einer Fabrik,⁴ sein Vater war bis zu seiner Frühverrentung ein angelernter Fabrikarbeiter, seine Brüder waren wieder Arbeiter geworden. Bildung rangierte im familialen Erfahrungshorizont als Luxusangelegenheit, zu der man selbst keinen Zugang hatte. Trotzdem taten die Eltern alles, um ihrem jüngsten Sohn den Besuch des Gymnasiums zu ermöglichen, wie Eribon nun im Rückblick eingesteht. Nach dem Besuch des Gymnasiums begann er zu studieren, schloss aber das Studium nicht erfolgreich ab. Die Schwierigkeiten, die sich ihm auf seinem Bildungsweg entgegenstellten, versucht er in seinem Buch mit der Soziologie Bourdieus zu erklären, auf den er sich häufig beruft.⁵ Es habe ihm jenes „kulturelle Kapital“ gefehlt, über das Jugendliche aus den „besseren“ Schichten quasi als natürliche Ressource verfügen. Dessen schämte er sich so abgrundtief, dass er seine Familie sich selbst und anderen gegenüber als nicht existent verleugnete.

Charakteristisch für die politische Einstellung in der Familie Eribons war eine fraglose Identifikation mit der Kommunistischen Partei, dem PCF. Wie Hunderttausende andere französische Arbeiterfamilien auch war für seine Eltern der PCF die selbstverständliche politische Heimat, die organisierte Verkörperung ihrer Interessen, Hoffnungen und Ressentiments. Bei Wahlen mussten sie nicht überlegen, wo sie ihr Kreuz machten; es gab für sie nur eine Option.

Mit dem rapiden Bedeutungsverlust des PCF seit Ende der siebziger Jahre verlagerte sich die politische Präferenz der Familie wie der vieler anderer Arbeiterfamilien auch auf den „Front national“ (FN), der sich ihnen nun als Tribun der „kleinen Leute“ anbot.⁶ Sowohl die scheinbar unverbrüchliche Identifikation mit dem PCF als auch die spätere Hinwendung zum FN vollzogen sich also innerhalb ein- und desselben, von Eribon als engstirnig, gewalttätig, autoritär und xenophob empfundenen familialen Milieus. Es äußerte sich gleichzeitig in einer Verachtung von Homosexualität, die Eribon schon zu spüren bekam, bevor er sich seiner eigenen sexuellen Orientierung bewusst wurde. Das Leben seiner Familie schildert er deshalb als geradezu naturwüchsigen Zusammenhang von proletarischer Klassenlage, einem autoritären, allem Fremden gegenüber feindlichen familialen Gesinnungsstereotyp und Bindung an die Kommunistische Partei. Dieser Zusammenhang wurde aufgebrochen, so glaubt Eribon, weil der PCF aufgehört habe, die sozialen Unterklassen, die „classes populaires“ politisch zu repräsentieren.

⁴ Ebd., S.47.

⁵ Ebd., S. 97 ff.

⁶ Ebd., S.128 ff.

3. Die zentrale These

Die zentrale politische These des Buches lautet deshalb, dass sich diese „classes populaires“ gegenwärtig dem FN zuwenden, weil sie von „der Linken“ auf- und preisgegeben, um nicht zu sagen, verraten worden seien.

Das richtet sich sowohl gegen die Sozialistische Partei (PS) als auch gegen den PCF, wobei der vage Ausdruck „die Linke“ die Unterschiede zwischen beiden Parteien, ja auch Differenzierungen innerhalb der Sozialistischen Partei verschleiert. Die Sozialistische Partei habe, seitdem sie 1981 an die Macht gekommen sei, eine Mutation zu neoliberalen Denken, zu Deregulierung, Privatisierung und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme vollzogen.⁷ Dieser Prozess wurde, so Eribon, durch eine Philosophie legitimiert, welche die soziale Kollektivität der Abhängigen und Unterdrückten für überholt erklärte und durch das individualistische Leitbild des „autonomen“, nur sich selbst verantwortlichen Subjekts ersetzte. Allenfalls würden in diesem pseudolinken Diskurs die „classes populaires“, namentlich die Arbeiterklasse, die früher die Rolle des kollektiven politischen Akteurs gespielt hätten, nun nur noch als „Ausgeschlossene“ und „Opfer“ (121) der Prekarisierung bemitleidet, um sie so umso besser als politisch passives Objekt technokratischer Hilfsmaßnahmen bevormunden zu können. Besonders enttäuscht ist Eribon, obwohl er die Partei meist in dem diffusen Begriff „die Linke“ aufgehen lässt, offensichtlich vom PCF, der ja traditionell als kämpferischer Anwalt der „einfachen Leute“ entweder geachtet oder gehasst worden war.

„Der Linken“ wirft er insgesamt vor, Kategorien wie „Klassen“ und Klassenverhältnisse⁸ aus ihrem Diskurs verbannt zu haben und „alle Ansätze ins Abseits zu drängen, die argumentativ auf gesellschaftliche Unterdrückung und sozialen Kampf, auf die Reproduktion und Transformation sozialer Strukturen, auf die Trägheit und Dynamik klassenbedingter Konflikte abhoben“.⁹ Bei der Anpassung ihres Diskurses an die Imperative des Neoliberalismus habe sich „die Linke“ auf jene „neokonservativen“ Intellektuellen eingelassen, die „die Idee der Unterdrückung“ und einer „strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten“ durch das harmonisierende Gerede von einem neuen „Gesellschaftsvertrag“ ersetzt hätten. Hier wäre es aber notwendig genau anzugeben, auf welche Strömungen und Akteure innerhalb „der Linken“ das zutrifft. Geschieht das nicht – und das ist bei Eribon der Fall –, dann drängt sich die fatale Schlussfolgerung auf, dass die bürgerliche Rechte und die gesamte Linke zu einem „neuen historischen Block“ des Neoliberalismus verschmolzen sind.

Ausgehend von seinem eigenen biographischen Milieu entwirft Eribon das Bild einer Arbeiterklasse, das auf ein bestimmtes, von ihm verabsolutierten

⁷ Ebd., S.119.

⁸ Ebd., S.122.

⁹ Ebd.

Segment verkürzt wird und, wie Rainer Rilling kürzlich zutreffend bemerkt hat, die seit seiner Jugend sich vollziehenden Umwälzungen der gesamten industriellen Landschaft, der Sozialstruktur, der Staatsfunktionen und der politischen Öffentlichkeit ausblendet.¹⁰ Es handelt sich bei Eribon um die Kategorie der besonders schlecht bezahlten, unter besonders schweren Arbeitsbedingungen leidenden ungebildeten ArbeiterInnen, die einen seiner Erfahrung nach autoritären Sozialhabitus aufweisen, politisch nicht aktiv sind und sich gegen alles Fremde abschotten. Sie setzt er mit der Arbeiterklasse schlechthin gleich. Zwar hat es diese Kategorie gegeben und gibt es sie immer noch, aber sie ist weder für die frühere Arbeiterklasse noch für die heutige Gesamtheit der Lohnabhängigen repräsentativ.

4. Strukturwandel der französischen Arbeiterklasse

Obwohl sich viele Angehörige der unteren Randgruppen der Arbeiterklasse mit dem PCF identifizierten – darin ist Eribon zustimmen –, wurde dessen Profil aber nicht durch sie, sondern die politisch bewussten, an Bildung interessierten, oft an der Peripherie der urbanen Ballungszentren lebenden industriellen Arbeiter, namentlich der Metallindustrie („métallos“), der Werften, der Chemieindustrie, der Textilindustrie, Stahlproduktion und Erz- und Kohlegruben geprägt. Eine der Hochburgen dieser gewerkschaftlich und politisch bewussten und aktiven Arbeiterklasse bildete das Renault-Stammwerk in Boulogne-Billancourt (Paris).¹¹ Dort waren 1970 knapp 40.000 Beschäftigte konzentriert, von denen Tausende gewerkschaftlich (meist in der CGT) organisiert und etwa 1.800 Mitglieder des PCF waren. Bei den Wahlen zu den Betriebschaftsdelegierten erhielt die CGT dort 75 Prozent und die damals ebenfalls linksgerichtete CFDT fast 14 Prozent der Stimmen. Die Mitglieder der Parteisektion waren in 72 Betriebszellen organisiert, für die drei hauptamtliche Parteisekretäre zuständig waren. Die Sektion gab eine Betriebszeitung mit hoher Auflage heraus. Wie groß das kulturelle Interesse der Belegschaft war, spiegelte sich beispielsweise in der hohen Zahl von Ausleihungen aus der Betriebsbibliothek wider. Nicht selten handelte es sich dabei um Titel von Autorinnen wie Simone de Beauvoir, Albert Camus, André Malraux, Saint-Exupéry, Vercors, Emile Zola u.a.¹² Die Arbeiterklasse von Renault, aber auch zahlreicher anderer Betriebe und Regionen, vermittelte ein der Schilderung Eribons diametral entgegengesetztes Bild.¹³ Wenn es auch zutrifft, wie

¹⁰ Rainer Rilling, *Klassenflucht*. In: *Luxemburg-Online*: Klasse, Scham und die Linke. Debatte zu Eribons „Rückkehr nach Reims“, 2016, S. 6. Bernhard Sander, ein guter Kenner der französischen Verhältnisse, sieht das in diesem Punkt ähnlich wie Rilling. An mehreren anderen Stellen seines Beitrags „Didier Eribon und die Niederlage der Linken“ bleibt aber unklar, inwiefern er Auffassungen Eribons nur wiedergibt oder sich selbst zu eigen macht (vgl. „Sozialismus“, 43. Jg., H.10/2016, S. 10–15).

¹¹ Vgl. im Folgenden Jacques Frémontier, *La Forteresse ouvrière*: Renault. Une enquête à Boulogne-Billancourt chez les ouvriers de la Régie, Paris 1971, S. 204.

¹² Ebd., S. 307 (Tabelle).

¹³ Ich selbst hatte 1970 und 1971 die Möglichkeit, auf Einladung des mehrheitlich kommunisti-

er schreibt, dass der PCF nie mehr als 30 Prozent, also immerhin etwa 3 Mio. Arbeiterstimmen auf sich vereinigen konnte, so trifft es doch ebenfalls zu, dass dem PCF in der Arbeiterklasse eine hegemoniale Rolle zukam und er deshalb von den kapitalistischen Unternehmern, den bürgerlichen Parteien und deren intellektuellen und Medien als Hauptfeind der herrschenden Ordnung bekämpft wurde.

Seit den achtziger Jahren wurde diese Arbeiterklasse jedoch von Umbrüchen erfasst, die ihre soziale Struktur und Physiognomie so gravierend veränderte, dass es heute kaum noch möglich ist, in Frankreich (ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern) von Arbeiterklasse im Sinne einer ihrer kollektiven Arbeits-situation nach relativ homogenen, über eine gemeinsame Mentalität verfü-genden und eine gemeinsame Lebensweise teilenden Klasse zu sprechen.¹⁴ Die-se Dekomposition der Arbeiterklasse verweist aber nicht etwa auf ein Ver-schwinden des Kapitalismus und dessen Antagonismen, sondern im Gegenteil auf dessen krisenhafte Modernisierung und Finanzialisierung, die sich in der so-zial abhängigen Bevölkerung als wachsende Armut, Prekarität und Exklusion niederschlägt. Die Erosion der französischen Arbeiterklasse bzw. eine nachlas-sende Kampfkraft der Arbeiterbewegung und die Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche im Zuge einer massiven Informatisierung, Tertiärisierung und Flexibilisierung bedingten sich also wechselseitig.

Ein drastischer Modernisierungsschub krenpelt die industrielle Produktion in Frankreich seit Mitte der siebziger Jahre um. Allein zwischen 1976 und 1983 verloren die Stahlindustrie 25 Prozent, der Maschinenbau 27,5 Prozent und die Textilindustrie mehr als 28 Prozent ihrer Arbeitsplätze.¹⁵ Der Anteil der Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten fiel in derselben Zeit von 20,6 Prozent auf 16,5 Prozent, während gleichzeitig die Zahl der Betriebe mit we-niger als 50 Beschäftigten rasch wuchs. Sie wiederum waren noch nie ein für die organisierte Arbeiterbewegung günstiges Terrain. Sank der Anteil der In-dustriebeschäftigten in der folgenden Periode weiterhin rapid, vergrößerte sich der Beschäftigungsumfang des tertiären Sektors dagegen überproportional. Dem entsprach schon während der 1980er Jahre eine deutliche Tendenz zur Höherqualifizierung der Gruppe der ArbeiterInnen. Allein zwischen 1975 und 1987 nahm die Zahl der qualifizierten Arbeiter (ouvriers professionnels) um fast 10 Prozent auf insgesamt 57,7 Prozent zu, obwohl damals der Tayloris-mus in der betrieblichen Arbeitsorganisation noch keineswegs überwunden war.¹⁶

¹⁴ schen Betriebsrats (comité d'entreprise) das Renault-Stammwerkes in Billancourt zu besuchen und mich u.a. über die sozialen und kulturellen Aktivitäten des Betriebsrats zu informieren. Das hat sich in einer Fallstudie niedergeschlagen, die ich damals teilweise „vor Ort“ durch-führte und die unter dem Titel „Klassenkämpfe in Frankreich – Renault 1971“ zuerst in der Zeitschrift „Sozialistische Politik“ (SOP), 1971, 3. Jg., Nr. 13, S. 33 – 52 erschienen ist.

¹⁵ Über den Begriff der Arbeiterklasse vgl. die in „Z“ 2010 und 2011 geführte Diskussion.

¹⁶ Gérard Noiriel, Les ouvriers dans la société française. XIXe – XXe siècle, Paris 1986, S. 238. Lothar Feter, Krise des Taylorismus, neue Polyvalenz und soziale Identität der Arbeiterklasse.

Auch wenn heute noch immer etwa 5 bis 6 Mio. Erwerbstätige zur Gruppe der ArbeiterInnen gehören¹⁷, so sind sie immer seltener in großen industriellen Produktionseinheiten konzentriert, sondern arbeiten inzwischen zu mehr als 50 Prozent im tertiären Sektor.¹⁸ Das hat unter anderem das Phänomen ihrer „Unsichtbarkeit“ – so der einprägsame Ausdruck von Alexandra Chaignon¹⁹ – gefördert, was es zusammen mit Prozessen der Flexibilisierung, Dezentralisierung und Individualisierung in der Welt der Lohnarbeit immer schwerer macht, die Betroffenen für die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu gewinnen. Dieser Sachverhalt verfestigt sich zusätzlich dadurch, dass nicht wenige ArbeiterInnen ihre bisherigen Sozialbauwohnungen (HLM) verlassen, um in kleine Eigenheime an den halbländlichen Rändern der urbanen Ballungszonen zu ziehen. Aber gleichzeitig ist auch die Zahl der wohnungslosen ArbeiterInnen gestiegen.

5. Probleme und Positionen des PCF

Die sozialstrukturellen Umbrüche haben in der Wähler- und Mitgliedschaft sowie in der Funktionärsrekrutierung des PCF tiefe Spuren hinterlassen. Nur noch ein kleiner Teil der ArbeiterInnen wählt das linke Wahlbündnis „Front de gauche“, an dem der PCF beteiligt ist, geschweige denn den PCF selbst. Stammten früher führende Parteimitglieder aus dem Proletariat (so zum Beispiel Maurice Thorez, Jacques Duclos und Georges Marchais), so kommt die heutige Parteispitze oft aus der Gruppe der Angestellten oder sogar der Akademiker (der gegenwärtige Vorsitzende Pierre Laurent ist Absolvent der Pariser Universität Sorbonne). Der Anteil von Parteitagsdelegierten aus der Gruppe der ArbeiterInnen sank von weniger als 40 Prozent während der 1980er Jahre auf weniger als 30 Prozent während der 1990er Jahre und beim XXI. Parteitag des PCF 2002 gehörten nur noch knapp 11 Prozent der Delegierten dieser Gruppe an.²⁰ Diese Entwicklungen mussten naturgemäß zu Auseinandersetzungen innerhalb des PCF und anderer linker Organisationen führen, die bis heute anhalten und in denen sich objektive und subjektive Faktoren wechselseitig durchdringen.²¹

Die sich den linken Gewerkschaften und Parteien durch den sozialen Strukturwandel und Prozesse der Individualisierung stellenden Probleme kommen

In: Lendemains, Zeitschrift für vergleichende Frankreichforschung, 15. Jg. (1990), Nr. 57, S.118 – 132.

¹⁷ Vgl. INSEE (Französisches nationales Institut für Statistik), 2016, Dossier complet, Tabelle EMP T-3, S.9: Von allen Beschäftigten zwischen 15 und 64 Jahren waren 2013 knapp 5,5 Mio. ArbeiterInnen.

¹⁸ Perrine Mouterde, Qui sont les ouvriers aujourd'hui? In: Le Monde, 07.06.2016.

¹⁹ Alexandra Chaignon, Les ouvriers, ces travailleurs invisibles des temps modernes. In: L'Humanité, 24.02.2014.

²⁰ Julian Mischi, Le PCF et les classes populaires. In : Fondation Gabriel Péri : Nouvelles Fondations, Nr. 6, 2008 (Internetausdruck).

²¹ Julian Mischi, Comment un appareil s'éloigne de sa base: In: Le Monde diplomatique, janvier 2015, S.17 – 19.

bei Eribon aber nicht vor, der sie stattdessen hinter einer Rhetorik moralischer Entüstung verschwinden lässt. Er verhart im Denkmuster einer schematischen Polarität zwischen „der Arbeiterklasse“ (bzw. den „classes populaires“) einerseits und der sie ihrem Schicksal überlassenden, vergessenden und verrätenden politischen Linken, namentlich dem PCF, andererseits. Was Eribon dabei auch übersieht, ist die Tatsache, dass der Strukturwandel der abhängigen Erwerbsbevölkerung einer linken Partei wie dem PCF nicht gleichgültig bleiben darf, will sie nicht von der Wirklichkeit überholt werden. Konkret heißt das hier: Wenn die Kategorie der Arbeiter sowohl quantitativ erheblich abnimmt als sich auch qualitativ verändert, gleichzeitig aber die Zahl der zwar leitenden, aber ebenfalls abhängigen Angestellten („cadres“), der intellektuellen Berufe, der „intermediären“ Berufe (z.B. Lehrpersonal, Pflegepersonal, der „vermittelnden“ Funktionen²² in der Industrie usw.) insgesamt mehr als 2/3 aller Erwerbstätigen umfasst,²³ sind linke Parteien um den Preis ihrer Existenzfähigkeit gezwungen, sich nicht nur der Belange der ArbeiterInnen, sondern auch der in ihrer Zusammensetzung immer komplexeren überwältigenden Mehrheit der „anderen“ Lohnabhängigen anzunehmen. Parteien wie der PCF werden dabei mit einem doppelten Dilemma konfrontiert, das nur die geringeren negieren können, die eine abstrakte (ebenso unter bürokratischen wie unter intellektuellen verteilte) Vorstellung von der vermeintlichen Allmacht kommunistischer Parteiapparate hegen. Worin besteht dieses Dilemma? Einerseits wird die soziale Basis für die Gewinnung und auch Rekrutierung unter den ArbeiterInnen durch den PCF (und andere linke Parteien wie etwa die „Neue Antikapitalistische Partei“/NPA)²³ immer schmaler, andererseits aber können sich diese Parteien nicht auf eine bestimmte Kategorie der Lohnabhängigen beschränken, wollen sie nicht den Anschluss an die reale Entwicklung der heutigen „Lohnarbeitsgesellschaft“ (Robert Castel) verlieren. Es ist deshalb eine Vereinfachung, wenn Eribon ausschließllich auf eine Dichotomie zwischen den „classes populaires“ und einer sich von ihnen selbstständigenden, ihnen entfremdeten Partei abstellt, was an den früher vor allem im Trotzkismus, dem Eribon eine Zeit lang anhing, vertretenen Schematismus vom Gegensatz zwischen moralisch untadeliger, stets kampfbereiter sozialer Basis zum einen und diktatorischem Machtstreben der die Basis unterdrückenden kommunistischen Parteibürokratie zum anderen erinnert. Die Dialektik des Realen ist jedoch ungleich komplizierter und widersprüchlicher als solche Erklärungsmodelle glauben machen wollen. Damit soll durchaus nicht behauptet werden, dass die politische Linke die gewaltigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Modernisierungsumbrüche während der letzten

²² Vgl. INSEE, 2016: Dossier ..., a.a.O., Tabelle EMP T-3.

²³ Die „Neue Antikapitalistische Partei“ (NPA) entstand 2009 aus der trotzkistischen „Ligue communiste révolutionnaire“ (LCR) und anderen Gruppierungen der radikalen Linken. Sie ist eine der kleineren Organisationen, die innerhalb des linken Spektrums einen gewissen Einfluss haben. Ihr früherer Vorsitzender Olivier Besancenot erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 2007 immerhin mehr als 4 Prozent.

Jahrzehnte befriedigend beantwortet hätte. Der Niedergang des PCF seit den achtziger Jahren ist zu offensichtlich, als dass er ausschließlich auf objektive und strukturelle Bedingungen und Zwänge zurückgeführt werden könnte und ohne Mitverantwortung der Partei geschehen wäre. Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus, der „Dauerbrenner“ des umstrittenen Verhältnisses zur Sozialistischen Partei, das missglückte Projekt einer „gauche plurielle“ (unter dem damaligen PCF-Vorsitzenden Robert Hue) oder die erneute Einbindung kommunistischer Minister unter der PS-Regierung von Lionel Jospin 1997 sind einige Beispiele für die politischen Schwankungen und Rückschläge des PCF seit den 1980er Jahren.²⁴ Dennoch rangierten Forderungen zum Schutz der am meisten benachteiligten Arbeitergruppen, der sozial Marginalisierten und Ausgeschlossenen immer an vorderer Stelle der Agenda der Partei, wie auch das aufopferungsvolle Engagement vieler kommunaler Funktions-träger des PCF bis heute beweist. Das „Programme du Front de Gauche“ etwa, in dem der PCF die stärkste Kraft bildet, für die Präsidentschaftswahl von 2012 begann mit einem Katalog von Forderungen, die sich auf eine „Verteilung des Reichtums und die Beseitigung sozialer Unsicherheit“ richteten.²⁵ Dazu gehörten die Wiederherstellung der 35-Stundenwoche, das Recht auf Renteneintritt mit 60 Jahren ohne Abzüge, ein Mietstopp, die Erhöhung des Mindestlohns auf 1.700 Euro, Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot von 3 Mio. Betroffenen usw. Wo es in der Vergangenheit galt, Streiks und Arbeitskämpfe zu unterstützen, hat der PCF bei keiner relevanten Aktion gefehlt, sei es durch öffentliche Solidarisierung, sei es durch praktische Teilnahme ihrer Anhänger. So rief der Nationalrat des PCF am 07.03.2016 zum kollektiven Widerstand gegen die von der PS-Regierung geplante Demontage des Arbeitsgesetzbuches (Code du travail) auf, indem er erklärte: „Dieser Text (der Regierung, L.P) organisiert im Namen der ‚Modernität‘ die Rückkehr ins 19. Jahrhundert. Er versucht die Idee des menschlichen Fortschritts und der Ausdehnung von Rechten selbst zu töten, er wirft die sozialen und fortschrittlichen Errungenschaften, das Ergebnis schwerer Kämpfe, einfach weg.“²⁶

Ebenso simplifizierend wie Eribons Narrativ einer „die Arbeiterklasse“ dem Neoliberalismus opfernden Linken im Allgemeinen und des PCF im Besonderen ist seine daraus abgeleitete Behauptung, „die Arbeiterklasse“ habe als Reaktion darauf politisch beim FN Zuflucht gesucht. Das ist schon deshalb unzutreffend, weil es „die Arbeiterklasse“ im Sinne Eribons nicht gibt und seine moralisierenden Deutungsschablonen für die Erklärung sozialstruktureller Verwerfungen und der mit ihnen einhergehenden politischen Gemengelage

²⁴ Vgl. dazu Julian Misch, Comment un appareil ..., a.a.O.

²⁵ Vgl. im Folgenden: Le programme du Front de Gauche et son candidat commun Jean-Luc Mélenchon 2012 (Internetausdruck).

²⁶ Resolution des Nationalrats des PCF vom 07.03.2016: Mobilisations contre la loi El Khomri (Internetausdruck, Übersetzung L.P.). Myriam El Khomri ist Arbeitsministerin in der amtierenden PS-Regierung und verantwortlich für die Gesetzesvorlage zur Neufassung des Arbeitsgesetzbuches „Code du travail“, die 2016 zu Massenstreiks und -protesten führte.

ungeeignet sind. Die „condition ouvrière“, die kollektive proletarische Lebensweise, ist zerfallen, traditionelle Industriezweige wie die Stahlindustrie und der Bergbau, einst Bastionen einer kämpferischen Arbeiterklasse²⁷, sind zum großen Teil längst stillgelegt, der von den Kommunisten einst unangefochten dominierte „rote Gürtel“ um Paris herum mit Vorstädten wie Gennevilliers, Saint-Denis und Montreuil, hat sich schon vor Jahren aufgelöst und kommunistische Bastionen wie die „Arbeiterfestung Renault“ wurden modernisierungspolitisch geschleift.

6. Der Front national und die ArbeiterInnen

Die Gründe dafür, warum französische ArbeiterInnen heute sehr häufig FN wählen, gehen über die „Verratstese“ Eribons weit hinaus, auch wenn zu diesem Wahlverhalten der unteren Sozialschichten politische Fehlorientierungen und kontraproduktive Kompromisse der „gauche de gauche“ (der Linken jenseits des PS) und namentlich des PCF beigetragen haben.²⁸ Der Prototyp der FN wählenden ArbeiterInnen dürfte allerdings nicht in der Großindustrie, aber auch nicht in traditionell kommunistisch geprägten ländlichen Départements (wie Allier), sondern vor allem in den lohnabhängigen Schichten der neu entstehenden „periurbanen“ ländlichen Regionen zu suchen sein. Sebastian Chwala verweist in seinem Überblick über die Entwicklung des FN auf räumliche Umstrukturierungen von Industrieunternehmen, die ihre Standorte in ländliche Regionen verlagern, wo sich ein neuer Arbeitertyp herausbildet. Es handelt sich dabei um eine „gehobene Arbeiterschicht“,²⁹ die nicht mehr proletarisch sozialisiert wurde, oft in einem relativ engen Verhältnis zu den Betriebsgegnern und ihrem Management steht, gewerkschaftsfeindlich eingestellt ist und über Wohneigentum verfügt, aber gleichzeitig von Deklassierungsängsten heimgesucht wird. Die Entstehung eines „neuen industriellen Paradigmas“³⁰ hat wesentliche Veränderungen sowohl der Arbeitsbedingungen als auch der Lebensweise außerhalb der Betriebe hervorgerufen. Dem entspricht eine Auflösung von bisherigen Formen der Solidarität im unmittelbaren Produktionsprozess durch dessen posttayloristische Reorganisation sowie ein Verschwinden typischer Arbeiterbezirke und Wohngebiete, deren bisheriger Charakter durch den massiven Zuzug von MigrantInnen und ethnisch-soziale Ghettobildung überlagert wird. Der Hass sozial abgehängter Arbeiterschichten auf MigrantInnen spielt auch bei Eribon eine wichtige Rolle. Er kennt entsprechende Ressentiments aus seiner Familie und interpretiert sie als einen

²⁷ Vgl. die eindrucksvolle Darstellung des Niedergangs des lothringischen Erzbergbaus von Aurélie Filippetti, *Das Ende der Arbeiterklasse. Ein Familienroman*, Frankfurt a.M. 2014 (frz. 2003). (Besprechung durch den Verf. in Z 102, Juni 2015, S. 192ff.)

²⁸ Vgl. Julian Misch, *Comment un appareil ...*, a.a.O.

²⁹ Sebastian Chwala, *Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler*, Köln 2014, S. 118. Siehe auch die Besprechung in diesem Heft.

³⁰ Stéphane Beaud, Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*, Konstanz 2004 (frz. 1989).

treibenden Faktor der großen Resonanz des FN unter ArbeiterInnen. Allerdings erscheinen diese Ressentiments bei ihm bloß als ideologisches Konstrukt und nicht als Ausdruck möglicherweise tatsächlicher und zwar wechselseitiger Probleme im Zusammenleben unterschiedlicher, sozial abhängiger, politisch vernachlässigter Bevölkerungsgruppen (vor denen eine linke Politik – weder in Frankreich noch in Deutschland – den Kopf in den Sand stecken darf, auch wenn das gegen Gewohnheiten der political correctness verstößt). Widersprüche in der Argumentation Eribons hinsichtlich des Verhältnisses von Arbeiterklasse zum FN hat Gerald Wagner wie folgt ironisch kommentiert: „Trüffel die perfide Rechte das Gift des Ressentiments in die enttäuschten Gefühlslagen der verratenen Arbeiterklasse, oder suchten sich die ausländereindlichen Haltungen der Unterschicht eine neue politische Heimat? Und wie passte dieser Rassismus überhaupt zum von Eribon unterstellten Klassenbewusstsein der Besitzlosen? Sollte dieses nicht von Solidarität mit allen anderen Besitzlosen geprägt sein? Erstens blieb den französischen Arbeitern also gar nichts anderes übrig, als ausländerfeindlich zu werden, und zweitens waren sie es ja sowieso schon. Aber dann wären die neuen Rechten doch die alten Rechten?“³¹

Eribon lastet also die Abwanderung vieler WählerInnen der „classes populaires“ zum FN „der Linken“ im Allgemeinen und dem PCF im Besonderen an, der aus Motiven eines „niedertätigen Opportunismus“ sogar rassistische Vorurteile „bedient“ habe.³² Dass aber zwischen dem systemkonformen, die Regierungspolitik dominierenden Mehrheitsflügel des PS und seiner teilweise offen neoliberalen Politik einerseits und linken gewerkschaftlichen Organisations-Parteien und Initiativen andererseits manifeste Gegensätze bestehen, gerät bei Eribon bis zur Unkenntlichkeit in den Hintergrund. Die Sozialistische Partei an der Regierung hat ihre ursprünglichen Reformvorhaben rasch aufgegeben, um bald einen offen neoliberalen Kurs zu steuern.³³ Er erreichte einen kaum zu überbietenden Tiefpunkt mit dem quasi als Notverordnungs durchgezogenen Gesetz zur Revision des „Code du travail“, also zur Lockerung des Kündigungsschutzes, zur Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen und Schwächung der Gewerkschaften. Dass diese Politik auf heftigen Wider-spruch der „linken Linken“ stößt, deren Spektrum vom „Parti de gauche“ über den PCF, die ehemals trotzkistisch inspirierte „Neue Antikapitalistische Partei“, linke Gewerkschaften wie die CGT oder SUD bis zu Bewegungen wie „Nuit debout“ reicht, fällt der selektiven Wahrnehmung Eribons zum Opfer. Nur durch diese Auslassung gelingt es ihm, den unterstellten Antagonismus

³¹ Gerald Wagner, Der Wut-Citoyen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.12.2016.
³² Eribon, 2016: Rückkehr...a.o., S. 135. Eribon geht an anderer Stelle sogar so weit, linken Parteien wie der spanischen „Podemos“ vorzuwerfen, genauso wie der Front national auf Nationalismus zu setzen (vgl. das Interview „Ihr könnt nicht glauben, ihr wärt das Volk“ in „Zeit-Online“ vom 04.07.2016).
³³ Vgl. Felix Syrovacka, Rückkehr nach Reims? Frankreichs Sozialdemokratie in der Falle. In: Luxemburg, Nr. 3/2016, S. 30 – 37.

zwischen „der Arbeiterklasse“ und „der Linken“ literarisch effektiv zu inszenieren.

7. Denken alle französischen Intellektuellen systemkonform?

Wenn er dabei den Intellektuellen eine ebenso treibende Kraft wie verhängnisvolle Rolle zuschreibt, so verfällt er erneut seinem Hang zur Vereinfachung. Er spricht von „den (die) linken Parteien mit ihren Partei- und Staatsintellektuellen“³⁴ und wirft ihnen vor, die Arbeiterklasse aus ihrem Diskurs gestrichen zu haben. Um wen handelt es sich bei den so titulierten Intellektuellen konkret? Sofern er auf jene Gruppe einflussreicher, dem PS mehr oder weniger nahestehender Intellektueller zielen will, die wie Pierre Rosanvallon, die Akteure von Think tanks wie „République des Idées“ oder Terra Nova“, viele Journalisten von „Le Monde“, „Libération“ und „Nouvel Observateur“ einer „zivilgesellschaftlichen“ Erneuerung der Gesellschaft das Wort reden, ohne ihre kapitalistischen Grundlagen zu thematisieren, muss ihm nicht widersprochen werden. Aber wo bleiben bei ihm die linken Intellektuellen? Er tut so, als gäbe es sie nicht mehr oder noch nicht. Damit bedient er seinerseits, ob er es will oder nicht, das Klischee vom Verschwinden der engagierten, parteilichen Intellektuellen, das üblicherweise von rechts beschworen wird. Obwohl sich die französische Linke seit langem in der Defensive befindet, haben zahlreiche Intellektuelle wie Etienne Balibar, Alain Badiou und Régis Debray, die Autoren von Zeitschriften wie „Actuels Marx“, ehemalige SchülerInnen Bourdieus und Jüngere wie Frédéric Lordon, Ökonom und Philosoph, nicht erst seit gestern die bestehenden Herrschaftsverhältnisse immer wieder einer grundsätzlichen Kritik unterzogen, solidarisieren sich mit Streiks und sozialen Bewegungen und engagieren sich für die am meisten Entrechteten und Ausgeschlossenen. Immer wieder treten sie auch öffentlich in Erscheinung wie etwa mit dem in „Le Monde“ publizierten Aufruf zur Unterstützung der neuen sozialen Bewegung „Nuit debout“, den neben international bekannten Intellektuellen (wie Leo Panitch und Antonio Negri) französische SozialwissenschaftlerInnen wie Christine Delphy, Eric Fassin und Frédéric Lordon unterzeichnet haben (wie immer man den Stellenwert von „Nuit debout“ einschätzen mag).³⁵

Was seine biografischen Erfahrungen betrifft, hat Didier Eribon ein bemerkenswertes Buch geschrieben. Seine politischen Schlussfolgerungen und Urteile sind dagegen holzschnitthaft und tragen zu einer konstruktiven Diskussion über die Schwierigkeiten der Linken in Frankreich wenig bei.

³⁴ Didier Eribon, Rückkehr ..., S. 121.

³⁵ Nuit debout peut être porteur d'une transformation sociale de grande ampleur, in: Le Monde vom 03.05.2016.

Wolfgang Förster

Überlegungen zu Friedrich Engels' „Varia über Deutschland“

In dem Manuskript „Varia über Deutschland“ von 1873/74, das eine Vorarbeit für eine Veröffentlichung im „Volksstaat“ sein sollte, beleuchtet F. Engels Aspekte der deutschen Geschichte seit dem Ausgang des Mittelalters. In diesem Beitrag soll nur auf jene Bemerkungen Engels' eingegangen werden, die die geistig-kulturelle Entwicklung Deutschlands betreffen. Während sich im 15. Jahrhundert Spanien, Frankreich und England zu Nationen und Nationalstaaten konstituierten, blieb Deutschland aus verschiedenen Gründen zersplittert und bildete keinen nationalen Komplex. Für die in Deutschland erforderliche gesellschaftliche Umwälzung hatte dies widersprüchliche Folgen. Diese Umwälzung erfolgte, wie Engels bemerkt, zeitgemäß in religiöser Form. Sie wurde durch die Schwäche des deutschen Bürgertums, durch die territoriale Zersplitterung und die widerstrebenden Interessen der verschiedenen Stände beeinträchtigt. Engels untersucht die verhängnisvollen Entwicklungswege, die mit dem Einmünden der lutherischen Reformation in eine Fürstenreformation verbunden waren und verweist auf die Folgen der Verhärtung der religiösen Spaltung und die Entwicklung, die zum Dreißigjährigen Krieg führte.

Die Bemerkungen Engels' beleuchten wichtige und bleibende Eckpunkte der geistig-kulturellen Entwicklung Deutschlands in der Nachreformationszeit, auch wenn die historische Detailforschung heute weitaus fortgeschrittener und differenzierter ist. Engels' Manuskript enthält äußerst bemerkenswerte Hinweise über die deutsche Philosophieentwicklung nach der Reformation. In einem Beitrag in den „Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät“ umreißt Günter Vogler den aktuellen Stand der historischen Forschung und verweist auf ungelöste Probleme.¹ Ernst Engelberg betrachtete die Gedankenanstöße Engels' als ein ganzes Forschungsprogramm.²

Deutsche Philosophiegeschichte als „Traumgeschichte“

Luthers Reformation inspirierte die Philosophieentwicklung außerordentlich. Luther befreite den Glauben von klerikaler Bevormundung. Seine Gewissensethik legitimierte in der Folge den politischen Widerstand gegen die Gegenreform. In dem Luther mit großem Nachdruck die Unvereinbarkeit von Offenbarungsglauben und aristotelischer Philosophie betonte, Philosophie und Theologie trennte, legte er den Weg für bürgerliches Emanzipationsdenken frei. Seiner Annahme eines *deus absconditus* stand bei ihm die Auffassung entgegen, dass es gelte, die

¹ G. Vogler, Das Konzept „deutsche frühbürgerliche Revolution“. Genese – Aspekte – kritische Bilanz, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 45, Berlin 2001, S. 87ff.

² Vgl. E. Engelberg, Wie bewegt sich, was uns bewegt? Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, hg. v. A. Engelberg, Stuttgart 2013, S. 47ff.

diesseitige Welt gründlich zu erforschen. Engels verweist auf den Kontrast des Verlaufs der „bürgerlich-religiösen Revolution“³ in Deutschland, die so kastriert gewesen sei, dass die Fürsten die Leitung in die Hand bekamen, was zur ökonomischen Erniedrigung Deutschlands führte, und der bedeutenden Entwicklung der deutschen Philosophie nach 1525. Gegenüber dem Niedergang von Wissenschaften, Literatur und Sprache konstatiert er spätere „Lichtblicke“: „J[acob] Böhme (wieder Vorzeichen der kommenden Philosophen), Kepler, Leibniz – wiederum Abstraktion vom Bestehenden, Wirklichen. *Bach*.“⁴ Engels notiert komprimiert: „Spezifisch theologisch-theoretischer Charakter der deutschen Revolution des 16. Jahrhundert. Vorrangiges Interesse für Dinge, die nicht von dieser Welt. Die Abstraktion von der miserablen Wirklichkeit – Basis der späteren theoretischen Überlegenheit der Deutschen von Leibniz bis Hegel.“⁵

In Deutschland war über Jahrhunderte der intellektuelle Raum das einzige Gebiet für die Entfaltung antifeudal-bürgerlicher und darüber hinausgehender Zielsetzungen. Verhinderten partikularstaatlicher Absolutismus und Despotismus die Artikulation realer bürgerlicher Klassenziele, so führten aber die drückende soziale Lage des Volks und die fehlenden Konturen der bürgerlichen Entwicklung zu intensiven Manifestationen des Denkens der Volksopposition. K. Marx bezeichnete in seinem Aufsatz „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ die deutsche Geistesgeschichte nach der Reformation als „Traumgeschichte“⁶, als Vorzeichen einer künftigen „*allgemein menschlichen Emanzipation*“⁷, die über den Horizont der bürgerlichen Klasse hinausführe. Die deutsche Philosophie sei „die *ideale Verlängerung* der deutschen Geschichte“⁸. Marx notiert: „Wie die alten Völker ihre Vorgeschichte in der Imagination erlebten, in der *Mythologie*, so haben wir Deutsche unsre Nachgeschichte in Gedanken erlebt, in der *Philosophie*.“⁹ Im Vorfeld der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 erhalten Reformationszeit und Protestantismus für Marx eine hohe Bewertung. „Selbst historisch hat die theoretische Emanzipation eine praktische Bedeutung für Deutschland. Deutschlands *revolutionäre* Vergangenheit ist nämlich theoretisch, es ist die *Reformation*. Wie damals der *Mönch*, so ist es jetzt der *Philosoph*, in dessen Hirn die Revolution beginnt.“¹⁰

Versank die protestantische Schulphilosophie in knöcherne Dogmatik, so brachte die Ideologie der Volksopposition eine vielschichtige Kritik der Religion hervor, die sich mit einer umfassenden Sozialkritik und tiefen dialektischen Einsichten verband. Dies manifestierte sich u.a. in linker Mystik und

³ F. Engels, *Varia über Deutschland*, in: K. Marx/F. Engels, *Werke*, Berlin 1956ff., Bd. 18, S. 590.

⁴ Ebd., S. 592.

⁵ Ebd., S. 590.

⁶ K. Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: MEW, Bd. 1, S. 383.

⁷ Ebd., S. 388.

⁸ Ebd., S. 383.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd. S. 385.

pantheistischen Gedankengängen, zum Teil verbunden mit chiliastischen und anderen phantastischen Vorstellungen.

Differenzierte Wirkungen des deutschen Protestantismus

Die Kritik an der lutherischen Orthodoxie von den Positionen der Volksopposition, die Weiterführung des „radikalen Flügels“ der Reformation fand ihren Ausdruck u.a. in den Lehren Valentin Weigels und Jacob Böhmes. Nach V. Weigel wohne Gott nicht außerhalb der Welt, sondern sei in uns, Gottes Tempel sei der inwendige Mensch. Der innere Mensch sei frei, keiner Obrigkeit unterworfen. Es gebe eine unsichtbare Kirche der Gläubigen, keine Kirche kann den Anspruch erheben, ausschließlich Gott zu verkünden. Weigel lehnt wie andere Theoretiker der „linken Reformation“ jede Ketzerverfolgung ab und verlangt universelle Toleranz. Bei Jacob Böhme verbinden sich ein teilweise zum Materialismus führender Pantheismus, Positionen der linken Mystik, der Renaissance-Humanismus, kabbalistische und neuplatonische Denkmotive. In seinem Buch „Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ behauptet Böhme im Sinne eines materialistischen Pantheismus eine direkte Identität von Gottheit und Natur, verschiedentlich erklärte er, Gott sei die beseelende Kraft der Natur. Daneben tritt die Interpretation Gottes als eines *deus absconditus*. In anderen Schriften fasst Böhme die Welt auch als Selbststoffbarungsvorgang Gottes, als seine ewige Gebärung auf. Die Auffassung von der in Gott projizierten Natur, von der Natur als der Gebärung, dem Gegenbilde Gottes verbindet er mit dem kabbalistischen Denkmotiv einer Dualität in Gott. Mit ihm bezeichnet er die gegensätzliche Grundstruktur alles Wirklichen, insbesondere die soziale Gegensätzlichkeit. Der deutsche Pantheismus des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts enthält einen außerordentlichen Reichtum an dialektischen Ideen. Gegen die Auffassung der orthodoxen Theologie von der Nichtigkeit der Natur betont Böhme vielfach in anthropomorphistischen Kategorien die Selbständigkeit, Prozessualität und qualitative Vielgestaltigkeit der Natur sowie ihre universelle Gegensätzlichkeit. Gott wird entsubstantialisiert und in die Bewegung der Natur einbezogen. Gegen die Ansicht von der Verderbtheit der Menschen verfißt Böhme einen entschieden demokratischen und humanistischen Standpunkt. Jede Herrschaft von Menschen über Menschen, die ihren Ursprung in der göttlichen Zorn-Qualität habe, wird von Böhme abgelehnt. Nicht nur das gesamte weltliche Herrschaftsgefüge, sondern auch die bestehende Kirche, die „Mauer-Kirche“, verfällt der schärfsten Verurteilung. Die echte Kirche Christi bedarf keiner Institutionen. Nachdrücklich wendet sich Böhme gegen die Leibeigenschaft. Gegen den christlich-scholastischen Fatalismus betont Böhme die Aktivität des Menschen und die Möglichkeit der menschlichen Freiheit.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wird in Deutschland die Kritik an der protestantischen Orthodoxie im Pietismus, besonders in seiner radikalen Komponente, weitergeführt. Der Pietismus ist – sieht man von seiner in Konventikelwesen erstarrten Spätformen ab – Ausdruck des gewachsenen Selbstbewusstseins des deutschen Bürgertums, der kritischen Haltung der Gläubigen gegenüber der Anlehnung der kirchlichen Institutionen an die absolutistische Staatlichkeit. In Gottfried Arnolds „Kirchen- und Ketzehistorie“ ist „der Gegensatz zwischen Kirchentum

und Christlichkeit bis auf die Spitze getrieben; er führt zur völligen Verneinung des religiösen Charakters der kirchlichen Institutionen, die nur noch das negative Interesse einer satanischen Schöpfung verdienen.“¹¹ Gegenüber der bisher üblichen bloßen mystischen Verneinung der religiösen Zeremonien und der kirchlichen Praxis sowie der Beschränkung auf einen individuellen Rückzug in eine hermetische Innerlichkeit unternimmt Gottfried Arnold „den offenen Angriff auf den gesamten vergangenen und gegenwärtigen Bestand der kirchlichen Einrichtungen und Traditionen“.¹² Die Verfolgten aller Zeiten bilden nach Arnold die „wahre Kirche“, die Verkörperung des wirklichen Christus. Die weitere Entwicklung führt über Johann Conrad Dippel und die Wertheimer Bibelübersetzung zu Johann Christian Edelmann, der den Übergang von der Sektenopposition zur bürgerlichen Aufklärung vollzieht. Auch Dippel knüpft an die Unterscheidung von „inneren“ und „äußeren“ Menschen mit entschieden sozialkritischem Akzent an. Nach Dippel beziehe sich der innere Mensch unmittelbar auf Christus, unter Ausschaltung der kirchlichen Vermittlung. Nur als innerer Mensch verfüge dieser über die Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Die nach Dippel bestehende Unfreiheit des äußeren Menschen, der einer „fatalistischen“ Konsequenz ausgeliefert sei, erklärt seine Ablehnung des westeuropäischen mechanischen Materialismus. Die innere Wiedergeburt führt nach Dippel zu Gott und zur eigenen Vollkommenheit. Sie schließe die Abschaffung der Standesunterschiede, der weltlichen Obrigkeit und der „Mauer-Kirche“ ein. Dippels Religions- und Sozialkritik führt zur Propagierung der klassenlosen, auf Gemeineigentum beruhenden Gesellschaft. Für Edelmann, der den spinozistischen Pantheismus aufnimmt, ist das Diesseits die einzige, jedoch noch mit religiösen Chiffren versehene Wirklichkeit. Gott ist für Edelmann Wesen und Gehalt aller Dinge, die bewegende Kraft der Natur. Die Materie gehört zu Gott wie ein Schatten zu einem Gegenstand, der ihn wirft. Freilich bleibt, wie W. Krauss vermerkt, das Bekenntnis zur Diesseitigkeit bei Edelmann noch in der Terminologie der religiösen Apologetik verschlüsselt.¹³

Im Christentum sieht er den ärgsten Verrat an der Lehre Christi. Edelmann hält die ursprüngliche Gleichheit der Menschen für einen grundlegenden Wessenzug künftiger Gesellschaftsgestaltung. Gott ist für Edelmann Inkarnation menschlicher Gleichheit. In der kommenden Gesellschaft gäbe es weder Sklaven noch Herren, nur freie und juristisch gleichberechtigte Menschen.

Über die historische Rolle des deutschen Protestantismus vermerkt F. Engels: „Die schließliche Unterdrückung des deutschen Protestantismus kein Pech für Frankreich – teste [= bezeugt durch, WF] Bayle, Voltaire und Diderot. Desgleichen wäre diese Erdrückung in Deutschland nicht ein Unglück für Deutschland gewesen, wohl *aber für die Welt*. Sie hätte Deutschland die katholische Entwicklungsform der romanischen Länder aufgezwungen, und da die englische

¹¹ W. Krauss, Über die Konstellation der deutschen Aufklärung, in: Ders., Aufklärung III, Deutschland und Spanien, hg. v. M. Fontius, Berlin/New York 1996, S. 64.

¹² Ebd.

¹³ Vgl. Ebd. S. 66.

Entwicklungsform auch halb katholisch und mittelalterlich war (Universitäten etc, Colleges, public schools, alles protestantische Klöster) wäre die ganz protestantisch deutsche Bildungsform (Erziehung zu Hause oder in Privathäusern, freiwohnende und kollegwählende Studenten) weggefallen und die europäische geistige Entwicklung unendlich einförmig geworden. Frankreich und England haben die Vorurteile in der *Sache*, Deutschland hat die der *Form*, die der *Schablone* gesprengt. Daher auch teilweise die Formlosigkeit alles Deutschen, bis jetzt noch mit großen Nachteilen verknüpft, wie die Kleinstaaterie, aber für die Entwicklungsfähigkeit der Nation ein enormer Gewinn und erst in der Zukunft volle Früchte tragend, wenn dies selbst einseitiges Stadium überwunden.“¹⁴

Nach Engels ist „*der deutsche Protestantismus die einzige moderne Form des Christentums, die der Kritik wert*“.¹⁵ Allein die innere Spezifik des Protestantismus ermöglichte eine inhaltsreiche, differenzierte und geschichtlich argumentierende Religionskritik, die eine bloß verspottende Kritik der katholischen Seite nicht hätte liefern können. Waren in der französischen Aufklärungsphilosophie materialistische und atheistische Positionen vielfach bereits Ausgangspunkte der Gedankenentwicklung, so waren diese in der deutschen Aufklärung nur potentielle, meist nicht erreichte Endpunkte. Materialistische und atheistische Konzeptionen konnten hier angesichts der Schwäche des deutschen Bürgertums bis zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nur als unterirdische Geheimansichten entwickelt werden, wirkten jedoch als Ferment radikaler antifeudaler Opposition. Die Herkunft der deutschen Aufklärungsphilosophie erklärt „die größere Wirksamkeit der theologischen Mitgift“¹⁶ in der deutschen Philosophie. In der deutschen Aufklärungsphilosophie waren materialistische und atheistische Positionen potentielle, meist nicht erreichte Endpunkte. Zugleich führte aber gerade der Protestantismus zu einer Befestigung bürgerlichen Bewusstseins in Deutschland. „Das deutsche Bürgertum verdankt den vielfachen Stützpunkten im protestantischen Pfarrhaus die Ausweitung seiner geistigen Herrschaft über ausgedehnte zusammenhängende Gebiete.“¹⁷

Für die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts spricht F. Engels von einer „*langsame[n] Erholung von den Folgen des Dreißigjährigen Krieges*“ und einem „*Wiederemporkriechen des Bürgertums*“.¹⁸ Ungeachtet der tiefen ökonomi-

¹⁴ F. Engels, *Varia über Deutschland*, a. a. O., S. 594f.

¹⁵ Ebd., S. 595. Engels führt weiter aus: „Der Katholizismus schon im 18. Jahrhunderte *unter der Kritik*. Gegenstand der Polemik (welche Esel also die Altkatholiken!); der englische [Protestantismus] in x Sekten zerfahren, ohne theologische Entwicklung, oder eine, deren jede Stufe sich als Sekte fixierte. Der deutsche allein hat eine Theologie und damit einen Gegenstand der Kritik – der historischen, philologischen und philosophischen. *Diese von Deutschland geliefert*, ohne den deutschen Protestantismus unmöglich und doch absolut nötig. Eine Religion wie das Christentum wird nicht mit Spott und Invektive *allein* vernichtet, sie will auch *wissenschaftlich überwunden sein*, d.h. *geschichtlich erklärt*, und das bringt auch die Naturwissenschaft nicht fertig.“

¹⁶ W. Krauss, *Der Weg der deutschen Aufklärung nach Frankreich während des 18. Jahrhunderts*, in: *Aufklärung III*, a.a.O., S. 128.

¹⁷ Ebd., S. 127.

¹⁸ F. Engels, *Varia über Deutschland*, a. a. O., S. 591.

sehen Erniedrigung Deutschlands muss seine Gesamtentwicklung differenziert betrachtet werden. In den freien Reichsstädten der deutschen Territorien war die republikanische Traditionslinie erhalten geblieben. Bemerkenswert ist die Universitätsentwicklung nach dem Dreißigjährigen Krieg und das Entstehen gelehrter Gesellschaften als Stätten wissenschaftlichen Forschens.

In einer anderen Entwicklungslinie der deutschen Philosophie, die über Luther und die protestantische Schulphilosophie zu Leibniz, Tschirnhaus, Pufendorf und Chr. Wolff und auch zu Kant führt, werden die Dogmen der orthodox-feudalen Theologie mit den Instrumentarien des Rationalismus bekämpft, wobei mehr „metaphysisch“ argumentiert wird, erfolgt eine Beeinflussung durch Descartes und Spinoza und tritt eine Interpretation des Weltgeschehens als innerem, innenweltlichem Kausalzusammenhang in den Vordergrund. In die Anfänge dieser Entwicklungslinie sind Jungius, der Sozialismus und Vertreter des Neustoizismus eingeschlossen. In diesem Gedankenstrom tritt der Bezug zur exakten Naturwissenschaft deutlich hervor. Das Resultat dieser dominant rationalistischen Traditionslinie ist ebenfalls die fundamentale Kritik der Religion, wie sie in Kants Überwindung der klassischen Metaphysik und seiner Zertrümmerung der Gottesbeweise zum Ausdruck kommt. Freilich durchdringen sich auch beide Entwicklungslinien mit verschiedener Intensität.

Eine eigenständige Würdigung würden in diesem Zusammenhang die philologischen Positionen Johann Gottfried Herders verdienen, der den Protestantismus im Sinne eines zutiefst humanistischen und demokratischen Anspruchs interpretierte. Diesen machte er zum Grundbaustein seines ganzen philosophischen Denkens. Herders Ideen hatten eine außerordentliche Fern- und Breitenwirkung.¹⁹

Die Ideen der plebejisch-demokratischen Sektenopposition aufgreifend und ihre Grenzen überwindend, zündet das Denken des Aufklärers G. E. Lessing in eine universelle Kritik der „bürgerlichen Gesellschaft“, der antagonistischen Klassengesellschaft überhaupt, in die Konzipierung einer Gesellschaftsordnung, in der Staat, kirchliche Institutionen, Standesunterschiede und Privateigentum aufgehoben sind. Das radikal eudämonistische Humanitätsideal, das Lessing in den Schriften „Die Erziehung des Menschengeschlechts“ und „Ernst und Falk“ formuliert, tangiert eine nichtantagonistische Gesellschaft, in der alle Staatlichkeit ausgeschaltet ist, da diese mit der menschlichen Glückseligkeit als dem eigentlichen Zweck menschlicher Existenz unverträglich sei. Die Kernaussage der Aufklärungsphilosophie, die Forderung nach Toleranz, erlangt in Deutschland angesichts der hier vorhandenen Multikonfessionalität eine besondere Bedeutung.²⁰

W. Heise vermerkt zu Lessings „Nathan der Weise“, dass dessen Angriff auf religiöse Institutionen nur ein Sekundärphänomen sei. Die moralische Idee, die in Lessings Parabel enthalten sei, ziele weiter und impliziere sein perspek-

¹⁹ Vgl. W. Förster, Johann Gottfried Herder und das Programm einer „neuen Aufklärung“, in: Z 56 (Dezember 2003), S. 113-129.

²⁰ Vgl. auch: W. Förster, Lessings Religionskritik und Geschichtsphilosophie – Kulminationspunkt der deutschen Aufklärung, in: Z 76 (Dezember 2008), S. 166-177.

tivisches Menschheitsideal. Dieses orientiere auf die Aufhebung von Trennungen, die durch die „bürgerliche Gesellschaft“, durch nationale Staaten, Eigentum und Religion, erzeugt werden. Damit zielt Lessing weder auf den bürgerlichen Citoyen als ideale noch auf den Bourgeois als dessen reale Gestalt. Auf den ersten nicht, weil er jenseits der Politik bestimmt wird, auf den zweiten nicht, da er die Trennungen des Eigentums negiert. In Lessings Denken spiegelt sich die Unentwickeltheit der deutschen Gesellschaft gewesener Stände und werdender Klassen, zugleich der spontan wirkende Zwang der Abstraktion von der elenden Wirklichkeit, um, an sie gebunden, sich von ihr zu emanzipieren. „Der Vorkämpfer für die Emanzipation des Bürgertums brachte mehr und andres zur Sprache, als dass er den bürgerlichen Interessen allgemeinemenschlichen Ausdruck verlieh. Im Reflektieren der Ganzheit des Geschichtsprozesses und über die Verbundenheit mit der plebejischen Sektentradition spürte er Strukturen und menschliche Möglichkeiten jenseits dessen nach, was unmittelbar die nächste historische Etappe bestimmte.“²¹ Lessing hat im Tiefgang seiner Fragestellungen begonnen, die Grenzen der bürgerlichen Aufklärung aufzubrechen. Er stieß, wie W. Heise hervorhebt, weil er den Grund der Epocheproblematik in den Beziehungen zwischen den Menschen fand, in der unentwickelten Gegenwart auf die Spuren und Konturen der Zukunft.

Flucht aus der Wirklichkeit in ideale Regionen

In der Periode der Französischen Revolution äußert sich das Transzendieren des bürgerlichen Horizonts u. a. im „Ältesten Systemprogramm des deutschen Idealismus“ (1797) und im Besonderen bei F. Hölderlin. Das „Systemprogramm“ plädiert für die Abschaffung des Staats, beinhaltet eine Apotheose der Poesie als höchste vereinigende Kraft und sucht eine „neue Mythologie“ als Voraussetzung einer allgemeinen Freiheit und Gleichheit der Geister zu konstituieren. W. Heise hebt hervor, dass der hier konzipierte ästhetische Pantheismus erste Vorzeichen des utopischen Sozialismus in sich birgt. Damit werde ein neues historisches Selbstverständnis nach der Revolution gewonnen. Die an dieser Stelle formulierte Weltansicht bricht mit dem Gegensatz von Citoyen und Bourgeois. Nach W. Heise „gewinnt der Höhenrausch der postulierenden Behauptung der absoluten Freiheit der Geister, welche die intellektuelle Welt in sich tragen, höheren Stellenwert als die religiöse Emanzipation von einem Gott jenseits ihrer Subjektivität“.²² Zu Hölderlin notiert W. Heise: Seine Tragödie sei „die eines Sängers und Propheten der ausbleibenden, nur ersehnten, als das andre einer entfremdeten Welt gesuchten Umkehr, der uneinlösbaren Utopie. ... Seine Vision des Tags aller Tage übergreift alle bürgerlich-politischen Möglichkeiten, schließlich die Klassen- und Völkerkämpfe der Epoche. ... Gerade der Utopismus Hölderlins, die ihm verbundene Illusion ist vermittelnde Form, in der geschichtliche Wahrheit zur Sprache

²¹ W. Heise, Die Wirklichkeit des Möglichen, Dichtung und Ästhetik in Deutschland 1750 – 1850, Berlin und Weimar 1990, S. 302.

²² W. Heise, Hölderlin. Schönheit und Geschichte, Berlin und Weimar 1988, S. 465.

drängt.²³ Hinzuweisen wäre in diesem Zusammenhang u. a. auf Schillers Auffassung vom „ästhetischen Staat“, auf Fichtes Lehre vom „Reich der Freiheit“.

Die „Flucht aus der Wirklichkeit in ideale Regionen“²⁴ angesichts des weithin fehlenden praktischen Aktionsradius des deutschen Bürgertums bewirkt in der deutschen bürgerlichen Intelligenz der zweiten Hälfte des 18. und den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts eine Akkumulation großer intellektueller Energien. Mit der größten Erniedrigung Deutschlands unter der Kontinentalsperre koinzidiert, wie Engels bemerkt, eine „Glanzperiode der Literatur und Philosophie“ und die „Kulmination der Musik in Beethov[en]“²⁵. Menschheitspathos und Entfaltung einer hohen Sprachkultur bezeichnen nach Engels in Kontrast zu früherer Barbarei eine geistige Umwälzung von großer Intensität. Die von offener, militanter Parteilichkeit geprägte Programmatik der französischen Aufklärungsschriften wird dabei in der deutschen Klassik weitgehend in abstrakte sittliche Postulate umgeformt. Die bürgerlichen Klasseninteressen erfahren vielfach eine mystifizierte Gestalt. Der Angelpunkt für die Veränderung der gesellschaftlichen Realität sei vornehmlich in der Sphäre des Ideellen, des Geistes, in der Erziehung und Bildung zu finden. Die Selbständigkeit des Geistes, seine innere Aktivität, wird schließlich zum Demiurgen alles Wirklichen erhoben.

In der klassischen deutschen Philosophie fließen die Traditionsströme der deutschen Philosophieentwicklung seit Reformation, Renaissance und Frühaufklärung sowie die von der westeuropäischen Aufklärung empfangenen Impulse und Anregungen zusammen. Die von Westeuropa ausgehenden Inspirationen reichen vom englischen Sensualismus und Deismus über die Spinozarezeption bis zu den Milieuthorien der französischen Aufklärung und der Zivilisationskritik Rousseaus sowie seiner Theorie der Volkssouveränität. Maßgeblich bestimmen die Erfahrungen der Französischen Revolution als eines Ereignisses von weltgeschichtlichem Rang das philosophische Denken in Deutschland. Die klassische deutsche Philosophie interpretierte den Gesamtzusammenhang von Natur, Geschichte und Denken unter dem Gesichtspunkt umfassender Dialektik. Die Durchdringung der gesamten Wirklichkeit mit den Instrumentarien der Dialektik hat die Umbruchsituation in der Gesellschaft und in den Einzelwissenschaften jener Zeit zur unmittelbaren Voraussetzung. Gegenüber der analytisch-deskriptiven Betrachtungsweise der englischen und französischen Aufklärung geschieht in der deutschen Klassik eine Rückkehr zu einer „synthetischen“ Betrachtungsweise des Menschen, wird die Würde des Menschen, sein Schöpferum in einer auf Freiheit und sozialer Harmonie beruhenden Gesellschaftsordnung betont. Indem der Mensch in z. T. hypostasierter Weise zum Schöpfer des Geschichtsprozesses erhoben wird, tritt an die Stelle des Objekt-Standpunktes der westeuropäischen Aufklärung die differenzierte Erschließung der Komponenten der menschlichen Subjektivität. Die deutsche philosophische Klassik als Antithese zur geschichtlichen Wirklichkeit

²³ Ebd., S. 33ff.

²⁴ F. Engels, *Varia über Deutschland*, a. a. O., S. 593.

²⁵ Ebd.

Deutschlands ist mehr als bloße Verbrämung bürgerlicher Klasseninteressen, wie dies bei Holbach und Helvetius der Fall war. Die klassische deutsche Philosophie ist idealisiertes Korrelat und illusionärer Kontrast zur geschichtlichen Realität in Westeuropa, teilweise verbunden mit Elementen des Hinausweisens über die Horizonte der bürgerlichen Gesellschaft. Erst angesichts der nachthermidorianischen Entwicklung geht das „Reich der Vernunft“ in die Brüche.

Engels' Skizze veranschaulicht die positive Rolle des Protestantismus für die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in Deutschland über Jahrhunderte, für die Ausprägung bürgerlichen Selbstverständnisses, auch angesichts seiner Inanspruchnahme für den Territorialabsolutismus. Engels unterstreicht dabei nachdrücklich die Widersprüchlichkeit dieses Prozesses. Der Protestantismus birgt bedeutsame Impulse für ein vertieftes Verständnis der Stellung des Menschen im Geschichtsprozess und akzentuiert – innerhalb der vorgegebenen Grenzen der religiösen Dogmatik – die Aktivität und Eigenverantwortung des menschlichen Individuums. Die innere Struktur des Protestantismus schafft Raum für eine qualifizierte gedankliche Gegenargumentation, die eine kontrastierende Sozialkritik einschließt und dabei teilweise auch gesellschaftliche Alternativen jenseits der Antagonismen der Klassengesellschaft ermöglicht. Hans-Otto Dill stellt, bezogen auf die Toleranzidee, die Frage, „ob es je ohne den Protestantismus überhaupt eine Aufklärung gegeben hätte mit ihrer ganzen historischen und kulturellen Dynamik, die Europa in Mobilität versetzte und über den Okzident die ganze Weltmechanik, die von da an keine Ruhe mehr fand und Weltgeschichte machte.“²⁶

Ungeachtet des komplizierten Verlaufs der deutschen Geschichte lässt sich aus den Formulierungen Engels' ein Konzept einer für die deutsche Geschichte allgemein gültigen Misere und einer sich daraus ableitenden Miseretheorie nicht ableiten. Die Bemerkungen Engels' machen die relative, aber erhebliche Eigendynamik des geistig-kulturellen Lebens in Deutschland deutlich, bei aller letztlich bestehenden Abhängigkeit von den sozialökonomischen und anderen gesellschaftlichen Bedingungen. Seine Bemerkungen stehen ganz in Übereinstimmung mit jener Würdigung des Luthertums und seiner Implikationen, wie sie Heinrich Heine in seiner Schrift „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ vorgenommen hat. Nachdrücklich würdigt Engels die Gipfelleistungen der klassischen deutschen Philosophie als Philosophie von Weltgeltung, beruhend auf früheren intellektuellen Vorleistungen und gegründet auf spezifischen historischen Konstellationen; korrespondierend zugleich mit den anderen Errungenschaften des menschlichen Geistes, vor allem in Literatur und Musik. Die Gipfelleistungen der deutschen Klassik waren konstituierende Elemente für die Formierung der bürgerlichen deutschen Nation. Die Wertungen Engels' sind Verpflichtung für die Gegenwart und Veranlassung, dieses Erbe lebendig zu erhalten und es in den geistigen Auseinandersetzungen unserer Zeit produktiv zu nutzen.

²⁶ H.-O. Dill, *Aufklärung als Weltprojekt*, Frankfurt am Main 2015, S. 116.

Über die Zweckmäßigkeit der Begriffe – noch einmal zur „abstrakten Arbeit“ Zu Helmut Dunkhase, Z 107 (September 2016), S. 146-160

„Gibt es einen Zweifel“, fragt Helmut Dunkhase in seiner Zuschrift auf meine Darlegungen über die Historizität und Messbarkeit der abstrakten Arbeit (Z 107: 146-160), „dass in allen Fällen (einer nicht Waren produzierenden Gesellschaft, K.M.) die von den Besonderheiten der verschiedenen Arbeiten abstrahierende Arbeitszeit gemeint ist?“ (Z 108: 196) Natürlich nicht. Es ist allgemeinschliche Arbeit. Ist diese zugleich abstrakte Arbeit? Dunkhase bejaht dies. Er hält meine Auslegung des Begriffs „abstrakte Arbeit“ für tautologisch. Ich würde, ohne es zu merken, sagen, abstrakte Arbeit werde in der Warenproduktion zu abstrakter Arbeit. Dunkhases Einwand ist durchaus schlüssig. Aber eben nur auf der Basis seiner Begriffsbestimmung.

Ob ich einen Zirkelschluss begangen habe, hängt davon ab, wie wir die Begriffe deuten. Mit Begriffen verständigen wir uns darüber, wie die Realität beschaffen ist, um sie zu begreifen. Der Begriff ist nach Engels das Ergebnis der Erkenntnis eines Gegenstandes oder einer Erscheinung. Er ist das „Resultat, worin sich ... Erfahrungen zusammenfassen.“ (MEW 20:14) Und er ist ein Urteil über die wesentlichen Eigenschaften eines Objekts. Begriffe ermöglichen es, die von ihnen erfassten Gegenstände von anderen, darunter von ähnlichen der jeweiligen Gattung, abzugrenzen. Sie sind unangemessen, wenn sie diese Abgrenzung behindern und den Inhalt des Objekts falsch wiedergeben. So ist zweifelsfrei, dass die sogenannten „Arbeitgeber“ keine Arbeit geben. Was sie geben, ist eine Arbeitsaufgabe, was sie nehmen, ist Arbeit. Die sogenannten „Arbeitnehmer“ nehmen keine Arbeit, sondern leisten sie. Sie erhalten (in den meisten Fällen noch) einen Arbeitsplatz und überlassen gegen Bezahlung ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten. Das „Kauderwelsch“ der bürgerlichen Ökonomen, wie Engels die gewollte Verwechslung nannte (MEW 23:34), zeigt, wie subjektiv die Begriffsbildung ist. Aber selbst den Sinn entstellende Ausdrücke können eine Verständigung ermöglichen, wenn sie in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen sind. Mitunter werden Sachverhalte mit Begriffen versehen, die vergeben sind, ohne dass dies Probleme bereitet. Wer stört sich daran, dass die Maus des Computers keinen Speck anknabbert? Begriffe sind angemessen, wenn ihre Definition weder zu eng noch zu weit ist, und man sie widerspruchsfrei verknüpfen kann. Zu eng ist die Definition, wenn sich der Umfang des definierten Begriffs als kleiner erweist als der Umfang des zu definierenden Begriffs. „Kapital ist Geld“ ist eine zu enge Definition, weil Kapital mehr ist als Geld. Zu weit ist die Definition, wenn sich der Umfang des definierten Begriffs als größer erweist als der des zu definierenden Begriffs. Platon hatte den Menschen ein „zweibeiniges Lebewesen ohne Federn“ genannt, woraufhin Diogenes einen Hahn ruffte, in der Vorlesung frei ließ und sprach: „Hier habt ihr den Menschen Platons.“

Ich glaube, dass wir abstrakte Arbeit zu weit fassen, wenn wir sagen, dass es sie auch außerhalb der Warenproduktion gibt. Die Arbeit, die von allen konkreten

Formen und Inhalten abstrahiert, ist Arbeit schlechthin, allgemeine Arbeit, reduziert auf die Verausgabung von Muskel, Nerv, Hirn, Hand. Sie ist die physiologische Grundlage aller unterschiedlichen konkreten Arbeiten. Das ist eine erste, aber keine hinreichende Bestimmung der abstrakten Arbeit. Allgemein menschliche Arbeit hat es immer gegeben und wird es immer geben. Die klassische bürgerliche Ökonomie begründete die Arbeitswerttheorie. Aber sie irrte, indem sie annahm, Arbeit erzeuge von Natur aus Gebrauchswert und Wert. Sie sah nicht den Unterschied zwischen konkreter und abstrakter Arbeit. Die Entdeckung blieb Marx vorbehalten, für den die Wert bildende Arbeit eine *spezifische* Form der gesellschaftlichen Arbeit ist. Gesellschaftlich ist die Arbeit in allen Produktionsweisen, die auf Arbeitsteilung beruhen. Die Männer der urgemeinschaftlichen Sippe jagten das Wild, die Frauen sammelten Beeren, Pflanzen und Wurzeln. Sie leisteten *unmittelbar gesellschaftliche* Arbeit, weil deren Ergebnisse von vornherein der Gemeinschaft zugedacht waren und unter ihre Angehörigen verteilt wurden. In der Warenproduktion nimmt die Arbeit einen spezifisch gesellschaftlichen Charakter an. (MEW 13:19) Dieser besteht darin, dass die Arbeit nicht mehr wie in der Urgesellschaft unmittelbar, sondern nur noch *mittelbar gesellschaftlich* ist. Im Austausch muss sich erweisen, ob die von privaten Produzenten verausgabte Arbeit notwendiger Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist. Somit wird die allgemein-menschliche Arbeit erst dann zur Kategorie der abstrakten Arbeit, wenn Menschen Produkte für den Austausch, also als Waren produzieren. Nur dann erhält die Verausgabung der Arbeit im physiologischen Sinn eine besondere, sich von der konkreten Arbeit unterscheidende Form. Abstrakte Arbeit ist die Form, in der sich in der Warenproduktion die Verausgabung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ausdrückt. Ohne Warenproduktion gibt es keinen Wert, und wo es keinen Wert gibt, auch keine abstrakte Arbeit. Dunkhase glaubt mit dem Verweis auf die „Kritik des Gothaer Programms“, dies sei das Diktum des „Offizialmarxismus“, nicht aber das des Meisters. Doch die von Marx in der „Kritik“ getroffenen Aussagen zur Arbeit in einer genossenschaftlichen Produktion bedeuten nicht, dass es sich um abstrakte Arbeit handelt. Im Gegenteil: Marx spricht hier gerade nicht von abstrakter Arbeit, weil die Arbeit keinen Wert bildet, sofern sie unmittelbar Bestandteil der Gesamtarbeit ist. Er wirft den „besten Repräsentanten“ der klassischen bürgerlichen Ökonomie, wie Smith und Ricardo, vor, dass sie die Wertform als etwas „der Natur der Ware selbst Äußerliches“ behandelten und fährt fort: „Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktion, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, als der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw.“ (MEW 23:95, Fn 32)

Es gibt Analogien: So nennt Marx Ricardos Auffassung, Arbeitsmittel seien fixes Kapital „eine scholastische Bestimmung, die zu Widersprüchen und Konfusion“ führe. (MEW 24:228) Denn Arbeitsmittel sind nur dann Sachkapital, wenn die Produktion kapitalistisch ist und ihr Wert durch die konkrete Arbeit auf die Produkte übertragen wird. Außerhalb der kapitalistischen Warenproduktion sind

Werkzeuge und Maschinen Arbeitsmittel, aber kein Kapital. Wir müssen das Verhältnis zwischen allgemein-menschlicher und abstrakter Arbeit ähnlich sehen: Außerhalb der Warenproduktion gibt es Gebrauchswert schaffende Arbeit und Arbeit schlechthin. So wie Arbeitsmittel erst als Elemente des Verwertungsprozesses fixes Kapital werden, wird allgemein-menschliche Arbeit erst durch ihre Verausgabung in Waren produzierenden Gesellschaften zur abstrakten Arbeit. Abstrakte Arbeit ist keine physiologische, sondern eine auf physiologischer Grundlage beruhende spezifisch gesellschaftliche Kategorie. In ihr zeigt sich ein bestimmtes Produktionsverhältnis, das Menschen unter den historischen Bedingungen der Warenproduktion eingehen. Hat die Arbeit ein Produkt geschaffen, das kein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, ist sie – wiewohl Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv, Hand – kein notwendiger Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, folglich keine abstrakte Arbeit und nicht Wert bildend. Daran zeigt sich, dass abstrakte Arbeit nicht nur Arbeit im physiologischen Sinn ist.

Helmut Dunkhase hält diese Begriffsbestimmung der abstrakten Arbeit für redundant und meint, abstrakte Arbeit sei keine Kategorie der Warenproduktion allein. Sie sei überhistorisch (ahistorisch, unhistorisch). Nur so kann er mir durchaus begründet vorwerfen, ich rekrutiere abstrakte Arbeit aus abstrakter Arbeit. Für seine Auffassung spricht, dass es schwer fällt, ja unlogisch erscheinen mag, das Ergebnis des Abstrahierens nicht abstrakt nennen zu dürfen. Dagegen scheint mir, dass Marx stets vom Doppelcharakter der *Waren produzierenden* Arbeit sprach, wenn er konkrete und abstrakte Arbeit unterschied. Das bedeutet, dass es abstrakte Arbeit nur dort gibt, wo Produkte als Waren produziert werden. Dunkhase dagegen meint offenbar, dass die abstrakte Arbeit als unhistorische Erscheinung nur unter den spezifischen historischen Bedingungen der Warenproduktion zur Wert bildenden Arbeit wird. Seine Auffassung beruht auf einer stärkeren Betonung des physiologischen gegenüber dem sozialen Inhalt der Kategorie. Anders und doch ähnlich argumentieren Ruben und Wagner, die abstrakte Arbeit *und* Wert ahistorisch und damit zu weit auffassen. Somit stehen sich drei Deutungen des Zusammenhangs zwischen abstrakter Arbeit und Wert gegenüber:

	Abstrakte Arbeit	Wert
Ruben/Wagner	ahistorisch	ahistorisch
Dunkhase	ahistorisch	historisch
Müller	historisch	historisch

Dunkhase und ich argumentieren ähnlich. Der Streit zwischen uns ist weniger inhaltlicher Art. Er ist ein Streit um die zweckmäßige Begriffsbildung. Können wir die Spezifik der Warenproduktion erfassen, wenn wir ihre Kategorien naturwüchsig, unhistorisch und gesellschaftlich unspezifisch deuten? Ware, Wert, Doppelcharakter der Arbeit, Geld – sollten sie nicht Begriffe bleiben, mit denen wir die Waren produzierenden Gemeinschaften darstellen? Helmut Dunkhase würde einwenden, wir verbänden abstrakte Arbeit und Wert allein deshalb mit der Warenproduktion, weil wir das so festgelegt hätten, bewegten uns also im Zirkel. Ich denke, es geht um eine angemessene Begriffsbestimmung, um die „Kunst, mit Begriffen zu operieren“, wie es Engels nennt. (MEW 20:14). Und begeht Dunk-

hase nicht selbst einen *circulus in probando*, wenn er die abstrakte Arbeit „überhistorisch“, den Wert aber eine historische Kategorie nennt? Da abstrakte Arbeit in diesem Verständnis mehr als Wert bildende Arbeit ist, läuft seine Argumentation darauf hinaus, Wert bildende Arbeit die zu nennen, die Wert bildet.

Abschließend ein anderes Problem: Wie Harvey, Graeber und andere sagt auch Helmut Dunkhase, die Marxsche Wertformenanalyse sei eine logisch schlüssige Gedankenkonstruktion, bilde aber den historischen Prozess der Geldentstehung nicht ab. Es gäbe „keine historischen Belege für die Existenz von Gemeinschaften, in denen sich über die Exklusion bestimmter Waren als Tauschmittel eine Geldware entwickelt hätte.“ (Z 108:198) Es gibt durchaus wirtschaftshistorische, ethnographische bzw. ethnologische Belege für die praktisch-historische Relevanz der Wertformenanalyse. Ich habe mich dazu ausführlich geäußert (siehe Klaus Müller, *Geld – von den Anfängen bis heute*, Freiburg 2015). Solange die dort begründeten Fakten und Zusammenhänge nicht widerlegt oder wenigstens entkräftet worden sind, besteht kein Grund, die Marxsche Wertformenanalyse als bloße Gedankenkonstruktion, also als ein „Hirngespinnst“, abzutun. Sie widerspiegelt das Wesen der Geldwerdung prinzipiell richtig.

Klaus Müller

Gesundheitsmarkt Wie krank ist das denn?

Mit Beiträgen von: Hans-Ulrich Deppe, Markt, Wettbewerb und Medizin • Wolfgang Albers, Der Ausverkauf der Daseinsvorsorge • Thomas Kunkel, Fallpauschalen – von der Daseinsvorsorge zur Fabrik • Nele Kleinehanding/Gerhard Trabert, Armut macht krank und Krankheit macht arm • Jan von Hagen, Auf dem Weg zum Tarifvertrag Entlastung • Kathrin Vogler (MdB), Elemente linker Gesundheits- und Pflegepolitik • Manfred Scharinger, Krankheit und Gesundheit bei Marx und Engels

Weitere Themen: Fidel Castro, Trump-Wahl, CETA, Corbyn und die KP Großbritanniens, »Gewerkschaftspolitik« der AfD, Bundesteilhabegesetz, Bedingungsloses Grundeinkommen und Positionen: Marx' ökonomisches Modell? – Ein Essay von Holger Wendt, Kai Köhler und Manfred Haiduk zu Peter Weiss ...



Einzelpreis	9,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

**Neue Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

Marxistische Debatten in China

Ein Bericht über internationale Tagungen in China, Mai/Juni 2016

Im Folgenden soll ein Überblick über vier internationale Konferenzen gegeben werden, die im Mai/Juni 2016 an renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen der Volksrepublik China stattgefunden haben: der Fudan Universität in Shanghai, der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS), der Renmin Universität von China (RUC) und dem Zentralen Sammlungs- und Übersetzungsbüro (CCTB), Peking. Teilgenommen haben 13 internationale Wissenschaftler aus 8 Ländern (Australien, Brasilien, Kanada, Frankreich, Italien, Südkorea, UK und USA) und mehr als 40 chinesische Forscher von 13 wissenschaftlichen Einrichtungen Chinas. Hier kann nur ein kleiner Teil der vorgelegten Papiere erwähnt werden.

Die Symposien waren Teil eines Kooperationsvorhabens zwischen dem Marx Collegium der York Universität (Toronto/Kanada) unter dem Vorsitz von *Marcello Musto* (York Universität) und der Schule für Philosophie der Fudan Universität. Den erwähnten Konferenzen waren zwei Veranstaltungen vorausgegangen (Fudan Universität, Juli 2010/Linkes Forum New York, März 2011), die einen intellektuellen Verständigungsprozess auf dem Gebiet von Philosophie, politischer Wissenschaft und Soziologie zwischen führenden chinesischen und westlichen Forschern in Gang setzten sollten.

Die vom Zentrum für zeitgenössischen Marxismus in fremden Ländern der Fudan Universität veranstaltete Tagung (25.4.16) unter dem Vorsitz von Musto (York-Universität) und *Zhang Shaungli* (Fudan Universität) befasste sich mit dem Thema „Dialoge über Marx: China und der Westen“. Die 33 vorgestellten Beiträge lassen sich in zwei Gruppen unterteilen: Staat und Politische Ökonomie, wobei erstere Gramscianische, Hegelianische und Marx'sche Staatsauffassungen einerseits und Neo-Marxistische Konzeptionen andererseits behandelten.

Die Eingangsbemerkungen von Musto betonten die Bedeutung des Symposiums vor dem Hintergrund der im Zuge der aktuellen Marx-Renaissance veränderten globalen Marx-Rezeption. Diese Renaissance erkläre sich einmal durch die Finanzkrise von 2008, die die Grundlagen des Kapitalismus erschüttert haben, und zum anderen durch paradigmatische Veränderungen in den chinesischen akademischen Auffassungen. Unter den Vorzeichen „Zurück zu Marx“ und „Offenheit für den Westlichen Marxismus“ wurden in China seit 1980 dogmatische Positionen zurückgewiesen. In diesem Kontext und im Zuge von Fragestellungen, die mit der Integration Chinas in die globalen Märkte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auftauchten, werden heute marxistische Diskussionen auf innovative Weise neu bewertet. Musto zufolge ist dafür ein ernsthafter Dialog zwischen westlichen und chinesischen Marx-Forschern unerlässlich.

Was das Staatsthema betrifft so stand das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft im Mittelpunkt zahlreicher Beiträge der chinesischen Wissenschaftler. Diese Tatsache ist sicher nicht nur wissenschaftlichem Interesse geschuldet, sondern reflektiert auch aktuelle Probleme des modernen China, auch wenn die gegenwärtige Situation nicht explizit angesprochen wurde. Thema der Wissenschaftler aus dem Westen war Marx' Staatskritik und die Vision einer post-kapitalistischen Gesellschaft. Dies zeigt in mancher Hinsicht, dass für die Intellektuellen des Westens andere Probleme im Vordergrund stehen: Die radikale Linke des Westens setzt sich immer noch mit den Nachwirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion auseinander und ringt um das ideologische Verständnis der hegemonialen neoliberalen Staaten.

Wang Fengcai (Fudan Universität) befasste sich mit den offensichtlichen Widersprüchen in Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft. Der rote Faden, der von Gramsci untersuchte, scheinbar unzusammenhängende Themenfelder verbindet, sei das historische und theoretische Staatsverständnis. Als Beispiel einer historischen Interpretation von Gramscis Staatskonzept untersuchte *Yang Haifeng* (Peking Universität) dessen Überlegungen zum Aufstieg des westlichen Fordismus. In Aufnahme von Gramscis historischem Konzept diskutierte er in seinem Beitrag Schlussfolgerungen für heutige revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft.

Verschiedene Beiträge zum Komplex von Staat und Zivilgesellschaft bezogen sich auf das Verhältnis zwischen Marx und Hegel. Beispiele dafür sind die Beiträge von *Wang Xingfu* (Fudan Universität) und *Domenico Losurdo* (Urbino Universität). Ersterer meinte, dass Marx die ethische Dimension von Hegels Staatstheorie vernachlässigt habe und plädierte für eine Rückkehr zu Hegel, um die Vision einer zukünftigen Gesellschaft zu konstruieren. Losurdo verwies auf eine offensichtliche logische Lücke bei Marx und Engels: Diese hätten einerseits die Bedeutung des Staates bei der Sicherung der individuellen Grundrechte hervorgehoben, andererseits aber dessen Absterben nach dem Ende des Kapitalismus vorhergesagt. Er nannte dies einen „theoretischen Rückfall“ in liberale Traditionen, für die der Staat eine Abstraktion sei. Dagegen betrachteten andere Forscher wie *Wu Xiaoming* (Fudan Universität) Marx' Einsicht in die Schwächen von Hegels System als grundlegenden Schritt hin zu einer materialistischen Konzeption sozio-politischer Theorien. Mehrere Forscher bezogen sich auf den sogenannten Reduktionismus in Marx' Staatstheorie, was – so *Shaungli Zhang* – zur Abwesenheit marxistischer Perspektiven in der chinesischen politisch-philosophischen Diskussion geführt habe. Indem es die grundlegenden Verdienste von Marx' Staatstheorie anerkannte, welche die komplexen Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft und die Rolle des Staates im Kontext moderner Klassenherrschaft erfasst habe, leistet Zhangs Papier einen Beitrag, um den besagten Reduktionismus zu überwinden. Er tat dies, indem er Marx' frühe Schriften von der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie bis zur Deutschen Ideologie neu interpretierte. *Terell Carver* (Bristol Universität) kehrte die deterministische Interpretation des Zusammenhang zwischen ökonomischer Basis und politi-

schem Überbau ins Gegenteil um, indem er Marx' „Achtzehnten Brumaire“ einer erneuten Lektüre unterzog: Hier zeige sich Marx nicht als Determinist, sondern als „erstrangiger Theoretiker der Kontingenz“. Carver zufolge habe sich Marx vor allem für die Staatsmacht interessiert. Seine Analyse der französischen Zweiten Republik, die das Durcheinander im Funktionieren des Staates und die komplexen Interaktionen der Klassen offengelegt habe, mache deutlich, dass diese Erscheinungen seinem Klassenbegriff strukturell inhärent sind.

Die Frage, inwieweit Marx dazu beitragen kann, die Rolle des Nationalstaats zu verstehen wurde von mehreren Forschern behandelt. *Qi Tao* (Fudan Universität) kritisierte Marx, der das Konzept des Nationalstaats unterschätzt habe. Allerdings sei dies im historischen Kontext, in dem Marx seine Staatsanalyse verfasst habe, verständlich gewesen. Ähnlich wie Carver meinte Qi, dass das deterministische Verständnis der Beziehungen zwischen ökonomischer Basis und politischem Überbau, ihm zufolge eine Fehlinterpretation von Marx' Standpunkt, überwunden werden müsse; dadurch würde das Verständnis der Entwicklung der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert als Folge von historischen Kontingenzen erleichtert.

Die Beiträge der westlichen Referenten befassten sich stark mit Marx' Sicht auf die Rolle des Staates (bzw. dessen Fehlen) in der post-kapitalistischen Gesellschaft. *Peter Hudis* (Oakland Universität) skizzierte Marx' Vision der post-kapitalistischen Gesellschaft und kontrastierte diese mit der Realität des Staatssozialismus im 20. Jahrhundert. Hudis zufolge waren die Begriffe Sozialismus und Kommunismus für Marx Synonyme. Für ihn sei Freiheit die Essenz des Menschen, die es nur in einer Gesellschaft ohne Entfremdung geben könne; die Abschaffung des Privateigentums sei lediglich eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung zur Beseitigung von Entfremdung. *Robert Ware* (Carlton Universität) befasste sich mit Marx' Typologisierung der zwei Phasen des Kommunismus in der „Kritik des Gothaer Programms“ und hob diese von Lenins Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kommunismus ab. *Michael Löwy* (CNRS, Paris) ging noch weiter und versuchte zu zeigen, wie Marx' Arbeiten als theoretische Grundlage zur Skizzierung einer ökosozialistischen Zukunft dienen könnten.

Größer waren die Gemeinsamkeiten zwischen den chinesischen und westlichen Wissenschaftlern im Bereich Politische Ökonomie. Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ war Thema unterschiedlicher Einschätzungen. So nahm *Tom Rockmore* (Peking Universität) Pikettys Analyse u.a. als positiven Beleg für die empirische Ungültigkeit von Marx' tendenziellem Fall der Profitrate. *Wei Xiaoping* (CASS) dagegen kritisierte Piketty, weil dieser Kapital und Reichtum gleichgesetzt und außerdem die Quelle der Renditen nicht entschlüsselt habe. *Seongjin Jeong* (Gyeongsang Universität) untersuchte die ungelösten Widersprüche von Arbeitszeit-Berechnungen in den frühen Phasen des Kommunismus, welche erst im reifen Kommunismus überwunden werden könnten; dann könnten Arbeitszeit-Berechnungen aufgegeben werden. *Zhang Yibing* (Nanjing Universität) schlug vor, einige der grundlegenden

Marx'schen politischen Kategorien im Kontext der Digitalisierung zu modernisieren. Durch Berücksichtigung von Konzepten wie dem Erkenntnis-Kapitalismus (Wissensökonomie) und der Libidinal Ökonomie (Ausbeutung nicht-ökonomischer Faktoren zum Zweck der Mehrwertzeugung) könne man eine „Neue Politische Ökonomie“ konstituieren.

Die Tagung der CASS (4.5.2016) wurde von der Zeitschrift „International Critical Thought“ organisiert und von der Akademischen Abteilung für Marxismus der CASS unterstützt. Thema waren „Neue Tendenzen in der Politischen Ökonomie der Gegenwart, insbesondere nach der Finanzkrise von 2008. Einige bemerkenswerte Papiere behandeln aber auch theoretische und historische Aspekte sozialistischer Revolutionen auf kritische Art und Weise.

Der Beitrag von *Yu Bin* (CASS) versuchte zu erklären, warum der Dollar nach der Finanzkrise von 2008 ersarkte. Ausgehend von der Annahme, dass die Finanzkrise den grundlegenden Widerspruch zwischen der Zahlungsmittelfunktion (Kreditgeld) und der Funktion des Wertmaßstabs des Geldes offenlegt habe meint Yu, dass vor dem Hintergrund seiner Weltgeldrolle große Summen von Kreditgeld zurück in den Dollar flossen, um Krisenwirkungen abzuwehren. *Wadi' h Halabi* (KP der USA) schlug die Rückkehr zu einer auf Sachwerten beruhenden Währung vor und plädierte für eine Geld- und Fiskalunion zwischen den bestehenden sozialistischen Staaten. *Hou Weimin* (CASS) argumentierte, dass neo-liberale Marktmechanismen nicht in der Lage seien, die Ursachen von Überkapazitäten zu beseitigen; diese seien vor allem unfaire Verteilungsverhältnisse, unausgeglichene Investitionen in den Sektoren und ein globales Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Die Verdrängung von öffentlichem Eigentum und staatlichen wirtschaftspolitischen Strategien in China und deren Ersatz durch Marktmechanismen werde verdröbliche Folgen haben. *Ricardo Antunes* (Campinas Universität) befasste sich mit der Frage der Arbeiterklasse im 21. Jahrhundert. Er wandte sich gegen die Ansicht, Proletariat und Arbeiterklasse seien Synonyme, die zunehmende Immaterialität der Arbeitsprozesse würde die Arbeitswerttheorie obsolet werden lassen. Zur Arbeiterklasse gehöre „jeder (mit Ausnahme von Kapitalmanagern), der seine/ihre Arbeitskraft als Ware gegen Lohn verkaufe“, und zwar unabhängig von der Gegenständlichkeit dieser Ware.

Die von der School of Marxism geförderte Konferenz an der RUC hatte den Titel „Marxismus des 21. Jahrhunderts – Neue Perspektiven“. Die 18 vorgelegten Papiere deckten eine große Themenvielfalt ab, von der Neuinterpretation Marx'scher Texte und dem erneuten Durchdenken des Marxismus der Gegenwart bis hin zu ökologischen Fragen.

Hao Lixin (RUC) sprach über Möglichkeiten und Herausforderungen für den Marxismus im modernen China. Diese erforderten die Entwicklung neuer Konzepte, welche in der Lage sind, sowohl die aktuellen ökonomischen Veränderungen als auch die ökologischen Probleme in Rechnung zu stellen, die sich mit wachsender Dringlichkeit stellen. Hao zufolge müsste die Weiterent-

wicklung der Theorie das Verhältnis und die Koordination der großen Wirtschaftssektoren, die Herausbildung einer grünen Ökonomie, die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und die Förderung von Innovationen erfassen. *Zhang Yunfei* (RUC) fügte diesem komplexen Szenario eine weitere Dimension hinzu, indem er auf das Problem des sozialen Ausgleichs und die fragile Lebenslage der Armen sowohl in ökonomischer wie in ökologischer Hinsicht hinwies. Er forderte eine „Ökologie für die Armen“, in der soziale und ökologische Gerechtigkeit ausbalanciert werden müssten.

Ein weiteres der auf der Konferenz behandelten Themen befasste sich mit dem Begriff des Klassenkampfes. *Victor Wallis* (Berkeley College für Musik, Geschichtsführer der Zeitschrift „Sozialismus und Demokratie“) verglich Klassenherrschaft als übergreifende Kategorie mit anderen Formen von Unterdrückung (Rasse, Gender, etc.). Klassenunterdrückung sei der gemeinsame Nenner, der alle Mitglieder unterdrückter Gruppen einigen könne. *Domenico Losurdo* verwies auf drei nebeneinander bestehende Züge des Klassenkampfes: Den Kampf gegen die Lohnsklaverei, gegen das Patriarchat und gegen den (Neo)Kolonialismus. Sich auf den Fall des zeitgenössischen China beziehend kritisierte er den westlichen Marxismus, der die anhaltende Bedeutung antikolonialer Kämpfe vernachlässigt habe.

Ein kleiner Workshop an der CCTB (9.5.2016) beschloss diese Konferenzserie. *Victor Wallis* beschäftigte sich in seinem Papier mit der Frage des kleineren Ubbels im Kontext politische Entscheidung seit den Zeiten von Marx bis heute; *Gilbert Achcar* (SOAS) verfolgte die politische Entwicklung von Marx und Engels vom Kosmopolitismus hin zum Internationalismus und ihr Verständnis des Nationalstaats. Zwischen dem Kampf für nationale Befreiung und dem sozialistischen Internationalismus gäbe es keinen Widerspruch. *Babak Amiri* (London School of Economics) beschäftigte sich mit der Geschichte der Verbreitung und der Rezeption des „Kapital“ in den USA und Großbritannien in den 150 Jahren seit seinem Erscheinen.

Die Protokolle der Konferenzen an der Fudan Universität und an der RUC sollen 2017 veröffentlicht werden. Nach dem großen Erfolg der von Marcello Musto herausgegebenen chinesischen Übersetzung der „Grundrisse“ hat der renommierte China Kenner University Press Verlag jetzt unter dem Titel „Marx heute“ andere von Musto herausgegebene Arbeiten in chinesischer Übersetzung veröffentlicht. Dies zeigt die anhaltende Bedeutung von Marx und die weltweite Wirkung seiner Ideen. In Zeiten, in denen sich die Krisen des Kapitalismus auf globaler Ebene manifestieren, ist eine Zusammenarbeit und ein intellektueller Austausch unter Marxisten absolut notwendig. Dabei ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus des vergangenen 20. Jahrhunderts unabdingbar.

Babak Amiri

„Alter Summit“ 2016

Treffen von Gewerkschaftslinken und Bewegungsaktivisten, 25./26. November 2016, Brüssel

Eine europaweite Bewegung gegen die EU-Austeritätspolitik ist nach wie vor nicht in Sicht. Uneinigkeit über die Hauptströmung prägt nach wie vor die europäische Linke, wie deren unterschiedlichen, auf Reform, „Neugründung“, Bruch oder Austritt abzielenden europapolitischen Konzeptionen bezeugen. Der Zusammenschluss Alter Summit verfolgt seit 2013 über solche Differenzen hinweg das Ziel, kritische Gewerkschaftsorganisationen und -Mitglieder sowie NGOs in einem gemeinsamen Protest zu verknüpfen. (Vgl. <http://www.altersummit.eu/?lang=de>) Die Initiative war bei dem großen Alternativengipfel der europäischen sozialen Bewegungen in Athen (Juni 2013) entstanden. Vor mehreren tausend Teilnehmenden aus ganz Europa sprachen damals mehrere Gewerkschafter – aus der Bundesrepublik z.B. Hans-Jürgen Urban (IG Metall) –, Vertreter von attac und vielen anderen Bewegungen sowie der seinerzeitige griechische Oppositionsführer Alexis Tsipras. Seitdem wird Alter Summit von einer Gruppe um *Felipe Van Keirsbilck* koordiniert, dem Generalsekretär der Centrale nationale des employés (CNE) in Belgien, die zum durchaus links stehenden christlichen Gewerkschaftsbund gehört.

In der Einladung zu der Brüsseler „Rights4all Now“-Konferenz hieß es: „Europa – das sind wir! Unser Programm, um unsere Rechte wiederzuerlangen“. Unter den mehr als 150 Frauen und Männern aus über 15 Ländern und mit unterschiedlichem Hintergrund waren Vertreter aus spanischen und französischen Gewerkschaften, viele Belgier, Aktivisten aus NGOs und viele andere mehr. Die Zahl der deutschen Teilnehmenden blieb sehr übersichtlich. Die Konferenz wurde mit Unterstützung von attac und der Rosa Luxemburg Stiftung simultan in mehreren Sprachen gedolmetscht.

Das Ergebnis der Konferenz war nicht in jeder Hinsicht erfolgreich. Die Fokussierung auf ein gemeinsames Aktionsprogramm gelang nur in Ansätzen. Vom Verlauf her konnten im Eingangsplenum europapolitische Themen ins Zentrum gestellt werden: Durch Analysen der disparaten ökonomischen Gewichte in der EU (*Jean-Christophe Defraigne*, University Saint-Louis Brussels) und mit einem Beitrag von *Daniel Albarracín*, Podemos-Mitglied von der Linkstraktion im Europäischen Parlament, über strategische Optionen zur Reaktion auf die EU-Krise. (Alle Beiträge sind auf der Internetseite des Alter Summit nachzulesen: <http://www.altersummit.eu/mobilisation/article/conference-rights4all-now-25-26?lang=en>)

Für die deutsche Initiative „Europa neu begründen“ sprach *Klaus Pickshauss* (ehem. Bereichsleiter beim Vorstand der IG Metall). Hauptziel dieser Initiative sei es gewesen, für eine europäische soziale Bürgerbewegung zu plädieren, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Padwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg sollte die Ablehnung des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhand-

lung des fiskalpolitischen Rahmens sein. (vgl. www.europa-nu-begruenden.de)

Pickshaus betonte u.a., dass die Hauptverantwortung der deutschen Regierung für die Austeritätspolitik auf europäischer Ebene auch in den Debatten der Alternativen Bewegung eine zentrale Rolle spiele und eine Herausforderung für die deutsche Linke bleibe.

Als Erfolg vermerkte er, dass auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall ein Initiativantrag „Europa neu begründen“ – aktuell setzt sich in einem breiten Bündnis für ein sozialeres und gerechteres Europa ein. Alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland und Europa sind eingeladen, sich in diesem Bündnis mit Ideen zu beteiligen. Eine Diskussion über die bestmögliche politische Zuspitzung für die Erreichung unserer Ziele im Sinne der europäischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Gewerkschaften muss jetzt beginnen. „Einen ähnlichen Beschluss fasste der Verdi-Bundeskongress. Allerdings sind die praktischen Auswirkungen dieser Beschlüsse gering. Auch aus der europäischen Gewerkschaftsbewegung seien bisher keine wirksamen Impulse für eine breite Anti-Austeritätsbewegung sichtbar geworden.

Pickshaus charakterisierte die Initiative „Europa-neu-begründen“ als einen Vorstoß aus dem gewerkschaftlichen bzw. gewerkschaftsnahen links-pluralistischen Spektrum, mit dem in gegenhegemonialer Absicht eine „pro-europäische Europa-Kritik“ formuliert werden sollte. Es sei um die Bündelung von Aufmerksamkeit und die Fokussierung auf strategische Überlegungen gegangen. Allerdings sei die Wirkung der Auftakte paradox gewesen: sie wirkten eher als Beitrag zur internen Verständigung der EU-kritischen Linken denn als nach außen gerichtetes Medium der gesellschaftlichen Diskursverschiebung. (Dokumentation dazu unter: <http://www.europa-nu-begruenden.de/debatte/>)

Zu den Grundelementen einer linken EU-Kritik gehören nach Pickshaus die Zurückweisung der Austeritätspolitik sowie die Forderung nach „Investitionen in gesellschaftliche Bedarfsfelder“. Als gemeinsame Essentials linker EU-Kritik nannte er:

- Die Nationalstaaten sind nicht nur Schlüsselakteure der EU, sondern auch unverzichtbare Adressaten gegenhegemonialer Initiativen;
- der deutschen Regierung kommt aufgrund ihrer Rolle als „reluctant hegemon“ eine Schlüsselrolle zu;
- Ziel linker Kritik kann/darf nicht die Vision eines Nationalstaaten-Europa sein;
- das eklatante Demokratiedefizit der EU ist unverzichtbarer Ansatzpunkt linker Kritik.

Seine Schlussfolgerung: „Eine europaweite Bewegung benötigt eine Einigung auf mobilisierungsfähige gemeinsame Kernforderungen, wie dies im Widerstand gegen die Wasser-Initiative und gegen TTIP und CETA gelang.“

Da der Ablauf der Tagung mehr dem Format der Sozialforen folgte, bei denen über alle Themen der Ökologie, der Digitalisierung, der Migration und vieles mehr debattiert werden kann, fehlte es an einer Zuspitzung, die für die Einigung auf entsprechende Kernforderungen notwendig gewesen wäre.

Die Alter Summit-Initiatoren versuchen nun im Nachgang eine Fokussierung zu erreichen. In einer Abschlusserklärung heißt es: „Wir haben festgelegt, wie unterschiedlich unsere Kämpfe sind: ihre Ebenen, Kampfformen und die Beteiligten ... Es ist unsere Aufgabe, diese Vielfalt zu nutzen: wir müssen uns ergänzen, aber auch unsere Widersprüche zu Nutzen machen; das ist schwierig, aber gleichzeitig eine Chance – es gilt, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.“ Kern der Botschaft des Alter Summit sollte sein: Soziale Rechte müssen für alle gelten. Ausgehend von dieser Botschaft sollten in einem zweiten Schritt präzise gemeinsame Forderungen ausformuliert werden: Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Bekämpfung von Privatisierungen, Kampf gegen Sozialdumping, gleiche Behandlung von Zuwanderern/Einheimischen, Bildung und Gesundheitswesen dürfen nicht den Marktmechanismen unterworfen werden. Es wird festgehalten: Die Kampagnen gegen TTIP, TISA, CETA und die Klimabewegung sind eine Basis für eine breite und einende Koalition, es gilt, ihre politische Botschaft zu erweitern und zu vertiefen. (<http://www.altersummit.eu/alter-somme/article/europa-das-sind-wir-unsere-programmplan=en>)

Eine Resolution der Initiative „Europa neu begründen“ ergänzt diese Aufgabenstellung mit dem Ziel, konkret auf die Auseinandersetzung mit der EU-Kommission insbesondere in Vorbereitung eines „European Pillar of Social Rights“ einzugehen. Anliegen dieser Resolution war es auch, mit der Alter Summit-Initiative anschlussfähig an die Impulse des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu werden. Die Resolution fand die Zustimmung der Alter Summit-Initiatoren. Sie war allerdings nicht Gegenstand der strategischen Debatten auf dem Brüsseler Treffen. Dies hätte ihre Relevanz stärken können. Für das Jahr 2017 sind weitere Initiativen von Alter Summit in Vorbereitung. Da die EU-Krise sich zuspitzen wird, werden Anforderungen an eine europaweite Widerstandsbewegung noch zunehmen. Die deutschen Gewerkschaften stehen da vor einer großen Herausforderung.

Johannes Altenfeld

Ein Diskursprojekt wird zum Selbstläufer

Gesprächskreis „Jour fixe“ am Leipziger Standort der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ins dritte Jahr gestartet

1991 hat eine Gruppe Leipziger Wissenschaftler um den Philosophen Helmut Seidel und die Historiker Walter Markov, Manfred Kossock und Gustav Seeber die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (RLS) gegründet. Seither hat sie sich als linker, der Partei DIE LINKE nahestehender Verein profiliert. Zu ihren

Hauptzwecken zählen Mehrung und Verbreitung gesellschaftspolitischen Wissens, Pflege demokratisch-sozialistischer Ideen und humanistischer Ideale miteinander verbindet. An thematischen Schwerpunkten interessierte Mitglieder treffen sich dazu in Arbeitskreisen. Seit Januar 2015 werden übergreifende Fragen von Politik, Ökonomie, Kultur und Wissenschaft auch in einem neuen Format debattiert. „Jour fixe“, einen unkonventionellen Gesprächskreis, nannten die Gründer *Klaus Kinner* und *Manfred Neuhaus* ihr Projekt. Die beiden Leipziger Historiker vom Jahrgang 1946 haben sich über die sächsischen Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht. Kinner als Experte der Kommunisten- und Linksozialismus-Geschichte, Neuhaus als langjähriger Mitarbeiter der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Beide dachten anfangs an eine eher „familiäre“ Zusammenkunft von Gesinnungsfreunden, insbesondere auch von früheren akademischen Weggefährten, die mit dem Austausch von Gedanken, Ideen, Standpunkten am „Puls der Zeit“ bleiben und auch der sozialen Vereinigung im Ruhestand entgegen wollten. So reichte die Bibliothek der Leipziger Dependence der RLS Sachsen völlig aus, als am 22. Januar 2015 rund 20 Teilnehmer die Premiere von Jour fixe begingen. Den aktuellen politischen Anlässen entsprechend – national: Pegida/Legida, international: Überfall auf Charlie Hebdo – standen die Themen „Orient und Okzident“ sowie Houellebecq, „Die Unterwerfung“ auf der Tagesordnung. Diese Mischung von fachwissenschaftlicher Diskussionsgrundlage und kulturell-literarischem Pendant blieb fortan das Grundmuster von Jour fixe. Offensichtlich hatten die Gründungsväter damit den Nerv vieler Interessierter über den ursprünglich vermuteten Zirkel hinaus getroffen. Rasch wuchs der Zulauf, auch aus nicht-akademischen Kreisen. Bei eilichen Themen platze die Bibliothek aus ihren Nähten. So bei den Debatten über Pikethys Kapitallehre, moderne Revolutions- und Theorien, Xenophobie, Flüchtlingsbewegung, Biedenkopfs Tagebücher, Linke Gewalt, Macht der Linke in der Politik oder gesellschaftliche Transformationskonzepte der Linken. Mit 63 Gästen zum Thema Kalifat und Kampf um die Vorherrschaft am Golf schrieb sich der 13. Treff im März 2016 als bisheriger Publikumsrenner in die noch jungen Jour-fixe-Annalen ein.

Worin liegen nun Ursachen und Gründe für die Erfolgsgeschichte von Jour fixe? Als aktiver Mitgestalter von Anfang an möchte ich die Grundkonzeption als Türöffner der zum Selbstläufer gewordenen Veranstaltungen bezeichnen: sich gemeinsam einen „Vers machen“ zu wollen über aktuelle, allgemein be- wegende Ereignisse in Brennpunkten der nahen und fernen Welt und ihre mediale Reflexion in Kunst und Literatur. Hintergrund, Ursachen und Folgen aus politiktheoretischer, philosophischer und geistig-kultureller Sicht zu er- kennen und Konsequenzen für demokratisches linkes Denken und Handeln zu begreifen. Solche Ansprüche zu meistern, braucht es kundige „Vordenker“. Mit ausgewiesenen Referenten, zumeist führenden akademischen Größen der Leipziger Universität und Berliner Kollegen von der dortigen Rosa- Luxemburg-Stiftung, konnte diese Voraussetzung erfüllt werden. Stellvertre- tend für alle Themenprofis seien die Philosophen *Volker Cayssa*, *Michael Brie*,

Steffen Dietzsch, Wladislaw Hedeler, Holger Politt, Monika Runge, die verstorbene Historikerin Helga Schultz, deren Berufskollegen Jonas Beyer, Hartmut Kästner, Volker Külow, Matthias Middell, die Literaturwissenschaftler Willi Beitz, Adelheid Latchinian, Klaus Pezold, Klaus Schumann, der Kunsthistoriker Thomas Topfstedt, die Musikwissenschaftler Werner Wolf und Anselm Hartinger, der Arabist und Mediävist Gerhard Hoffmann, der Wirtschaftsjournalist Helge-Heinz Heinker genannt. Ihre Erkenntnisse und Diskussionsanstöße vermittelten sie aber nicht *ex cathedra*. Im Geiste des bekannten Diktums Rosa Luxemburgs „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden sich zu äußern“ pflegen die Teilnehmer einen parteipolitisch unabhängigen, konstruktiv-kritischen Gedankenaustausch, der einen verantwortungsbewussten und gemeinsinnigen Umgang mit neuen, kühnen, auch problematischen und Widerspruch heischenden Meinungen einschließt. Diese Debattenkultur, die Bevormundung, Rechthaberei, angemaßte Deutungshoheit oder Dogmenreiterei ausgrenzt, sagt vor allem den jüngeren Semestern zu, die noch in Unterzahl sind. Kinner, Neuhaus und ihre Altersgenossen freuen sich über jeden jugendlichen Neuankömmling, der die „Fahne“ linker, humanistischer, solidarischer Gesinnung und Gesittung in die Zukunft trägt. Inzwischen ist der Gesprächskreis in sein drittes Jahr gestartet. Die 21. Auflage im Januar 2017 stand im Zeichen der Richard-Wagner-Festtage 2017 in Leipzig. Das wiederum volle Haus nährt die Erwartung, dass die Geschichte von Jour fixe noch um etliche Kapitel bereichert wird.

Wulf Skaun

Staatstheorie für Linke: Prozess Gingold ./ „Verfassungsschutz“

Verwaltungsgericht Wiesbaden, 12. Januar 2017

Zum 45ten Mal jährt sich in diesem Jahr der so genannte Radikalenerlass. Nach einem Ministerpräsidentenerlass vom 28. Januar 1972 wurden unter der Federführung des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt die Weichen gestellt für eine Überprüfung von Bewerbern/innen beziehungsweise Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In über 3,5 Millionen Fällen wurden Bundesbürger/innen überprüft, ob sie „die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“. Der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ hatte alle Hände voll zu tun mit der Regelanfrage der öffentlichen Dienstherren. Bundesweit sprechen die Zahlen von bis zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Die „Schere im Kopf“ und Angst vor beruflichen Nachteilen lähmten in vielen Bereichen die öffentliche Debatte.

Alles längst vergangene und vergessene Geschichte? Mitte Januar fand in Wiesbaden ein Prozess vor dem Landesverwaltungsgericht statt, in dem dieses dunkle Kapitel seine Gegenwärtigkeit offenbarte – ähnlich wie die aktuellen,

wenn auch durch Solidaritätsbewegungen bzw. Klage zurückgewiesenen Berufsverbotsfälle Michael Csaszkosy (Baden-Württemberg) oder Kerem Schamberger (Uni München). Silvia Gingold, die bekannte von Berufsverbot betroffene Lehrerin, klagte gegen den hessischen „Verfassungsschutz“. Zum einen sollte das Gericht feststellen, dass ihre bis heute anhaltende Beobachtung durch den Geheimdienst und die Speicherung ihrer Daten von Anfang an rechtswidrig waren. Dieser Antrag wurde zurückgewiesen. Ein zweiter Antrag von Silvia Gingold sollte ab sofort eine weitere Beobachtung unterbinden. Denn es ist bekannt, dass das geheimdienstliche Auge weiter hinter der (seinerzeit nach einem Jahr Berufsverbot zwar wieder eingestellten, jedoch nicht verbeamteten) pensionierten Lehrerin her spioniert, sei es, wenn sie auf einer DGB-Kundgebung spricht, sei es bei einer Lesung aus dem Buch ihres Vaters oder bei einer Veranstaltung im Rahmen der VVN. Die Akte über Silvia Gingold – von 131 Seiten durfte der „Verfassungsschutz“ 102 Seiten oder fast 80 Prozent aus Gründen des „Quellenschutzes“ schwärzen bzw. entfernen – ließ trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen Hinweise auf Kontrolle des E-Mail-Verkehrs, Spitzelwesen in linken Organisationen, Überwachung von Gewerkschaftsveranstaltungen (bei der Akte fand sich die Videoaufnahme einer Marburger DGB-Veranstaltung) u.ä. Observationen erkennen. Der „Verfassungsschutz“ erklärte demgegenüber, Gingold werde nicht persönlich überwacht, sondern die „Erkenntnisse“ seien nur „Beifang“ im Zuge der Überwachung von „Gruppen oder Personen, die als extremistisch eingestuft“ würden – also z.B. des DGB (vgl. FAZ v. 13. Januar 2017). Das Begehren nach sofortiger Einstellung der Überwachungspraxis wurde an das Verwaltungsgericht in Kassel rückverwiesen; Gingold hatte dort bereits 2013 auf Akteneinsicht und Löschung ihrer Daten sowie Einstellung der Bespitzelung geklagt. Die Erwartung der Klägerin, dass das Gericht „meinem durch die Verfassung geschützten Recht auf Meinungsfreiheit Geltung verschafft“, wurde mithin enttäuscht und die Gelegenheit für eine erneute öffentliche Auseinandersetzung eröffnet. Silvia Gingold wird weiter für dieses Recht und für ihre Rehabilitierung kämpfen. So tun es auch zahlreiche andere von Berufsverbot Betroffenen – gegenwärtig wird in zahlreichen Städten der Bundesrepublik eine sehr sehenswerte Wanderausstellung „Vergessene Geschichte – Berufsverbote – Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland“ u.a. mit Unterstützung von GEW, Ver.di, IGM und DGB gezeigt. In diesen Kontext gehört auch ein im hessischen Landtag eingebrachter Antrag¹ der Fraktion DIE LINKE (die beim Wiesbadener Prozess durch ihren Fraktionsvorsitzenden als Prozessbeobachter und Überbringer solidarischer Grüße neben etwa hundert weiteren Freunden vertreten war), der vom Landtag u.a. die Feststellung verlangt,

- „dass der sogenannte Radikalenerlass in Hessen faktisch aufgehoben wird,
- dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächti-

¹ Hess. Landtag, Drs. 19/4409 v. 17.1.2017. Der Antrag ist vergleichbar der Initiative im Niedersächsischen Landtag. Sh. Cornelia Booß-Ziegling, Zur Thematisierung der Berufsverbote im Niedersächsischen Landtag, in: Z 101 (März 2015), S. 154-161.

- gungen nie wieder Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen,
- dass die Umsetzung des sogenannten Radikalenerlasses ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hessens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird,
 - dass die von hessischen Maßnahmen betroffenen Personen durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erleben mussten,
 - dass er den Betroffenen Respekt und Anerkennung ausspricht und sich darüber hinaus bei denen bedankt, die sich z.B. in Initiativen gegen Radikalenerlass und Berufsverbote mit großem Engagement für demokratische Prinzipien eingesetzt haben.“

Dem Antrag, der zudem verlangt, die Möglichkeit der „politischen, gesellschaftlichen und materiellen Rehabilitierung“ der Betroffenen zu prüfen, stimmte im Hessischen Landtag die SPD zu; mit den Stimmen von Grünen, CDU und FDP wurde er in die „zuständigen Ausschüsse“ verwiesen. Während die Grünen im Hessischen Landtag sich mit der CDU gegen die Entschließung aussprachen, stimmten sie in der Marburger Stadtverordneten-Versammlung zusammen mit der SPD einem Antrag der Fraktion Die LINKE zu, in dem die Rehabilitierung der vom Berufsverbot Betroffenen verlangt und die Landesregierung aufgefordert wird, „den ‚Radikalenerlass‘ förmlich aufzuheben und die Betroffenen öffentlich zu rehabilitieren.“ Das düstere Kapitel bundesrepublikanischer Geschichte kann also noch nicht zugeschlagen werden.

Renate Bastian

iz3w



Dschihadismus – ihr habt den Tod, wir haben das Leben

Außerdem: Abgesang auf den Freihandel | Diktatur
in Thailand | Kuhschutzbewegung in Indien

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Diversität des Kapitalismus und formelle Subsumtion

Harry Harootunian, Marx After Marx. History and time in the expansion of capitalism, Columbia University Press, New York 2015, 292 S., 20,61 Euro

Mit dem Aufstieg neuer kapitalistischer Wirtschaftsmächte im Süden und ihrer Emanzipation von westlicher Vorherrschaft wird der „Westliche Marxismus“, der Westeuropa/Nordamerika als Messlatte für Entwicklungsstand und Reife der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet, auch auf theoretischer Ebene herausgefordert. Unlängst sind mehrere Arbeiten erschienen¹, die sich mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit die Kapitalismusanalyse des Marx'schen ‚Kapital‘, in der, gestützt auf den „klassischen“ englischen Fall, die Grundstrukturen der kapitalistischen Produktionsweise herausgearbeitet werden, auch für Länder wie China, Indien und Brasilien vollumfängliche Gültigkeit besitzt. Dabei wird – u.a. von Kevin B. Anderson – deutlich gemacht, dass Marx und Engels sich in ihrem späteren Leben zunehmend für außereuropäische Entwicklungen interessiert hatten und bereit waren, ihre am englischen bzw. westeuropäischen Beispiel entwickelten Positionen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Über diese Offenheit hinaus finden sich aber bei den ‚Klassikern‘ – von journalistischen Arbeiten abgesehen – keine ausgearbeiteten Po-

sitionen, in denen außereuropäische Entwicklungen analysiert werden.

Harry Harootunian, marxistischer Hochschullehrer aus den USA und ausgewiesener Ostasien-Experte (hervorgetreten u.a. mit Arbeiten über Japan), hat mit dem vorliegenden Buch einen in dieser Debatte völlig neuen Akzent gesetzt. Er versucht, die Ungleichzeitigkeit und Diversität in der Entwicklung des Kapitalismus in einen theoretischen Rahmen zu stellen, der diese mit den am englischen Beispiel entwickelten Kategorien im ‚Kapital‘ versöhnt. Dabei nimmt er den von Marx entwickelten Begriff der „formellen Subsumtion“ der Arbeit unter das Kapital als Ausgangspunkt: „Die Berücksichtigung der spezifischen Methoden, mit denen die Arbeit dem Kapital auf formelle Weise subsumiert wurde, öffnet nicht nur den Blick für die historischen bzw. epochalen Dimensionen, in denen die Produktionsweise den Arbeitsprozess umstrukturiert und den kontingenten Charakter dieses Prozesses, sondern erlaubt es auch, die Welt jenseits Westeuropas einzubeziehen.“ (9) Für Harootunian bedeutet „formelle Subsumtion“ aber mehr als nur die Unterwerfung traditioneller Arbeitsformen unter das Kapital, und sie ist auch nicht nur ein Übergangsstadium zur „realen Subsumtion“, in denen das Kapital den Arbeitsprozess selbst umgestaltet. Er stellt die Marxschen Begriffe in einen völlig neuen Kontext, wobei hier dahingestellt bleiben soll, ob er sich damit nicht (zu) weit von der ursprünglichen Bedeutung entfernt. Es ist überhaupt festzustellen, dass er an mehreren Stellen Marx zwar im Original zitiert, den verwendeten Passagen dann aber eine Bedeu-

¹ Einen Überblick gibt der Sammelband von Felix Wemheuer; vgl. die Besprechung von Dieter Boris in Z 108 (Dez. 2016), S. 221ff.

tung unterlegt, die sich aus dem Kontext nicht unmittelbar ableiten lässt. Das gilt schon für das Motto des Buchs („Le mort saisit le vif“ – Der Tote packt den Lebenden), das er der Einleitung zum ersten Band des ‚Kapital‘ entnommen hat: Marx meint dort Deutschland bzw. Kontinentaleuropa, bezeichnet keineswegs ein allgemeines Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise. Dies aber behauptet Harootunian: Für ihn ist der Kapitalismus immer ein Mix aus verschiedenen historischen Epochen und Produktionsweisen, ist gekennzeichnet durch das Nebeneinander unterschiedlicher historischer Zeiten: Der Kapitalismus übernehme und integriere überall jene Elemente, die ihm nützlich sind. „Formelle“ und „reale“ Subsumtion bezeichneten demnach keinen linearen Prozess, sondern träten immer nebeneinander auf, scheinbare Überbleibsel aus vorangegangenen Produktionsweisen würde immer wieder reproduziert (15). Er wendet sich auch gegen Vorstellungen, denen zufolge der Kapitalismus in seinem Entwicklungsprozess nicht nur die ökonomische Praxis, sondern auch Kultur, Politik, selbst Religion vereinheitlicht und der Warenbeziehung unterwirft, wie er es z.B. Lukacs und der „sogenannten Frankfurter Schule“ unterstellt.

Diese gegen den „Westlichen Marxismus“ gerichtete Grundposition wird in einer ausführlichen Einleitung entwickelt. Im ersten Kapitel versucht der Autor, das Marx'sche Werk in diesem Sinne neu zu lesen: Zeit und Geschichte fallen nicht zusammen. Indem der Kapitalismus immer „Gegenwart und Vergangenheit“ kombiniert, verbindet er das

kapitalistische Produktionssystem mit Praktiken vorangegangener Produktionsweisen (26). Er behauptet nicht, dass Marx genau diesen Zusammenhang gemeint habe: „Ob Marx tatsächlich geglaubt hat, dass das Kapital letztendlich die Warenbeziehungen überall durchsetzen (und so die letzten Spuren von Ungleichzeitigkeit beseitigen) würde, ist schwer zu sagen“, räumt er ein und vermutet, Marx habe die Vorstellung des Kapitalismus als ‚reine‘, von den Spuren der Vergangenheit bereinigte Totalität aus methodischen Gründen benötigt. Der Kapitalismus der ‚realen Subsumtion‘, in der die Warenbeziehungen (und damit die Zirkulationssphäre) alle Aspekte des Lebens beherrschen, sei die Welt des „Westlichen Marxismus“, der vom europäischen Vorbild abweichende Erscheinungen in der Peripherie immer nur als rückständig und verschwindend qualifiziert habe. „Dagegen richteten Marxisten in der Peripherie ihre Aufmerksamkeit wieder auf den konkreten Prozess der Produktion, insbesondere die Organisation der Lohnarbeit in spezifischen Weltregionen und zu spezifischen Zeiten.“ (71). Der Kapitalismus sei durch die Kombination verschiedener historischer Zeiten gekennzeichnet, stelle also nicht die Gleichzeitigkeit der Modernität her.

Die folgenden Kapitel beschäftigen sich mit dem Marxismus in verschiedenen nichteuropäischen Regionen. Im zweiten Kapitel, der „Wanderung nach Osten“ (73) analysiert der Autor u.a. Debatten um Lenins klassische Arbeit „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“. Zwar habe Lenin gesehen, dass der russische Kapitalismus zahlreiche Ele-

mente vorkapitalistischer Produktionsweisen integrierte. Sein Glauben an den „schließlichen Sieg des Kapitalismus“ sei vor allem in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit des Sozialismus begründet gewesen (89). Im dritten Kapitel über den „globalen Süden“ stehen die Arbeiten des Peruanischen Marxisten Mariátegui im Mittelpunkt. In Aufnahme von Gramscis Analyse der Beziehung zwischen dem industrialisierten Süden und dem semifeudalen Norden Italiens interpretiert Harootunian Mariátegui's Beschreibung Perus als System unterschiedlicher historischer Schichten, bestehend aus ursprünglichen indigenen Gemeinschaften, kolonialem Feudalismus, Formen von Semifeudalismus und schließlich einer kapitalistischen Gegenwart. Diese Zeitschichten erscheinen nicht als zeitliche Abfolge, sondern verbinden sich in einem bestimmten Hier und Heute zu einer Einheit (143). Im vierten Kapitel wird eine japanische Debatte dargestellt, in der es um die Frage ging, wie die „feudalen Überbleibsel“ und damit die Besonderheiten des japanischen Kapitalismus zu fassen seien. Für den deutschen Leser ist diese Diskussion von besonderem Interesse, weil es bestimmte historische Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Japan gibt. Das fünfte Kapitel setzt sich mit dem Postkolonialismus auseinander. Obwohl diesem das Verdienst zugeschrieben wird, durch „Wiederherstellung der vergessenen Vergangenheit“ einen „therapeutischen Beitrag für Vorstellungen über eine alternative Gesellschaft“ (199) geleistet zu haben, überwiegen die kritischen Aspekte. Der Postkolonia-

lismus habe „historisch entstandene Praktiken in unhistorische Bestandteile eines unveränderlichen kulturellen Essentialismus verwandelt“ (226) und so die Grundlage für gemeinsame internationale Aktivitäten gegen den Kapitalismus untergraben.

In einem prägnanten Nachwort wirft Harootunian dem „Westlichen Kapitalismus“ (der mehr Max Weber als Karl Marx enthalte) vor, „eine provinzielle (europäische, JG) Kultur in einen universellen Standard verwandelt zu haben, dem der Rest der Welt zu folgen habe.“ (236) Dagegen betont er einerseits den universellen Charakter des Kapitalismus, hebt aber andererseits hervor, dass es in Abhängigkeit von lokalen Umständen und geschichtlichen Hintergründen unterschiedliche kapitalistische Entwicklungswege gebe: „In anderen Worten, die Welt des Kapitalismus besteht schon lange aus Regionen, die jeweils ihren eigenen Weg kapitalistischer Entwicklung suchen.“ (237)

Harootunians Buch ist eine interessante und theoretisch innovative Arbeit, der man möglichst viele aufmerksame Leser wünscht. Zwar ist Skepsis angebracht, ob die bei Marx entlehnte Kategorie der „formellen Subsumtion“ dazu geeignet ist, die jeweils besonderen Verbindungen zwischen den universellen Merkmalen des Kapitalismus und seinen konkreten regionalen Ausgestaltungen, die immer geprägt sind von geschichtlichen und kulturellen Entwicklungen, theoretisch zu fassen. Denn der „formellen Subsumtion“ folgt bei Marx die „reale Subsumtion“, ein Schritt, den Harootunian aber nicht gehen will. Auch bezieht sich Marx auf den Arbeitsprozess und die Mehrwertproduktion, schließt die nicht-

ökonomischen Bereiche der Gesellschaft nicht ein – während Harootunian diese explizit einbezieht. Trotzdem ist sein Ansatz anregend. Nichts spricht dagegen, Marx'sche Kategorien neu zu lesen. Der m.E. größte Wert des Buches besteht aber in der Aufnahme nicht-europäischer Debatten insbesondere aus Lateinamerika und Asien – Positionen, die hierzulande kaum bekannt sind. Leider fehlt hier eine zusammenfassende Literaturübersicht. Ein Problem ist die Sprache: Harootunian schreibt ein sehr differenziertes Englisch, die Lektüre ist für Nicht-Muttersprachler anspruchsvoll. Wünschenswert wäre eine Übersetzung ins Deutsche, ein angesichts des hierzulande geringen Interesses für theoretische Arbeiten wahrscheinlich vergebliches Ansinnen.

Jörg Goldberg

Akteure der 48er Revolution

Walter Schmidt (Hg.), *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Band 5, Berlin (Fides Verlag) 2016, 724 S., 59,80 Euro*

Diese seit 2003 erscheinende „Publikationsreihe“ zu den 1848er Akteuren ist jetzt mit dem fünften Band erfolgreich fortgesetzt worden – und es wird, wie man hört, noch nicht der letzte sein. Wie die Geschichte von Männern und Frauen gemacht wird, so eben auch die Revolutionen, die ‚Lokomotiven der Geschichte‘, und zwar von *allen* Trägern, Befürwortern und ‚Bremsern‘. Angestrebt wird immer, ein möglichst breites Spektrum der politischen und sozialen Repräsentanten der Herrschenden und der Beherrschten zu berücksichtigen, von

ganz links bis ganz rechts, von den Arbeitern bis zum Hochadel, alle aus den Quellen erarbeitet. Die methodische Grundlage ist weniger ein Pluralismus, als vielmehr die Absicht, alle Richtungen zu differenzieren, was besonders gut zu demonstrieren wäre an den Frauenportraits von Adele Erbe (I. Hundt) über C. v. Glümer (M. Freund) und die geborene Freiin v. Brunnow sowie die ‚rote Marie‘ genannte E.M. Kurz (M. Slunitschek) bis hin zu Jenny Marx (A. Limmroth). Unter den sozial-profilierten männlichen Berufen sind vertreten: Zwei Mediziner (W. Schmidt zu S. Asch, R. Zewell zu K. Tausenau), letzterer auch Journalist neben zwei weiteren (W. Schmidt zu A. Semrau und F. Melis zu G. Weerth), ein Theologe (R. Hachtmann zu E.W. v. Hengstenberg), ein Pädagoge (M. Herzig zu J.E. Nizze), ein Regierungsvertreter (H. Warnecke zu G. v. Lenski), ein Militär (G. Fesser zu J. Graf Radetzky v. Radetz) und ein Tischler (E. Kiehnbaum zu L. Stechan) sowie nicht zuletzt C. Ujma über den Präsidenten der Republik Venedig, D. Manin. Unter diesen insgesamt vierzehn biographische Portraits sind acht in der bisherigen Forschung so gut wie Unbekannte (Asch, Erbe, Kurz, Nizze, Lenski, Semrau, Tausenau, Manin). Es kommt hinzu, dass es selbst unter den nominell Bekannten bis jetzt noch keine *eigentliche* Biographie gab, wie z.B. zu Hengstenberg oder zu Adele Erbe, die hier exemplarisch für diese ungemein reichhaltigen Forschungen als Anreiz für alle Interessierten ein wenig näher zu charakterisieren sind.

Dieser E.W. Hengstenberg (1802-1869), vor dem Heine schon 1844 im Wintermärchen als ‚in Gedärmen

wühlenden Haruspex' warnte, war und ist selbst noch heute ein Musterbeispiel einer – typologisch gesprochen – Kombination von Fundamentalismus, politischer Reaktion und eines protestantisch-fanatischen Hasspredigtums. Für diese Mischung verfügte er als Herausgeber der *Evangelischen Kirchenzeitung* seit 1827 schon gegen die Vormärz-Aufklärungsbewegungen über eine gefährliche Waffe, mit der er die von ihm bekämpfte, gerade entstehende bürgerliche Öffentlichkeit missbrauchte. Das wirklich Erstaunliche an dieser glänzend geschriebenen Biographie von Rüdiger Hachtmann ist, dass von der gesamten Historiographie vom Wilhelminismus bis in das gegenwärtige Deutschland sich niemand an diesen Vertreter der äußersten Reaktion („Reaktion ist unsere einzige Hoffnung“) und verbissenen Judenfeindschaft (schon im Juni 1848 „gegen die *Herrschaft* der Juden“!) herangetraut bzw. aus apologetischen Gründen einfach nicht behandelt hatte. Die bisherige Hengstenberg-Biographik galt dem „in den [achtzehnhundert]fünfziger Jahren wohl einflussreichsten preußischen Theologen“: „Der Politiker Hengstenberg interessierte sie nicht“ (130f). Wie aber beides zusammengelesen und nur so die ungeheure Wirkmächtigkeit dieses Mitglied der Hofkamarilla Friedrich Wilhelms IV. in der Reaktionszeit nach 1848/49 verständlich werden kann, konnte Hachtmann plausibel machen. Überzeugend ist auch, wie völlig unbeeindruckt von dem herrschenden Heroenkult zeitgenössischer Kritiker Hachtmann urteilt, dass die Schrift des einstigen Hengstenberg-Zöglings Bruno Bauer eine „hegelianisch auf-

geblasene, wenig substanzielle“ Veröffentlichung war (166).

Das glatte Gegenteil war die Lebenswerk- und Wirkungsgeschichte der Adele Erbe (1824-1892), die Irina Hundt nachzeichnet. Adele Erbe ist zwar in der Forschung „keine gänzlich Unbekannte mehr“ (63), vertrat aber gegenüber jenen „patriotischen Wohltätigkeitsvereinen aus der Zeit der antinapoleonischen Kriege“ als eine politisch publizistische und praktische Organisatorin der „demokratischen Frauenvereine 1848-1850“ den „neuen“ Typus der Frauenemanzipation, die „an der Seite der revolutionären Bewegung [...] auf die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielte“ (67). Genau diesem Thema ist diese Skizze gewidmet. Sie verfolgt die Entwicklung Erbes vom „Altenburger demokratischen Frauen-Verein“ (67f) über die „Zusammenarbeit mit Luise Otto“ in der Redaktion der *Frauen-Zeitung* (71f) und mit der *Arbeiterverbrüderung* St. Borns, bei der Adele Erbe „den Kontakt zwischen dem Deutschen Frauen-Verein und den Ronneburger Arbeiterinnen“ herstellte, da in der *Arbeiterverbrüderung* auch Frauen Mitglieder sein konnten (75), bis hin zur Emigration in die USA (78ff) – all dies nicht ohne auch ihre Berufsausbildung als Erzieherin zu würdigen (77f): „Adele Erbe erwarb sich als Demokratin einen Namen, wie nicht viele Demokraten in so kurzer Zeit ihn erwarben“ (84), wie schon zeitgenössisch über sie geurteilt wurde.

Beispielhaft für alle anderen der Vergessenen preisgegebenen 48er Demokraten ist auf Sigismund Asch und August Semrau zu verweisen, die W.

Schmidt vorstellte: Asch, der Arzt jüdischer Herkunft (13-60) und Semrau, der Redakteur der demokratischen *Reform* (427-514), beide aus der Führung des Breslauer Arbeitervereins.

Vielleicht erübrigt sich der Hinweis, dass *alle* Biographien streng aus den archivalischen und gedruckten Quellen erarbeitet sind, was aber bei den heute nicht seltenen Kompilationen nicht unwichtig ist.

Lars Lambrecht

Menschenrechte und Eigentum

Rainer Roth, Sklaverei als Menschenrecht. Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich, DVS-Digitaler Vervielfältigungs- und Verlags-Service, Frankfurt a.M. 2015, 612 S., 15.- Euro

Sozialismus oder Barbarei, die berühmte Entgegensetzung Rosa Luxemburgs, wird meist als das verstanden, was der Menschheit bevorsteht. Das neueste Buch des bekannten Armutsforschers Rainer Roth zeigt, dass die Barbarei von Anfang an ein wesentliches Element in der Herausbildung des Bürgertums zur herrschenden Klasse war. „Sklaverei als Menschenrecht“ heißt der provokante Titel, denn in den Kämpfen des Bürgertums gegen den Feudaladel um die politische Herrschaft spielte die Sklaverei, die direkteste, brutalste und gewalttätigste Form der Herrschaft des Menschen über den Menschen, eine enorme Rolle. Im 17. Jh. stellt die Bourgeoisie die Machtfrage. Hier beginnt sie das ideologische Instrumentarium auszubilden, dass ihr später die Gefolgschaft der breiten

Volksmassen sichert: Das System der Menschenrechte. Gleichzeitig ist es die Zeit des entstehenden Kolonialismus. Die Karibik und das nördliche Amerika werden in Besitz genommen. Es entstehen die Zucker – und später in der USA – die Baumwollplantagen. Die spanische Herrschaft hatte die Karibik entvölkert. Die Zuckerplantagen brauchten Arbeitskräfte. Menschenraub und Sklavenhandel nehmen einen gewaltigen Aufschwung. Auf den ersten hundert Seiten beschreibt Roth umfassend die Zucker- und Baumwollproduktion und deren ökonomische Bedeutung für die Kapitalbildung. Die Sklaverei ist absolut notwendig für die Herstellung dieser wichtigen Rohstoffe. Die Ausrüstung der Kolonien mit Arbeits- und Lebensmitteln stärkt wiederum den ökonomischen Aufschwung in den Mutterländern. Die Sklaverei ist die Basis eines blühenden Geschäfts. Aus dieser Notwendigkeit folgt, dass sie verteidigt werden muss. Auf den nächsten hundert Seiten zeigt Roth, wie die Sklaverei in den bürgerlichen Verfassungen verankert war. An den Verfassungen seit der Magna Carta bis zu Napoleons Code Civil wird deutlich, dass die Verfassungen sich nur auf die Rechte der besitzenden Klassen bezogen und dass ihr wichtigster Inhalt der Schutz des Privateigentums war. Sklaven sind Eigentum ihrer Herren; sie sind keine Subjekte bürgerlichen Rechts, sondern Sachen. Der Schutz des Eigentums schließt das Recht auf den Besitz und die willkürliche Behandlung der Sklaven mit ein. Die Vordenker des Liberalismus und der bürgerlichen Menschenrechte stellen das nicht in Frage. Wer sich einem anderen als Arbeits-

kraft verdingt, verliert seine Freiheit, meinte John Locke. Ein freier Bürger ist nur der Besizende. Die Freiheit aber ist unabdingbar. Von John Locke über Rousseau, Voltaire bis Hegel sind sich darin unsere "Aufklärer" einig. Verbunden damit ist der Rassismus. Das moralische Recht auf Sklaverei wird auch begründet mit der Natur des Negers. Dieser gilt als kindlich, triebhaft, näher dem Tier als dem Menschen. Er muss durch Züchtigung zur Arbeit erzogen werden. Es ist deswegen falsch, die Sklaverei als Verletzung der Menschenrechte zu sehen, sagt Roth. In den so verstandenen Menschenrechten ist das Recht auf Sklaverei enthalten, auch das Recht, die Sklaven auf das Grausamste zu behandeln. Zum Beleg analysiert er die meisten Verfassungstexte und Stellungnahmen führender Ideologen des Bürgertums. Der Leser, der hier viele große Geister wiederfindet, ist ernüchtert.

Im nächsten Abschnitt behandelt Roth die Abschaffung von Sklavenhandel und Sklaverei. Dieser Prozess dauert gut hundert Jahre und wurde nicht durch humanitäre Ideen und Menschenrechte bewirkt, sondern durch handfeste ökonomische und politische Interessen. Dies zeigt er anhand der Interessen der französischen Bourgeoisie in der Revolutionsperiode und am amerikanischen Bürgerkrieg. Selbst die viel gefeierten Abolitionisten (Sklavenbefreier) wollten die Sklaverei nicht sofort, sondern nur allmählich abschaffen. Sie traten auch zunächst nur gegen den Sklavenhandel ein. Die Erziehung der Sklaven zu arbeitsamen Menschen sollte möglichst lange fortgesetzt und die Sklavenhalter sollten für die Aufgabe ihres

Eigentums an Sklaven entschädigt werden. Nicht die Sklaven sollten für das erlittene Unrecht, sondern die Eigentümer sollten für ihre materiellen Verluste entschädigt werden.¹ So funktioniert das Recht auf Eigentum. Entscheidend für die Abschaffung der Sklaverei war aber nicht ein wie auch immer gearteter guter Wille, sondern die Entwicklung der Industrie und der Lohnarbeit, die als neues Ausbeutungsverhältnis an die Stelle der Sklaverei trat. Die Sklaverei war mit der Entwicklung der großen Industrie ökonomisch überholt.

Im letzten Teil des Buches beschäftigt sich Roth mit der „Universalität“ der Menschenrechte. Universale Menschenrechte gibt es Roth zufolge nicht. Menschenrechte haben einen konkreten gesellschaftlichen Inhalt. Sie beziehen sich auf die Rechte der bürgerlichen Klasse, nicht auf die von Sklaven oder Lohnarbeitern. Das weist Roth überzeugend nach.

Das Buch ist ein Kompendium der Geschichte der modernen Sklaverei. Ich war überrascht, welche Bedeutung die Ökonomie der Plantagenbesitzer für den Prozess der Formierung des Bürgertums zur führenden Klasse hatte. Der unersättliche Bedarf an Sklaven, deren Verschleiß und unerträgliche, mörderische Ausbeutung war mir in diesem Ausmaß nicht deutlich. Die Sklaverei war mit der gesamten Ökonomie verbunden: mit den Bankhäusern, den Reedern, den Warenproduzenten und den Händlern. Insofern

¹ Thomas Piketty zufolge bestand das Kapital in den Südstaaten der USA zu Beginn des 19. Jahrhunderts zur Hälfte aus Sklaven. Ders., *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014, S. 212.

wäre es auch falsch, die Sklavenhalter von den anderen Kapitalisten zu trennen. Sklavenhaltung war integraler Bestandteil der gesamten Ökonomie. Nur daraus erklärt sich, dass das gesamte Bürgertum, mit all ihren Ideologien, die Sklaverei billigte und mit ihren Verfassungen in Einklang bringen konnte. Die Arbeit der Sklaven war Bestandteil ihres Lebens, ihres Seins, das ihr Bewusstsein konstituierte. Ihr Sein ist das einer die Produktionsmittel besitzenden Minderheit. Der Schutz ihres Eigentums ist der wichtigste Inhalt aller ihrer Verfassungen. Das Bürgertum konnte aber nicht Revolution machen, ohne die anderen unterdrückten Klassen zu mobilisieren. Deshalb erhielten ihre Forderungen den Schein der Universalität. Deswegen werden auch heute die Menschenrechte als universal ausgegeben, obwohl sie in der Tat nur für eine begrenzte Schicht von Menschen und für einen begrenzten historischen Raum Gültigkeit besitzen. Der Sklave war kein freier Mensch und der moderne Lohnarbeiter ist es auch nicht. Die Not zwingt ihn, seine Freiheit aufzugeben und sich für Lebensmittel zu verdingen. Damit unterwirft er sich dem freien Willen eines anderen. Der Arbeitsvertrag ist nur der Form nach frei, sein Inhalt ist Aufhebung der Freiheit. Der konsequente Nachweis, dass Menschenrechte nicht universal sein können, ist ein wichtiger Beitrag zur Klärung der wirklichen Verhältnisse.

Roths Buch ist trotz seiner Länge übersichtlich aufgebaut und liest sich teilweise sehr spannend. Es ist eine wichtige historisch-materialistische Aufarbeitung einer Geschichtsepoche, deren Verständnis für die Klassen-

konstellationen und die Politik unserer Tage von großer Bedeutung ist. Für 15 Euro ist dieses wertvolle Handbuch zu erwerben. Es kann über info@dvs-buch.de bestellt werden.

Tobias Weissert

Demokratiethorie

Alex Demirović (Hrsg.), Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Westfälisches Dampfboot, Münster 2016, 305 S., 29,90 Euro

Der Großteil der in dem Sammelband präsentierten Inhalte wurde auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2014 diskutiert. Der Band enthält neben dem knappen Vorwort des Hrsg. 15 Beiträge; der Titel erinnert mit Absicht an das Buch Transformation der Demokratie von Johannes Agnoli und Peter Brückner. Die Transformation umfasst verschiedene Dimensionen – zum einen die „Erosion der demokratischen Entscheidungsfindung“, zum anderen die immer wiederkehrende Demokratisierung der Demokratie (7). Dabei bleibt diese angesichts verschiedener Prozesse – der Globalisierung, der stärker werdenden „Elemente des autoritären Staates“ u.v.a. – stets „gefährdet“. Für Demirović bedarf es daher „demokratischen Transformations-aktivitäten“, um die Demokratie selbst und deren Ausdehnung zu gewährleisten. Nicht zuletzt müsse es aber auch um die „Erneuerung der Demokratiethorie“ gehen (8).

Mario Candeias beobachtet die Verdichtung der „zentrale[n] Konfliktlinie“ in einem Gegensatz: „soziale

Demokratie und Gleichheit versus sozial gespaltene Demokratie mit multiplen Ungleichheiten, wachsender Prekarität in einem autoritären europäischen Wettbewerbsetatismus von oben und unten“ (13). Es stünden sich dabei das „europäische [...] Staatsapparate-Ensemble“ und die „(repräsentative) Demokratie“ gegenüber (15). In vielen EU-Ländern gebe es klare Anzeichen einer Krise der Repräsentation, die Candeias für das Resultat der jeweiligen Austeritätspolitik gegen die Bevölkerungen hält (16) und die auch im Aufstieg rechter Parteien münde (17). Im Folgenden treibt Candeias nun die Frage um, wie sich eine linke Partei – gemeint ist Die Linke – organisieren muss, um der komplexen Situation gerecht zu werden und eine wählbare politische Alternative darzustellen. Es geht ihm dabei letztlich um das „Verhältnis von Selbstorganisation und Repräsentation“ (29) und deren Erneuerung. Ganz konkrete Ideen der Umsetzung fehlen dabei, es bleibt bei wichtigen Hinweisen, die allesamt unbedingt ernst genommen werden müssen. Dabei kann Podemos nur noch bedingt als Vorbild dienen, wie Nikolai Huke jüngst aufzeigte.¹

John Kannankulam macht auf „frappante Ähnlichkeiten“ der realen Entwicklung im Rahmen der „Krisenbewältigungsstrategien“ der EU mit Nicos Poulantzas‘ Analysen aus den 1970er Jahren aufmerksam – insbesondere auf die Machtverschiebung in Richtung der Exekutive im Zuge der Verabschiedung des so genannten

„Six Pack“ und deren technokratischer Ausrichtung (37). Eine weitere Übereinstimmung findet sich bei der „Schnelligkeit und Diskretion“ in der Entscheidungsfindung (40). Es lassen sich aber auch „Spaltungslinien innerhalb des Machtblocks“ ausmachen, so dass sich dauerhaft keine Stabilität im Rahmen von Kompromissen herstellen lässt – denn die eingeschlagenen Krisenlösungen werden, ganz wie es Poulantzas analysierte, selbst zum Elemente der Krise (45).

Markus Wissen erblickt im Wandel hin zu erneuerbaren Energie das Potential einer „Energiedemokratie“ (59), zu deren Realisierung es allerdings einer umfassenden Transformationsperspektive bedarf (62f.). Wie diese in Gang zu setzen ist, wird nicht näher beleuchtet.

Frank Fischer bestimmt die Konzeption des Ökodorfs als „bereits etablierte und vielversprechende Gemeindestruktur [...], an die angeknüpft werden kann“ (75), und sieht hierin – etwa in Fragen des Klimas – eine Lösung von unten als Möglichkeit, anstatt von der globalen Ebene auszugehen. Zur Überraschung des Rezensenten macht Fischer auf die Existenz eines „globale[n] Ökodorf-Netzwerk[s]“ (ebd.) aufmerksam und spricht von einer globalen Bewegung, der von den Vereinten Nationen „ein konsultativer Status zuerkannt“ (76) wurde. Als organisatorische Grundlage dient die „konsensuale Entscheidungsfindung“; dieses Prinzip keinesfalls einfach umzusetzen ist, wird in vielen Dörfern ein „Training für Konsensfindung“ angeboten (78). So würden Ökodörfer einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten können (81).

¹ Nikolai Huke, *Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen*, Münster 2016.

Lutz Brangsch beschäftigt sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung und der Neuvermessung des Demokratischen (84-103), Andreas Eis liefert ein Plädoyer für eine politisierte Politische Bildung (104-122). Thomas Wagner spricht einmal mehr von der Mitmachfalle der Bürgerbeteiligung (123-134), die er als neue Regierungsform versteht und der er außer dem Ruf nach einer besseren Vernetzung der Aktivisten nicht viel entgegenzusetzen hat.

Jodi Dean vertritt in dem Beitrag Kommunikativer Kapitalismus und Klassenkampf die These, dass die vielen Aufstände und Demonstrationen der letzten Jahre – Occupy, die Studentenproteste in Chile, Elemente des Arabischen Frühlings usw. – als „erste Phase einer Revolte, die von der Klasse der Wissensarbeiter ausgeht“, zu verstehen sind. Es handle sich um das „Aufbegehren der Klasse derjenigen [...], die unter dem System des kommunikativen Kapitalismus proletarisiert worden sind“ (135). Der Beitrag mündet in die Betrachtung der Enteignung unserer „kommunikativen Aktivitäten“ durch Big Data (153).

Birgit Sauer erarbeitet die Forderung, Demokratie nicht als „bloßes Verfahren der Mehrheitsfindung zu verstehen“, sondern „als eine Form der Organisation des Arbeitens und Lebens“ sowie „Subjektsseins“ (165), wobei es ihr insbesondere um die „geschlechter-spezifische Arbeitsteilung“ sowie die Frage der Care-Arbeit geht. Eine Geschlechterdemokratie sei von Nöten (166) und überhaupt ist Arbeit stets „politisch“ zu verstehen (167).

Karin Meyer widmet sich aus „neorepublikanisch-feministischer Perspektive“ am Bsp. der Schweiz und unter

Bezugnahme auf Hannah Arendt der Demokratie „zwischen Volkssouveränität und egalitärer Machtteilung“ (174-200). Dirk Jörke möchte die „antidemokratischen Züge“ des politischen Denkens Arendts aufzeigen (201) und verdeutlichen, dass die Anti-Federalists für linkes Denken „ertragreicher“ sind, da es sich in ihrem Falle um „radikaldemokratische[s] Denken“ gehandelt habe, das auch die Eigentumsordnung umfasste (203). Axel Rüdiger verteidigt in seinem „Plädoyer für den Neo-Jakobinismus“ diesen als „revolutionäre[n] und universalistische[n] Republikanismus“, der für „die demokratische Demokratie und Praxis der Gegenwart“ noch immer relevant sei (225). David Salomon fragt nach der „Bilanz“ und den „Perspektiven Sozialer Demokratie“ (249-264) und wirft dabei den Blick zurück auf die Entwicklung dieser Idee.

Die Idee der Präsentischen Demokratie steht im Mittelpunkt des Beitrags von Isabell Lorey. Sie besteht aus drei Analyseebenen: politisch-theoretisch – der „Kritik an Ideen liberaler, repräsentativer Demokratie“, geschichtsphilosophisch – der „Kritik an Linearität und Chronologie von Zeit“, bewegungspolitisch – den „Praxen der Demokratiebewegungen“. Als Beispiel zieht Lorey die Platzbesetzungen in Spanien heran. Es ist das Ziel der Autorin, die „traditionelle linke chronopolitische Vorstellung von Organisation“ zu durchbrechen und die Wertschätzung der Gegenwart voranzutreiben (265). So könne die „permanent verschobene Zukunft“ als Versprechen der repräsentativen Demokratie durchbrochen werden, und zwar im Hier und Jetzt (270). Dabei geht es ihr auch um „radikale Inklusi-

on“ (271), um „neue Weisen der Institutionierung und Organisierung entstehen“ zu lassen (266).

Den vielfältigen und nicht auf einen Nenner zu bringenden Band – dem ein sorgfältigeres Lektorat zu wünschen gewesen wäre – beschließt der Hrsg. selbst mit einer „Kritik der politischen Demokratie“ (278-302).

Linke Demokratietheorie zeigt sich lebendig, nur fragt sich, wie all die wissenschaftlichen wie bewegungspolitischen Erkenntnisse und Analysen den Weg in die „reale“ Politik finden sollen. Die Antwort hierauf muss noch gefunden werden.

Sebastian Klauke

Systemkritische Intellektuelle in der DDR

Andreas Heyer (Hrsg.), Festschrift zum 75. Geburtstag von Siegfried Prokop. Bd. 1: Diskutieren über die DDR, 212 S.; Bd. 2: Diskussionen aus der DDR, 212 S., Books on Demand, Norderstedt 2015, 12,00 Euro je Band

„In den letzten Jahren habe ich Siegfried Prokop als einen überaus hilfsbereiten und freundschaftlichen Wissenschaftler kennen gelernt, der sich vor allem immer um die Förderung der akademischen Jugend bemühte ... Von daher ist es mir eine große Freude, ihm mit dieser Festschrift ein Stück dieser positiven Einstellung zurückgeben zu können.“ So Andreas Heyer als Herausgeber im Vorwort. Die 2013 begonnene Edition des wissenschaftlichen Nachlasses von Wolfgang Harich führte Heyer mit Prokop zusammen. Dessen Engagement für die Biographie von Harich und für die alternative Enquêtekommission, das Engagement für

die Erhellung der Geschichte des Kulturbundes in der DDR und sein Wirken in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und im Kreis der alternativen DDR-Geschichtsschreibung steckten den Rahmen ab, um Beiträge der Festschrift zusammenzubringen.

Wie kann es auch anders sein – ein Sammelband mit 20 Beiträgen zu Ehren eines Jubilars ist ein bunter Blumenstrauß, unterschiedlich in der Thematik, in der Schreibweise und Methodik und auch in der Relevanz. Manches scheint man in ähnlicher Weise schon gelesen zu haben, anderes bestätigt durch neu gefundene Quellen schon bekannte Sichtweisen. Einiges aber stößt in Neuland – so jedenfalls der Eindruck des Rezensenten.

Als erster kommt Karl-Heinz Schulmeister, der ehemalige Generalsekretär des Kulturbundes, zu Wort: „Siegfried Prokop – unermüdlich auf den Spuren der Kulturbundgeschichte unterwegs“. Seit dem Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik befasste sich Prokop mit der Kulturbundgeschichte, nachdem schon 1988 in einer Beratung bei Gregor Schirmer, Abteilung Wissenschaft des ZK der SED, die systematische Aufarbeitung inauguriert und Prokop die Verantwortung übertragen wurde. Aus dessen Arbeit erwuchs schließlich eine „fünfbändige Kulturbundgeschichte“. Einen Themenblock bilden biographische Beiträge (Andreas Heyer, Stefan Dornuf, Ines Weber) zu drei hervorragenden marxistischen Wissenschaftlern der DDR, deren Konzepte für die Demokratisierung der von der Omnipotenz des SED-Politbüros geprägten staatssozialistischen Regimes sie ins Gefängnis brachte: Rudolf Bahro, Wolfgang Harich, Robert Havemann. Autoren mit

einer westdeutschen Biographie scheinen erstaunt zu sein, dass diese Männer Oppositionelle im Herrschaftssystem waren, jedoch keine Gegner der DDR als antikapitalistischer Staat. So schreibt Heyer in seinem Beitrag: „Es ist aus heutiger Sicht überaus erstaunlich und immer noch schwer erklärbar, woher dieses fast schon unbedingte Festhalten am DDR-Sozialismus kam – obwohl die Oppositionellen am eigenen Beispiel Repression, Verfolgung, Unterdrückung oder gar Haft erlebt hatten. Havemann hatte 1976 geschrieben: ‚Ich bin bei aller Schonungslosigkeit meiner Kritik an den politischen Zuständen der DDR noch immer der festen Überzeugung, dass von den beiden deutschen Staaten die DDR der bessere ist.‘“

Alexander Amberger analysiert „im Spiegel der MfS-Akten“ die engen Kontakte Harichs zum stellvertretenden Kulturminister der DDR Klaus Höpcke bei seinem intensiven Engagement für Umweltfragen. Den Warnungen des Club of Rom von 1972 „Die Grenzen des Wachstums“ folgend hielt Harich eine Politikwende in der DDR für unverzichtbar (Buchpublikation 1975 im westlichen Ausland „Kommunismus ohne Wachstum?“), jedoch eine Lösung der Umweltfrage in einer auf Profitstreben basierten Wirtschaft prinzipiell nicht für möglich. Er plädierte für einen „asketischen Kommunismus mit der Struktur eines streng zentralistisch gegliederten Weltstaates.“ Der Beitrag von Amberger – der einzige in diesem Band, der auf Archivrecherchen beruht – offenbart den Quellenwert der Akten des ostdeutschen Geheimdienstes für zeithistorische Analysen. Nachdrücklich sei auch vom Rezensenten die Überfüh-

rung der Akten des MfS in das Bundesarchiv gefordert, damit eine freie, nur von geschichtswissenschaftlichen Zielsetzungen geprägte Aktenrecherche möglich wird.

Camilla Warnke berichtet aus dem Miterleben der Vorlesungen Wolfgang Harichs zur klassischen deutschen Philosophie in den frühen 1950er Jahren und veröffentlicht zugleich ihre Vorlesungsmitschriften. Ich kann bestätigen, das Audimax der Humboldt-Universität war stets brechend voll und Harich beeindruckte uns mit seiner gedankensprühenden Hegel-Interpretation. Für mich als Geschichtsstudenten waren diese Vorlesungen ein Anreiz, sich mit Philosophie zu befassen – freilich nicht ausreichend gewappnet gegen simple Vereinfachungen im marxistischen Denken.

Der Literaturhistoriker Dieter Schiller hat seine im Juli 1990 verfasste und 1995 überarbeitete „Antwort auf einige Fragen eines Bundesdeutschen zur DDR-Literatur“ zum Abdruck freigegeben. Er skizzierte die Entwicklung der DDR-Literatur unter den realsozialistischen Machtverhältnissen und urteilt, diese Literatur habe „in ihrem künstlerischen Niveau und – wenn auch in begrenztem Grade – ihren innovatorischen Elementen innerhalb der europäischen Literatur einen eigenständigen Platz“. Letztlich gelangt der Autor zu der prononcierten Aussage: „Für mich ist die Literatur in der DDR seit den 60er Jahren eine Literatur, die einige Autoren von welthistorischem Rang hervorgebracht hat. Heute soll das weggeredet werden... Da soll der emanzipatorische Anspruch begraben werden.“

Peter Joachim Lapp berichtet über den

Prozess wegen Wahlfälschung gegen Hans Modrow 1994/95, an dem er als Sachverständiger teilnahm. „Was blieb, war ein schaler Nachgeschmack: leider versäumte es die Politik, für derartige Delikte wie die Wahlfälschung eine Amnestie auf den Weg zu bringen...“ Das „hätte dem Rechtsfrieden gedient und manche Gräben früher zugeschüttet“.

Der einzige auf die alte Bundesrepublik bezogene Beitrag hat die Geschichte des vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen *SBZ-Archiv* und nachfolgend des *Deutschland Archiv* zum Gegenstand. Klaus Körner betritt damit wissenschaftliches Neuland. Von den handelnden Personen erscheinen u. a. Wolfgang Leonhard und Peter Christian Lutz. Der agile „Überläufer“ Leonhard tritt schon in den frühen Jahren als emsiger Mitarbeiter hervor. Peter Christian Lutz kommt der Verdienst zu, 1968 eine wissenschaftsfundierte Deutschlandforschung – systemimmanent für die DDR und zugleich beide deutsche Staaten vergleichend – angestoßen zu haben. Das bisher propagandistisch angelegte SBZ-Archiv nahm nicht nur den Namen *Deutschland-Archiv* an, sondern wandelte sich in ein seriöses Periodikum. Der Autor resümiert: „Wer etwas über die westdeutschen DDR-Kenntnisse in den Zeiten des Kalten Krieges erfahren will, sollte das SBZ-Archiv zur Hand nehmen.“ Und er merkt kritisch an, das *SBZ-Archiv* komme in den Bänden der Bundestags-Enquête und in der auf die „Stasi-Unterlagen fixierten Abwicklungsforschung“ nicht vor.

Als Verfasser von Beiträgen zur DDR-Geschichte sind Manfred Bogisch, Ste-

fan Bollinger, Heinz Karl, Mario Keßler und Alfred Kosing in dem Band vertreten. Die Festschrift enthält drei Zeitzeugenberichte. Heiner Halberstadt und Robert Steigerwald berichten von ihren Begegnungen mit Wolfgang Harich. Herbert Wöltge hat die schriftlichen Aufzeichnungen eines Gesprächs mit Herbert Hörz veröffentlicht. Als Schriftleiter von *Leibniz intern* ist er seit Jahren um die Aufhellung der bis heute strittigen Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR bemüht. Hörz war noch 1989 zum Akademienmitglied und Vizepräsidenten gewählt worden und ergriff dann die Initiative zur Umbildung der Gelehrtenengesellschaft zu einer privatrechtlichen Sozietät. Das Protokoll gibt die Sichten von Herbert Hörz auf das Wirken der Akademie, auf die Reformbestrebungen und auf die Auflösung der Gelehrtenengesellschaft wieder. Letzteres war in seinen Augen ein Rechtsbruch, der eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht verlangt hätte.

Vermisst wird ein Autorenregister. Biographische Angaben würden es erleichtern, die heterogenen Beiträge gedanklich einzuordnen.

Siegfried Kuntsche

Geschichte und Gegenwart des Front National

Sebastian Chwala, Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler, PapyRossa, Köln 2015, 143 S., 12,90 Euro

Sebastian Chwala will mehrere, in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion über den „Front national“ (FN) vertretene Auffassungen hinterfragen. Das gilt erstens für Versuche

einer moralischen Verurteilung des FN, zweitens für die Behauptung, der FN sei eine faschistische Partei und drittens für die These, der FN verkörpere eine irrationale Verweigerung der Moderne (6-8). Ch. zieht aber auch in Zweifel, dass der FN hauptsächlich als Reaktion einer vom krisenhaften gesellschaftlichen Wandel geschwächten und angeblich von der Linken politisch aufgegebenen Arbeiterschaft betrachtet werden müsse. Er denkt dabei zum Beispiel an die auch in Deutschland bekannt gewordenen Studien von Stéphane Beaud und Michel Pialoux über die Erosion proletarischer Identität von Automobilarbeitern.

Den von ihm kritisch erwähnten Deutungsmustern des Aufstiegs des FN setzt Ch. ein Konzept entgegen, das von Zusammenhängen zwischen „ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen“ und „sozialen Akteuren“ (11) ausgehen will. Letztere sieht er vor allem in den „Mittelschichten“, insbesondere in der Kategorie der „Kleineigentümer“. Wenn sich der FN zum politischen Anwalt der „kleinen Leute“ aufwerfe, bedeute das nicht, wie oft geglaubt werde, dass die Partei sozialen Abstieg durch „gerechtere Verteilung der Vermögen oder gar gesellschaftliche Solidarität“ (12) aufhalten wolle. Was „gesellschaftliche Solidarität“ konkret heißen soll, bleibt bei Ch. an dieser Stelle unbestimmt. Ebenso ist die Kennzeichnung der FN-Programmatik als „nationalliberal“ missverständlich, da dieses Attribut zumindest in Deutschland mit der großbürgerlichen Politik der national-liberalen Partei in der Bismarck-Ära konnotiert ist.

Im 2. Kapitel gibt Ch. einen Überblick über die Entwicklung autoritär-

konservativer, nationalistischer und faschistischer Tendenzen in Frankreich von der Wende zum 20. Jahrhundert bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Dabei fokussiert er, wie in der Einleitung angekündigt, auf die Rolle des Kleinbürgertums (insbesondere der kleinen selbständigen Kaufleute, Handwerker und Bauern), dem in Frankreich traditionell eine noch größere sozialstrukturelle Bedeutung zukam als in England oder Deutschland. Der Historiker Gérard Noiriel, der durch profunde Studien über die französische Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert hervorgetreten ist, spricht deshalb von einem „gigantischen Paradoxon“, weil gerade in Frankreich eine tiefe Angst vor dem Proletariat entstanden sei, obwohl dort noch für Jahrzehnte eine „industrie rurale“ dominiert habe. Der soziale Wandel, der mit der beginnenden 3. Republik einsetzte, förderte zunächst einen gewissen Aufstieg der „couches nouvelles“ (17) der Kleineigentümer und eine entsprechende Ideologie einer „Eigentümergeokratie“ (14), die sozialistischen Gleichheitsvorstellungen diametral entgegengesetzt war.

Mit dem Beginn einer „Großen Krise“ seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – offenbar meint Ch. hier den Zerfall traditioneller Wirtschaftsformen und eine zunehmende Proletarisierung „bäuerlicher Arbeiter“ – wurde die soziale Basis einer „schrittweisen Reformpolitik“ schmaler (18). Das löste ab Mitte der achtziger Jahre einen Zustand politischer Instabilität aus, der unter dem Stichwort „Boulangismus-Krise“ in die französische Geschichte eingegangen ist. Zutreffend beschreibt Ch. den Boulangismus (der Begriff verweist auf General Georges Bou-

langer, der für einige Jahre zum „starken Mann“ avancierte) als ambivalente reaktionäre populistische Bewegung, die sowohl von der extremen Rechten unterstützt wurde als auch auf der Linken nicht geringe Zustimmung fand. Auch hier sieht Ch. seine Leithypothese vom Kleinbürgertum (bzw. den Mittelschichten) als entscheidendem sozialen Träger rechter Bewegungen in Frankreich bestätigt (21). Erst dadurch, dass sich die Arbeiterschaft aus der politischen Abhängigkeit der Liberalen (21) löste und sich Teile der Republikaner nach links bewegten („Radikale“), polarisierte sich das politische Kräfteverhältnis der 3. Republik. Ein Ergebnis dieses Prozesses war die Entstehung eines ideologisch scharf konturierten „organischen Nationalismus“, der intellektuell besonders von Maurice Barrès und politisch von Paul Déroulède, dem Führer der revanchistischen „Ligue des Patriotes“ repräsentiert wurde (22). Zu Essentials des nationalistischen Diskurses entwickelten sich der Primat des nationalen Kollektivs vor dem Individuum (gewissermaßen die rechte Alternative zu Durkheim, L.P.), die Glorifizierung der bäuerlichen Existenzweise, Antiurbanismus, Antisozialismus, Antisemitismus und Xenophobie (zum Beispiel gegen italienische Arbeitsimmigranten) sowie ein ausgeprägter sozialer und kultureller Elitismus. Das Ganze wurde in die Formel der „préférence nationale“ gegossen, die ihre Spuren bis in das heutige Selbstverständnis des FN hinein hinterlässt.

Nachdem die „Ligue des Patriotes“ nach einem gescheiterten Putschversuch an Einfluss verlor, trat die „Action française“ (AF) unter Führung von Charles Maurras in den Vorder-

grund und blieb bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts die größte Organisation des französischen Rechtsextremismus. Ihre nationalistische, antisemitische, militant katholische und monarchistische Einstellung wurde allerdings in der Zwischenkriegszeit durch einen Radikalisierungsprozess rechter Strömungen überholt, die sich am siegreichen italienischen Faschismus orientierten und in Organisationen wie „Le Faisceau“ unter Georges Valois niederschlugen (33). Zu Recht wendet sich Ch. gegen Positionen prominenter Faschismusforscher wie Zeev Sternhell und Michel Winock, die Bewegungen wie „Le Faisceau“ eine dem radikalen Syndikalismus substantiell gleichartige revolutionäre Qualität zuschreiben, indem er die programmatischen Schwerpunkte im Denken Valois hervorhebt: Antiparlamentarismus, Plädoyer für die Diktatur eines „starken Mannes“, Polemik gegen die herrschenden Eliten, Ersetzung der Gewerkschaften durch korporatistische Organe (35). (Dass Valois später in der „Résistance“ aktiv war und 1945 im KZ Bergen-Belsen umkam, sei hier von mir nur am Rande erwähnt).

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise erhielten die nationalistischen und faschistischen Kräfte enormen Auftrieb, ein Prozess, der aber auf ein gleichzeitig sich entwickelndes Bündnis der Linken (Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaften und linke bürgerliche Republikaner) traf. Deshalb scheiterte der gewaltsame rechte Umsturzversuch 1934 an dem von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik. Dennoch setzten sich die Angriffe der nationalistischen und faschistischen Rechten auf Institutionen der 3. Republik und ins-

besondere die Regierung der „Volksfront“ unter Léon Blum (36 ff.) fort. Ihre Kader rekrutierte die rechtsextreme Bewegung aus den „Ligues“ („Ligen“), ihre Wortführer fand sie in u.a. in Charles Maurras, Robert Brasillach und Maurice Bardèche. Aus den Ereignissen der dreißiger Jahre ging 1936, nachdem sich die faschistischen „Croix-de-feu“ („Feuerkreuzler“) des Oberst François de La Rocque aufgelöst hatten, der „Parti Social Français“ (PSF) hervor: Weder der PSF noch der von dem früher führenden Mitglied der Kommunistischen Partei (PCF) gegründete „Parti Populaire Français“ (PPF) lassen sich – das betont Ch. – als „Arbeiterparteien“ bezeichnen, auch wenn diese Parteien einen entsprechenden Eindruck hervorrufen wollten. (Es wäre interessant gewesen, näher auf die Entstehung beider Parteien einzugehen, was aber über den Überblickscharakter des Buches hinausgehen würde.) An mehreren Stellen zeigt Ch., dass diese rechtsextremen Parteien ihr soziale Basis nicht nur nicht in der Arbeiterschaft hatten, sondern sogar von privaten Unternehmern finanziell unterstützt wurden.

Das Vichy-Regime (1940 – 1945) bot den unterschiedlichen reaktionären, nationalistischen und faschistischen Strömungen trotz der zwischen ihnen fortbestehenden partiellen Differenzen einen konsensualen institutionellen Rahmen. Allerdings stellt sich die Frage, ob man Maurras und Pétain während des Vichy-Regimes nur als „nationalkonservativ“ (39) bezeichnen kann.

Zwar brach die Kontinuitätslinie der extremen Rechten nach 1945 nicht völlig ab, aber ihr Einfluss blieb zunächst eher marginal, sieht man vom

spektakulären, aber bald wieder abebbenden Erfolg des Poujadismus, also der nach ihrem Führer Pierre Poujade benannten Bewegung „Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker“ (UDCA), dem Auftreten des Juristen Jean-Louis Tixier-Vignancourt und rechtsextremer Splittergruppen während der sechziger Jahre einmal ab. Immerhin blieb aber, was Ch. erneut deutlich macht, die traditionelle Mittelschicht vor allem der kleinen Selbständigen ein sozial relevanter Faktor nationalistischer und rechtsextremer Tendenzen.

Dass mit der Gründung des FN 1972 die Basis für eine einflussreiche, stabile rechte Partei geschaffen wurde, führt Ch. vor allem auf folgende Bedingungen zurück: ein Erstarken der Linken, das etwa den radikalen neofaschistischen „Ordre Nouveau“ marginalisierte (47), die drohende Deklassierung kleinbürgerlicher und -bäuerlicher Schichten (59) und Migrationsprobleme infolge der „Dekolonisierungskrise“ der 1950er und 1960er Jahre. (Fraglich ist allerdings, ob man wie Ch. den „Ordre Nouveau“ als „nationalrevolutionär“ bezeichnen sollte, da dieser Begriff sehr unterschiedlich gedeutet werden kann und auch gedeutet worden ist, 48).

Kritisch ist außerdem anzumerken, dass Ch. hier wie an zahlreichen anderen Stellen seinen einleitend skizzierten Ansatz, von „ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen“ auszugehen, methodisch nicht durchhält. Anstatt die von ihm behandelten Hauptphasen der politisch-historischen Entwicklung des französischen Rechtsextremismus jeweils mit einem knappen systematischen Überblick über die genannten

„Rahmenbedingungen“ einzuleiten, finden sich nur über den gesamten Text verstreute Hinweise auf diese Bedingungen. Das erschwert es teilweise, ihren inneren Zusammenhang nachvollziehen zu können.

Was das Profil des FN seit den 1990er Jahren betrifft, so wird es von Ch. als „neuer Nationalismus“ beschrieben, der sich u.a. in der Losung einer „Préférence Nationale“, also der kategorischen Privilegierung nationaler Aspekte, ausdrückt. Dem war nach der Entmachtung des Parteigründers Jean-Marie Le Pen bereits eine gewisse „Normalisierung“ vorausgegangen. Statt eines offenen Rassismus wurde nun kulturrelativistisch das „Recht auf Unterschiedlichkeit“ (70) betont, der traditionelle Katholizismus schwächte sich ab, Umweltschutz wurde zu einem neuen politischen Aktionsfeld erklärt (67) und die Partei bezog Position gegen die beiden Irakkriege. Wenn Ch. einen „identitären Rassismus“ (67) als ideologischen Subtext des FN ausmacht, wäre es wünschenswert gewesen, wenn er sich dabei nicht nur auf die Sekundärliteratur gestützt, sondern auch ausführlicher Primärquellen zitiert hätte.

Der „neue FN“, der einerseits neofaschistische Elemente abzuschütteln versuchte, andererseits aber auch „Modernisierer“ wie Bruno Mégret kaltstellte, nahm seit Beginn des 21. Jahrhunderts die für ihn gegenwärtig typischen Konturen an, indem er sich als eine nationale, „pro-republikanische“, laizistische, „soziale“, globalisierungsfeindliche, anti-amerikanische und einen „starken Staat“ fordernde Kraft präsentierte. Wenn der FN einen „starken Staat“ will, dann sind damit, wie Ch. deutlich

macht, in erster Linie die Aufrüstung der französischen Armee, um Frankreichs weltpolitische Stellung zu festigen, sowie der Ausbau des nationalen Sicherheitsapparats gemeint. Wenn nationale Interessen gefährdet seien, spricht sich der FN durchaus für bewaffnete Auslandseinsätze aus, vertritt also alles andere als eine grundsätzlich auf Frieden gerichtete Politik.

Am Beispiel der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann Ch. die Widersprüchlichkeit der FN-Programmatik aufzeigen. So verenge sich die Globalisierungskritik des FN auf die kulturalistische Ebene und klammere die harten ökonomischen Realitäten des globalen Neoliberalismus aus (82). Dem entspreche ein durchaus mit neoliberalen Zielen vereinbarer Katalog unternehmerfreundlicher, marktliberaler Ziele. Dazu gehören eine „Vereinfachung“ des Arbeitsrechts, (wie sie ja inzwischen trotz der breiten Streik- und Protestbewegung durch die Veränderung des Code du Travail eingetreten ist) und die Ersetzung der „überholten“, am Klassenkampf festhaltenden Gewerkschaften durch korporatistische Organe eines gemeinsamen Konfliktmanagements von Unternehmern und Belegschaften. Eine teilweise Finanzierung der Rentenversicherung durch kapitalgedeckte Renten, staatlich subventionierter privater Wohnungsbau und ähnliche sozialpolitische Vorschläge ergänzen diesen Katalog, wobei gleichzeitig gefordert wird, kleine und mittlere Unternehmen vor der Macht nicht-französischer Konzerne und Supermarkt-Ketten zu schützen (86).

Die Fokussierung des FN auf die selbständigen ländlichen und städtischen

Mittelschichten erweist sich Ch. zufolge als zentraler strategischer Schritt, der gleichzeitig die Berufung aller früherer Spielarten der extremen Rechten auf diese sozialen Kategorien fortsetzt (86/87).

Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn Ch. im 4. (und letzten) Kapitel noch einmal ausführlich auf die „Soziologie des Front National“ eingeht (88 – 130). Den Ausgangspunkt dafür bilden die spektakulären Wahlgewinne der Partei besonders während der letzten Jahre. Bei den Departementswahlen 2015 erhielt der FN gut 25 Prozent der Stimmen (96). Ch. kommt bei der Untersuchung dieser Entwicklung zu folgenden Befunden:

1. Der FN hat seine Hochburgen „jenseits der Städte“ im ländlichen und „periurbanen“ Raum. Es gebe also keine sozialräumlich signifikante Korrelation zwischen Zustimmung zum FN und dem überwiegend in urbanen Ballungszentren lebenden Migrantenanteil an der Wahlbevölkerung.

2. Besonders hohe Wahlergebnisse erziele die Partei in „periurbanen“ Gebieten im Umkreis von 30 - 90 Kilometern Entfernung von den Großstädten, wo Marine Le Pen zum Beispiel in Paris bei den letzten Präsidentschaftswahlen (2012) nur 6,2 Prozent erreichte.

3. Die „Deklassierungsangst“ besonders in den Mittelschichten, denen sich der FN als Fürsprecher andient, habe nach soziologischen Studien (z.B. von François Dubet) und Erhebungen des französischen Statistischen Amtes (INSEE) im Jahr 2014 keine reale Grundlage.

4. Die „populären Thesen“, die Anhänger der FN sei weiblicher

und jünger geworden, lassen sich nicht verifizieren. Vermutlich sei der typische Wähler der Partei eher „nach wie vor männlich, nicht akademisch gebildet und Arbeiter, Angestellter oder kleiner Unternehmer“ (98).

Besondere Aufmerksamkeit ziehen die letzten Abschnitte dieses Kapitels (105-137) auf sich, weil sich Ch. hier sowohl mit der Frage auseinandersetzt, ob für die „(linke) Linke“ der „Rückzug ins Nationale“ (105) eine Alternative zum FN und seiner nationalistischen und identitären Rhetorik bieten kann, als auch ausführlicher auf das Verhältnis des FN zur Arbeiterschaft eingeht, die ja traditionell den Kern der Linken gebildet hat.

Wenn es auch zutrifft, wie Ch. bemerkt, dass die Politik der regierenden Sozialistische Partei (PS) gegenwärtig Züge von „Law and order“ (106) aufweist, so lässt sich daraus aber nicht, wozu Ch. offensichtlich neigt, ableiten, dass eine Verbindung von nationalen Aspekten und linken politischen Zielen a priori und immer abzulehnen ist. Wenn zum Beispiel die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften, der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit und für eine Einschränkung der Macht produktions- und marktbeherrschender Unternehmen auf nationaler Ebene mit mehr Erfolg geführt werden kann als auf internationaler Ebene, wäre es ein geradezu sträfliches Versäumnis, nationale Spielräume ungenutzt zu lassen. Die Linke sollte weder in Frankreich noch anderswo „national“ und „nationalistisch“ verwechseln. Das aber scheint Ch. zu tun. Er wendet sich u.a. gegen Jean-Luc Mélenchon, den führenden Repräsentanten des linken „Front de gauche“, eines

Wahlbündnisses unter wesentlicher Beteiligung der Kommunisten, weil er nicht „die europäische Option“ gewählt habe, „alle subalternen Milieus zu vereinen, um geschlossen gegen die längst transnational agierenden Konzerne und Elitennetzwerke agieren zu können“ (107). Offensichtlich ist es aber noch ungleich schwieriger, Widerstand auf internationaler oder gar globaler Ebene zu mobilisieren als unter nationalen und regionalen Bedingungen, wo das schon schwierig genug ist. Oder hätten die in diesem Jahr gegen die Demontage des „Code du Travail“ Streikenden auf ihre Bewegung verzichten sollen, weil ihr die „transnationale“ Dimension fehlte? Findet man bei der Linken jenseits des PS, was Ch. nahe legt, ebenfalls Vorstellungen eines „nationalen Kollektivs“ wie bei der extremen Rechten? Warum soll es falsch sein, dass die französische (oder auch deutsche) Linke für eine verfassungsmäßigen Grundwerten entsprechende (Ch. schreibt der Linken den abwertenden Ausdruck „Assimilation“ zu) Integration von Migrant*innen eintritt? (107). Und was heißt konkret, dass sich „viele Linke in geradezu mythischer Weise der Nation“ (106) verbunden fühlen? Für diese schwerwiegende Behauptung hätte man tragfähige Belege erwarten dürfen.

Am Schluss seines Buches befasst sich Ch. mit dem Verhältnis des FN zur Arbeiterschaft. Ausgehend von der durch die Krise des Fordismus ausgelösten Erosion des PCF und ihres einstigen Masseneinflusses auf die Arbeiterklasse widerspricht er der zum Beispiel von Pascal Perrineau vertretenen Auffassung von einem so genannten „Gaucho-Lepénismus“

(109/113), der zufolge zahlreiche Arbeiter aus Enttäuschung über die „politische Klasse“, aus Fremdenfeindlichkeit und Frustration über die EU 1995 Jean-Marie Le Pen als Präsidentschaftskandidaten gewählt hätten, innerhalb der „Volksklassen“ also eine Verschiebung nach rechts stattgefunden habe. Stattdessen führt Ch. eine Reihe empirischer Untersuchungen an, deren Ergebnisse darauf hinauslaufen, dass Arbeiter nicht primär rechts wählen (113-116). Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass vor allem der Arbeiteranteil an den Nichtwählern wächst. Sein besonderes Interesse gilt in diesem Zusammenhang aber in erster Linie dem Typ des „rechten“, aufstiegsorientierten Arbeiters. Dabei handelt es sich um Angehörige eines Arbeitermilieus in eher ländlichen Industriegebieten, wo Arbeiter ein relativ enges Verhältnis zu den Betriebseignern haben, konfliktorientierte Gewerkschaften als Fremdkörper empfunden werden und individuelle Leistung als Voraussetzung für sozialen Aufstieg verinnerlicht wird (119). Zwar bestreitet Ch. einerseits nicht, dass der FN unter Arbeitern auf Resonanz stößt, verneint aber andererseits, dass von einem Bruch der Arbeiterschaft mit einem bisherigen linken Selbstverständnis gesprochen werden könne, da das heutige „rechts sozialisierte Arbeitermilieu“ vorher gar nicht von der Arbeiterbewegung und der Linken erfasst und geprägt worden sei (120). Dieser einleuchtende Befund steht übrigens auch in Kontrast zu dem (von Ch. nicht erwähnten) eindrucksvollen Buch „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon, der in der angeblichen Hinwendung der Arbeiterschaft zum

FN eine Reaktion darauf sieht, dass die linken Parteien die Arbeiterschaft, namentlich ihre untere Schicht, auf- und preisgegeben hätten.

Sebastian Chwala hat einen guten, informativen Überblick über den „Front national“, sein politisches Profil und die Geschichte seiner Vorläufer vorgelegt. In vielen Punkten ist seiner Darstellung und Argumentation zuzustimmen. Das Buch enthält aber gelegentlich begriffliche Unklarheiten und seine eigenen politischen Wertungen sind nicht immer überzeugend.

Lothar Peter

Wurzeln des „Islamischen Staates“

Werner Ruf, Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror, PapyRossa-Verlag, Köln 2016, 156 S., 13,90 Euro

Kein anderer nichtstaatlicher Akteur hat die gegenwärtigen nahöstlichen Verhältnisse in einer derartig rigiden und rückwärtsgewandten Weise umzuwälzen versucht wie die islamistische Terrorgruppierung „Islamischer Staat“ (IS). Das vom IS im Sommer 2014 im irakischen Mossul ausgerufene Kalifat „Islamischer Staat“ mit dem syrischen Raqqa als Hauptstadt stellte nicht nur eine flagrante Verletzung der territorialen Integrität beider Länder dar. Zugleich war dies auch ein gezielter Anschlag auf die bestehende gesamtregionale Territorialordnung – mit nachhaltigen Dynamiken weit über den Nahen Osten hinaus, unabhängig davon, wie sich das weitere Schicksal dieses Kalifatsgebildes fürderhin gestalten wird.

Schon dies allein begründet die hohe Relevanz der vorliegenden Publikation von Werner Ruf. Diese ist umso bedeutsamer, als es dem Autor nicht nur um das Entstehen und Wirken dieses zweifellos bislang gefährlichsten Phänomens des islamistischen Extremismus geht. Er hat sich vielmehr dessen Einordnung in seine weit in die Geschichte zurückreichenden objektiven wie subjektiven Entwicklungsbedingungen zur Aufgabe gemacht. Er liefert somit zugleich fundierte Antworten dazu, warum gerade der Nahe Osten zu den konfliktgeladensten Regionen der Welt zählt; warum eben hier immer wieder Spannungen zwischen einzelnen Staaten – oftmals unter Instrumentalisierung von konfessionellen Unterschieden – angeheizt werden; warum Tradition und Autoritarismus in den Herrschaftsverhältnissen ein solch erstaunliches Beharrungsvermögen aufweisen und mithin der islamistische Extremismus per se eine spezifische Heimstatt zu haben scheint; warum es, wie kaum anderswo in der Welt, am Willen wie an der Fähigkeit der verschiedenen Akteure, staatlicher wie nichtstaatlicher, zur Kompromissuche auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und im Interesse der Schaffung einer stabilen, die Interessen aller Beteiligten fair berücksichtigenden Regionalordnung mangelt.

Einmal mehr erweist sich Werner Ruf mit dieser Veröffentlichung als vorzüglicher Kenner der Materie. Als jemand, der nicht einfachen den „Mainstream“ bedienenden Erklärungsmustern folgt, sondern gegebene Zusammenhänge ausgewogen beleuchtet und somit zugleich auch westlicher Nahost-Politik den Spiegel vorhält.

Der Autor leitet sein in fünf Kapitel untergliedertes Buch mit einem historischen Exkurs ein, welcher ein ganzes Jahrhundert umspannt – von den Zeiten des ersten Weltkrieges bis hin in unsere unmittelbare Gegenwart. Prägnant werden die gewachsenen Rivalitäten damaliger Mächte aufgezeigt, als im Zuge der fortschreitenden industriellen Revolution „der Zugang und die Kontrolle der Ölquellen von größter strategischer Bedeutung geworden waren“. Während sich der deutsche koloniale Expansionismus – kulminierend im zentralen Bagdad-Bahn-Projekt, um „Berlin über den Balkan, die heutige Türkei, Syrien mit dem damaligen Mesopotamien zu verbinden“ – als Kriegsverlierer in Versailles am Ende seiner Orient-Träume gesehen habe, hätten sich hingegen Großbritannien und Frankreich zu dortigen Kolonialmächten aufgeschwungen die die nahöstliche Region gemäß deren Vormachtinteressen territorial neu geordnet hätten. Diese wurde manifest mit der Konferenz von Sèvres 1920 und basierte auf dem als Sykes-Picot-Abkommen rufbar gewordenen Geheim-Deal von 1916. Damit sei zugleich der Boden für jene Probleme gelegt worden, „die heute mit Macht an die Oberfläche treten und nach einhundert Jahren jene ‚Ordnung‘ radikal in Frage stellen“. Gleichfalls äußerst aufschlussreich sind jene Überlegungen, die der Autor am Schluss dieses ersten Abschnittes präsentiert und die die fatalen Folgen der US-amerikanischen Nahostpolitik betreffen. Nicht nur hätte der „zunehmende Einsatz von privaten militärischen Unternehmen gerade für die ‚schmutzige‘ Kriegführung“ den politischen Schaden unge-

mein wachsen lassen“. Vielmehr erweise sich die ungeheure Hochrüstung als ruinös auch für die eigene Wirtschaft und Infrastruktur. Dabei mache der relative Niedergang der USA als Hegemonialmacht diese zwangsläufig keinesfalls friedliche. Zudem würden dadurch regionalen Mächten größere Handlungsspielräume eröffnet, die diese nun für sich zur Durchsetzung eigener, jedoch widerstreitender Interessen zu nutzen bestrebt seien.

Im zweiten – und zugleich umfanglichsten – Kapitel, welches unter die Überschrift „Revolution und Konterrevolution nach dem ‚Arabischen Frühling‘“ gestellt ist, geht Werner Ruf vor allem den Ursachen für den sich 2010/2011 entfachenden und nahezu die gesamte arabische Welt erfassenden „revolutionären Flächenbrand“ auf den Grund. Gleichzeitig enthüllt er die diesbezügliche Doppelbödigkeit westlicher Politik. Nämlich, einerseits die „grauenhaften Verhältnisse in der arabischen Welt: Die brutale Unterdrückung der Bevölkerung, die Systematisierung der Folter, die Kleptokratie der Despoten“ zu kritisieren. Andererseits aber sich betreffender Despoten durchaus zu bedienen, um „als vorgeschobene Bollwerke ‚uns‘ vor der Bedrohung durch den ‚islamistischen Terrorismus‘ und der wachsenden Zahl von Flüchtlingen“ schützen zu sollen. Dies lasse sich am Umgang mit Vertretern des politischen Islam illustrieren, einem geschickten, aber zugleich verzweifelten „Manöver des Westens“. Seine nicht mehr direkt oder durch zwischengeschaltete Diktatoren haltbare Hegemonie suche dieser nun durch neue reaktionäre Vasallen zu kompensie-

ren. Indem die Muslimbrüder und ihre Schwesterparteien konsequent eine neoliberale Politik durchzusetzen versprochen hätten, seien sie dem Westen gewissermaßen als dessen natürliche Partner erschienen.

Die im anschließenden dritten Kapitel „Der islamische Staat“ erfolgende kritische Auseinandersetzung mit eben jener extremistischen Gruppierung gehört zweifellos zu den größten Vorzügen dieses Buches. Nicht nur, dass Werner Ruf den Zusammenhang zwischen dem völkerrechtswidrigen und inzwischen von dessen Urhebern zugegebenermaßen auf glatten Lügen gebauten US-Krieg gegen den Irak und der Formierung von IS in anschaulicher Weise aufdeckt. Auch verstellt er sich trotzdem nicht den Blick für in der Geschichte der Region wurzelnde Triebkräfte der Entstehung eines solchen Gewaltakteurs wie ebenso weiterer immer zahlreicher werdender gewaltaffiner Zusammenschlüsse. Ausführlich wird von ihm geschildert, „wo und wie alles anfing“; wodurch die IS-Ideologie charakterisiert ist und worin die besondere Professionalität seiner Propaganda besteht. Hervorzuheben sind die Ausführungen zur „Ökonomie des Terrors“ ebenso wie zur Frage, inwieweit es sich beim IS auch um ein Produkt US-amerikanischer Syrienpolitik handele.

Im vierten Kapitel, „Der nahöstliche Hexenkessel“ betitelt, wendet sich der Autor speziellen Problemen zu. So den Schwierigkeiten einer politischen Lösung der Syrien-Krise; der aus Sicht des Westens möglichen Rolle der islamistisch-jihadistischen Gruppierung „Ahrar ash-Scham“ in einer Art Stellvertreterfunktion im Streben nach einem Sturz von Assad und der sich in

konfessionellem Gewande zwischen Iran und Saudi-Arabien vollziehenden und auf dem Boden des Jemen ausgeprägten Rivalität um die Vorherrschaft speziell in der Golfregion.

Im als Fazit verstandenen fünften Kapitel diskutiert der Autor ein Maßnahmen-Paket, das sich an den Grundsätzen der UN-Charta orientiert: die „Beendigung der finanziellen, wirtschaftlichen und waffentechnischen Unterstützung von Gewaltakteuren“, ein Ende aller Waffenexporte sowie ein „striktes Embargo (Export und Import) gegenüber Kriegsgebieten betreffend Waffen, Ressourcen, Antiquitäten, Produkten jeder Art, um die Einkünfte von Gewaltakteuren“ auszutrocknen. Ziel ist die Bekämpfung der Ursachen für Terror und Gewalt.

Auf jeden Fall ist dieses vom Papy-Rossa Verlag verlegte weitere Buch von Werner Ruf – einschließlich der darin enthaltenen umfangreichen Bibliografie – jedem zu empfehlen, der sich ein umfassendes Bild von Ursachen und Hintergründen der sich in unserer unmittelbaren Nachbarregion vollziehenden Entwicklungen machen möchte..

Karin Kulow

Regressive Modernisierung

Oliver Nachtwey, Die Abstiegsgesellschaft, Berlin 2016, Suhrkamp-Verlag, 264 Seiten, 18,- Euro

Der Rechtspopulismus in Europa ist im Aufwind. Nicht nur in Frankreich oder den Niederlanden, sondern auch in Deutschland schaffen es rechtspopulistische Parteien und Bewegungen wie die AfD oder Pegida, den öffentlichen Diskurs für sich zu nutzen und

gesellschaftliche Debatten zu dominieren. Ihre (Wahl-)Erfolge beruhen ganz wesentlich darauf, dass diese Parteien es schaffen, große Teile klassischer linker WählerInnengruppen, wie ArbeiterInnen und Prekarierte, zu mobilisieren und diese teils nach Jahrzehnten der Abstinenz zur Stimmabgabe zu bewegen. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Rechtspopulismus in Deutschland und den aktuellen Diskussionen innerhalb der Linken¹ über dessen Gründe legt der Soziologe Oliver Nachtwey mit seinem neuen Buch einen wichtigen Debattenbeitrag vor.

Darin macht sich der Autor zur Aufgabe, die „Entwicklungen der letzten Jahrzehnte historisch zu entfalten [...] und den klassischen Fragen der Soziologie nachzugehen: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“ (10). Seine zentrale These ist, dass sich mit der Durchsetzung des Neoliberalismus ab den 1970er Jahren der gesellschaftliche Fahrstuhleffekt von Ulrich Beck umgekehrt hat und „viele Erregenschaften der sozialen Moderne einer erneuten, aber diesmal regressiven Modernisierung unterzogen wurden“ (11). Dieser Prozess der regressiven Modernisierung verschränkt dabei emanzipatorische Elemente, wie etwa den Abbau von gruppenbezogener Diskriminierung, mit einer steigenden sozialen Ungleichheit und fehlender sozialer Mobilität. Die dadurch entstandene Abstiegsgesellschaft pro-

duziert „Abstiegssorgen und Statuskämpfe um Anrechte auf Wohlstand“ (165), welche sich mitunter im „Bedürfnis nach sozialdarwinistischer oder xenophobischer Distinktion“ äußert und in der nicht zuletzt auch „Pegida und die AfD [...] Ausdruck dieser Entwicklung“ (14) sind.

Das Buch gliedert sich in drei große Teile: Der *erste Teil* des Buches stellt die Kontrastfolie dar, vor der der Autor seine These entwickelt. Ausgangspunkt sind dabei die Thesen des Soziologen Ulrich Beck, welcher vor dem Hintergrund der „einzigartigen ökonomischen, sozialen und politischen Konstellationen“ (17) der westdeutschen Nachkriegszeit von der Entwicklung einer sozialen Moderne sprach. Das Aufkommen eines Normalarbeitsverhältnisses sowie die „Entfaltung sozialer und wirtschaftlicher Staatsbürgerrechte“ (23) in der alten Bundesrepublik führten nach Beck zu einem „Wandel des sozialen Konflikts“ (34). Der „Klassenkonflikt wurde ad acta gelegt“, vielmehr führte die soziale Moderne des Fordismus zu einem „Fahrtuhleffekt“ durch den „alle Schichten von Arbeitnehmern bis Vermögensbesitzern [...] gemeinsam nach oben“ (31) führen. Ausgehend von dieser These Becks beschreibt der Autor den Niedergang des fordistischen Entwicklungsmodells und den „langen Aufstieg des Neoliberalismus“ (47). Anknüpfend an die Arbeiten von Karl Marx zum tendenziellen Fall der Profitrate und gestützt auf zahlreiche empirische Studien weist der Autor nach, dass es seit dem Ende der Währungsordnung von Bretton Woods 1973 zu einem langen Abschwung und einer stärkeren Krisenanfälligkeit der Weltwirt-

¹ Vgl. exemplarisch Klaus Dörre (2016), Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. <http://www.theoriekritik.ch/?p=2833> oder die Debatte in den Zeitungen analyse & kritik bzw. im Neuen Deutschland.

schaft gekommen ist. Das Scheitern der Sozialdemokratie, die fortschreitende „Internationalisierung der Produktion und die globale Restrukturierung des Finanzsystems“ (51) führten zur Durchsetzung des Neoliberalismus und zum Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus, der zu einem „Rückgang bei den Investitionen“ (56) sowie einem globalen Wachstumseinbruch führte. Der „Postwachstumskapitalismus“ (45) führt jedoch gesellschaftlich zu einem Problem, denn ohne reales Wachstum fehlt die „zentrale Ressource“ (63) der sozialen Moderne, um strukturelle Ungleichheiten zu moderieren und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Ohne Wachstum, so die These des Autors, werden „Aufstieg und Verteilung von Einkommen und Vermögen“ zu einem Nullsummenspiel, wodurch die gesellschaftlichen Spannungen zunehmen.

Dem eher ökonomischen Abschnitt folgt eine Diagnose der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in Folge der wirtschaftlichen Veränderungen. Durch die „Komplizenschaft“ des Neoliberalismus mit „einer im Grunde emanzipativen Kritik“ (80), kommt es zu einer „Selbsttransformation der Moderne“ (74) und der „Etablierung einer neuen Subjektivität, die auf eine Regierung des Selbst abzielt“ (80). Diese Prozesse fasst der Autor mit dem paradoxen Begriff der „regressiven Modernisierung“, um die „internen Widersprüche und gegenläufigen Entwicklungen“ (75) die dieser Prozess mit sich trägt, zu unterstreichen. Denn der Autor möchte keine kulturpessimistische Geschichte der Gegenmodernisierung erzählen, sondern vielmehr auf den komplexen und wi-

dersprüchlichen Prozess hinweisen, bei dem die liberale Gleichstellung und Gleichberechtigung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit einem Rückfall „hinter dem bereits erreichten sozialen Entwicklungsniveau“ (161) einhergeht. Oder in anderen Worten: Während es seit den 1970er Jahren zu einem Mehr an horizontaler Gleichheit zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Geschlecht, Ethnien etc.) kam, wurde gleichzeitig die vertikale Gleichheit zwischen den Klassen zunehmend prekär. „Es ist ein Fortschritt, der den Rückschritt in sich trägt, und dieser Rückschritt trifft meistens [...] die Unterklassen“ (76).

Diesen Prozess, der den *ersten Teil* seiner Hauptthese darstellt, verdeutlicht der Autor anhand einer Vielzahl von Beispielen. So führte die Deregulierung der Erwerbsarbeit zwar zu einem „Zugewinn an individueller Freiheit in der Arbeit“ (84), zugleich jedoch auch zu einer Entgrenzung und Subjektivierung, die „den Markt buchstäblich in die Unternehmen hinein verschob“ (84). Mit dem individuellen Freiheitsgewinn ging „für die Beschäftigten eine neue Form der Kontrolle [einher], nur eben als Imperativ der permanenten Selbst-Kontrolle und Selbst-Ökonomisierung“ (86). Ähnliches zeigt der Autor anhand der Entwicklung der parlamentarischen Demokratie. So konstatiert er seit den 1970er Jahren eine Angleichung und Entideologisierung der Parteien und eine Abkopplung der Politik von der „Zustimmung und Einflussnahme der Bürger“ (91). Der politische Konflikt wurde „über Expertentum, Verrechtlichung und die Konstruktion von Sachzwängen [...] in einen postpoliti-

schen Konsens überführt“ (92), in dem die demokratischen Institutionen ausgehöhlt und sich die „Politik von einer Demokratie der Mitte zu einer Eliten-Demokratie gewandelt hat“ (93). Zugleich kam es jedoch zu einer Zunahme von „individuellen, demokratischen Partizipationschancen der Bürger“ (92) und einer Radikalisierung demokratischer Normen. Diese formelle Ausweitung verläuft jedoch „höchst asymmetrisch“ (93), da sich an den Partizipationsinstrumenten vorwiegend privilegierte Gruppen beteiligen. Damit ist die „Postdemokratie, genau wie der Neoliberalismus, eine Hülle für Klassenpolitik“ (93). Insgesamt, so das Fazit des Autors, kommt es im Zuge der regressiven Modernisierung zu einer Aushöhlung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bürgerrechte. Während kollektive soziale Rechte abgebaut wurden, „etablierte man neue Individualrechte, die etwa die Position des Individuums als Konsument oder Entrepreneur stärkten“ (115). Aus dem Staatsbürger wurde der Marktbürger, dessen Rechte den Marktbedingungen angepasst und der vollständig der „Fremdherrschaft des totalen Wettbewerbs unterworfen wird“ (116).

Ausgehend von diesem Zwischenfazit entwickelt der Autor *den zweiten Teil* seiner Hauptthese, die der Abstiegsgesellschaft. Im Zuge des langen Abschwungs der Weltwirtschaft ist es zu einer Entkopplung von Produktivität und Einkommen gekommen, was eine zunehmende Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstandes zur Folge hatte. Zugleich kam es im Rahmen der regressiven Modernisierung zu einer „Erschütterung der Arbeitsverhältnisse“

(137) und zu einer „Institutionalisierung von Prekarität“ (137). Das Normalarbeitsverhältnis wurde zur Ausnahme, während gleichzeitig so genannte a-typische Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet wurden. Zudem erodierte in Folge von Bildungsexpansion und zunehmender Fragmentierung innerhalb von Berufsgruppen das über Bildung oder Berufswahl vermittelte soziale Aufstiegsversprechen. Folge der neuen Situation ist eine „verstärkte Konkurrenzsituation“ (154), in der vor allem die Oberklassen aufgrund des größeren sozialen und kulturellen Kapitals als auch aufgrund ihrer Netzwerke klare Vorteile genießen. Dies führt dazu, dass soziale Aufstiege zunehmend seltener werden und es für die „oberen Etagen der Gesellschaft [...] im Prinzip keine Treppe mehr [gibt], die nach unten führt“ (160).

Ausgehend von diesen Symptomen der regressiven Modernisierung argumentiert der Autor, dass es zu einer Umkehr des „sozialen Mobilitätsvektors“ (160) nach unten gekommen sei und sich eine „immobile Abwärtsmobilität“ (156) herausgebildet hat. Während der soziale Aufstieg immer schwerer bis gar nicht mehr erreichbar ist, wird der soziale Abstieg nicht nur wahrscheinlicher, sondern zugleich auch steiler. Dies führt dazu, dass die oberen Schichten der Gesellschaft sich zunehmend selbst reproduzieren und einen sozialen Abstieg nicht fürchten müssen, indes für die unteren Klassen das Risiko deutlich gestiegen ist, weiter abzurutschen oder unten zu bleiben, „je weiter unten jemand in der gesellschaftlichen Hierarchie steht“ (161). Aus dem von Ulrich Beck konstatierten Fahrstuhl,

mit dem alle zusammen nach oben fahren, ist für den Autor eine Rolltreppe geworden, die für einige wenige immer nach oben und für die große Mehrheit der Gesellschaft dauerhaft nach unten fährt. Dabei verändern sich die „Abstände zwischen den Individuen“ (127), selbst wenn durch große Kraftanstrengung versucht wird, die Position auf der nach unten fahrenden Rolltreppe zu halten. Damit konstituiert die Abstiegsgesellschaft eine neue „Unterklasse“, bringt „die vormals unsichtbare Klassengesellschaft“ (170) wieder ans Tageslicht und konstituiert eine neue „Unterklasse“ (177). Zu dieser zählt der Autor verschiedene Formen prekärer Arbeit wie Leiharbeiter, Klick-Worker, Ich-AGs aber auch Transferleistungsbezieher. Entstanden in Folge des sozialen Abstiegs verfügt die neue Unterklasse über keine homogene Lebenslage, „kein Vermögen und kaum über eigene Ressourcen der politischen Einflussnahme“. Dadurch entsteht die Klasse auch nicht über ein kollektives Handeln, sondern bündelt vielmehr in sich die verschiedenen „Formen der Unterprivilegierung mit Defiziten an sozialen und wirtschaftlichen Bürgerrechten“ (174). Es bleibt eine „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“ (179).

Dennoch führen Prekarität und soziale Abstiegserfahrungen zu Akten des Aufbegehrens, denen sich der Autor im *dritten Teil* des Buches widmet. Enttäuschte Aufstiegshoffnungen sieht der Autor dabei als „Quelle von Konflikten“ (225), welche jedoch nicht zwangsläufig die Form emanzipatorischer Bewegungen annehmen müssen. In der Abstiegsgesellschaft nimmt der Autor aufgrund der zu-

nehmenden „Desinstitutionalisierung des Klassenkampfes“ (187) und der Desfunktionalität der repräsentativen Demokratie neue Formen sozialer Auseinandersetzung sowie neue Konflikte um Arbeit und soziale Anrechte wahr. Arbeitskämpfe verschieben sich zunehmend in den Dienstleistungssektor, wo nicht mehr nur um Lohnerhöhung, sondern „in erster Linie um Anerkennung“ (196) gestritten wird. Hinzu kommen „Konflikte um Wohnraum und urbane Lebensqualität“ (200) sowie um soziale Bürgerrechte und Teilhabe, welche oftmals mit „postkonventionellen Protestformen“ (205) artikuliert werden. Ähnlich wie die neue Unterklasse selbst bleibt auch das Aufbegehren „unübersichtlich und mitunter in sich äußerst widersprüchlich“ (181). So sieht der Autor in den Riots der metropolitanen Vorstädte in „Großbritannien, Frankreich und sogar Schweden“ einen Ausdruck des Protests gegen die „Verletzung bürgerlicher Gleichheitsansprüche, Ausgrenzung und Stagnation“ (204). Und auch den rechten Protest von Pegida und die Wahl der AfD interpretiert er als regressives Aufbegehren „einer von Abstiegsängsten geplagten und radikalisierten Mitte [...] gegen eine marktkonforme Demokratie“ (218). Abstiegsängste und der eigene Konformismus verbinden sich in einer „Abwertung all jener, die anders und vermeintlich unproduktive Mitesser in einem unter Stress stehenden Sozialsystem sind: Flüchtlinge, Migrantinnen und Muslime“ (221). Somit sind auch die rechtspopulistischen Bewegungen als Resultat der regressiven Modernisierung zu begreifen, als „böser Zwilling des

demokratischen Aufbegehrens“, bei der eine klassische Antifapolitik ins Leere laufen muss. Vielmehr muss sich die Linke, um dem Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen zu können, aus der „Krise der linken Imagination“ (232) befreien und eine Zukunftsperspektive entwickeln, die der regressiven Modernisierung eine solidarische Moderne entgegensetzt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen über den Aufstieg der AfD und linke Gegenstrategien stellt das Buch einen wichtigen Beitrag für eine Auseinandersetzung mit den Ursachen und Hintergründen autoritärer rechtspopulistischer Bewegungen dar. Es fasst die Diskussionen und Erkenntnisse kritischer Gesellschaftsforschung der letzten Jahre zusammen und liefert eine herausragende Zeitdiagnose der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Dabei gelingt es dem Autor sehr gut, viele Thesen nicht nur bildlich zu entwickeln, sondern auch dem gesellschaftlichen Zeitdiagnosen inhärenten Problem der „empirischen Absicherung“ (10) durch zahlreiche empirische Belege entgegenzuwirken. Das Buch selbst ist nicht nur für ein wissenschaftliches Fachpublikum geschrieben, sondern zeichnet sich durch eine allgemeinverständliche Sprache aus. Dadurch bleiben jedoch manche Thesen und Begriffe, wie etwa die der neuen Unterklasse, etwas schwammig und weniger reflexiv. Auch liegt der Fokus der Studie oftmals zu stark auf den Entwicklungen in Deutschland, wodurch europäische oder globale Dynamiken und Entwicklungen aus dem Blick geraten. Zudem bleibt das Buch gerade im dritten Teil zu stark deskriptiv,

hätte man sich doch hier einen stärker analytischen Blick gewünscht. Dennoch legt der Autor mit dem Buch eine umfassende und bemerkenswerte Analyse über den Zustand der postfordistischen deutschen Gesellschaft und der ihr zu Grunde liegenden Dynamiken vor. Es liefert unverzichtbare Erkenntnisse für eine linke Gegenstrategie, welche Ausgangspunkt für eine Revitalisierung der Linken sein könnte. Damit ist es neben dem Buch von Didier Eribon² das gegenwärtig wohl wichtigste Buch für die gesellschaftliche Linke.

Felix Syrovatka

Weltwirtschaftliche Ungleichheitsmuster

Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin, Hanser Verlag, 224 S., 20 Euro.

Nach der „Risikogesellschaft“, der „Erlebnisgesellschaft“, der „Multi-Optionsgesellschaft“... und kürzlich der „Abstiegsellschaft“ – nun die „Externalisierungsgesellschaft“. Unabhängig von der verwirrenden Vielfalt der Angebote muss das neue Werk von Lessenich als informativ, gedankenreich und provozierend bezeichnet werden. Es entwickelt die These, dass die Gesellschaften des „globalen Nordens“ auf Kosten des „globalen Südens“ in Wohlstand und Stabilität leben können, indem sie viele negative, belastende Elemente und Kosten der kapitalistischen Produktionsweise in die Peripherie auszula-

² Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.

gern bzw. zu „externalisieren“ vermögen. Damit hängen „Entwicklung“/Wohlstand und „Unterentwicklung“/Elend nicht nur zusammen, sondern sie begründen und bedingen sich wechselseitig. Zwar könne mit der Externalisierungsdiagnose „nicht alles“ erklärt werden, sie enthülle aber „eine zentrale Dimension zum Verständnis historischer wie gegenwärtiger weltgesellschaftlicher Ungleichheitsmuster“ (29), so dass der Autor sogar von „Externalisierungsgesellschaft“ spricht.

Seine Zentralthese ist keineswegs originell, sie wurde seit den 50er und 60er Jahren – vor allem in Teilen der kritischen Sozialwissenschaft – ausgiebig behandelt und diskutiert. Auf diese Geschichte der theoretischen und empirischen Analyse des sog. Nord-Süd Gegensatzes geht Lesse- nich kaum ein, nicht immer zum Vorteil des erreichten Reflexionsniveaus.

Nach dem Problemaufriss (Kap. 1) entfaltet er (Kap.2) seinen „begrifflichen Werkzeugkasten“ zur theoretischen Erfassung des Phänomens „Externalisierung“. Dabei müsse vermöge einer „konsequenten Soziologisierung“ die Analyse von Strukturen, Mechanismen und Praktiken (bzw. der Praxis) der Externalisierung ausgegangen werden (50ff.) und diese lassen sich wiederum nur mittels der Begriffe „Macht, Ausbeutung und Habitus“ zufriedenstellend analysieren. Obwohl diese begriffliche Kombination als das innovative Element der Abhandlung gelten darf, wird sie in fast allen (bisher vorliegenden) Rezensionen nicht erwähnt. „Externalisierung lässt sich erstens nur auf der Grundlage struktureller Machtasymmetrien in der Weltgesellschaft ver-

stehen. Externalisierung ist in diesem Kontext zweitens als mehrdimensionaler, globalisierter Ausbeutungsmechanismus zu begreifen. Und drittens operiert sie alltagspraktisch in Form eines spezifischen Externalisierungshabitus, der den machtstrukturierten Ausbeutungsbeziehungen geschuldet ist und diese beständig reproduziert.“ (52)

Im 3. Kapitel („Externalisierung als ungleicher Tausch“) werden materielle Kreisläufe in Produktions- und Konsumtionsprozessen, Abfallentsorgung und Emissionsanfall in ihren internationalen Dimensionen behandelt. An vielen Beispielen (Soja, Baumwolle, Ölpalmen, Sand, Garnelen etc.) wird gezeigt, in welchem Maße stark ausgeweitete, manchmal monokulturellen Charakter tragende Formen der Naturaneignung in Ländern der Peripherie herrschen; wobei diese Rohprodukte überwiegend für den Export in die Metropolenländer bestimmt sind, um dort zu einem höheren und diversifizierteren Konsumniveau beizutragen. Das „ökologische Paradoxon“ (hoher Konsumstand und relativ geringe Umweltschäden „im Norden“ versus niedriger Konsumstand und hohe Umweltschäden „im Süden) ist nach Lesse- nich letztlich aus dem „das Weltwirtschaftssystem stützenden politischen und ökonomischen Machtverhältnissen“ sowie den daraus resultierenden „strukturellen Ausbeutungsbeziehungen zu Lasten des globalen Südens“ (100) zu erklären. Es handele sich also um eine „Systemfrage, die durch kleine Anpassungsschritte und Einzelinitiativen – so verdienstvoll diese sein mögen – nicht zu lösen sei; bei allen sozio-ökonomischen

Unterschieden in Ländern des „Nordens“, auch die Ärmsten partizipieren an der „imperialen Lebensweise“ (eine von Ulrich Brand vor einigen Jahren eingeführte Begriffskombination), die durch vielfältige Externalisierungsprozesse begründet und abgesichert ist. Per se sind diese und die „imperiale Lebensweise“ nicht verallgemeinerbar. Daher gilt: „Wer wirklich allen Weltbürgern eine materiell gesicherte Existenz, ein Mindestmaß der Verfügung über das eigene Lebensschicksal und die Chance auf ein friedvolles gesellschaftliches Zusammenleben wünscht, der muss die Externalisierungsgesellschaft in Frage stellen – damit kapitalistische Funktionsprinzipien im Allgemeinen und den globalen Kapitalismus als System ungleichen Tauschs im Besonderen.“ (113f.)

Das 4. Kapitel thematisiert die von der „Externalisierungsgesellschaft des Nordens“ festgesetzten Regularien und Formen der internationalen Mobilität. Hier liegt die grundsätzliche Asymmetrie darin, dass sich die „Zentren des Wohlsstands“ eine fast unbeschränkte Mobilität nach „Außen“ zubilligen und absichern, während die Mobilität von „Außen“ nach „Innen“, das heißt in die Wohlstandszentren, mit allen Mitteln eingeschränkt und äußerst selektiv gehandhabt wird. Dies Grundmuster spielt der Verfasser an verschiedenen mit internationaler Mobilität verbundenen Realitätsphänomenen durch: Ferntourismus, Reisepässe, Staatsbürgerrechte, Tolerierung des zeitlich begrenzten Zuzugs „preiswerter“ Pflegekräfte und schließlich die Flüchtlingskrise. Gerade letztere (wie beim Klimawandel und anderen Dingen) könne als „Ausdruck einer neuartigen Form

der Stofflichkeit, der Spürbarkeit, der Sichtbarkeit der Externalisierungsgesellschaft – und ihres Preises(es)“ (167) begriffen werden.

Im fünften und Schlusskapitel resümiert Lessenich die wichtigsten Ergebnisse seiner Studie, unterstreicht, dass jüngste Tendenzen, wie z.B. die Flüchtlingszuwanderung, zeigten, dass die Zeit der relativen Unsichtbarkeit der negativen Seiten der Globalisierung und der Externalisierungspraktiken zu Ende gehe, das Pendel zurück zu schlagen neige und „die Externalisierung ...nach Hause (komme) (184). Ein Wegsehen, Verdrängen und ein „weiter so“ in der Politik werde immer weniger möglich und im „aufgeklärten Eigeninteresse“ (188) der Bevölkerung des „Nordens“ zunehmend irrational und katastrophenträchtig. Dagegen eine kollektive Handlungsperspektive zu entwickeln sei aber angesichts der komplexen Konstellation und notwendiger Änderungen im Alltagsverhalten großer Bevölkerungsteile und bedeutender Umverteilungsprozesse von Ressourcen, Rechten etc. (von „oben“ nach „unten“) im nationalen und internationalen Raum überaus schwierig. Nur über eine „kollektive Selbstverständigung“ und einer daraus folgenden „kollektiven Selbstermächtigung“ sei ein gemeinsames Handeln „im Sinne der Herstellung solch gleicher Lebenschancen (möglich) – aufbauend auf einer überlokalen und transnationalen Allianzbildung zwischen vielen tausend Initiativen und Organisationen, Netzwerken und Bewegungen, die heute schon, im globalen Süden wie im globalen Norden, für eine Welt der gleichberechtigten Lebensführung aller Menschen streiten.“ (194).

Die Abhandlung Lessenichs kann politisch und wissenschaftlich als ein höchst relevantes, anspruchsvolles und dringendes Unternehmen qualifiziert werden. Sie analysiert in vielen Dimensionen zutreffend und empirisch gehaltvoll die Machtasymmetrien zwischen „dem Norden“ und „dem Süden“ sowie die sie in Bewegung haltenden direkten und indirekten Ausbeutungsmechanismen in sehr verdienstvoller Weise. Die „weltgesellschaftliche“ Perspektive ist gegenüber den gedanklichen „Produkten“ des „methodologischen Nationalismus“ sehr beachtlich und kann zu einer (überlebenswichtigen) Erkenntnisvermehrung beitragen. Dies alles garantiert aber nicht automatisch und per se, dass der kritische Leser mit allem einverstanden sein muss. Von den Fragezeichen, die die Lektüre begleiten, seien einige bezeichnet:

(1) Die alte und immer umstrittene These vom antagonistischen und sich wechselseitig konstituierenden Gegensatz von (kapitalistischer) Entwicklung und (kapitalistisch verursachter) Unterentwicklung ist m.E. insoweit zu differenzieren, als die kapitalistische Entwicklung in den Metropolen („des Nordens“) zwar von der Ausbeutung und der Unterordnung der Kolonien/Halbkolonien bzw. den heute formell unabhängigen Staaten profitierte und gegenwärtig weiter profitiert, aber deren erhebliche Vorsprünge in der Reichumsproduktion, dem relativen gesellschaftlichen Wohlstand nicht ausschließlich und hauptsächlich darüber zu erklären ist. Vielmehr sind die Mechanismen der kapitalistischen Akkumulation, der systematischen „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) und beständigen Produktivitäts-

steigerung und der Binnenmarktvertiefung etc. hierfür mindestens ebenso verantwortlich bzw. als Determinante in Rechnung zu stellen.

(2) Eine andere Frage ist, ob heute noch – im Zeichen rasanter Machtverschiebungen und Differenzierungen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik (Aufstieg bedeutender Schwellenländer etc.) – so eindeutig und pauschal vom „globalen Süden“ gesprochen werden kann und zweitens auch heute noch vom „Süden“ und den südlichen Gesellschaften/Staaten als rein passiven Elementen des Weltsystems, also nur in der Objekt- und Opferrolle verhandelnden Entitäten, ausgegangen werden darf. Auch hier scheint die verzweigte und differenzierte entwicklungstheoretische Debatte – für Lessenich offenbar vernachlässigenswert – keine Berücksichtigung gefunden zu haben.

(3) Die Rede von „der imperialen Lebensweise“ (107ff), die in der „Externalisierungsgesellschaft“ herrsche bzw. ausschließlich anzutreffen sei, stellt m.E. eine Vereinfachung und künstliche Homogenisierung sehr verschiedener Lebensweisen dar, welche nur in einer außerordentlich großen Abstraktionshöhe des Denkens und Betrachtens nachvollziehbar ist. Das gleiche gilt für den nun durch L. eingeführten Terminus vom „Externalisierungshabitus“ als „einer von Individuen wie Kollektiven – Statusgruppen und Sozialmilieus, Nationalgemeinschaften und letztlich ganzen Weltregionen – habituell vollzogenen Praxis der Auslagerung der Kosten ihrer Lebensweise auf Dritte und der gleichzeitigen Ausblendung ebendieses Strukturzusammenhangs aus ihrer alltäglichen Lebensführung.“ (61f.)

Gerade angesichts zunehmender Polarisierungstendenzen in fast allen „Metropolenländern“ dürfte sich dies nicht nur für prekarierte und dauerhaft verarmte und wachsende Bevölkerungssegmente merkwürdig anmuten. (Man weiß nicht, ob sich Bourdieu – in diesem Punkt – darüber gefreut hätte, endlich vom Joch und den Scheuklappen des „methodologischen Nationalismus“ befreit worden zu sein.)

(4) Die häufige Versicherung, dass dies – angesichts objektiver Zwänge und der Einbettung dieser Bevölkerungsteile in die Gesellschaften „des Nordens“ – nicht im Sinne moralischer Verurteilung gemeint sei, kann nicht wirklich überzeugen. Nicht nur, weil häufig gerade moralisierende Formulierungen auftauchen (z.B. 115), sondern weil die tiefgreifenden nationalen Klassenunterschiede und -gegensätze damit – trotz gegenteiliger Versicherungen – tendenziell eingeebnet oder als sekundär eingeordnet werden.

Ungeachtet dieser Bedenken wäre dem Buch eine breite Resonanz zu wünschen, verbunden mit der Hoffnung, dass seine Provokationen eine nachhaltige politische Diskussion auszulösen vermögen.

Dieter Boris

Kabinettstücke aus der Welt des Geldes

Ulrich Busch, Die Welt des Geldes. Zehn Essays zur monetären Ökonomie. Verlag Welttrends. Potsdam 2016. 344 Seiten. 24,90 Euro

Ulrich Busch, Finanzwissenschaftler und Mitglied der Berliner Leibniz-Sozietät, hat aus der Fülle seiner Pub-

likationen über geld- und finanztheoretische sowie theoriehistorische Fragen zehn Beiträge ausgewählt und in einem Essay-Band neu veröffentlicht. Obwohl der Titel des Buches das Geld in den Mittelpunkt stellt, hat der Autor nicht nur und natürlich nicht alle Arbeiten, die seine geldtheoretischen Positionen besonders verdeutlichen – darunter auch in der „Z“ publizierte – aufgenommen, sondern eher jene Artikel, die Zeugnis von Breite und Vielfalt seiner Interessen ablegen.

Der Band beginnt mit der Darstellung der geldtheoretischen Positionen des Italieners Ferdinando Galiani (1728 – 1787) und des „vorkapitalistischen Antikapitalismus“ des deutschen Philosophen Johann Gottlieb Fichte (1762 – 1814). Im dritten Beitrag fördert der Ökonom (sic!) Busch Erstaunliches über das Verhältnis des Musikgenies Richard Wagner (1813 – 1883) zum Geld zutage: Dessen Gedanken kreisten nicht nur in seinem Werk beständig um den Mythos des Goldes. So genial er die mystische Welt des Goldes in Musik und Text des „Ring“ reflektierte und der Hoffnung auf einen Sieg über die Macht des Geldes Ausdruck verlieh, so groß war sein Genie beim Anzapfen finanzieller Quellen bei den Mächtigen des Geldes. Über die Analyse von Georg Simmels (1858 – 1918) Geldverständnis – und dessen Bezüge zur Geldtheorie von Marx – und Joseph Alois Schumpeters (1883 – 1950) Innovationstheorie, in der die Kreditgeldschöpfung eine zentrale Rolle einnimmt, über die DDR-Kreditbilanz von 1989 und Gottfried Haberlers (1900 – 1995) Krisenanalyse sowie die jüngste Weltwirtschaftskrise gelangt Busch schließ-

lich zu den aktuellen Fragen des Finanzmarktkapitalismus, der Zukunft der Banken und die Diskussion über die Einführung eines sogenannten Vollgelds. Vieles ist für den Rezensenten ein Gewinn an Wissen und Erkenntnis, darunter auch manche Entdeckung, und in Vielem kann er Busch zustimmen. Zwei Themen dieses Konvoluts an Kabinettstücken seien etwas näher beleuchtet: Die Darstellung und Interpretation von Schumpeters Innovationstheorie und Buschs Auffassung vom Finanzmarktkapitalismus und seinem Geld.

Schumpeter unterscheide sich vom Mainstream des ökonomischen Denkens im 20. Jahrhundert grundlegend dadurch, dass er an die Stelle der Analyse von Gleichgewichten den Wirtschaftsablauf als einen „Entwicklungsprozess“ setzte, „als beständige Evolution und fortgesetzten Wandel, dessen Akteure *Unternehmer* und dessen entscheidende Quelle *Innovationen* sind.“ (129, Hervorhebung Busch). Am besten drücke sich dies in der Metapher von der „schöpferischen Zerstörung“ (127) aus. Schumpeter gebühre das Verdienst, der Rolle des Unternehmers für Innovationen und deren Diffusion und der Banken für deren Finanzierung herausgestellt zu haben und dabei als erster Ökonom die im Prozess der Kreditierung erfolgende Geldschöpfung „aus Nichts“ zur Grundlage seiner Theorie gemacht zu haben. (148) Obwohl er die Produktion von Mehrwert ausgeklammert habe, sei diese Theorie „zeitgemäß“, was Busch auch dadurch zu unterstreichen sucht, dass er die aktuelle Situation auf den Gebieten von Innovation und Investition mittels ihres Begriffsapparates zu analysieren ver-

sucht. Den Rezensenten irritieren an der Darstellung von Schumpeters Theorie zwei Aspekte: *Erstens* blendet Busch vollständig Schumpeters Auffassung über das historische Schicksal des kapitalistischen Innovationssystems aus. Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass in demselben Werk, in dem der Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ erstmal verwendet wird – in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ von 1942 – auch vom „Veralten der Unternehmerfunktion“, von der „Zerstörung“ und der „Zersetzung“ der kapitalistischen Institutionen, von „schwindender Investitionschancen“ geschrieben und der Übergang zum Sozialismus aus Erfordernissen des Innovationsgeschehens heraus prognostiziert wird. Eine Darstellung von Schumpeters Innovationstheorie kann diese Auffassung – gleichgültig, ob sie geteilt oder angesichts des Scheiterns des Sozialismus auch an seiner Innovationsarmut nicht geteilt wird – nicht einfach ignorieren; sie ist ein inhärenter Bestandteil seiner Theorie. *Zweitens*: Obwohl Busch die engen Bezüge zwischen Marx und Schumpeter hervorhebt, schießt er bei der Betonung dessen, was bei Letzterem neu ist, wohl doch etwas über das Ziel hinaus. Schumpeter habe Marx Analyse „dahingehen fortgeführt, dass er die Dynamik nicht auf äußere Einflüsse zurückführte, ... sondern *endogen* erklärt“ (134). Marx habe die Faktoren, die das Wachstum hervorrufen, „nur am Rande behandelt.“ (128). Da reibt man sich verwundert die Augen. Marx war wohl überhaupt der Erste, der Wachstum, Erfindungen und Produktivkräfteentwicklung aus dem kapitalistischen Prozess heraus erklärt hat und nicht als „Manna von

Himmel“ betrachtete. Schumpeter verweist in dem Kapitel, wo er den Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ einführt – die er übrigens *ausdrücklich nicht* schlechthin mit „Dynamik“, sondern mit der kapitalistischen „Entwicklung“ gleichsetzt – explizit darauf, dass dies „schon längst von Karl Marx hervorgehoben worden war“. (J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987, S. 136) Und diese Entwicklung schließe letztlich Stagnation und Selbstzerstörung des Kapitalismus ein und keineswegs eine womöglich ewige Dynamik.

Auch die Betonung des Kredits für die kapitalistische Entwicklung durch Schumpeter ist keineswegs originell. Der ganze Band II des „Kapital“ von Marx dreht sich – übertrieben formuliert – um die Frage, woher das Geld kommt, das für die erweiterte Reproduktion benötigt wird. Rosa Luxemburg glaubte später, es bedürfe dazu einer nichtkapitalistischen Sphäre, aber Marx Antwort lautet unter anderem: Kredit. Dieser werde nicht bloß aus dem zeitweilig brachliegenden Geldkapital finanziert. „Es ist ferner möglich, dass dies latente Geldkapital bloß in Wertzeichen besteht – wir sehen hier noch vom Kreditgeld ab – oder in bloßen, durch legale Dokumente konstatierten Ansprüchen (Rechtstiteln) der Kapitalisten auf ... zukünftige, zuschüssige jährliche Produktion der Gesellschaft.“ (MEW 24, S. 323f). Das Kreditsystem ist nach Marx „die Triebfeder der kapitalistischen Produktion“, aber eben auch der „Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation“ (MEW 25, S. 457). Schumpeters Leistung, der wesentliche, von Marx angespro-

chene und analysierte soziale Zusammenhänge im Innovationsprozess gar nicht thematisierte, bestand weniger in der Entdeckung dieser Zusammenhänge, als darin, dass er ihre Darstellung in manchen Fragen unter den Bedingungen des beginnenden 20. Jahrhunderts vertieft und erweitert hat und ihre Analyse in der herrschenden ökonomischen Lehre, in deren Rahmen sie sich bewegt – obwohl er in gewisser Hinsicht ein Außenseiter blieb – hoffähig machte. Der Innovationsprozess spielte im Mainstream, sowohl in Neoklassik wie Keynesianismus, noch lange nach Schumpeter eigentlich überhaupt keine Rolle. Diese einschränkenden Worte zur Bedeutung Schumpeters stehen nicht im Widerspruch zu der Feststellung, dass heute eine zeitgemäße Innovationstheorie an Schumpeter nicht vorbeikommt und selbstverständlich weit über Marx hinausgehen muss.

Für besonders lesenswert hält der Rezensent Buschs Ausführungen über den Finanzmarktkapitalismus. Er ordnet dessen Entwicklung in die Geschichte des Kapitalismus ein und zeigt die Beziehungen zwischen dem von Rudolf Hilferding, später von Wladimir I. Lenin und anderen analysierten Begriff des Finanzkapitals auf. Im Unterschied zu mancher Propaganda gegen das Finanzmarktsystem geht er von dessen Funktionalität und Ambivalenz im gegenwärtigen Kapitalismus aus und fragt dann, welchen Reformen es unterworfen werden müsste, um seine „Blindheit gegenüber den langfristigen Lebensinteressen der Menschheit, ... den nachhaltigen Produktionszielen und sozialer Gerechtigkeit“ (251) zu verringern oder zu bannen. Besonders optimis-

tisch sind seine Aussagen dazu freilich nicht, denn die „Politik“ habe der „Unsicherheit“ und „Instabilität“ der Gesamtwirtschaft, möglicherweise Indizien für eine „Systemkrise“, wie Busch schreibt, „kaum wirklich etwas entgegenzusetzen.“ (246, 247)

Die Frage danach, was Geld ist, zieht sich wie ein roter Faden durch den Sammelband. Das heutige Geld sei „inkonvertibles Kreditgeld“. Mit der Abkehr vom Bretton-Woods-System und der Aufhebung der gesetzlichen Pflicht zur Einlösung des Dollars gegen Gold sei der im Ersten Weltkrieg begonnene historische Prozess der Demonetisierung des Goldes abgeschlossen worden. Geld werde nunmehr aus dem „Nichts“ geschaffen, es ist eine zirkulierende Forderung der Gläubiger an Schuldner. Nicht die Funktion des Geldes als Tauschmittel sei prioritär, diese sei nunmehr unter seine Zahlungsmittelfunktion subsumiert (268). Um dies zu verstehen, müsse zwischen Marx' Ausführungen zum Geld im ersten und dritten Bande des „Kapital“ sorgfältig unterschieden werden. (269f) Dieser Hinweis bedeutet allerdings nicht, dass Busch der Marxschen Geldbestimmung folgt. Er favorisiert vielmehr die Theorie der Schaffung des Geldes aus dem „Nichts“, der heute vor allem vom Monetarkeynesianismus vertretenen Geldtheorie. Im Unterschied zu dieser, so Busch, bestimme Marx die Funktionen des Geldes „als Maß der Werte und Maßstab der Preise sowie Zirkulations- resp. Tauschmittel als Grundfunktionen des Geldes.“ (268 Fn.8).

Busch bezieht damit in der seit zweihundert Jahren anhaltenden Diskussion über das Wesen des Geldes Stel-

lung. Seine Darlegung wirft beim Rezensenten freilich Fragen auf. Die wichtigste lautet: Wenn es keine Geldware mehr gibt, kann dann das Geld noch Maß der Werte sein? Um Maß zu sein, müsste das Medium zumindest in einer Hinsicht die gleiche materielle Natur wie das zu Messende haben. Es muss nicht immer gegenständlich vorhanden sein, so wie früher niemand das Pariser Urmeter in die Hand nehmen musste oder heute die als Maß verwendete Distanz, die das Licht in einer bestimmten Zeit zurücklegt, bestimmen müsste, um die Länge seines Schreibtisches zu messen. Aber Maß der Werte von Waren mit Gebrauchswert und Wert kann nur etwas sein, was selbst Ware ist, wobei es durch Repräsentanten vertreten werden kann. Die sogenannte „Geldschöpfung“ der Banken aus dem „Nichts“ besteht in der Kreierung von Forderungen, die während ihrer Laufzeit wie Geld zirkulieren können. Urformen dafür sind Kreditverbriefungen und der Wechsel. Die Formulierung „aus dem Nichts“ erinnert zunächst an Marx' Begriff des fiktiven oder „rein illusorischen“ Kapitals (MEW 25, S. 484), das ja auch aus dem „Nichts“ geschaffen wird und manchmal sogar ein „Minus“ verkörpert, wie er schreibt (Ebenda, S. 483). Aber dieses Kapital ist, wie der Wechsel oder ein Kredit, kein Geld, es ist nicht allgemeines Äquivalent. Und sollen die im Bankbereich geschaffenen Forderungen liquidiert werden, erfolgt dies letztlich mittels barem oder giralem Zentralbankgeld, das als allgemeines Äquivalent anerkannt ist. Auch dieses ist eine Forderung, ein Kredit mit ei-

ner scheinbar unendlichen Laufzeit, zumindest solange es im Inland gesetzliches Zahlungsmittel ist. Aber anders als bei allen anderen Forderungen steht hinter ihm, wie Friedrich Engels im Band III des „Kapital“ schreibt, „die gesamte Nation“ (MEW 25, S. 57); heute würde man sagen, die Zentralbank als „lender of last resort“. Und was passiert, wenn das Vertrauen in dieses inkonvertible Kreditgeld international verloren ginge und diese auf dem Weltmarkt als Geld zirkulierenden Forderungen der Zentralbank präsentiert würden? Wenn die emittierende Zentralbank alle ihre Reserven, Forderungen, die auf ausländische, international anerkannte Währungen lauten, aufgebraucht hat, müsste sie diese Forderungen mit Gold ausgleichen – zumindest in friedlichen, gewaltfreien Zeiten. Niemand, der bei Troste ist, würde in dieser Situation „Nichts“ als Äquivalent akzeptieren. Deshalb halten die Zentralbanken auch alle am Gold als Reserve fest; es ist das Geld, wenn alle Stricke reißen, Geld in letzter Instanz und Verkörperung von Wert, auch wenn die Fäden der zirkulierenden Zeichen zu ihm unsichtbar sind. Manchmal wird zum Zahlungsbilanzausgleich tatsächlich „die Nation“ herangezogen, man denke an die beständig devisenklamme DDR, die dann schon mal Antiquitäten verhöckerte oder an die späte Sowjetunion in den 1990er Jahren, die Schürflizenzen an ausländische Unternehmen verkaufte, und, als das nicht reichte, auch Gold zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz auf den Markt warf. Busch thematisiert diese Frage der Wesensbestimmung des Geldes als Maß der Werte nicht weiter. Ob er den Wert-

begriff vielleicht überhaupt für überflüssig hält (dann freilich bedarf es auch keines Geldes als Wertmaß), wie das im Keynesianismus generell der Fall ist – Joan Robinson nannte ihn eine der Ökonomie angehängte „falsche Braut“ – kann anhand des ansonsten lesenswerten Sammelbands nicht definitiv gesagt werden.

Jürgen Leibiger

Geld im interdisziplinären Kontext

Karl-Heinz Brodbeck, Silja Graupe (Hg.), Geld! Welches Geld? Geld als Denkform, Marburg 2016, Metropolis-Verlag, 314 S., 34,80 Euro

Jürgen Kremer, Geld ohne Schuld. Geldsysteme und Vollgeldreform, Marburg 2016, Metropolis-Verlag, 75 S., 9,00 Euro

Mit der Publikation des als zehntem Band in der Reihe „Kritische Studien zu Markt und Gesellschaft“ von Karl-Heinz Brodbeck und Silja Graupe herausgegebenen Sammelbandes wird das Ziel verfolgt, den „mentalenen Spuren des Geldverkehrs“ in der Philosophie und im Alltag nachzugehen. Als Ausgangspunkt dafür dienten den Autoren die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Krise der Wirtschaftswissenschaften. Ein Aspekt, der für beide Krisen ursächlich eine Rolle spielte, sei, so die Herausgeber, die „ungeklärte Stellung des Geldes“ (7). Um hier zu größerer Klarheit zu kommen, setze aber die Erkenntnis voraus, dass die Spuren des Geldverkehrs keineswegs allein in der Wirtschaft auszumachen sind. Vielmehr sind diese bereits in der „Denkform“

enthalten, die unserer Geldwirtschaft vorausgesetzt ist.

Während das Geld in den Modellen der neoklassischen Theorie keine Rolle spielt, formt es als „Maske“ und als „Instrument der Quantifizierung“ unseren Blick auf die Welt. Einer Reformierung des Geldverkehrs zum Zwecke der Therapierung unseres Geldsystems müsse daher eine „tiefer greifende Diagnose“ vorausgehen, welche deutlich macht, dass die Finanzialisierung inzwischen die gesamte Gesellschaft überlagert und die reale Wirtschaft in ihren Dienst genommen hat. Die Dominanz „der Ratio über den Logos“ (336), des rechnenden Denkens über die Vernunft, aber bleibt nicht ohne Folgen für das Denken, die Psyche, die Sprache und die Philosophie. Hier nun setzt das Buch an, indem es in insgesamt elf Beiträgen grundlegende Fragen des Geldes, seines Einflusses auf das Denken sowie die theoretischen Hintergründe und die sozialen Folgen, behandelt. Dabei wird die Analyse des Geldes als „rechnende Denkform“ durch die Betrachtung desselben als „soziale Institution“ und als „Vergesellschaftungsform“ ergänzt (10). Hieraus folgt, dass es nicht nur als „Denkweise“, sondern zudem auch als „Lebensweise“ aufzufassen ist, wodurch sich der Horizont geldtheoretischer Untersuchungen beträchtlich erweitert. Dem entspricht die Anlage des Buches: Die Dominanz der Geldökonomie über die menschliche Lebenswelt zeigt sich in der Mathematik, in den Naturwissenschaften, in der Ökonomie, der Soziologie und der Philosophie, aber nicht weniger in der Musik, der Literatur und der

Theologie. Dies nachzuweisen ist Aufgabe sehr komplexer und differenzierter Forschungen. Der von Karl Marx erkannte Fetischcharakter des Geldes zeigt sich aber gerade darin, dass das Geld seine Spuren zu verschleiern versteht und sich sein Einfluss auf das Denken mithin nicht offen zeigt, sondern mühsam herausgefiltert werden muss. Dies gelingt den Autorinnen und Autoren in unterschiedlichem Maße. Nicht zuletzt bietet ihr Vorgehen auch Ansätze für methodische Alternativen hinsichtlich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung.

Der vorliegende Band dokumentiert die Beiträge einer Tagung vom Mai 2015 in Bernkastel-Kues, er weist zugleich aber darüber hinaus, indem neben dem aktuellen Wissensstand auch neue Fragestellungen entwickelt werden. Theoretisch wird das Ganze vor allem von zwei großen Aufsätzen von Karl-Heinz Brodbeck, flankiert von einigen Thesen aus den Essays von Walter Otto Ötsch und Silja Graupe, getragen. Demgegenüber erweisen sich die anderen Texte des Buches zwar als nicht weniger interessant; für das eigentliche Thema jedoch sind sie eher von komplementärer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Aufsätze zu den „Gaben“, für die Essays zu Georg Simmel und Franz von Baader sowie über die Studie zum frühgriechischen Denken. Brodbeck überzeugt mit seiner Aussage, wonach des „Rechnen in Geld“ heutzutage zur „bestimmenden Denkform“ geworden ist (33). Geld verbindet Menschen in ihrem Handeln auf spezifische, eben rechnende Art und Weise und prägt dabei zugleich deren Vereinzelung,

ihre Verwandlung in „Geldsubjekte“ (34). Das Geld ist für ihn mithin kein „Ding“, sondern „ein endlos vermittelter sozialer Denkprozess der Rechnung in Geldeinheiten“ (41). Hieraus folgt so etwas wie eine „Metatheorie des Geldes“, welche, indem sie an nominalistische Geldvorstellungen anknüpft, dieses schließlich als „Denkform“ begreift, als „Rechnungsform“, als „Ratio“, welche im historischen Prozess mehr und mehr andere Denkformen überlagert und heute unser Denken bestimmt (303): „Das Geld ist eine Denkform, aber nicht nur eine Denkform der Wirtschaft, sondern als Ratio die Struktur der Moderne, auch der Wissenschaften.“ (306) Ob sich diese Position, welche das geldmäßige Denken mit dem Geld gleichsetzt, in der Debatte behaupten wird, muss die Zukunft zeigen. Das Bemühen, zur Erklärung dieser These Parallelen in anderen Disziplinen zu finden, führt zum Phänomen des Sprechens und der daraus hervorgehenden Sprache. Hierzu finden sich bemerkenswerte Einsichten z.B. auch bei Sybille Krämer. Während diese Beiträge vor allem analytisch angelegt sind, versucht Silja Graupe aus dem „Denkgefängnis“ der Ökonomie und des Geldes auszubrechen, indem sie eine grundlegende Wandlung von Tauschprozessen anregt beziehungsweise „gänzlich andere Formen der Sozialität“ an seine Stelle treten lassen will (146). Walter Werner Ötsch untersucht in seinem lesenswerten Aufsatz zu Homogenisierungsprozessen in der beginnenden Neuzeit Abstraktionsprozesse in Wissenschaft und Kunst und führt diese auf den Geldverkehr und das damit verbundene

Denken in Geldbegriffen zurück. Insgesamt vermittelt der Band vielfältige und zum Teil auch neue Einsichten in unsere Geldgesellschaft. Ein Brückenschlag zur ökonomischen Forschung erfolgt jedoch nur ansatzweise in einigen Beiträgen. Zu groß sind hier offenbar noch die Berührungspunkte auf beiden Seiten, als dass schon in einen produktiven Dialog eingetreten werden könnte.

Von gänzlich anderer Art ist die zweite hier vorzustellende Publikation, obgleich sie mit dem Geld ebenfalls ein ökonomisches Thema aus einer ungewöhnlichen Perspektive behandelt. Seitdem die Finanz- und Bankenkrise der Weltwirtschaft tiefe Wunden geschlagen hat, ist eine Diskussion darüber in Gang gekommen, wie nicht nur das Bankwesen reformiert, sondern zugleich auch das Geldsystem grundlegend neu gestaltet werden kann.¹ Ein Vorschlag, der in diesem Zusammenhang Furore gemacht hat, beinhaltet die Umstellung der Geldordnung von Kreditgeld auf Vollgeld. Die diesem Konzept zugrundeliegende Idee ist nicht neu. Ähnliche Konzepte wurden bereits in den 1930er Jahren in den USA und in Europa diskutiert. In den letzten Jahren erfolgte jedoch eine Aktualisierung und Modifizierung der ursprünglichen Idee, wodurch ihre Verbreitung und Popularisierung spürbar gefördert worden ist. In Deutschland trugen insbesondere die Arbeiten von Joseph Huber, Raimund Dietz, Thomas Mayer, Norbert Häring, Timm Gudehus, Helge Peu-

¹ Vgl. dazu den Schwerpunkt „Geldpolitik und Zentralbanken“ im Heft 102 dieser Zeitschrift, Juni 2015, S. 13-51.

kert und Sandra Schmidt² dazu bei, dem Vollgeldkonzept größere Aufmerksamkeit und Popularität zu verschaffen. Mit der jetzt von Jürgen Kremer vorgelegten Broschüre kommt eine weitere Veröffentlichung hinzu, die ganz sicher ihre Leser finden wird. So mancher Rezipient wird davon vielleicht aber auch enttäuscht werden, denn was der Mathematikprofessor Kremer hier vorlegt, ist keine populärwissenschaftliche Beschreibung des Vollgeldsystems, sondern eine sehr knapp gehaltene buchhalterische Darstellung verschiedener virtueller und realer Modelle einer Geldwirtschaft. Um den Text zu verstehen bedarf es daher nicht unbedingt volkswirtschaftlicher Vorkenntnisse, ganz sicher aber bestimmter Grundkenntnisse der doppelten Buchführung und der Bilanzierung. Die Darstellungsmethode Kremers ist denkbar einfach: Er unterscheidet fünf Geldsysteme bzw. geldwirtschaftliche Modelle, davon vier virtuelle und ein reales. Nach einer kurzen Charakteristik der jeweiligen Systeme werden bestimmte Transaktionen, und zwar immer die gleichen, buchhalterisch „durchgespielt“ und das Ergebnis dann am Ende mit wenigen, sehr knappen Worten interpretiert. Die wirtschaftliche Realität spielt in diesen Modellen keine Rolle, ebenso wenig volkswirtschaftliche Zusammenhänge, ökonomische Wirkungen, geldpolitische Spielräume oder Entscheidungen. Es ist eine

auf das buchhalterische Abbild reduzierte Welt monetärer Transaktionen, die hier dargestellt wird und die helfen soll, die Unterschiede der einzelnen Geldsysteme zu begreifen. Methodisch ist gegen eine solche Darstellung nichts einzuwenden, gemessen an den Bedürfnissen der meisten Leser jedoch dürfte sie als sehr abstrakt erscheinen. Es fehlen konkrete Beispiele und wirtschaftliche Konsequenzen, wodurch das Ganze plastischer und lebendiger werden würde.

Die alles entscheidende Differenzierung, die vom Autor getroffen wird, ist die zwischen Bestands- und Kreditgeldsystemen. Zu ersteren zählt er Bargeld- und Giralgeld-Regime sowie das Vollgeldregime, zu letzteren Kreditgeldregime und unsere derzeitige Geldordnung, welche ein gemischtes Kreditgeldsystem ist.³ Er beginnt seine Abhandlung mit der Analyse eines Geldregimes, in dem ausschließlich Münzen existieren. Die für die buchhalterische Abbildung der Transaktionen erforderlichen Konten repräsentieren mithin Münzgeldbestände in den Tresoren der Banken. Das Geld, das hier zirkuliert, ist Aktivgeld, da es bilanziell auf der Aktivseite der Bankbilanzen verbucht wird. Eine Kreditvergabe setzt Ersparnisse voraus. Diese erscheinen als Stilllegung von Geld, so dass eine Kreditvergabe keine Veränderung des Geldbestandes bewirkt. Der Autor kommt in seiner Darstellung ganz ohne Zentralbank aus, führt diese dann aber überraschend am Ende doch noch ein (19), um zu zeigen, dass sein Modell letzt-

² Vgl. Sandra Schmidt: Ein neues Geldsystem für eine zukunftsfähige Wirtschaft, in: Berliner Debatte Initial, 27 (2016) 3, S. 88-102.

³ Vgl. dazu Ulrich Busch, Die Welt des Geldes. Zehn Essays zur monetären Ökonomie, Potsdam 2016.

lich die Zirkulation des Geldmengenaggregats M1 abbildet. Dies lässt einige Fragen offen, denn M1 existiert nur als Teilmenge eines größeren Geldmengenaggregats, z.B. von M3. Deshalb überzeugen die Aussagen zur Geldmengensteuerung (22) nicht wirklich. Als nächstes wird ein Giralgeld-Regime behandelt. Dies sei, so die Prämisse, dem Münzgeldregime „vollkommen äquivalent“: „Ob Guthaben eine physische Existenz besitzen oder lediglich als Bestände in Datenverarbeitungssystemen verwaltet werden, spielt [...] keine Rolle. Wichtig ist eine fehlerfreie, fälschungssichere und komfortable Realisierung.“ (24) Durch Kredite werden auch hier keine Geldbeträge erzeugt, also kein Geld geschöpft, sondern „nur Forderungen“ in Gestalt „zusätzlicher Guthaben“. Dafür werden über Sparprozesse andere Guthaben stillgelegt, so dass der passivseitige aggregierte Guthabenbestand immer durch den aktivseitigen Bestand an Zentralbankgeld limitiert ist. Es folgt das Gegenmodell, ein System von Giralgeld, jetzt aber nicht als Bestandsgeld, sondern als Kreditgeld. Geld existiert hier in Gestalt von „per Kredit erzeugten Guthaben“, gedeckt „durch dingliche Sicherheiten“ (27). Den Ausgangspunkt bilden Kredite, die passivseitig als Eigenkapital gebucht werden. Aktivseitig werden die aus der Kreditvergabe resultierenden Forderungen gegen Vermögenswerte getauscht. Die Folge ist, dass sich auf den Aktiva der Geschäftsbanken kein Geld befindet, sondern lediglich Forderungen. Die Geldmenge M1 besteht aus den aggregierten Guthaben der Bankkunden bzw. aus diesen und den auf Geldkarten gespeicherten Beträgen.

Zinsen lassen sich in diesem System ökonomisch nicht begründen (37).

Im vierten Kapitel wird schließlich „unser Geldsystem“ behandelt, aber nicht im Sinne einer Deskription der bestehenden Geldordnung, sondern als Synthese der zuvor dargestellten Modelle. Zentral ist die Feststellung, dass es sich hierbei dem Wesen nach um ein „Kredit-Geldsystem“ handele. „Da Buchgeld, d.h. Giralgeld, und Zentralbankgeld im Wesentlichen per Kredit geschaffen wird, ist unser Geldsystem [...] ein Kredit-Geldsystem.“ (42) Mit dieser Aussage wird allen Goldgeld-, Geldstellvertreter- und Papiergeldvertretern sowie anders lautenden geldtheoretischen Meinungen eine Absage erteilt. Nichtsdestotrotz bleibt die Darstellung fragmentarisch. So erfolgt z.B. keine eindeutige Erläuterung der Zweistufigkeit des Bankwesens. Und es wird auch nicht deutlich genug herausgearbeitet, worin die ökonomische Rationalität des historisch gewachsenen „Modells“ eigentlich besteht. Stattdessen wird moralisierend argumentiert, indem darauf hingewiesen wird, dass die „hohe Staatsverschuldung“ in diesem System nur dann gesenkt werden kann, wenn sich die Verschuldung der privaten Haushalte oder der Unternehmen erhöht (43). Dass in dieser Darstellung der Sektor „Ausland“ fehlt, sei nur am Rande erwähnt. Im Folgenden wird die mit dem Kreditsystem unvermeidbare Verschuldung als hauptsächliche Funktionsproblem der bestehenden Geldwirtschaft ausgemacht. Da die Verschuldung mit der Zahlung von Zinsen verbunden ist, wird der Zins als eine weitere unliebsame Konsequenz des Kredit-

Geldsystems benannt. Daraus folgt dann die als kritische Wertung des Ganzen zu verstehende und im Leibniz'schen Sinne ironisch formulierte Feststellung: „Das bestehende System ist für Banken und für vermögende Geldeigentümer die profitabelste aller vorgestellten Alternativen.“ (49) Was liegt da näher als die revolutionäre Idee, dieses System so bald wie möglich und so radikal wie nötig umzugestalten. Als Alternative bietet sich dafür in den Augen des Autors das Vollgeldkonzept als „durchdachtes Reformkonzept für unser Geldsystem“ (9) an. Damit kommen wir endlich zum eigentlichen Thema, dem Vollgeld-System. Der Autor misst diesem Ansatz größte theoretische und geldpolitische Bedeutung bei, widmet ihm letztlich aber nur 12½ Seiten. Hierin erfolgt zunächst eine Abgrenzung der Vollgeld-Idee von dem 100%-Money-Konzept Irving Fishers, da dieses ein „Kredit-Geldsystem“ verkörpert, jenes aber ein „Bestands-Geldsystem“ sein soll. Anschließend referiert der Autor zentrale Aussagen des Vollgeld-Konzepts und legt dabei größten Wert auf die Feststellung, dass die Umstellung der Geldordnung ganz unkompliziert und ohne eine Währungsreform verlaufen könnte. Das überzeugt sicherlich niemanden. Fragwürdig, weil nicht genug ausgeführt und ökonomisch begründet, sind auch solche Aussagen, wie die, dass die Zentralbank die für Überweisung auf Vollgeld-Konten benötigten aktivseitigen Zentralbankgelder „in voller Höhe und zinslos [...] per Kredit zur Verfügung“ stellt (57)! Ist das Vollgeld damit also doch Kredit-Geld? An anderer Stelle steht, dass das Geld „zins- und tilgungsfrei

als Bestand bereitgestellt“ wird (56). Das wäre dann aber gerade *kein* Kredit. Sei es wie es sei, am Ende steht die Hoffnung, über schuldenfreies Geld zu verfügen und auf diesem Wege einen „vollständigen Schuldenabbau“ zu erreichen. Auch Zinsen würde es nicht mehr unbedingt geben, weder auf Ersparnisse noch auf Kredite. Dafür aber Preis(niveau)stabilität.

Insgesamt könnte das Buch dazu beitragen, den Nebel, der über dem Geld und der Finanzsphäre liegt, weiter zu lichten und die Diskussion über alternative Geldkonzepte zu forcieren. Eine wirkliche Klärung der mit der Vollgeldidee verbundenen Fragen wird durch die Lektüre dieses Textes aber kaum erreicht werden. Dafür ist das Buch zu sehr von der Realität abgehoben und ist die Darstellung zu abstrakt konzipiert. Gerade beim Geld geht es um komplexe Zusammenhänge und komplizierte Wirkungen. Diese aber finden hier kaum ansatzweise Berücksichtigung. Die Lektüre lohnt sich trotzdem, vor allem, um die Klärung offener Fragen bei den Vollgeld-Protagonisten einzufordern.

Ulrich Busch

Alternativen zum Kapitalismus

Stephan Krüger, Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Bd. 3, Hamburg 2016, VSA-Verlag, 567 S., 34,80 Euro

Dem Leser liegt nunmehr der dritte, abschließende Band aus Stephan Krügers Reihe zur Darstellung, Kom-

pletterung und Aktualisierung der marxistischen Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus vor. Das Projekt ist so aktuell geblieben wie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des ersten Bandes im Jahre 2010, denn die zweite große Gesellschaftskrise des Kapitalismus, die 2007/08 mit einer Finanzkrise eingeleitet wurde, hält weiterhin an. Die historische Relativität des Kapitalismus ist seitdem noch deutlicher geworden, die Notwendigkeit eines erneuten Versuchs, sich mit der sozialistischen Alternative zu beschäftigen, offensichtlich.

Krügers neueste Abhandlung zum Thema Alternative zum realexistierenden Kapitalismus stellt einen Bruch dar mit der seit 1989/90 gängige gewordenen Auffassung, dass der moderne Kapitalismus die höchste, die unüberbietbare Gesellschaftsordnung sei, „das Ende der Geschichte“ bedeute, wie es Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch der UdSSR Anfang der 90er Jahre formulierte.

Tatsächlich handelt es sich um einen doppelten Bruch, denn Krügers Buch ist ebenso auch eine Absage an die Planwirtschaft des Realsozialismus, für ihn charakterisiert durch „Zerrbilder von Mangelwirtschaft, kollektivistischer Bevormundung und politischen Fehlleistungen“. (16)

Krügers Urteil gilt sowohl hinsichtlich der Eigentums- wie auch der Lenkungsstrukturen: An Stelle des einheitlichen Staatseigentums plädiert Krüger für pluralistische Eigentumsformen bei zahlenmäßiger Dominanz des Privateigentums und für marktwirtschaftliche Lenkungsformen, die – und nicht die Planungsbe-

fehle – die Basis für die gesellschaftlichen Steuerung der Produktionsprozesse bilden.

Der Argumentation für die Beibehaltung der Lenkung über den Markt als Wirtschaftsweise im Postkapitalismus widmet Krüger – die Erfahrungen mit dem Realsozialismus verarbeitend – viel Platz. „Nichts wäre falscher“, argumentiert er, „als die Wahlfreiheit der Konsumenten als bloße Illusion abzutun oder sie mit Hinweis auf die Instrumentalisierungsversuche durch Marketing und Werbung zu diskriminieren.“ (384) Wir dürfen nicht vergessen, „dass die Entwicklung und Befriedigung von Bedürfnissen einen Akt der Individualitätentwicklung darstellen, auf dessen direkte externe Untersagung durch politische Instanzen mit Widerwillen und Abwehr reagiert wird.“ (385) Man könne noch so scharfsinnig argumentieren. Aber es sei eben ein bedeutsamer Unterschied, ob der Einzelne, wie das in der Zentralplanwirtschaft der Fall gewesen sei – durch andere Subjekte – sprich Parteiführer – von der Artikulation und Befriedigung seiner Bedürfnisse ausgeschlossen wurde oder ob dieser Ausschluss durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse unpersönlich über monetäre Budgetrestriktionen hergestellt wird.

Doch die Notwendigkeit, sich auch im Postkapitalismus der Marktwirtschaft zu bedienen ergebe sich nicht nur zwecks Absicherung einer die Bürger befriedigenden Steuerung des Verbrauchs, sondern auch aus der Notwendigkeit die Produktion effektiver zu gestalten. Bringt doch „die Bewegung der Warenpreise näher bestimmt durch jeweiligen Ange-

bots- und Nachfragelastizitäten für die Produzenten beständig neue Produktionssignale“, die es zu verarbeiten gilt. (387) Mit anderen Worten: „Die Flexibilität des gesamtwirtschaftlichen Preissystems ist auch und gerade für eine indirekte Steuerung der Marktverhältnisse eine wesentliche Anforderung und in die Konzipierung einer wirksamen Strukturpolitik von vornherein zu integrieren.“ (389). Diese könne besser indirekt, mit Hilfe gesetzlicher Rahmenseetzungen und anderen „Einhegungen des Marktmechanismus“, als direkt vollzogen werden. Der Nutzung von Angebot und Nachfrage zuliebe müsste im Extremfall auch der Bankrott einzelner Privatunternehmen hingenommen werden.

Ausklammern aus der Wirkung von Angebot und Nachfrage möchte Krüger eigentlich nur den Arbeitsmarkt, der unter sozialen Gesichtspunkten so zu steuern sei, dass Arbeitslosigkeit nur noch friktionell auftritt sowie den Finanzmarkt, soweit seine Bewegungen gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben.

Krüger wendet sich gegen das „linke Vorurteil“, dass die Produktivität im Postkapitalismus wegen sozialer Zielstellungen und Rücksichtnahmen geringer sein werde als unter kapitalistischen Bedingungen. Den Kosten für soziale Rücksichtnahme gegenüber stände die größere Zufriedenheit der Beschäftigten mit den Arbeitsbedingungen, die die „Hebung des 'Goldes' in den Köpfen der unmittelbaren Produzenten und Anwendung ihrer praktischen Kenntnisse und Erfahrungen“ bewirke und die es ermöglichen werde, eingetretene Produktivitätsverluste „um ein Mehr-

faches zu kompensieren.“ (393)

In diesem Produktivitätsvorteil liege die Basis dafür, argumentierte Krüger, „dass eine marktsozialistische Wirtschaftsweise nicht nur eine Übergangsform zu einer kommunistischen Gesellschaft ist, sondern eine stabile eigenständige Formation darstellt, in der sich eine gesellschaftliche Steuerung der Marktverhältnisse mit der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse organisch verbindet.“ (425) Gerade dies unterscheide die sozialistische Marktwirtschaft von der realsozialistischen Planwirtschaft deren Steuerungsinstrumente „zentral-administrative Planung und ihr subordinierte und instrumentalisierte Marktverhältnisse dysfunktional und zunehmend ineffizienter wurden.“ (425)

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch, ob und wie realsozialistische Staaten durch zunehmende Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Steuerungselementen bestrebt waren, die Effizienz sozialistischen Wirtschaftens im Wettbewerb der Systeme zu steigern, um einem unrühmlichen Ende der Sozialismusversuche, wie sie in der UdSSR und Osteuropa schließlich eintraten, zu entgehen. Krüger befriedigt dieses Interesse. Der „sozialistischen Marktwirtschaft in der VR China“ sowie der „marktwirtschaftlichen Öffnung im sozialistischen Kuba“ widmet Krüger in diesem Zusammenhang im Kapitel 14 „Die gegenwärtig bestehenden sozialistischen Übergangsgesellschaften“ betitelt, Raum.

Krüger versichert dem Leser wiederholt, dass seine Auffassungen von der sozialistischen Marktwirtschaft kom-

patibel mit den Vorstellungen von Marx und Engels sind (16), was freilich auch die Ideologen der zentral-administrativen Planwirtschaft betont haben.

Doch bei allen unbedingt nachvollziehbaren konkreten Überlegungen Krügers dazu, wie der Marktsozialismus erfolgreich sein könne, fragt sich der Leser doch, wie der Übergang vom gegenwärtigen Kapitalismus zum Marktsozialismus zu bewältigen sei. Und vor allem: Wie soll man dessen Existenz nachhaltig sichern?

Im abschließenden 22. Kapitel „Formierung einer Koalition der Fortschrittlichen“ betitelt, setzt Krüger auf die – seiner Meinung nach in der gegenwärtigen Weltwirtschaftsflaute wieder stärker werdenden – Gewerkschaften, auf „neue soziale Bewegungen“, insbesondere „Occupy Wallstreet“ sowie andere Occupy-Bewegungen und auf „Blockupy“ Netzwerke sowie linke Parteien etwa vom Typ der „Syryza“ in Griechenland. Aufgabe dieser verschiedenen oppositionellen Gruppierungen sei es, sich durch Einigung auf einen polit-ökonomischen Minimalkonsens mehrheitsfähig zu machen. „Der evolutionäre Übergang aus bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse zu einem demokratischen Marktsozialismus besteht aus vielen kleineren Schritte, die aber mit zunehmender Umsetzung an die Systemgrenze herankommen.“ Das werde natürlich, weiß Krüger, heftigen Widerstand bei den Verteidigern der kapitalistischen Ordnung hervorrufen. „Die Unumkehrbarkeit einer sozialistischen Transformation“, fährt Krüger fort, „kann auf diesem Wege nicht per Verfassungsdekret festgeschrieben und mit der zentralisierten Macht der poli-

tischen Exekutive durchgesetzt werden, sondern muss auf der beständigen Vergewisserung der kulturell-politischen Hegemonie der fortschrittlichen Kräfte gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Opposition gründen und aufbauen.“ (548)

Das ist eine eher vage als konkrete Antwort, untypisch eigentlich für Krügers Buch, das sich nicht nur durch das Ansprechen aller gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart und der Auswege darauf auszeichnet sondern in der Regel auch durch konkrete Argumentation.

Aber von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen: Die Lektüre von Krügers Buch beantwortet Fragen all jener, die sich darüber einen Kopf machen, wie es mit unserer Gesellschaft weitergehen soll, da der gegenwärtige Kapitalismus am Ende seiner Geschichte angekommen zu sein scheint. Viele von Krügers Antworten sind so plausibel, dass man sie sich ohne Bedenken wird aneignen können. In den wenigen anderen Fällen enthalten seine in der Regel konkreten, immer bis auf die Ebene der Wirtschaftspolitik hinabreichenden Antworten viele Anregungen, mit denen auseinanderzusetzen es sich lohnt. Um es mit einem Satz zu sagen: Ein sehr empfehlenswertes Buch!

Jörg Roesler

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Johannes Altenfeld – Velbert, freier Publizist

Babak Amini – London, Student der Soziologie, Mitgl. im Hrsg.-Gremium von „Socialism and Democracy“

Renate Bastian – Marburg, Journalistin, Stadtverordnete der Marburger Linken

Prof. Dr. Bernd Belina – Frankfurt/M., Hochschullehrer, Institut für Humangeographie der J. W. Goethe Universität

Dr. Hans Günter Bell – Köln, Sozialwissenschaftler, Stadtplaner

Dr. Stefan Bollinger – Berlin, Politikwissenschaftler und Historiker, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand Die Linke

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. oec. habil. Ulrich Busch – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dozent, Schatzmeister der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.

Prof. Dr. Frank Deppe – Marburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Prof. Dr. Gerhard Engel – Klausdorf b. Zossen, Historiker

Prof. Dr. Wolfgang Förster – Berlin, Philosophie-Historiker

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M. Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Werner Goldschmidt – Hamburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. Wladislaw Hedeler, – Berlin, Philosoph und Historiker

Dr. Sabine Kebir – Berlin, Literatur- und Politikwissenschaftlerin

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand der politischen Soziologie

Prof. Dr. Karin Kulow – Berlin, Arabistin und Islamwissenschaftlerin

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche – Uelitz, Historiker und Archivar

Prof. Dr. Lars Lambrecht – Hamburg, Soziologe, Hochschullehrer i.R.

Dr. Jürgen Leibiger – Radebeul, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Lothar Peter – Bremen, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Ulla Plener – Berlin, Politikwissenschaftlerin, Historikerin

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Z-Beirat

Dr. habil. Wulf Skaun – Leipzig, Journalist

Felix Syrovatka – Tübingen, Doktorand der Politikwissenschaften

Prof. André Tosel – Nizza, Philosoph, em. Hochschullehrer

Tobias Weissert – Frankfurt/M., Lehrer für Wirtschafts- und Sozialkunde, Rentner und Sozialaktivist



Domenico Losurdo
DER KLASSENKAMPF
Oder die Wiederkehr des Verdrängten?

Nach Domenico Losurdo erweist sich die Theorie des Klassenkampfes heute als schlüssiger denn je. In Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, Hannah Arendt, Simone Weil und mit dem Postmarxismus von Negri, Žižek und Harvey unterzieht er die Theorie von Marx und Engels einer neuartigen Interpretation.

423 Seiten | € 24,90



Beate Landefeld
REVOLUTION
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie

Anders als heute üblich versteht Beate Landefeld Revolution als politisch-soziale Umwälzung, die einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung den Weg bereitet. Sie skizziert die großen Revolutionen der Neuzeit als »Lokomotiven der Geschichte« und benennt ihre sozialen Triebkräfte und Ergebnisse.

146 Seiten | € 9,90



Rainer Fischbach
MENSCH – NATUR – STOFFWECHSEL
Versuche zur Politischen Technologie

Eine Perspektive, die ein »humanes Überleben der Menschheit« anstrebt, muss sich dem zuwenden, was Marx den »Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur« nennt. Auf dem Weg dorthin sind zu hinterfragen: die Mythen der Sparsamkeit, der grünen Technologie, des Konsumismus und die einer smarten, digitalen Welt.

326 Seiten | € 19,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

www.melodieundrhythmus.com/abo

4 AUSGABEN/26,90 €

JETZT DAS JAHRESABO BESTELLEN:

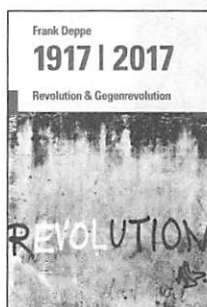


AM KIOSK, IM ABO, WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

KULTURZEITSCHRIFT

ENDLICH EINE LINKE

VSA: Revolution & Gegenrevolution



Frank Deppe
1917 | 2017
 Revolution und
 Gegenrevolution
 256 Seiten | April 2017 |
 € 19.80
 ISBN 978-3-89965-
 754-8
 Über »Gesetzmäßig-
 keiten«, Verlaufsformen
 und soziale Akteure von
 Revolutionszyklen.



Michael Brie
LENIN neu entdecken
 Das hellblaue Bändchen
 zur Dialektik der
 Revolution & Meta-
 physik der Herrschaft
 144 Seiten | März 2017 |
 € 12.00
 ISBN 978-3-89965-
 734-0



Ingo Schmidt (Hrsg.)
Das Kapital @ 150
Russische Revolution @ 100
 »Das Kapital« und die
 Revolutionen gegen
 »Das Kapital«
 240 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-89965-733-3
 Wendepunkte sozialis-
 tischer Theorie und Pra-
 xis werden befragt.

Der Sozialismus
 kommt

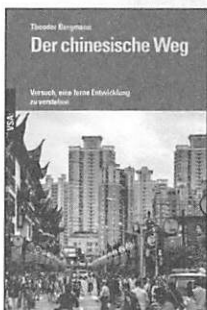


kritisch
 links

Analysen
 Positionen
 Berichte

monatlich
 gedruckt
 Jahresabo € 70,-
 (€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de



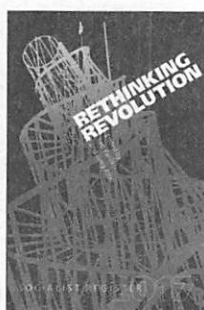
Theodor Bergmann
Der chinesische Weg
 Versuch, eine ferne Ent-
 wicklung zu verstehen
 160 Seiten | € 14.80
 ISBN 978-3-89965-744-9
 Ein kritisch-solidarischer
 Blick auf die gesellschaft-
 liche und politische Ent-
 wicklung in China.



Dieter Janke/
 Jürgen Leibiger (Hrsg.)
Digitale Revolution
und soziale
Verhältnisse
im 21. Jahrhundert
 Eine Flugschrift
 96 Seiten | € 9.80
 ISBN 978-3-89965-746-3



Alfred Schröder/
 Heiner Karuscheit
Das Revolutionsjahr
1917
 Westlicher Marxismus und
 proletarische
 Revolution
 208 Seiten | € 19.80
 ISBN 978-3-89965-
 735-7



Leo Panitch /
 Greg Albo (Hrsg.)
Rethinking Revolution
 Socialist Register 2017
 340 Seiten | € 24.80
 ISBN 978-3-89965-
 849-1
 Was bedeutet »Revolu-
 tion« im 21. Jahrhun-
 dert?

Geistig frei und niemandes Knecht

»Als die Moskauer Vernunft Unsinn ward, haben wir uns offen [...] und mit Schärfe dagegen gewendet. Aber wir leugnen keinen Augenblick: Für uns ist die russische Revolution doch das größte Faktum der Kriegs- und Nachkriegszeit.« PAUL LEVI



Paul Levi (1883–1930) gehörte neben Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Karl Liebknecht zu den Mitbegründern der KPD und war von März 1919 bis 1921 deren Vorsitzender. Da er die Unterordnung der KPD unter die Moskauer Politik verweigerte, wurde er im April 1921 aus der Partei ausgeschlossen. Mitte Februar 1923 gründete Levi mit »Sozialistische Politik und Wirtschaft« (SPW) eine eigene Presse-Korrespondenz, die bald als Stimme der Linken wahrgenommen wurde.

Paul Levis Texte aus der SPW und aus der Zeitschrift »Der Klassenkampf« werden hier vollständig veröffentlicht.

Paul Levi

Ohne einen Tropfen Lakaienblut

Schriften, Reden und Briefe

Band II/1 und II/2: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft

Hrsg. von Jörn Schütrumpf

Mit kommentiertem Personenregister und geographischem Register

1.380 Seiten, gebunden, Preis je Band 49,90 Euro

Gesamt-ISBN 978-3-320-02315-7

dietz berlin
www.dietzberlin.de

